Kreishaushalt 2015/2016 Oberbergischer Kreis

Haushaltssatzung und Haushaltsplan Ergebnis- und Finanzplan 2015 - 2019





Inhaltsverzeichnis Kreishaushalt 2015/2016 (Doppelhaushalt)

	Inhaltsverzeichnis (gesamt)	Seite
I	Haushaltssatzung	I - IV
II	Haushaltsplan	
	Produktgruppenübersicht / Inhaltsverzeichnis (Zahlenwerk)	
	Gesamtergebnisplan	1
	Gesamtfinanzplan	3
	Teilergebnispläne / Teilfinanzpläne	6 - 507
III	Anhang	
	Stellenplan 2015/2016	508
	Übersichten	528
	Übersicht über die Bürgschaften	529
	Übersicht über den Stand von Sonderabgaben	530
	Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen	531
	Übersicht über die Kreditverbindlichkeiten	532
	Beteiligungen	534
	Übersicht über die Beteiligungen	535
	Erfolgspläne / Wirtschaftspläne gem. § 2 Abs. 2 Ziff. 8 GemHVO	538
	Zuwendungen an die Kreistagsfraktionen gem. § 40 Abs. 3 KrO	546
	Finanzstellen (PSP-I)	550
	Kosten- und Leistungsrechnung	556
	Produktübersicht	562
	Himmeia	

Hinweis:

Der Vorbericht zum Haushalt mit Erläuterung der Eckpunkte zum Haushalt und wesentlicher Haushaltspositionen ist als separater Begleitband beigefügt.

Haushaltssatzung 2015/2016 (Doppelhaushalt)

Stand: 11.12.2014

Haushaltssatzung

des Oberbergischen Kreises für die Haushaltsjahre 2015 / 2016

Aufgrund des § 53 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW, S. 646), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.2013 (GV. NRW, S. 878) und der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW, S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.2013 (GV. NRW, S. 878) hat der Kreistag des Oberbergischen Kreises am 11.12.2014 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2015/2016 (Doppelhaushalt), der die zur Erfüllung der Aufgaben des Oberbergischen Kreises voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird im Haushaltsjahr

2015

Im Ergebnisplan mit Gesamtbetrag der Erträge auf Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	330.225.615 € 335.041.099 €
Im Finanzplan mit Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	327.652.096 € 317.773.604 €
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit auf Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit auf	1.723.796 € 17.650.633 €

und im Haushaltsjahr

2016

Im Ergebnisplan mit Gesamtbetrag der Erträge auf Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	335.597.904 € 340.097.490 €
Im Finanzplan mit Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	333.134.489 € 323.725.627 €
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit auf Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit auf	3.088.273 € 14.438.537 €

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2015 für Investitionen erforderlich ist, wird auf **15.926.837 €** festgesetzt. Für das Jahr 2016 wird die Summe der Investitionskredite auf **11.350.264 €** festgesetzt. Der Gesamtbetrag der Kredite für Umschuldungen wird für beide Haushaltsjahre auf 0 € festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird für den Doppelhaushalt 2015/2016 auf **22.288.000 €** festgesetzt.

§ 4

Die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im wird für das Jahr 2015 auf **4.815.484** € und für das Jahr 2016 auf **4.499.586** € festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2015 und 2016 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **60.000.000 €** festgesetzt.

1. Zur Deckung des durch sonstige Erträge nicht gedeckten Finanzbedarfs wird von den Gemein	den
gem. § 56 Abs. 1 Kreisordnung NW eine Kreisumlage erhoben.	
Der Umlagesatz beträgt im Jahr 2015 einheitlich	41,7 %
und im Jahr 2016 einheitlich	40,9 %
der für die Gemeinden geltenden Umlagegrundlagen.	•

- Zur Deckung der dem Kreis entstehenden Kosten für die Wahrnehmung der Aufgaben der Kreisvolkshochschule wird von den kreisangehörigen Gemeinden, die durch die Kreisvolkshochschule versorgt werden, gem. § 56 Abs. 4 Kreisordnung NW eine einheitliche Mehrbelastung für das Jahr 2015 in Höhe von und für das Jahr 2016 in Höhe von der für diese Gemeinden geltenden Umlagegrundlagen erhoben.
- 3. Zur Deckung der dem Kreis entstehenden Kosten für die Wahrnehmung der Aufgaben des Berufsschulwesens wird von den kreisangehörigen Gemeinden, die durch das **Berufsschulwesen** des Oberbergischen Kreises versorgt werden, gem. § 56 Abs. 4 Kreisordnung NW eine Mehrbelastung der für diese Gemeinden geltenden Umlagegrundlagen erhoben in Höhe von

	2015	2016
Bergneustadt	2,1749 %	2,2274 %
Engelskirchen	1,7909 %	1,8342 %
Gummersbach	1,9394 %	1,9862 %
Hückeswagen	1,2260 %	1,2556 %
Lindlar	1,8734 %	1,9186 %
Marienheide	2,1250 %	2,1763 %
Morsbach	1,7693 %	1,8120 %
Nümbrecht	2,1286 %	2,1800 %
Radevormwald	0,3710 %	0,3800 %
Reichshof	2,0403 %	2,0895 %
Waldbröl	2,0060 %	2,0545 %
Wiehl	1,8299 %	1,8741 %
Wipperfürth	2,1636 %	2,2158 %

4. Zur Deckung der dem Kreis entstehenden Kosten für die Wahrnehmung der Aufgaben des Kreisjugendamtes wird von den kreisangehörigen Gemeinden, die durch das **Jugendamt** des Oberbergischen Kreises versorgt werden, gem. § 56 Abs. 5 Kreisordnung NW eine einheitliche Mehrbelastung für das Jahr 2015 in Höhe von und für das Jahr 2016 in Höhe von der für diese Gemeinden geltenden Umlagegrundlagen erhoben.

28,4101 % 28,2296 %

5. Die im Jahr 2015 und 2016 kassenwirksamen Umlagen werden mit einem Zwölftel zum 05. eines jeden Monats fällig.

§ 7

Die **Wertgrenze** für die Einzelausweisung von Investitionsmaßnahmen im Teilfinanzplan gemäß § 26 Abs. 1 Buchstabe g KrO NRW in Verbindung mit § 4 Abs. 4 GemHVO NRW wird auf **50.000 €** festgesetzt.

Gummersbach, den 11.12.2014

gez. gez. gez.

Hagen JobiHelmut SchäferJeanette BohlienLandratKreistagsmitgliedSchriftführerin

Haushaltsplan 2015/2016 (Doppelhaushalt) (Gesamtergebnisplan, Gesamtfinanzplan, Teilpläne je Produktgruppe)

Produktgruppenübersicht - Haushalt 2015 / 2016

Produkt- bereich	Produkt- gruppe	Bezeichnung	Seite
1.01	Innere Ver	waltung	6
	1.01.01	Politische Gremien	10
	1.01.02	Verwaltungsführung	14
	1.01.03	Gleichstellung von Mann und Frau	18
	1.01.04	Beschäftigtenvertretung	22
	1.01.05	Rechnungsprüfung	26
	1.01.06	Zentrale Dienste	34
	1.01.07	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	49
	1.01.08	Personalmanagement	53
	1.01.09	Finanzmanagement u. Rechnungswesen	61
	1.01.10	Organisationsangelegenh. u. technikunterstützte Informationsverarbeitung	69
	1.01.11	Recht	76
	1.01.12	Grundstücks- und Gebäudemanagement	80
	1.01.13	Technisches Immobilienmanagement	92
	1.01.14	Kommunalaufsicht	96
	1.01.15	Kreispolizeibehörde	100
1.02	Sicherheit	und Ordnung	104
	1.02.01	Ordnungsbedürftige Tätigkeiten	107
	1.02.02	Verbraucherschutz	113
	1.02.03	Tiergesundheit	117
	1.02.04	Verkehrsangelegenheiten	122
	1.02.05	Fahr- und Beförderungserlaubnisse	131
	1.02.06	Kfz-Angelegenheiten	135
	1.02.07	Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen	141
	1.02.08	Statistik	147
	1.02.09	Wahlen	151
	1.02.10	Bevölkerungsschutz	155
	1.02.11	Rettungsdienst	166

Produkt- bereich	Produkt- gruppe	Bezeichnung	Seite
1.03	Schulträge	raufgaben	185
	1.03.01	Förderschulen	188
	1.03.02	Berufskollegs	193
	1.03.03	Schülerbeförderung	201
	1.03.04	Sonstige schulische Aufgaben	204
1.04	Kultur und	Wissenschaft	213
	1.04.01	Kommunale Veranstaltungen / Kulturförderung	215
	1.04.02	Weiterbildung und Studium	220
	1.04.03	Museum	226
	1.04.04	Heimatbildstelle	233
1.05	Soziale Lei	stungen	237
	1.05.01	Unterstützung von Senioren	240
	1.05.02	Hilfen z. Gesundheit, bei Behinderung, bei Pflegebedürftigkeit u. in anderen Lebenslagen	246
	1.05.03	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen	256
	1.05.04	Betreuungsleistungen	266
1.06	Kinder-, Ju	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	
	1.06.01	Kinder in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	276
	1.06.02	Jugendarbeit und Familienförderung	282
	1.06.03	Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	293
	1.06.04	Leistungen nach dem Bundeselterngeldgesetz	323
1.07	Gesundhei	tsdienste	327
	1.07.01	Gesundheitsförderung	329
	1.07.02	Gutachten und Stellungnahmen	335
	1.07.03	Gesundheitshilfe	339
	1.07.04	Gesundheitsschutz	343
1.08	Sportförde	rung	349
	1.08.01	Sportförderung	351

Produkt- bereich	Produkt- gruppe	Bezeichnung	Seite
1.09	Räumliche F Geoinformat	Planung und Entwicklung, ionen	355
	1.09.01	Räumliche Planung	357
	1.09.02	Vermessung und Führung von Geobasisdaten	365
	1.09.03	Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement	376
	1.09.04	Grundstückswertermittlung	383
1.10	Bauen und	Wohnen	387
	1.10.01	Maßnahmen der Bauaufsicht	389
	1.10.02	Denkmalschutz u. Denkmalpflege	395
	1.10.03	Wohnungsbauförderung	399
	1.10.04	Wohnraumsicherung und -versorgung	403
	1.10.05	Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht	407
1.12	Verkehrsflä	chen und -anlagen, ÖPNV	411
	1.12.01	Öffentliche Verkehrsflächen	415
	1.12.02	ÖPNV	450
1.13	Natur- und Landschaftspflege		455
	1.13.01	Natur und Landschaft	459
	1.13.02	Wald, Forst- und Landwirtschaft	468
1.14	Umweltschu	ıtz	472
	1.14.01	Umweltschutzmaßnahmen	475
1.15	Wirtschaft und Tourismus		484
	1.15.01	Wirtschaftsförderung	486
	1.15.02	Tourismus	490
1.16	Allgemeine	Finanzwirtschaft	494
	1.16.01	Steuern, allg. Zuweisungen und Umlagen	497
	1.16.02	Sonstige allg. Finanzwirtschaft	501



(Ges	samtergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
1		Steuern und ähnliche Abgaben	-1.640.756	-1.640.000	-1.600.000	-1.600.000	-1.600.000	-1.600.000	-1.600.000
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-238.347.607	-243.728.987	-250.447.391	-254.793.081	-263.317.198	-266.917.557	-270.787.181
3	+	Sonstige Transfererträge	-6.045.087	-4.309.750	-6.076.750	-6.076.750	-6.076.750	-6.076.750	-6.076.750
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-26.805.865	-28.097.590	-30.355.450	-31.267.818	-31.632.245	-31.861.787	-31.991.998
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.238.523	-983.120	-1.021.170	-1.046.170	-1.046.170	-1.046.170	-1.046.170
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-31.136.592	-32.386.392	-35.776.110	-36.034.041	-36.513.633	-36.069.908	-36.419.371
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-5.465.021	-4.188.428	-3.132.744	-3.133.044	-3.133.344	-3.133.644	-3.132.305
10	=	Ordentliche Erträge	-310.679.451	-315.334.267	-328.409.615	-333.950.904	-343.319.340	-346.705.816	-351.053.775
11	-	Personalaufwendungen	62.814.180	62.553.696	66.439.024	66.789.712	67.450.249	68.147.959	68.819.758
12	-	Versorgungsaufwendungen	4.829.394	4.994.000	5.337.610	5.390.986	5.444.836	5.499.345	5.554.338
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	30.248.669	32.523.418	36.545.508	36.692.063	37.189.078	37.026.510	37.523.619
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	8.574.234	8.102.202	9.453.569	9.723.985	10.006.287	10.006.287	10.006.287
15	-	Transferaufwendungen	154.440.615	160.248.867	167.985.589	172.356.174	175.348.521	178.104.664	181.037.267
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	44.302.820	45.332.843	46.229.544	45.962.402	46.135.178	46.196.551	46.343.006
17	=	Ordentliche Aufwendungen	305.209.913	313.755.026	331.990.844	336.915.322	341.574.149	344.981.316	349.284.275
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-5.469.539	-1.579.241	3.581.229	2.964.418	-1.745.191	-1.724.500	-1.769.500
19	+	Finanzerträge	-1.393.237	-1.395.000	-1.816.000	-1.647.000	-1.489.000	-1.489.000	-1.444.000
20	-	Zinsen und sontige Finanzaufwendungen	2.687.603	2.974.241	3.050.255	3.182.168	3.234.191	3.213.500	3.213.500



Gesamtergebnisplan		Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)	1.294.366	1.579.241	1.234.255	1.535.168	1.745.191	1.724.500	1.769.500
22	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 18 und 21)	-4.175.173		4.815.484	4.499.586			
26	= Jahresergebnis (= Zeilen 22 und 25)	-4.175.173		4.815.484	4.499.586			



		Gesamtfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
1		Steuern und ähnliche Abgaben	-1.642.788	-1.640.000	-1.600.000	-1.600.000	-1.600.000	-1.600.000	-1.600.000
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-236.916.703	-242.069.623	-247.875.511	-252.331.305	-260.942.618	-264.578.772	-268.448.396
3	+	Sonstige Transfereinzahlungen	-5.721.182	-4.309.750	-6.076.750	-6.076.750	-6.076.750	-6.076.750	-6.076.750
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-26.229.252	-28.097.590	-30.355.450	-31.267.818	-31.632.245	-31.861.787	-31.991.998
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.320.130	-983.120	-1.021.170	-1.046.170	-1.046.170	-1.046.170	-1.046.170
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-29.666.023	-32.386.392	-35.776.110	-36.034.041	-36.513.633	-36.069.908	-36.419.371
7	+	Sonstige Einzahlungen	-3.701.430	-3.108.965	-3.131.105	-3.131.405	-3.131.705	-3.132.005	-3.132.305
8	+	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-1.788.655	-1.395.000	-1.816.000	-1.647.000	-1.489.000	-1.489.000	-1.444.000
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-306.986.162	-313.990.440	-327.652.096	-333.134.489	-342.432.121	-345.854.392	-350.158.990
10	-	Personalauszahlungen	53.674.821	57.193.745	60.471.356	61.820.498	62.431.343	63.078.864	63.699.972
11	-	Versorgungsauszahlungen	4.714.041	4.994.000	5.337.610	5.390.986	5.444.836	5.499.345	5.554.338
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	31.599.054	32.523.418	36.545.508	36.692.063	37.189.078	37.026.510	37.523.619
13	-	Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	2.678.566	2.974.241	3.050.255	3.182.168	3.234.191	3.213.500	3.213.500
14	-	Transferauszahlungen	157.143.011	160.248.867	166.929.248	171.354.687	174.445.031	177.230.214	180.215.917
15	-	sonstige Auszahlungen	43.051.749	43.492.786	45.439.627	45.285.225	45.542.981	45.638.724	45.787.859
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	292.861.243	301.427.057	317.773.604	323.725.627	328.287.460	331.687.157	335.995.205
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (9 ./. 16)	-14.124.919	-12.563.383	-9.878.492	-9.408.862	-14.144.661	-14.167.235	-14.163.785
18	+	Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-4.719.179	-2.427.503	-1.721.296	-3.085.773	-3.856.415	-5.953.213	-3.060.964



		Gesamtfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
19	+	Einzahlungen aus der Ver- äußerung von Sachanlagen	-55.387	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500
20	+	Einzahlungen aus der Ver- äußerung von Finanzanlagen	-4.750.000						
23	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	-9.524.566	-2.430.003	-1.723.796	-3.088.273	-3.858.915	-5.955.713	-3.063.464
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden	256.698	190.000	1.070.000	221.000	192.000	156.000	205.000
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	9.645.692	2.682.000	4.860.000	7.040.000	9.240.000	7.345.000	5.150.000
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2.557.819	3.171.073	3.607.673	2.193.323	2.839.797	2.957.474	2.262.774
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	10.000.000	5.809.951	7.628.960	4.969.214	5.018.906	5.069.095	5.119.786
28	-	Auszahlungen für Erwerb von aktivierbaren Zuwendungen	4.781.154		300.000				
29	-	Sonstige Investitionsauszahlungen	77.430	4.000	184.000	15.000	50.000	10.000	10.000
30	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	27.318.793	11.857.024	17.650.633	14.438.537	17.340.703	15.537.569	12.747.560
31	=	Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 23 und 30)	17.794.227	9.427.021	15.926.837	11.350.264	13.481.788	9.581.856	9.684.096
32	=	Finanzmittelüberschuß / -fehlbetrag (17 und 31)	3.669.308	-3.136.362	6.048.345	1.941.402	-662.873	-4.585.379	-4.479.689
33	+	Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	-5.000.000	-9.267.387	-15.926.837	-11.350.264	-13.841.788	-9.581.856	-9.684.096
34	-	Tilgung und Gewährung von Darlehen	3.490.450	3.740.409	3.722.220	4.051.654	4.488.857	4.943.973	3.442.138
35	=	Saldo aus Finanzierungs- tätigkeit	-1.509.550	-5.526.978	-12.204.617	-7.298.610	-9.352.931	-4.637.883	-6.241.958



Gesamtfinanzplan		Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
36	Änderung des Bestands an = eigenen Finanzmitteln (= Zeilen 32 und 35)	2.159.758	-8.663.340	-6.156.272	-5.357.208	-10.015.804	-9.223.262	-10.721.647
38	= Liquide Mittel (= Zeilen 36 und 37)	2.159.758	-8.663.340	-6.156.272	-5.357.208	-10.015.804	-9.223.262	-10.721.647

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:



		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-392.548	-604.568	-456.100	-455.197	-475.943	-475.943	-475.943
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-258.070	-290.000	-220.000	-220.000	-220.000	-220.000	-220.000
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-360.799	-356.570	-373.570	-373.570	-373.570	-373.570	-373.570
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-350.206	-387.386	-487.086	-490.136	-490.636	-491.636	-491.636
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-802.893	-297.575	-312.675	-312.675	-312.675	-312.675	-311.100
10	=	Ordentliche Erträge	-2.164.517	-1.936.099	-1.849.431	-1.851.578	-1.872.824	-1.873.824	-1.872.249
11	-	Personalaufwendungen	9.838.046	11.022.738	11.683.733	11.576.496	11.692.948	11.809.985	11.928.189
12	-	Versorgungsaufwendungen	1.371.067	1.485.862	1.532.438	1.552.312	1.567.822	1.583.522	1.599.362
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.371.686	6.805.672	7.702.841	7.597.224	7.597.236	7.639.118	7.698.347
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	3.250.155	3.166.501	3.400.822	3.445.529	3.541.806	3.541.806	3.541.806
15	-	Transferaufwendungen	75.986	93.000	95.500	98.000	95.500	98.000	95.500
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.308.317	3.399.579	3.597.843	3.500.974	3.505.520	3.521.297	3.616.387
17	=	Ordentliche Aufwendungen	24.215.256	25.973.352	28.013.176	27.770.533	28.000.832	28.193.727	28.479.590
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	22.050.739	24.037.253	26.163.744	25.918.955	26.128.008	26.319.903	26.607.341
19	+	Finanzerträge	-1.151.025	-975.000	-1.030.000	-1.030.000	-1.030.000	-1.030.000	-1.030.000
20	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	334						
21	=	Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	-1.150.691	-975.000	-1.030.000	-1.030.000	-1.030.000	-1.030.000	-1.030.000
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	20.900.048	23.062.253	25.133.744	24.888.955	25.098.008	25.289.903	25.577.341

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:



	Teilergebnisplan		Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	20.900.048	23.062.253	25.133.744	24.888.955	25.098.008	25.289.903	25.577.341
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-9.131.254	-8.223.738	-9.604.326	-9.949.085	-9.120.657	-9.171.970	-9.238.315
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	8.591	8.637	16.134	11.703	10.840	10.876	10.928
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	11.777.385	14.847.153	15.545.552	14.951.573	15.988.191	16.128.810	16.349.954

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:



	Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-274.311	-290.000	-220.000	-220.000		-220.000	-220.000	-220.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-365.851	-356.570	-373.570	-373.570		-373.570	-373.570	-373.570
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-322.560	-383.758	-538.458	-541.508		-542.008	-543.008	-543.008
7	+ Sonstige Einzahlungen	-361.262	-296.100	-311.100	-311.100		-311.100	-311.100	-311.100
8	Zinsen und sonstige + Finanzeinzahlungen	-1.151.025	-975.000	-1.030.000	-1.030.000		-1.030.000	-1.030.000	-1.030.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.475.009	-2.301.428	-2.473.128	-2.476.178		-2.476.678	-2.477.678	-2.477.678
10	- Personalauszahlungen	10.545.088	18.210.227	19.244.613	19.635.202		19.833.477	20.025.516	20.225.736
11	- Versorgungsauszahlungen	4.714.041	4.994.000	5.337.610	5.390.986		5.444.836	5.499.345	5.554.338
12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	7.149.471	7.162.862	8.139.996	8.023.572		8.027.126	8.071.578	8.133.407
13	Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	334							
14	- Transferauszahlungen	85.347	101.300	105.000	107.500		105.000	107.500	105.000
15	- sonstige Auszahlungen	6.032.112	6.545.928	6.874.288	6.846.429		6.902.759	6.966.517	7.112.726
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	28.526.393	37.014.317	39.701.507	40.003.689		40.313.198	40.670.456	41.131.207
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	26.051.384	34.712.889	37.228.379	37.527.511		37.836.520	38.192.778	38.653.529
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen			-420.000	-1.400.000		-1.120.000	-2.100.000	
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-600							
23	= Summe: (investive Einzahlungen)	-600		-420.000	-1.400.000		-1.120.000	-2.100.000	
24	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	194.663		750.000					
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	357.007	100.000	990.000	2.500.000		2.950.000	2.250.000	1.600.000

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:



		Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	518.488	299.750	347.150	318.000		438.900	320.000	321.000
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen			1.150.000					
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen	31.681							
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	1.101.838	399.750	3.237.150	2.818.000		3.388.900	2.570.000	1.921.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein/. Auszahlung)	1.101.238	399.750	2.817.150	1.418.000		2.268.900	470.000	1.921.000

Haushaltsplan 2015/2016 1.01 Innere Verwaltung verantwortlich: 1.01.01 Politische Gremien OBERBERGISCHER KREIS Kreisdirektor **DER LANDRAT** Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Sitzungen politischer Gremien Beschreibung Unterstützung und Beratung von Fraktionen, Gruppen und Mitgliedern der Gremien Koordination der Ausschussarbeit Kreisordnung, Gemeindeordnung, Hauptsatzung für den Oberbergischen Kreis, Geschäftsordnung für den Kreistag des **Auftragsgrundlage** Oberbergischen Kreises, Entschädigungsverordnung, Mitteilungsverordnung fristgerechte Planung und Durchführung von Sitzungen Ziele zeitnahe Nachbereitung von Sitzungen Kreistagsmitglieder, sachkundige Bürger, Parteien, Fraktionen und Gruppen Zielgruppen

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

Kreisdirektor

1.01.01 Politische Gremien



		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-200						
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-2.605						
10	=	Ordentliche Erträge	-2.805						
11	-	Personalaufwendungen	60.946	63.340	109.453	105.820	106.884	107.954	109.031
12	-	Versorgungsaufwendungen	11.325	11.124	21.657	21.843	22.061	22.280	22.503
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.687						
15	-	Transferaufwendungen	237	3.000	500	3.000	500	3.000	500
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	638.003	636.888	670.100	668.115	672.946	677.775	678.290
17	=	Ordentliche Aufwendungen	716.198	714.352	801.710	798.778	802.391	811.010	810.324
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	713.393	714.352	801.710	798.778	802.391	811.010	810.324
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	713.393	714.352	801.710	798.778	802.391	811.010	810.324
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	713.393	714.352	801.710	798.778	802.391	811.010	810.324
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	88.159	97.434	101.997	99.621	99.659	100.295	100.977
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	801.552	811.786	903.706	898.399	902.049	911.305	911.301

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Politische Gremien

Über die Produktgruppe Politische Gremien werden die Kosten von Kreistag, Ausschüssen, Fraktionen und sonstigen Sitzungen abgewickelt.

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich: Kreisdirektor 1.01.01 Politische Gremien



In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In der Kontengruppe Transferaufwendungen sind die Kosten des Förderpreises und des Vorlesewettbewerbs (Kst. 1410 und 1412) abgebildet.

Die Kontengruppe Sonstige ordentliche Aufwendungen beinhaltet die Aufwandsentschädigungen für stellvertretende Landräte und Fraktionsvorsitzende (vgl. KrO i. V. m. Entschädigungsverordnung), die Entschädigungen der Kreistagsmitglieder und die der sachkundigen Bürger sowie die Zuwendungen an Kreistagsfraktionen. Die Höhe der Mittelanmeldungen können sich durch Neuordnung nach einer Kreistagswahl und einer Reduzierung bzw. Erhöhung der Kreistagsmitglieder sowie durch eine abweichende Zahl der Fraktionen verändern oder durch einen entsprechenden Kreistagsbeschluss. Des weiteren werden in dieser Kontengruppe Kosten wie Ehrungen, Jubiläen, Empfänge, Gästebewirtung und sonstige Kosten im Zusammenhang mit Kreistags- und Ausschusssitzungen und die Kosten der Erstellung des Sozialberichts (Kostenart 542900) verausgabt.

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich: Kreisdirektor 1.01.01 Politische Gremien



Verpflicht-Teilfinanzplan Planung 2017 Planung 2018 ungsermäch-Ergebnis Ansatz Ansatz Ansatz Planung 2013 2019 2014 2015 2016 tigungen 10 Personalauszahlungen 75.107 75.494 76.249 77.012 77.782 44.341 51.979 Auszahlungen für Sach- und 12 5.489 Dienstleistungen 14 Transferauszahlungen -31 15 sonstige Auszahlungen 586.937 613.674 643.099 640.599 644.914 649.228 649.228 Auszahlungen aus laufender 16 644.374 658.015 718.206 716.093 721.163 726.240 727.010 Verwaltungstätigkeit Saldo aus laufender Verwaltungs-17 644.374 658.015 718.206 716.093 721.163 726.240 727.010 tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)

Haushaltsplan 2015/2	2016 1.01 Innere Verwaltung	
verantwortlich:	1.01.02 Verwaltungsführung	The second secon
Kreisdirektor		OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
Beschreibung	Entwurf und Vorgabe von Richtlinien zur Führung der Verwaltung strategische Planung und Koordination der Verwaltungsziele Erstellung von Vorgaben zur Erreichung operativer Ziele Aufstellung und Anpassung einer Verwaltungsstruktur Durchführung eines Zielcontrollings am Bürger orientiertes Ausrichten des Verwaltungshandelns	
<u>Auftragsgrundlage</u>	Dienstanweisungen, Organisationsverfügungen	
<u>Ziele</u>		
<u>Zielgruppen</u>	Bedienstete, Organisationseinheiten der Kreisverwaltung	

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich: Kreisdirektor 1.01.02 Verwaltungsführung



Ansatz Ergebnis Ansatz Ansatz Planung Planung Planung Teilergebnisplan 2013 2014 2015 2016 2017 2018 2019 5 Privatrechtliche Leistungsentgelte -6.931 -10.000 -7.000 -7.000 -7.000 -7.000 -7.000 Kostenerstattungen und 6 -15.031 -100.000 -185.000 -185.000 -185.000 -185.000 -185.000 Kostenumlagen 7 Sonstige ordentliche Erträge -38.193 10 Ordentliche Erträge -60.154 -110.000 -192.000 -192.000 -192.000 -192.000 -192.000 1.232.559 11 1.094.399 1.508.451 1.472.027 1.486.822 1.501.680 1.516.686 Personalaufwendungen 12 Versorgungsaufwendungen 182.075 185.522 220.825 222.280 224.496 226.739 229.002 Aufwendungen für Sach- und 13 59.881 135.005 112.500 105.100 106.000 106.000 106.000 Dienstleistungen 386 953 14 Bilanzielle Abschreibungen 302 601 953 953 Sonstige ordentliche 16 40.065 53.140 141.081 141.314 141.495 141.660 141.826 Aufwendungen Ordentliche Aufwendungen 17 1.376.420 1.606.611 1.983.159 1.941.323 1.959.765 1.977.032 1.994.468 Ergebnis der laufenden 1.767.765 1.785.032 18 **= Verwaltungstätigkeit** (= Zeilen 1.316.266 1.496.611 1.791.159 1.749.323 1.802.468 10 und 17) Zinsen und sonstige 20 334 Finanzaufwendungen Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 21 334 Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 22 1.316.600 1.496.611 1.791.159 1.749.323 1.767.765 1.785.032 1.802.468 18 und 21) Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen 26 1.316.600 1.496.611 1.791.159 1.749.323 1.767.765 1.785.032 1.802.468 Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) Erträge aus internen 27 -1.121.192 -1.167.454 -1.391.189 -1.361.914 -1.376.129-1.389.835 -1.403.677Leistungsbeziehungen Aufwendungen aus internen 28 34.727 40.943 13.930 13.371 12.929 16.197 13.437 Leistungsbeziehungen

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich: Kreisdirektor 1.01.02 Verwaltungsführung



ľ	Teilergebnisplan		Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
I	29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	230.135	370.101	416.167	401.340	405.008	408.633	411.719

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Verwaltungsführung

Über die Kontengruppe Privatrechtliche Leistungsentgelte wird die Abführung von Einnahmen aus Nebentätigkeiten und die Erstattung für Kfz-Nutzung abgewickelt.

In der Kontengruppe Kostenerstattung und Kostenumlage werden Zuschüsse zu den Projekten werden/wurden Zuschüsse zu den Projekten Gewaltprävention an Schulen dargestellt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Unter Sonstige Sach- und Dienstleistungen werden die Kosten des Projektes Gewaltprävention an Schulen sowie die Ehrenamtsinitiative Weitblick zur Stärkung des Freiwilligenmanagements dargestellt. Um das ehrenamtliche Engagement weiter zu stärken, werden die Mittel gegenüber 2013/2014 um 40.000 € erhöht. Die Bewirtschaftung erfolgt hier im Vorfeld über eine Kostenstelle. Daneben sind hier Aufwendungen für Kreismarketing mit enthalten. In der Kontengruppe Sonstige ordentliche Aufwendungen sind die Verfügungsmittel des Landrates mit 10.000 € veranschlagt und fortgeschrieben (Ansatz 2012: 14.000 €; vgl. Kostenart 549100). Die Aufwandsentschädigungen des Landrates und seines allgemeinen Vertreters als besondere Zulage für einen allgemein mit der Stelle zusammenhängenden Aufwand (vgl. §§ 5 u. 6 Eingruppierungsverordnung) sind Bestandteil der Personalaufwendungen. Des weiteren sind hier u. a. die Geschäftskosten des Integrationsbeauftragen (Dez. II) zwecks Förderung von Integrationsmaßnahmen (Kostenart 543905) sowie die Geschäftsaufwendungen des Bündnisses für Familien ausgewiesen. Zu den Sonstige ordentliche Aufwendungen gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der Internen Leistungsverrechnungen werden anteilige Umlagen (z.B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.02 Verwaltungsführung





Teilfinanzplan		Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-6.931	-10.000	-7.000	-7.000		-7.000	-7.000	-7.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-100	-85.000	-170.000	-170.000		-170.000	-170.000	-170.000
9	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-7.031	-95.000	-177.000	-177.000		-177.000	-177.000	-177.000
10	- Personalauszahlungen	910.668	901.387	1.108.972	1.113.976		1.125.116	1.136.367	1.147.730
12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	69.173	89.925	67.500	60.100		61.000	61.000	61.000
13	Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	334							
15	- sonstige Auszahlungen	21.636	42.900	129.923	129.923		129.923	129.923	129.923
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.001.811	1.034.212	1.306.395	1.303.999		1.316.039	1.327.290	1.338.653
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	994.781	939.212	1.129.395	1.126.999		1.139.039	1.150.290	1.161.653

Haushaltsplan 2015/2016 1.01 Innere Verwaltung verantwortlich: 1.01.03 Gleichstellung von Frau und Mann OBERBERGISCHER KREIS Kreisdirektor **DER LANDRAT** Beschreibung Gleichstellung in der Verwaltung Beratung und Unterstützung von Verwaltungsführung, Ämtern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Beteiligung an sozialen, organisatorischen und personellen Maßnahmen Umsetzung und Fortschreibung des Frauenförderplans Bewerbungsverfahren Mitwirkung an der Entwicklung von Konzepten, Richtlinien u.ä. im Personalbereich Teilnahme an internen Besprechungen und Sitzungen politischer Gremien Arbeitsgruppe Telearbeit Förderung der Gleichstellung der Bürgerinnen und Bürger Beratung der externen Zielgruppen Öffentlichkeitsarbeit Kooperation und Vernetzung auf Kreis- und Landesebene Zusammenarbeit mit Interessenvertretern und Interessenvertreterinnen auf Kreis- und Landesebene Auftragsgrundlage Grundgesetz, Landesgleichstellungsgesetz (LGG NW), Kreisordnung NW, Hauptsatzung des Oberbergischen Kreises, Dienstanweisungen und -vereinbarungen Verbesserung der beruflichen Situation der, in der Verwaltung beschäftigten Frauen Ziele Statistik zum Frauenförderplan Optimierung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie Anzahl innovativer Vorschläge, Maßnahmen oder ähnliches Erhalt der Standards in den Bereichen Betriebliche Kinderbetreuung, Familientag, Frauenspezifische Fortbildung Zahl der Teilnehmenden Erhalt der Standards in den Bereichen Veranstaltungen, Beratung und Information. Zahl der Veranstaltungen, Veröffentlichungen, Beratungen

Zielgruppen

Mitarbeiterinnen und mitarbeiter der Kreisverwaltung, externe Bewerberinnen und Bewerber, Verwaltungsführung,

Dezernate, Ämter, politische Gremien, Bürgerinnen und Bürger, Verbände, Gleichstellungsstellen, Beratungsstellen

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich: Kreisdirektor 1.01.03 Gleichstellung von Frau und Mann



	•	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-232	-3	-3	-3	-3	-3	-3
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-2.970						
10	=	Ordentliche Erträge	-3.203	-3	-3	-3	-3	-3	-3
11	-	Personalaufwendungen	55.963	57.021	65.147	62.536	63.166	63.797	64.434
12	-	Versorgungsaufwendungen	13.204	13.001	14.665	14.764	14.911	15.060	15.210
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	825	2.063	2.053	2.053	2.053	2.053	2.053
14	-	Bilanzielle Abschreibungen		48	38	75	119	119	119
15	-	Transferaufwendungen	3						
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.677	3.370	3.768	3.792	3.808	3.825	3.878
17	=	Ordentliche Aufwendungen	72.672	75.503	85.671	83.219	84.057	84.855	85.695
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	69.469	75.500	85.667	83.216	84.054	84.851	85.692
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	69.469	75.500	85.667	83.216	84.054	84.851	85.692
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	69.469	75.500	85.667	83.216	84.054	84.851	85.692
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	6.452	5.822	9.210	6.631	6.289	6.325	6.369
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	75.921	81.322	94.877	89.847	90.343	91.176	92.061

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich: Kreisdirektor 1.01.03 Gleichstellung von Frau und Mann



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Gleichstellung von Frau und Mann

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen werden alle Sachkosten (Kostenart 529100) im Rahmen der Gleichstellung von Frau und Mann verausgabt. Veranstaltungen und Veröffentlichungen werden äußerst restriktiv geplant, auf alle nicht zwingend erforderlichen Aktivitäten wird verzichtet.

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der Internen Leistungsverrechnungen werden anteilige Umlagen (z.B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich: Kreisdirektor 1.01.03 Gleichstellung von Frau und Mann



Teilfinanzplan		Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
10	- Personalauszahlungen	42.316	38.952	43.874	44.018		44.458	44.903	45.352
12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	884	2.050	2.050	2.050		2.050	2.050	2.050
14	- Transferauszahlungen	3							
15	- sonstige Auszahlungen	183	690	740	740		740	740	740
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	43.386	41.692	46.664	46.808		47.248	47.693	48.142
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	43.386	41.692	46.664	46.808		47.248	47.693	48.142

Haushaltsplan 2015/	
verantwortlich: Amt 10	1.01.04 Beschäftigtenvertretung OBERBERGISCHER KREI DER LANDRAT
Beschreibung	Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Personalvertretungsrecht Mitbestimmung, Mitwirkung und Beteiligung in Personalangelegenheiten
<u>Auftragsgrundlage</u>	Landespersonalvertretungsgesetz NRW (LPVG NRW)
<u>Ziele</u>	Sicherstellung der umfassenden Beratung und konkreten Hilfestellung der Beschäftigten in arbeits-, beamten- bzw sozialrechtlichen Fragen.
	Sicherstellung der Arbeitsplätze der Beschäftigten unter humanen Arbeitsbedingungen unter Erhalt des jeweilige Einkommens.
	Vertrauensvolle Zusammenarbeit der Dienststelle und der Personalvertretung zur Erfüllung der dienstlichen Aufgabe zum Wohle der Beschäftigten im Rahmen der bestehenden Gesetze und Tarifverträge.
<u>Zielgruppen</u>	Beschäftigte des Oberbergischen Kreises

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.04 Beschäftigtenvertretung





		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-485	-15	-15	-15	-15	-15	-15
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-6.072						
10	=	Ordentliche Erträge	-6.557	-15	-15	-15	-15	-15	-15
11	-	Personalaufwendungen	221.469	223.583	247.973	246.718	249.191	251.682	254.199
12	-	Versorgungsaufwendungen	25.490	26.182	13.721	13.813	13.951	14.090	14.231
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	828	1.860	1.848	1.848	1.848	1.848	1.848
14	-	Bilanzielle Abschreibungen		145	113	226	357	357	357
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.404	9.146	9.787	9.874	9.941	10.000	10.060
17	=	Ordentliche Aufwendungen	255.192	260.916	273.442	272.478	275.288	277.978	280.695
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	248.635	260.901	273.427	272.464	275.273	277.963	280.680
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	248.635	260.901	273.427	272.464	275.273	277.963	280.680
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	248.635	260.901	273.427	272.464	275.273	277.963	280.680
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	9.186	30.631	40.217	35.950	35.867	36.064	36.253
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	257.821	291.532	313.645	308.413	311.140	314.027	316.933

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.04 Beschäftigtenvertretung



Amt 10

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Beschäftigtenvertretung

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* wird die Aufwandsdeckung für den Personalrat nach den Vorgaben der entsprechenden Rechtsverordnung für Personalvertretungen sichergestellt (Kostenart 524900). Darüber hinaus sind an dieser Stelle Gerichts- und Anwaltskosten veranschlagt (Kostenart 528903).

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.04 Beschäftigtenvertretung



Amt 10

	Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
10	- Personalauszahlungen	194.511	163.473	186.689	187.944		189.824	191.722	193.639
12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.190	1.817	1.835	1.835		1.835	1.835	1.835
15	- sonstige Auszahlungen	1.588	2.760	3.000	3.000		3.000	3.000	3.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	197.289	168.050	191.524	192.779		194.659	196.557	198.474
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	197.289	168.050	191.524	192.779		194.659	196.557	198.474

Haushaltsplan 2015/	2016 1.01 Innere Verwaltung 1.01.05 Rechnungsprüfung	77 3
Dezernat II		OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
<u>Beschreibung</u>	In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:	
	1.01.05.01 Rechnungsprüfung und Beratung 1.01.05.02 Prüfungen für Dritte	
<u>Auftragsgrundlage</u>		
<u>Ziele</u>		
<u>Zielgruppen</u>		

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.05 Rechnungsprüfung

Dezernat II



1.01.05.01 Rechnungsprüfung und Beratung

Beschreibung

a.) Durchführung folgender Pflichtprüfungen für den Kreis:

Jahresabschlüsse Gesamtabschlüsse

Vorgänge in der Finanzbuchhaltung

dauernde Überwachung der Zahlungsabwicklung

Programmprüfung im Bereich der Finanzbuchhaltung vor Einsatz

Finanzvorfälle für den Landesrechnungshof

Vergaben

b.) Durchführung der vom Kreistag übertragenen sonstigen Prüfaufgaben:

Jahresrechnungen/Jahresabschlüsse

Zweckverband Naturpark Bergisches Land

Oberbergisches Kreisorchester e.V. Biologische Station Oberberg e.V.

Bergische Agentur für Kulturlandschaft (BAK gGmbH)

c.) Sonderprüfungen nach Auftrag des Landrates

<u>Auftragsgrundlage</u>

GO NRW, Landeshaushaltsordnung, Handelsgesetzbuch, Rechnungsprüfungsordnung

Ziele

Unterstützung des Kreistages und der Verwaltungsleitung durch Bereitstellung steuerungsrelevanter Informationen zur Sicherstellung der Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit des Verwaltungshandelns sowie zur Verbesserung der

Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit. Jährliche Prüfung der Zahlungsabwicklung

Laufende Prüfung der Vergaben entsprechend der Vergabedienstanweisung

Jährliche Prüfung von 10 % der Produkte

Prüfung der Jahresabschlüsse, nach rechtzeitiger Vorlage, bis 15.11. einschl. Berichterstattung

Jährliche Prüfung der Jahresrechnungen/Jahresabschlüsse einschl. Berichterstattung innerhalb der jeweiligen

Vorlagetermine

Kurzfristige Durchführung von Sonderprüfungen

Haushaltsplan 2015/20	16 1.01 Innere Verwaltung	***** ** ***
verantwortlich: Dezernat II	1.01.05 Rechnungsprüfung	OBERBERGISCHER KREI DER LANDRAT
<u>Zielgruppen</u>	alle Ämter der Kreisverwaltung Gesellschafter, Aufsichtsrat, Vorstände, Mitglieder alle Ämter der Kreisverwaltung	

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

Dezernat II

1.01.05 Rechnungsprüfung



1.01.05.02 Prüfungen für Dritte

Beschreibung Wahrnehmung von Prüfungs-, Beratungs- und sonstigen Dienstleistungen für kreisangehörige Kommunen aufgrund

öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen gegen Kostenerstattung:

Bergneustadt, Engelskirchen, Morsbach, Radevormwald, Reichshof

<u>Auftragsgrundlage</u> GO NRW, Landeshaushaltsordnung, Handelsgesetzbuch, Rechnungsprüfungsordnung

Ziele Abwicklung der jeweils vereinbarten Beratungs-, Prüfungs- und sonstigen Leistungen zur Unterstützung des Rates und

des Verwaltungsvorstandes zur Stärkung der Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des

Verwaltungshandelns.

Zielgruppen Verwaltungsvorstand und alle Ämter der jeweiligen Kommune

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.05 Rechnungsprüfung

Dezernat II



	•	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-52.253	-77.000	-52.000	-52.000	-52.000	-52.000	-52.000
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte		-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-1.352	-25	-25	-25	-25	-25	-25
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-17.191						
10	=	Ordentliche Erträge	-70.796	-79.025	-54.025	-54.025	-54.025	-54.025	-54.025
11	-	Personalaufwendungen	377.201	421.118	461.166	447.606	452.069	456.546	461.068
12	-	Versorgungsaufwendungen	70.924	76.084	83.160	83.933	84.770	85.616	86.471
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	320	302	222	247	272	272	272
14	-	Bilanzielle Abschreibungen		386	302	601	953	953	953
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	21.651	30.186	30.499	30.804	31.030	31.348	31.542
17	=	Ordentliche Aufwendungen	470.096	528.076	575.350	563.191	569.093	574.736	580.307
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	399.301	449.051	521.325	509.166	515.068	520.711	526.282
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	399.301	449.051	521.325	509.166	515.068	520.711	526.282
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	399.301	449.051	521.325	509.166	515.068	520.711	526.282
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-8.865	-17.196	-16.260	-16.455	-16.643	-16.736	-16.800
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	54.177	75.167	70.106	69.762	69.579	69.821	70.069
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	444.613	507.022	575.171	562.473	568.004	573.795	579.551

Haushaltsplan 2015/2016	1.01	Innere Verwaltung	
verantwortlich:		Rechnungsprüfung	[]
Dezernat II			OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

Dezernat II

1.01.05 Rechnungsprüfung



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Rechnungsprüfung

Über die Kontengruppe Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte werden die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) nach der Gebührensatzung (Produkt Prüfung, Beratung, etc. für Dritte) abgewickelt. Das Rechnungsprüfungsamt prüft aufgrund öffentl.-rechtlicher Vereinbarungen für diverse Kommunen im Oberbergischen Kreis Teile der örtlichen Jahresrechnung. In der Kontengruppe Privatrechtliche Leistungsentgelte werden die Einnahmen/Erträge aus der Übersendung (Kostenart 441100) von Ausschreibungsunterlagen erfasst.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe sonstige ordentliche Aufwendungen enthält die Kosten für die Bekanntmachung (Kostenart 543600) von Ausschreibungen sowie sonstige Geschäftsaufwendungen (Kostenart 543900; z.B. Druckkosten, Sachkosten etc. für Prüfberichte u. a.). Zu den Sonstige ordentliche Aufwendungen gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der Internen Leistungsverrechnungen werden anteilige Umlagen (z.B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Saldo aus laufender Verwaltungs-

tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)

1.01 Innere Verwaltung

226.433

verantwortlich:

Dezernat II

17

1.01.05 Rechnungsprüfung

243.475



284.743

288.047

281.347

Verpflicht-Teilfinanzplan Planung 2017 Ergebnis Ansatz Ansatz Ansatz ungsermäch-Planung Planung 2013 2014 2015 2016 tigungen 2018 2019 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte 4 -64.108 -77.000 -52.000 -52.000 -52.000 -52.000 -52.000 5 Privatrechtliche Leistungsentgelte -2.000 -2.000 -2.000 -2.000 -2.000 -2.000 Einzahlungen aus laufender 9 -64.108 -79.000 -54.000 -54.000 -54.000 -54.000 -54.000 Verwaltungstätigkeit 10 Personalauszahlungen 302.152 296.583 321.123 322.933 326.122 329.343 332.597 Auszahlungen für Sach- und 12 200 225 250 250 200 Dienstleistungen 15 sonstige Auszahlungen 5.431 8.650 8.800 8.900 8.975 9.200 9.150 Auszahlungen aus laufender 16 307.583 305.433 330.123 332.058 335.347 338.743 342.047 Verwaltungstätigkeit

276.123

278.058

Haushaltsplan 2015/2016 1.01 Innere Verwaltung verantwortlich: 1.01.06 Zentrale Dienste OBERBERGISCHER KREIS KD, Dez. II **DER LANDRAT** Diese Produktgruppe setzt sich aus folgenden Produkten und Teilprodukten zusammen: Beschreibung 1.01.06.01 Druckerei 1.01.06.02 Poststelle 1.01.06.03 Bürgerservice 1.01.06.04 Fuhrpark 1.01.06.05 Sonstige zentrale Dienste 1.01.06.06 Zentrale Bußgeldstelle 1.01.06.06.01 Bußgelder Abfallwirtschaft 1.01.06.06.02 Bußgelder Bauordnung 1.01.06.06.03 Bußgelder Gewässerschutz 1.01.06.06.04 Bußgelder Ordnungsamt 1.01.06.06.05 Bußgelder sonstige Ordnungswidrigkeiten 1.01.06.06.06 Bußgelder Veterinäraufsicht 1.01.06.06.07 Bußgelder verkehrsrechtliche Genehmigungen 1.01.06.07 Submission, Datenschutz, AGG, sonst. Auftragsgrundlage Ziele Zielgruppen

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

KD, Dez. II

1.01.06 Zentrale Dienste



1.01.06.01 Druckerei

Beschreibung Erstellen von Druckerzeugnissen unterschiedlichster Art für die Verwaltung und politische Arbeit.

<u>Auftragsgrundlage</u> Organisationsentscheidung des Landrats

Ziele Geringe Fehlerquote bei der Erstellung der Drucke

Zielgruppen Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

KD, Dez. II

1.01.06 Zentrale Dienste



1.01.06.02 Poststelle

Beschreibung Verteilen der Eingangspost

Versand der Postausgänge der Kreisverwaltung

Interne Postverteilung

<u>Auftragsgrundlage</u> Organisationsentscheidung des Landrats

Ziele Verteilung der Ein- und Ausgangspost innerhalb eines Arbeitstages

Zielgruppen Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.06 Zentrale Dienste



1.01.06.03

KD, Dez. II

Bürgerservice

Beschreibung Besucherinformation

Telefonauskunft und Weitervermittlung von Telefongesprächen

Verwaltung von Dienstkraftfahrzeugen

Kontaktstelle für Rückfragen Schrankenanlage (Zu- und Ausfahrt Kreisparkplatz)

<u>Auftragsgrundlage</u> Organisationsentscheidung des Landrates

Ziele Zeitnahe Besucherinformation

Unmittelbare Weitervermittlung von Telefongesprächen

Zielgruppen Auskunftssuchende (Besucher, Anrufer), Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

KD, Dez. II

1.01.06 Zentrale Dienste



1.01.06.04 Fuhrpark

Beschreibung Einkauf von Dienstfahrzeugen

Veranlassen von Wartungen und Reparaturen

Bereitstellung der Fahrzeuge

<u>Auftragsgrundlage</u> Organisationsentscheidung des Landrats

Ziele Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl an Dienstfahrzeugen

Umweltschutz durch geringen CO₂ - Ausstoß

Zielgruppen Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

KD, Dez. II

1.01.06 Zentrale Dienste



1.01.06.05 Sonstige zentrale Dienste

Beschreibung Beschaffung von Verbrauchsmaterial, Büchern, Einrichtungsgegenständen und Dienstleistungen

Registraturarbeiten im Zwischenarchiv (Aktentransport und Aussonderung nach Vorgabe durch die Fachämter)

<u>Auftragsgrundlage</u> Organisationsentscheidung des Landrats

Ziele Zeitnahe, vollständige und wirtschaftliche Abwicklung der Beschaffung

Zielgruppen Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

Haushaltsplan 2015/2016 1.01 Innere Verwaltung verantwortlich: 1.01.06 Zentrale Dienste OBERBERGISCHER KREIS KD, Dez. II **DER LANDRAT** 1.01.06.06 Zentrale Bußgeldstelle Beschreibung Prüfung und Ahndung der von den Fachämtern des Hauses und des Bundesversicherungsamtes vorgelegten Ordnungswidrigkeitenverfahren (z.B. Verstöße gegen baurechtliche Bestimmungen, lebensmittel- und veterinärrechtliche Bestimmungen, abfallrechtliche Bestimmungen, waffenrechtliche Bestimmungen. Verstöße gegen die Handwerksordnung oder das Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit. Verstöße gegen das Pflichtversicherungsgesetz u.a.) Beratung der Fachämter – Koordination der Ermittlungen- und Beratung der kreisangehörigen Kommunen Vertretung des Kreises vor den zuständigen Amtsgerichten Auftragsgrundlage Bauordnung NRW, Kreislaufwirtschaft- und Abfallgesetz, Handwerksordnung, Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, Tierschutzgesetz, Personenbeförderungsgesetz, Viehverkehrsordnung, Trinkwasserverordnung, Arzneimittelgesetz, Bundesseuchengesetz, Fahrlehrergesetz, Schulpflichtgesetz, Lebensmittel- und Futtermittelgesetz, Lebensmittelhygieneverordnung, Waffengesetz, Gewerbeordnung, Makler- und Bauträgerverordnung, Landesjagdgesetz, Katastrophenschutzgesetz. Betäubungsmittelgesetz. Bundesausbildungsförderungsgesetz. Güterkraftverkehrsgesetz. Landschaftsgesetz u.a. Einhaltung von Rechtsvorschriften durch den Bürger und damit u.a. Verhinderung von Schwarzbauten, Verhinderung von Ziele

Ahndung der Verstöße innerhalb der gesetzlich geregelten Verjährungsfrist

Ordnungswidrig handelnde natürliche und juristische Personen

Zielaruppen

wirtschaftsschädlicher Schwarzarbeit, Verhinderung von Umweltbelastungen, Verhinderung von Seuchen u.a. durch

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.06 Zentrale Dienste



1.01.06.07

KD, Dez. II

Submission, Datenschutz, AGG, sonst.

Beschreibung

Allgemeine Korruptionsprävention durch:

Umsetzung der in den Leitlinien festgelegten Maßnahmen (Prävention, Schulung, Beratung, Aufbau "Internes Kontrollsystem", Sensibilisierung, Öffentlichkeitsarbeit)

Anwendung und Einhaltung der Dienstanweisungen (VDA, Annahme von Belohnungen und Geschenken, Sponsoring)

Aufgabe des Korruptionsbeauftragten Zentrale Submission, zentrale Vergabe:

Aufbau und Pflege der zentralen Bieterdatei

Geschäftsführung der zentralen Submissionsstelle

Planung und Durchführung der Submissionstermine

Kontrolle der Einhaltung von VOB, VOL, VOF, HOAI

Behördlicher Datenschutz

gemeinsamer behördlicher Datenschutzbeauftragter für den OBK und 10 Kommunen

Sicherstellung des Datenschutzes, Beratungs- und Überwachungsfunktion

Führung Verfahrensverzeichnis Durchführung der Vorabkontrollen

Beteiligung an Datenschutz- und IT- Sicherheitskonzept

Informationsfreiheit

Koordination und Antragsbearbeitung, Statistik

Alla. Gleichbehandlungsgesetz

Beschwerdestelle

Beratung und Beseitigung von Benachteiligungen aus Gründen der Rasse, ethnischer Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, der Behinderung, des Alters und der sexuellen Identität insbesondere in den

Anwendungsbereichen Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen, Auswahl- und Einstellungskriterien, Gesundheitsschutz, Bildung und soziale Vergünstigungen einschließlich öffentliche Güter und Dienstleistungen

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

KD, Dez. II

1.01.06 Zentrale Dienste



Auftragsgrundlage Zu a.): Korruptionsbekämpfungsgesetz, Runderlass Innenministerium vom 26.04.2005 Leitlinien des Kreises für ein transparentes und integres Verwaltungshandeln vom 22.09.2005 DA Sponsoring, DA Annahme Geschenke/Belohnungen, VDA Zu b.): Vergabedienstanweisung, VOB, VOL, VOF, HOAI, TVgGNRW. Zu c.): DSG.NRW und Verwaltungsvereinbarung mit 10 Kommunen (gültig ab 01.01.2012) Zu d.): IFG.NRW und Verfügung LR- Nr. 03.2002 vom 17.01.2002 Zu e.): AGG und Organisationsverfügung des LR vom 19.09.2007 Ziele Zu a.): Sensibilisierung der Verwaltung und Politik, Flächendeckende Einführung des IKS in allen Dezernaten/Ämtern. Jährliche Schulung aller neuen Auszubildenden. Beratung, Beurteilungshilfe durch Korruptionsbeauftragten innerhalb von 7 Tagen Dokumentation und Jahresbericht aller Maßnahmen bis 15.11. Zu b.): Sicherstellung eines fairen, transparenten und ordnungsgemäßen Wettbewerbes Vermeidung von Diskriminierung Einhaltung von Produktneutralität Gleichbehandlung aller Bieter Zu c.): altung der gesetzlichen Vorschriften und der Aufgaben nach dem Landesdatenschutzgesetz (DSG. NRW) altung der gesetzlichen Vorschriften und der Aufgaben nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG. NRW); esondere Einhaltung der Monatsfrist zur Antragsentscheidung Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der Aufgaben nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) a.) Gesamte Verwaltung und politische Vertreter in Kreistag etc. Zielaruppen b.) alle Ämter der Kreisverwaltung c.) alle Ämter und Bedienstete der Kreisverwaltung, Bürger d.) Bürger e.) Beschäftigte und BewerberInnen

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.06 Zentrale Dienste

KD, Dez. II



	•	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-4.036		-3.930	-3.026	-2.773	-2.773	-2.773
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-17.072	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-171	-870	-870	-870	-870	-870	-870
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-75.547	-50.140	-47.840	-47.890	-48.390	-48.390	-48.390
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-416.534	-160.000	-160.100	-160.100	-160.100	-160.100	-160.000
10	=	Ordentliche Erträge	-513.360	-231.010	-232.740	-231.886	-232.133	-232.133	-232.033
11	-	Personalaufwendungen	1.227.418	1.220.291	1.328.032	1.321.144	1.334.385	1.347.727	1.361.201
12	-	Versorgungsaufwendungen	70.374	70.199	81.073	82.233	83.053	83.883	84.720
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	258.836	287.851	310.713	298.513	282.913	283.513	284.113
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	232.075	83.035	230.668	210.303	150.511	150.511	150.511
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	347.663	366.561	387.994	392.208	395.756	399.284	402.674
17	=	Ordentliche Aufwendungen	2.136.366	2.027.937	2.338.480	2.304.400	2.246.618	2.264.917	2.283.219
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.623.006	1.796.927	2.105.740	2.072.514	2.014.485	2.032.784	2.051.186
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.623.006	1.796.927	2.105.740	2.072.514	2.014.485	2.032.784	2.051.186
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.623.006	1.796.927	2.105.740	2.072.514	2.014.485	2.032.784	2.051.186
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-508.877	-470.624	-721.622	-670.841	-602.190	-605.541	-608.956
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	368.909	367.877	562.095	443.782	428.120	430.019	432.788

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.06 Zentrale Dienste

KD, Dez. II



Teilergebnisplan		Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.483.037	1.694.180	1.946.213	1.845.454	1.840.415	1.857.262	1.875.018

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Zentrale Dienste

Zur Produktgruppe 1.01.06 Zentrale Dienste:

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören neben den Ausgaben für Dienst- u. Schutzkleidung im Zuge des Aufbaus einer Corporate Identity (Kostenart 541600) auch anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Zu den Produkten 1.01.06.01 bis 1.01.06.05 (Amt 10):

Zur Kontengruppe Erträge aus Kostenerstattung zählen Entgelte für Kraftwagennutzung (Kostenart 442900, Produkt Fuhrpark) und Erstattungen von Geschäftsausgaben der OAG (Kostenart 442600, Produkt Sonstige Zentrale Dienste). Zu den Sonstigen ordentlichen Erträgen gehören u. a. die Erlöse aus dem Verkauf von geringwertigen beweglichen Sachen und sonstige vermischte Einnahmen (Kostenart 451500 u. 459100, Produkt Sonstige Zentrale Dienste). In der Kontengruppe Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind u. a. Kosten für Kurierdienste (Kostenart 529909, Produkt Poststelle) veranschlagt, sowie Kosten der Betriebsorganisation und die Kosten des Archivberaters (Kostenart 524900 u. 528905, Produkt Sonstige Zentrale Dienste). In der Kontengruppe Sonstige ordentliche Aufwendungen sind u. a. Miete- und Wartungskosten von Verfielfältigungsautomaten (Kostenart 542910, Produkt Sonstige Zentrale Dienst) sowie die GEZ - Gebühren (Kostenart 542300, Produkt Sonstige Zentrale Dienste) geplant. Ferner sind hier die Unterhaltungskosten der Fahrzeuge (Kst. 40100, Kostenart 523400 u.a.) ausgewiesen, die von Amt 10 bewirtschaftet werden; die Verrechnung der Kfz-Kosten erfolgt über die Leistungsverrechnung (Zeile 27-28 im Ergebnisplan).

Zum Produkt: 1.01.06.06 Zentrale Bußgeldstelle (Amt 30):

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

KD, Dez. II

1.01.06 Zentrale Dienste



Über die Kontengruppe Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte werden die Verwaltungsgebühren für Aktenversendungen (Kostenart 431100) abgewickelt. In der Kontengruppe Sonstige ordentliche Erträge sind diverse Bußgelder (Kostenart 452110) erfasst, z. B. aus den Bereichen Veterinär, Bauordnung, Gewässerschutz, Abfall und sonstige Bereiche. Die Bußgelder im Zusammenhang mit der Geschwindigkeitsüberwachung sind dagegen im Produkt 1.02.04.02 (Überwachung des fließenden Verkehrs) abgebildet, die Bußgelder aus dem Bereich 32/1 im Produkt 1.02.01.02 (Gewerbe und Handwerk). In der Kontengruppe Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen werden die Erstattung von Kosten der Rechtsverteidigung (Kostenart 528902 Kostenerstattungen an Anwälte u. a.) sowie Erstattungen von Auslagen für Zeugen und Sachverständige (Kostenart 528900) erfasst. Unter der Kontengruppe Sonstige ordentliche Aufwendungen sind die Kosten der optischen Archivierung sowie Erstattungen von Bußgeldern aus Vorjahren (Kostenart 549800) veranschlagt.

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

KD, Dez. II

1.01.06 Zentrale Dienste



Nachrichtlich: Hilfs- oder Gemeinkosten wie Porto, Telefon, Drucksachen, Bekanntmachungen, Aktenvernichtung, Kosten für Datenleitungen, ADV-Kosten (GKD), Unterhaltung von Fahrzeugen (Fahrzeugpool Amt 10) usw. sind auf sog. *Kostenstellen* veranschlagt. Die Verteilung dieser Kosten erfolgt verursachungsgerecht auf Organisationseinheiten bzw. direkt auf Produkte.

Auszug aus der Kst.-Struktur:

Kst.	Bezeichnung	Kst.	Bezeichnung
1104	Telefonanlage	1124	Serv. Sitzungsdienst
1108	Bürobedarf	1126	Behördenselbstschutz
1114	Portogebühren	1128	Kurierdienst
1116	Fernmeldegebühren	1130	Corporate Identity
1118	Bekanntmachungen	1134	Kopierkosten Druckerkonzept
1120	Aktenvernichtung	1140	Juris
1122	Opt. Archivierung		

Kst.	Beschreibung	Amt	Kst.	Beschreibung	Amt
100100	Hauptamt 10	Amt 10	100400	Amt für Schule und Bildung (Schulfachlicher Bereich)	Amt 40
100000	Verw.führung	Amt 11	103400	Amt für Schule und Bildung 40	Amt 40
100110	Personalverwaltung 11	Amt 11	101410	Kultur- und Museumsamt 41	Amt 41
102140	Rechnungsprüfungsamt 14	Amt 14	101430	Kreisvolkshochschule 43	Amt 43
100190	Gleichstellung 19	Amt 19	103500	Amt für Soziale Angelegenheiten 50	Amt 50
101200	Amt f. Finanzwirt. u. Kommunalaufsicht 20	Amt 20	103510	Jugendamt / Sportamt / PBS 51	Amt 51
104230	Liegenschaftsamt 23	Amt 23	103530	Gesundheitsamt 53	Amt 53
102300	Rechtsamt 30	Amt 30	104610	Amt für Planung und Straßen	Amt 61
100310	Kreispolizeiverwaltung 31	Amt 31	104620	Geoinformation u. Liegenschaftskat. 62	Amt 62
101321	Bürobetrieb 32/1 + 2	Amt 32	104650	Bauamt 65	Amt 65
101322	Leitstellenbetrieb	Amt 38	104660	Tiefbauabtl. 61/2	Amt 61/2
101323	Bürobetrieb 38	Amt 38	102670	Umweltamt 67	Amt 67
102360	Straßenverkehrsamt 36	Amt 36	100800	Kreis- und Regionalentwicklung	Amt 68
102390	Veterinär- und Lebensmittelüberw.amt 39	Amt 39	109000	Personalrat	Personalrat

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.06 Zentrale Dienste

KD, Dez. II



	Teilfinanzplan		Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
4	+ Öffentlich-rechtl	iche Leistungsentgelte	-17.060	-20.000	-20.000	-20.000		-20.000	-20.000	-20.000
5	+ Privatrechtliche	Leistungsentgelte	-171	-870	-870	-870		-870	-870	-870
6	+ Kostenerstattun	gen, Kostenumlagen	-42.489	-57.000	-54.700	-54.750		-55.250	-55.250	-55.250
7	+ Sonstige Einzah	llungen	-244.183	-160.000	-160.000	-160.000		-160.000	-160.000	-160.000
9	= Einzahlungen a Verwaltungstät		-303.904	-237.870	-235.570	-235.620		-236.120	-236.120	-236.120
10	- Personalauszah	lungen	1.158.857	918.442	996.272	1.003.759		1.013.797	1.023.935	1.034.173
12	Auszahlungen fü Dienstleistunger		170.096	267.600	289.740	276.940		260.740	260.740	260.740
15	- sonstige Auszah	nlungen	1.035.103	1.135.870	1.161.627	1.161.810		1.162.490	1.163.050	1.168.010
16	= Auszahlungen Verwaltungstät		2.364.056	2.321.912	2.447.639	2.442.509		2.437.027	2.447.725	2.462.923
17	= Saldo aus laufe tätigkeit (= Zeile	ender Verwaltungs- en 9 und 16)	2.060.152	2.084.042	2.212.069	2.206.889		2.200.907	2.211.605	2.226.803
26	Auszahlungen fü beweglichem Ar		31.526	57.000	53.000	53.000		53.000	53.000	53.000
30	= Summe: (investive Ausz	ahlungen)	31.526	57.000	53.000	53.000		53.000	53.000	53.000
31	= Saldo: der Inve (Ein/. Auszah	stitionstätigkeit lung)	31.526	57.000	53.000	53.000		53.000	53.000	53.000

Planerläuterung Teilfinanzplan

Erläuterung zu Zeile 26:

Allgemeine Erläuterungen zu GwG und BGA:

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.06 Zentrale Dienste



KD, Dez. II

Bei dem oben aufgeführtem Ansatz handelt es sich um geplante Investitionen/Ersatzbeschaffung von Betriebs- und Geschäftsausstattung (kurz BGA). Betriebs- und Geschäftsausstattung ist ein Begriff der kaufmännischen Buchführung. Darunter fallen Gegenstände (über 410 Euro netto), die der langfristigen Betriebsbereitschaft eines Unternehmens dienen. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird im ersten Teil des Inventars als Vermögensposten geführt. In der Bilanz wird sie den Sachanlagen zugeordnet und ist damit ein Teil des Anlagevermögens. BGAs werden über den Zeitraum ihrer Nutzungsdauer abgeschrieben, über Kostenstellen werden die Beschaffungen verursachungsgerecht den Ämtern/Produkten zugeordnet. Geringwertige Wirtschaftsgüter können, im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, im Jahr der Anschaffung oder Herstellung voll als Betriebsausgabe abgesetzt werden.

Geringwertige Wirtschaftsgüter unter 410 Euro (netto) (kurz GWG) werden nicht mehr zu den Investitionen gezählt, sondern im (Teil-)ergebnisplan veranschlagt (Kostenart 523800) und gelten mit der Anschaffung als "verbraucht".

Zentrale Dienste:

Typische Investitionen bzw. Ersatzbeschaffungen sind Mobiliar (Bürotische, Bürostühle, Rollcontainer, Regale, etc.), Büromaschinen oder Werkstatteinrichtungen. Da das Zentralamt für die Beschaffung grundsätzlich zuständig ist, werden die Kosten in der Produktgruppe 1.01.06 Zentrale Dienste veranschlagt (die Beschaffung von Hard- und Software wird über die Produktgruppe 1.01.10 abgewickelt). Die Kosten für Büromaterial (Papier, Toner, Schreibwaren, etc.) sind hier nicht veranschlagt. Im betriebswirtschaftlichen Rechnungswesen bezeichnet man mit Büromaterial alle Verbrauchsgüter im Büroalltag. In der Finanzbuchhaltung werden Ausgaben für Büromaterial als Sofort-Aufwand (und damit nicht als Investition) gebucht. Die Mittel für Büromaterial sind auf den Organisationskostenstellen veranschlagt.

Die o. g. Investitionen werden über die Finanzstelle 5.101020 (BGA, Anlagevermögen > 410 Euro netto) bzw. über die Finanzstelle 5.101003 (Einrichtung Telearbeitsplätze) abgewickelt.

Haushaltsplan 2015/2016	1.01 Innere Verwaltung	>>>>> ™™ \ ≸≬
verantwortlich:	1.01.07 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	
Kreisdirektor		OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
Beschreibung	Informationsverarbeitung und -weitergabe an die Medien und interessierte Öffentlichkeit Darstellung der Aufgaben der Kreisverwaltung	
	Gestaltung und Pflege des Internetauftritts	
<u>Auftragsgrundlage</u>		
<u>Ziele</u>	umfassende und zeitnahe Informationsweitergabe an Medien und Öffentlichkeit	
	Optimierung des Informationsflusses Steigerung der Zugriffszahlen auf die Internetseite des Oberbergischen Kreises	
Zielgruppen N	Medien, Öffentlichkeit	

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich: Kreisdirektor 1.01.07 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



	,	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-47						
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-613						
10	=	Ordentliche Erträge	-660						
11	-	Personalaufwendungen	169.778	136.992	177.345	179.155	180.947	182.756	184.584
12	-	Versorgungsaufwendungen	14.879	2.900	2.912	2.931	2.961	2.990	3.020
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	163	900	900	900	900	900	900
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	535		535	535			
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.781	13.070	18.070	18.070	13.070	13.070	13.070
17	=	Ordentliche Aufwendungen	189.135	153.863	199.762	201.592	197.878	199.716	201.573
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	188.475	153.863	199.762	201.592	197.878	199.716	201.573
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	188.475	153.863	199.762	201.592	197.878	199.716	201.573
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	188.475	153.863	199.762	201.592	197.878	199.716	201.573
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	26.623	25.926	40.051	33.416	32.264	32.414	32.639
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	215.098	179.789	239.812	235.008	230.142	232.130	234.212

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich: Kreisdirektor 1.01.07 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Unter der Kontengruppe Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen werden die Kosten im Bereich der Koordination von Europaangelegenheiten (Kostenart 529100) ausgewiesen. Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen handelt es sich u. a. um Aufwendungen für Gästebewirtung und Repräsentation im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit (Kostenart 543700). Zu den Sonstige ordentliche Aufwendungen gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich: Kreisdirektor 1.01.07 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



	Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
10	- Personalauszahlungen	160.283	105.547	136.743	138.758		140.145	141.546	142.961
12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	163	900	900	900		900	900	900
15	- sonstige Auszahlungen	3.626	13.070	18.070	18.070		13.070	13.070	13.070
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	164.072	119.517	155.713	157.728		154.115	155.516	156.931
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	164.072	119.517	155.713	157.728		154.115	155.516	156.931
26	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	424							
30	= Summe: (investive Auszahlungen)	424							
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein/. Auszahlung)	424							

Haushaltsplan 2015/2016 verantwortlich:		Innere Verwaltung Personalmanagement	
Kreisdirektor			OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
Beschreibung I	n dieser Produktgruppe sind	folgende Produkte zusammengefasst:	
1	1.01.08.01 Personalsteuerun 1.01.08.02 Personalausbildui 1.01.08.03 Personalbetreuun 1.01.08.04 Arbeitssicherheit	ng und –qualifizierung ng	
<u>Auftragsgrundlage</u>			
<u>Ziele</u>			
<u>Zielgruppen</u>			

Haushaltsplan 2015/2016 1.01 Innere Verwaltung verantwortlich: 1.01.08 Personalmanagement OBERBERGISCHER KREIS Kreisdirektor **DER LANDRAT** 1.01.08.01 Personalsteuerung und -entwicklung Beschreibung Grundsatzfragen der Personalwirtschaft (Personaleinsatz, Personalauswahl, Personalbedarfsplanung, Fortbildung, Prüfberichte, Haushaltsangelegenheiten, etc.) Personalangelegenheiten von besonderer Bedeutung (Entlassungen, Beschwerden, Nebentätigkeiten, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) Aufstellung des Stellenplans Auftragsgrundlage Beamten- und Tarifrecht, sonstige arbeitsrechtliche Bestimmungen, Stellenplan sowie Beschlüsse der politischen Gremien Ziele Zielgruppen Bedienstete des Kreises

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich: Kreisdirektor 1.01.08 Personalmanagement



1.01.08.02 Personalausbildung und -qualifizierung

Beschreibung Bewerbungsverfahren

Werbung für Nachwuchskräfte, Beratung von Bewerbern Durchführung des Auswahl- und Einstellungsverfahren

Ausbildung

Überwachung der Ausbildung; Einsatzplanung der Azubis; Beratung der Auszubildenden

Führung der Ausbildungsakten; Schriftverkehr mit Fachhochschule, Studieninstitut, Berufsschule, Agentur für

Arbeit, IHK Fortbildung

Prüfung und Auswertung von Fortbildungsangeboten; Organisation eigener Fortbildungsmaßnahmen

Anmeldung und Abrechnung von Fortbildungsmaßnahmen

<u>Auftragsgrundlage</u> Beamten- und Tarifrecht, diverse Ausbildungs- und Prüfungsverordnungen

Ziele Erfolgreiche Durchführung der Ausbildung von Nachwuchskräften und sonstiger Weiterbildungsmaßnahmen

(Angestelltenlehrgänge I und II, Prüfungserleichterter Aufstieg) in 90 % aller Fälle

Zielgruppen Potentielle Nachwuchskräfte. Auszubildende und Anwärter. Bedienstete des Kreises

Haushaltsplan 2015/2016 1.01 Innere Verwaltung verantwortlich: 1.01.08 Personalmanagement OBERBERGISCHER KREIS Kreisdirektor **DER LANDRAT** 1.01.08.03Personalbetreuung Beschreibung Bearbeitung sämtlicher Personalangelegenheiten der Beamten. Ehrenbeamten und Beschäftigten einschließlich Versorgungsangelegenheiten der Beamten und Ruhestandsbeamten steuer-, sozialversicherungs- und zusatzversorgungsrechtlicher Angelegenheiten der Beschäftigten Kinderaeld Durchführung des ADV-Änderungsdienstes: Zusammenarbeit mit ADV zur Bestandpflege der Programme Zahlbarmachung von Entgelt für die Bediensteten des DRK, Kreisverband Oberbergischer Kreis, sowie der OAG Bearbeitung von Dienstaufsichtsbeschwerden Beihilfen für Kreisbedienstete, Pensionäre, Lehrer und Bedienstete der Kreispolizeibehörde Bearbeitung sonstiger nebendienstrechtlichen Sachgebiete (Reisekosten, Nebentätigkeiten, Jobticket, etc.) Auftragsgrundlage Beamten- und Tarifrecht, sonstige arbeitsrechtliche Bestimmungen Korrekte Zahlbarmachung von Besoldung/Entgelt und der darauf zu leistenden Abgaben Ziele Einhaltung der Zahlungstermine von Besoldung/Entgelt und der darauf zu leistenden Abgaben Rechtsfehlerfreie Bearbeitung der Beihilfeanträge einschließlich Auszahlung der Beihilfe innerhalb von 20 Arbeitstagen nach Eingang Zielgruppen Bedienstete und Versorgungsempfänger (bei Beihilfen außerdem: Polizisten der Kreispolizeibehörde, Lehrer an Grund-, Haupt- und Förderschulen im Kreis; bei Zahlbarmachung außerdem: Bediensteten des DRK und der OAG)

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich: Kreisdirektor 1.01.08 Personalmanagement



1.01.08.04 Arbeitssicherheit / Gesundheitsschutz

Beschreibung Feststellung arbeitssicherheitstechnischer Mängel

Vorbeugung gesundheitlicher Gefahren Bereitstellung von Schutzkleidung

Aufgaben der Fachkraft für Arbeitssicherheit Aufgabenwahrnehmung des Personalarztes:

Beratung im Rahmen der betriebsmedizinischen Sprechstunde

Betriebsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen

Arbeitsplatzbegehungen Grippeschutzimpfungen

<u>Auftragsgrundlage</u> Arbeitsschutzgesetz, Bildschirmarbeitsplatzverordnung, Arbeitsstättenverordnung

Ziele Verhütung von Unfällen

Erhaltung der Arbeitsfähigkeit Früherkennung von Krankheiten

Zielgruppen Bedienstete der Kreisverwaltung

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.08 Personalmanagement



Kreisdirektor

	-	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-179.777	-166.150	-185.150	-188.150	-188.150	-189.150	-189.150
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	17.173						
10	=	Ordentliche Erträge	-162.604	-166.150	-185.150	-188.150	-188.150	-189.150	-189.150
11	-	Personalaufwendungen	1.691.126	1.961.636	1.866.388	1.944.007	1.963.614	1.983.311	2.003.206
12	-	Versorgungsaufwendungen	287.685	309.691	274.206	281.434	284.257	287.115	289.998
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10.447	5.289	14.027	13.639	13.742	13.842	13.942
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	245.505	335.292	298.531	304.077	305.466	306.837	308.236
17	=	Ordentliche Aufwendungen	2.234.764	2.611.909	2.453.153	2.543.157	2.567.079	2.591.106	2.615.381
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	2.072.160	2.445.759	2.268.003	2.355.007	2.378.929	2.401.956	2.426.231
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	2.072.160	2.445.759	2.268.003	2.355.007	2.378.929	2.401.956	2.426.231
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	2.072.160	2.445.759	2.268.003	2.355.007	2.378.929	2.401.956	2.426.231
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	224.220	232.480	294.116	260.181	257.173	260.177	263.724
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	2.296.380	2.678.239	2.562.119	2.615.188	2.636.102	2.662.132	2.689.956

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich: Kreisdirektor 1.01.08 Personalmanagement



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Personalmanagement

Die Kostengruppe *Kostenerstattung* beinhaltet Erstattungen vom Zweckverband Civitec (Kostenart 442400), der Rheinischen Versorgungskasse (Kostenart 442500), Kostenerstattungen durch die OAG (Kostenart 442600) und durch das DRK (Kostenart 442900), Einnahmen aus dem Verkauf von Job-Tickets (Kostenart 444901) sowie die Rückzahlungen von Personalausgaben (Kostenart 443900)

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Dazu gehören weiter die Kosten im Rahmen der Ausbildung von Nachwuchskräften, die gesamten Personalkosten im Rahmen von Altersteilzeitregelungen.

Bei den Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen handelt es sich um die anteiligen Kosten der Unterhaltung von Datenverarbeitungseinrichtungen für die Auszubildenden bei Amt 62 (Bewirtschaftung über Kostenstelle 104620, Kostenart 523610). Über die Kostenart Sonstige ordentliche Aufwendungen werden u. a. Dienstunfallbedingte Aufwendungen (Kostenart 541904), Ausgaben für Dienst- u. Schutzkleidung (Kostenart 541600) sowie arbeitsmedizinische Untersuchungen und Arbeitsschutz (Kostenart 543906) und Kosten für Job-Tickets (Kostenart 541903) verausgabt. Zu den Sonstige ordentliche Aufwendungen gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Auszug aus der Kst.-Struktur:

Kst.	Bezeichnung	Kst.	Bezeichnung	Kst.	Bezeichnung
1002	Beitr. VersKa Beamte	1017	Ausbildung	1027	Archivberater
1004	Beihilfen, Unterst.	1018	Fortbildung	1028	Schulsozialarbeit
1006	Zuführ. PensionsRSt	1019	Supervision	1029	Fahrzeugführerermittlungen
1008	Beitr. VersKa Besch.	1020	Kosten FÖJ		
1010	Beitr.Soz.vers.Besch	1023	Regionalagentur Köln		
1012	Pers.nebenausgaben	1024	Kosten Jobticket		
1016	Dienstreisen	1025	Personalgestellung Kreiskantine GKD		

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich: Kreisdirektor 1.01.08 Personalmanagement



	Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-215.445	-173.758	-247.758	-250.758		-250.758	-251.758	-251.758
9	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-215.445	-173.758	-247.758	-250.758		-250.758	-251.758	-251.758
10	- Personalauszahlungen	3.535.380	11.661.892	12.149.460	12.494.096		12.620.900	12.740.753	12.868.067
11	- Versorgungsauszahlungen	4.714.041	4.994.000	5.337.610	5.390.986		5.444.836	5.499.345	5.554.338
12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	287.690	276.600	348.150	356.905		360.500	364.020	367.520
15	- sonstige Auszahlungen	611.281	893.430	844.980	849.930		850.930	851.930	852.930
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	9.148.392	17.825.922	18.680.200	19.091.917		19.277.166	19.456.048	19.642.855
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	8.932.946	17.652.164	18.432.442	18.841.159		19.026.408	19.204.290	19.391.097

16 1.01 Innere Verwaltung	·····································
1.01.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen	OBERBERGISCHER KREIS
	DER LANDRAT
In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:	
1.01.09.01 Haushaltssteuerung 1.01.09.01.01 Beteiligungen	
1.01.09.02 Kasse und Vollstreckung 1.01.09.02.01 Zahlungsabwicklung 1.01.09.02.02 Vollstreckung	
1.01.03.02.02 Volisti cokung	
	In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst: 1.01.09.01 Haushaltssteuerung 1.01.09.01.01 Beteiligungen 1.01.09.02 Kasse und Vollstreckung

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

Dezernat I

1.01.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen



1.01.09.01 Haushaltssteuerung

Beschreibung Aufstellung, Bewirtschaftung und Rechnungslegung des produktorientierten Haushaltes (Ergebnis- und

Finanzrechnung, Bilanz)

Vermögens- und Schuldenverwaltung

Anlagenbuchhaltung Beteiligungsverwaltung

Versicherungsangelegenheiten des Kreises

Steuer- und Gebührenverwaltung

Auftragsgrundlage Kreisordnung (KrO), Gemeindeordnung (GO), Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO), jährliche Haushaltssatzung

Ziele Zu 2:

Darstellung des Vermögens, der Schulden und des Ressourcenverbrauchs des Oberbergischen Kreises

Zielgruppen Kreistag, Ämter der Kreisverwaltung, Mitarbeiter der Kreisverwaltung, Beteiligungsgesellschaften

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

Dezernat I

1.01.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen



1.01.09.02 Kasse und Vollstreckung

Beschreibung Im Bereich Zahlungsabwicklung:

Abwicklung des unbaren und baren Zahlungsverkehrs Bewirtschaftung der Kassenmittel mit Liquiditätsplanung

zahlungswirksame Buchführung einschließlich Belegaufbewahrung

Bebuchung u. Aufstellung der Finanzrechnung

Verwahrung von Wertgegenständen

Fertigung von Tages-, Zwischen- und Jahresabschlüssen

Im Bereich Vollstreckung:

Mahnungen

Beitreibung eigener Forderungen durch den eigenen Vollziehungsbeamten oder mittels Amtshilfeersuchen durch

andere Vollstreckungsbehörden

Durchführung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen gem. VwVG

Wahrnehmung von Interessen im Insolvenzverfahren

Feststellung der Uneinbringlichkeit von Forderungen zur Vorbereitung der Entscheidung über Stundung,

Niederschlagung und Erlass

Auftragsgrundlage Kreisordnung (KrO), Gemeindeordnung (GO), Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) und zugehörige

Verwaltungsvorschriften, Verwaltungsvollstreckungsgesetz (VwVG), Dienstanweisungen

Ziele Sichere und wirtschaftliche Anlage von Kassenmitteln

Zeitnahe und möglichst vollständige Beitreibung von Forderungen

Zeitnahe Verbuchung angewiesener Ein- und Auszahlungen

Zielgruppen Bürger des Oberbergischen Kreises, alle Organisationseinheiten des Kreises sowie Mitarbeiter, Zahlungsempfänger

und Zahlungspflichtige

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

Dezernat I

1.01.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen



Planung Ergebnis Ansatz Ansatz Ansatz Planung Planung Teilergebnisplan 2013 2014 2015 2016 2017 2018 2019 Kostenerstattungen und 6 -5.417 -14.058 -14.058 -14.058 -14.058 -14.058 -14.058 Kostenumlagen Sonstige ordentliche Erträge 7 -222.866 -136.100 -151.100 -151.100 -151.100 -151.100 -151.100 10 Ordentliche Erträge -228.283 -150.158 -165.158 -165.158 -165.158 -165.158 -165.158 11 Personalaufwendungen 1.393.648 1.861.442 1.610.692 1.568.298 1.584.141 1.600.041 1.616.101 12 255.820 317.149 269.703 272.535 275.269 278.036 280.828 Versorgungsaufwendungen Aufwendungen für Sach- und 13 19.452 40.096 163.026 23.026 23.026 23.026 23.026 Dienstleistungen 14 Bilanzielle Abschreibungen 1.928 1.510 3.007 4.764 4.764 4.764 15 Transferaufwendungen 75.745 90.000 95.000 95.000 95.000 95.000 95.000 Sonstige ordentliche 16 777.928 546.418 615.667 617.088 612.189 616.655 613.836 Aufwendungen 17 **Ordentliche Aufwendungen** 2.522.593 2.857.033 2.755.598 2.578.954 2.594.388 2.614.703 2.636.374 Ergebnis der laufenden 18 **= Verwaltungstätigkeit** (= Zeilen 2.294.310 2.706.875 2.590.441 2.413.797 2.429.231 2.449.545 2.471.216 10 und 17) -1.030.000 -1.030.000 -1.030.000 Finanzerträge -975.000 -1.030.000 -1.030.000 19 -1.151.025 Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 21 -1.151.025 -975.000 -1.030.000 -1.030.000 -1.030.000 -1.030.000 -1.030.000 Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 22 1.143.284 1.731.875 1.560.441 1.383.797 1.399.231 1.419.545 1.441.216 18 und 21) Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen 26 1.143.284 1.731.875 1.560.441 1.383.797 1.399.231 1.419.545 1.441.216 Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) Erträge aus internen 27 -14.565 -14.288 -19.695 -13.194 -15.394 -13.541 -15.307 Leistungsbeziehungen Aufwendungen aus internen 28 158.924 153.086 196.009 144.199 137.234 153.877 154.961 Leistungsbeziehungen 29 Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) 1.287.644 1.870.672 1.736.754 1.514.455 1.523.271 1.558.115 1.580.783

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

Dezernat I

1.01.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Finanzmanagement und Rechnungswesen

Die Kostengruppe *Kostenerstattung* beinhaltet Erstattungen von Vollstreckungskosten (Kostenart 442900). Zu den sonstigen Ordentlichen Erträgen zählen Vollstreckungsgebühren, Säumniszuschläge, Mahngebühren und Stundungszinsen (Kostenart 452200 - 452230), Einnahmen aus der Vollstreckung niedergeschlagener Forderungen und Quoteneinnahmen aus Insolvenzverfahren (Kostenart 459800) sowie Einnahmen aus Versicherungsansprüchen (Kostenart 452700).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Zu den Aufwendungen für *Sach- und Dienstleistungen* gehören die Kosten der überörtlichen Prüfung (Kostenart 529921, GPA NRW) sowie Sachkosten im Rahmen der Einführung von NKF (Kostenart 529922). Innerhalb der Kontengruppe *Transferaufwendungen* ist die Gesellschaftsumlage/Kostenbeitrag zum Rheinischen Studieninstitut (Kostenart 531600) veranschlagt.

Über die Kontengruppe Sonstige ordentliche Aufwendungen werden u. a. Gebühren für Giro- und Postscheckkonten (Kostenart 542310), Kosten der Vollstreckung (Kostenart 543900), Kosten der optischen Archivierung und die Körperschaftssteuer (im Rahmen der Beteiligung bei Radio Berg, Kostenart 548200) verausgabt. Darüber hinaus werden an dieser Stelle u.a. die Beiträge für nachfolgend aufgeführte Vereine und Verbände (Kostenart 544300) veranschlagt: Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter, Touristik-Verband Oberbergisches Land e.V., Deutscher Verein, Förderverein NRW-Stiftung, Verein zur Förderung der Abteilung Gummersbach der Fachhochschule Köln, Deutscher Museumsbund, Verband rheinischer Museen, Bergischer Geschichtsverein, Landkreistag NRW, Kommunaler Arbeitgeberverband, Kommunale Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land, Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V. (DIJuF), Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung.

Weiter entstehen ADV-Kosten (Kst. 1204) im Rahmen der Einführung von NKF (Schulungskosten, Kosten für Entwicklung und Beratung, Lizenzkosten, RZ-Betrieb und Betreuung). Zu den *Sonstigen ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungen die Produktgruppe belasten.

In der Kontengruppe *Finanzerträge* sind die Gewinnanteile aus der Beteiligung am BAV und der Gewinnanteil von Radio Berg (Kostenart 469100) vereinnahmt. Der Reingewinn der Kreissparkasse (Kostenart 469900) ist hier ebenso veranschlagt wie die teilweise Weiterleitung an die Gemeinden als sonstiger ordentlicher Aufwand (Kostenart 549900)

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Die Kosten für *Versicherungen* werden i. d. R. bei Amt 20 abgewickelt, nachfolgend sind die entsprechenden Kostenstellen abgebildet. Die Gebäudeversicherungen werden unmittelbar auf den Gebäudekostenstellen gebucht. Gleiches gilt für die Kostenstellen:

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen



Dezernat I

Kst.	Beschreibung	Kst.	Beschreibung
1304	Kfz-Versicherung (Verwaltung)	1318	Vermögenseigenschadens-Versicherung
1308	Gesetzl. Schüler-Unfallversicherung BK	1320	Versicherung Maschinen
1309	Gesetzl. Schüler-Unfallversicherung FS	1322	Sammelwaldbrandversicherung
1310	Gesetzl. Allg. Unfallvers. Beschäftigte	1326	Rechtsschutzversicherung
1311	Gesetzl. Allg. Unfallversicherung KTM	1330	Allgemeine Haftpflichtversicherung
1312	Elektronikversicherung	1332	Strafrechtsschutzversicherungen
1314	Schlüsselverlustversicherung	1334	Vermögensschadenversicherung
1316	Ausstellungsversicherung		

(Ein- ./. Auszahlung)

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

Dezernat I

1.01.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen



Verpflicht-**Teilfinanzplan** Ergebnis Ansatz Ansatz Ansatz ungsermäch-Planung Planung Planung 2013 2015 2016 tigungen 2017 2018 2019 2014 Kostenerstattungen, Kostenumlagen 6 -588 -13.800 -13.800 -13.800 -13.800 -13.800 -13.800 7 Sonstige Einzahlungen -108.385 -136.100 -151.100 -151.100 -151.100 -151.100 -151.100 Zinsen und sonstige 8 -1.151.025 -975.000 -1.030.000 -1.030.000 -1.030.000 -1.030.000 -1.030.000 Finanzeinzahlungen Einzahlungen aus laufender 9 -1.194.900 -1.259.999 -1.124.900 -1.194.900 -1.194.900 -1.194.900 -1.194.900 Verwaltungstätigkeit 10 Personalauszahlungen 1.295.334 1.135.314 1.169.865 1.126.721 1.128.180 1.146.716 1.158.233 Auszahlungen für Sach- und 12 203.550 350.850 192.850 192.850 192.850 180.463 191.850 Dienstleistungen Transferauszahlungen 14 85.375 101.300 105.000 107.500 105.000 107.500 105.000 15 sonstige Auszahlungen 1.076.274 792.470 949.810 959.049 962.580 975.860 968.745 Auszahlungen aus laufender 16 2.468.833 2.392.654 2.533.840 2.393.713 2.407.146 2.427.328 2.443.575 Verwaltungstätigkeit Saldo aus laufender Verwaltungs-17 1.208.834 1.267.754 1.338.940 1.198.813 1.212.246 1.232.428 1.248.675 tätiakeit (= Zeilen 9 und 16) Auszahlungen für den Erwerb von 27 1.150.000 Finanzanlagen Summe: 30 1.150.000 (investive Auszahlungen) Saldo: der Investitionstätigkeit 31 1.150.000

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

Dezernat I

1.01.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen



52	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze 200030 Ausleihung Geldbetrag an Beteiligungen	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / - auszahlungen
10	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen			1.150.000							1.150.000
13	= Summe Auszahlungen			1.150.000							1.150.000
14	Saldo: (Einzahlungen ./. = Auszahlungen)			1.150.000							1.150.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine Ausleihung eines Geldbetrags an verbundene Unternehmen im Bereich der Beteiligung an der Klinikum Oberberg GmbH. Für die Durchführung geplanter Investitionen am Kreiskrankenhaus Waldbröl gewährt der Oberbergische Kreis im Jahr 2015 ein zinsloses Darlehen in Höhe von 1,15 Mio. €..

Die o. g. Maßnahme wird über die Finanzstelle 5.200030 Ausleihung Geldbetrag an Beteiligungen abgewickelt.

1.01.10 Organisationsangelegenheiten und Tul	OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
n dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:	
I.01.10.01.01 Amt 10 I.01.10.01.02 Amt 40	
.01.10.02 Organisationsangelegenheiten	
111	1.01.10 Organisationsangelegenheiten und Tul In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst: 1.01.10.01 Informationstechnische Infrastruktur 1.01.10.01.02 Amt 10 1.01.10.01.03 Amt 62 1.01.10.02 Organisationsangelegenheiten

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

KD, Dez. III, Dez. IV

1.01.10 Organisationsangelegenheiten und Tul



1.01.10.01

Informationstechnische Infrastruktur

Beschreibung

Auftragsgrundlage

IT-Organisation

System- und Netzwerkbetreuung

Hard- und Software-Beschaffung und Installation

Kommunikationstechnologie

Nachrichten- und Sicherheitstechnik

Grundschulung und Anwendungsbetreuung

IT-Organisation Berufskollegs und Förderschulen des Oberbergischen Kreises

System- und Netzwerkbetreuung

Hard- und Softwarebeschaffung, Installation Zu A): Organisationsentscheidung des Landrates

Zu B): Schulgesetz NRW (SchulG)

Ziele Zu A):

Bereitstellung einer funktionierenden, angemessenen und ausreichenden IT-Infrastruktur einschließlich Software(-

Anwendungen) an den Arbeitsplätzen der Kreisverwaltung

Gewährleistung einer hohen Datenverfügbarkeit und Datensicherheit

Umsetzung von Datenschutzmaßnahmen

Zu B):

Bereitstellung und Funktionsgewährleistung einer bedarfsgerechten und zeitgemäßen IT-Infrastruktur zur schulischen

und beruflichen Ausbildung

Gewährleistung einer hohen Betriebssicherheit und Datensicherheit

Zielgruppen Zu A): Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

Zu B): Schüler/innen, Lehrkräfte

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.10 Organisationsangelegenheiten und Tul



1.01.10.02

KD, Dez. III, Dez. IV

Organisationsangelegenheiten

Beschreibung Erstellen und Pflege von Organisationsplänen

Stellenbewertungen Organisationsberatun

Organisationsberatungen Organisationsüberprüfungen Stellenbedarfsberechnungen

Auftragsgrundlage Organisationsentscheidung des Landrats

Ziele Rechtssichere Bewertung der Stellen

Zielgruppen Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.10 Organisationsangelegenheiten und Tul



KD, Dez. III, Dez. IV

		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-9.215	-11.313	-9.313	-9.313	-9.313	-9.313	-9.313
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-36.150						
10	=	Ordentliche Erträge	-45.364	-11.313	-9.313	-9.313	-9.313	-9.313	-9.313
11	-	Personalaufwendungen	1.144.198	1.171.823	1.324.679	1.298.500	1.311.545	1.324.654	1.337.894
12	-	Versorgungsaufwendungen	141.465	147.507	174.231	176.129	177.885	179.663	181.456
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	301.176	276.346	291.986	292.186	292.386	292.586	292.836
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	6.171	60.257	44.478	85.814	134.309	134.309	134.309
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	207.236	263.327	241.342	242.621	243.607	244.496	246.324
17	=	Ordentliche Aufwendungen	1.800.246	1.919.260	2.076.716	2.095.249	2.159.733	2.175.708	2.192.820
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.754.882	1.907.947	2.067.403	2.085.936	2.150.420	2.166.395	2.183.507
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.754.882	1.907.947	2.067.403	2.085.936	2.150.420	2.166.395	2.183.507
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.754.882	1.907.947	2.067.403	2.085.936	2.150.420	2.166.395	2.183.507
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-274.268	-273.428	-421.334	-342.472	-330.609	-331.852	-333.985
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	274.158	259.345	485.913	362.127	340.017	341.343	343.087
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.754.772	1.893.864	2.131.982	2.105.592	2.159.828	2.175.886	2.192.609

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

KD, Dez. III, Dez. IV

1.01.10 Organisationsangelegenheiten und Tul



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Organisationsangelegenheiten und TUI

Bei der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattungen/ -umlage* sind Erträge aus dem Ersatz von Fernsprechgebühren bei privater Telefonnutzung der Bediensteten veranschlagt (Kostenart 443903).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei den *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* handelt es sich um die Kosten des behördlichen Vorschlagswesens. Im Rahmen einer Dienstanweisung können Verbesserungsvorschläge von Beschäftigten der Verwaltung prämiert werden (Kostenart 524900). Darüber hinaus erscheinen an dieser Stelle die anteilig verrechneten Aufwendungen der Kostenstelle 1214 für Materialverbrauch im Bereich von Hard- und Software (Kostenart 526800).

Die *Bilanziellen Abschreibungen* dienen der Darstellung von AfA für beschaffte Hard- und Software über und unter 410,- €. Sofern die Beschaffungen im laufenden Haushaltsjahr bestimmten Organisationseinheiten zugeordnet werden können, werden auch die bilanziellen Abschreibungen auf den entsprechenden Ämterkostenstellen verbucht.

Unter der Kontengruppe Sonstige ordentliche Aufwendungen erscheint der Aufwand für die Systembetreuung des Arbeitszeiterfassungsmoduls LOGA (Kostenart 542909). Darüber hinaus werden hier Kosten erfasst, die bei der Ersteinweisung neuer Software entstehen. Zu weiteren Aufwendungen führen die Beratungskosten im Rahmen der Einführung von E – Government (Kostenart 542700). Der Oberbergische Kreis muss in diesem Zusammenhang auf externe Anbieter zurückgreifen, weil eine entsprechende Schulung des eigenen Personals zu kosten- und zeitintensiv wäre. Ferner beinhaltet diese Kontengruppe Aufwendungen für die Einführung von Telearbeitsplätzen (Kostenart 541901) und vermischten Ausgaben (Kostenart 543900). Zu den Sonstige ordentliche Aufwendungen gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der Internen Leistungsverrechnungen werden anteilige Umlagen (z.B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet. Nachrichtlich: Der überwiegende Teil der ADV-Kosten (GKD-Umlage, NKF-Kosten, ADV-Leasing, Datenleitungen, Bauelemente, etc.) wird über Kostenstellen abgewickelt und nach IT-Arbeitsplätzen bzw. Kosten der Verfahren verrechnet und belastet damit direkt die entsprechenden Produktgruppen.

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

KD, Dez. III, Dez. IV

1.01.10 Organisationsangelegenheiten und Tul



Auszug aus der Kst.-Struktur:

Kst.	Bezeichnung
1202	ADV-K. ZV GKD
1204	NKF-Kosten
1206	Leasingkosten
1208	Datenleitungen
1210	Aktive Bauelemente
1212	Ersteinweis.Software

Auszug Finanzstellen-Struktur (PSP-I)

Finanzstelle	Bezeichnung
5.103020	BuG Hard-/Software

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

KD, Dez. III, Dez. IV

1.01.10 Organisationsangelegenheiten und Tul



	Teilfinanzplan		Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-5.695	-10.900	-8.900	-8.900		-8.900	-8.900	-8.900
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-5.695	-10.900	-8.900	-8.900		-8.900	-8.900	-8.900
10	-	Personalauszahlungen	987.164	846.679	950.097	955.921		965.481	975.136	984.888
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	405.301	282.720	291.620	291.820		292.020	292.220	292.470
15	-	sonstige Auszahlungen	1.770.055	2.026.629	2.068.700	2.138.700		2.188.700	2.238.700	2.288.700
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.162.519	3.156.028	3.310.417	3.386.441		3.446.201	3.506.056	3.566.058
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	3.156.824	3.145.128	3.301.517	3.377.541		3.437.301	3.497.156	3.557.158
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	268.086	236.750	279.150	250.000		370.900	252.000	253.000
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen	31.681							
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	299.766	236.750	279.150	250.000		370.900	252.000	253.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein/. Auszahlung)	299.766	236.750	279.150	250.000		370.900	252.000	253.000

Haushaltsplan 2015/2		
verantwortlich: Dezernat II	1.01.11 Recht	OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
Beschreibung Auftragsgrundlage	Führen von Rechtsstreitverfahren des Kreises in allen verwaltungsgerichtlichen Verfahren, in zivilgerichtlichen Verfahren vor den Amtsgerichten, in arbeitsgerichtlicher Fachliche Begleitung von Rechtsstreitigkeiten in zivilgerichtlichen und arbeitsgeric Vertretung Fertigen von Strafanzeigen Beratung und Unterstützung der Verwaltungsführung und der Fachämter in juristisch Vorbereitung der Wahlen von ehrenamtlichen Richtern Ausbildung von Rechtsreferendaren im Rahmen der Verwaltungsstation Prozessordnungen der jeweiligen Gerichte, Sämtliche Fachgesetze, Allgemeine Diens Einschlägige Satzungen, Aufträge der Verwaltungsführung und anderer Produktverant	n Verfahren chtlichen Verfahren bei anwaltlicher chen Fragen st- und Geschäftsanweisung, twortlicher
<u>Ziele</u>	Rechtlich qualifizierte Prozessführung zur erfolgreichen Beendigung von Gerichts der von den Gerichten gesetzten Fristen Zeitnahe, umfassende und rechtlich qualifizierte Beratung zur rechtlichen Absicher Beantwortung innerhalb der gesetzten Fristen, spätestens aber innerhalb von drei Woo	rung der Verwaltungstätigkeit;
<u>Zielgruppen</u>	Verwaltungsführung und alle Ämter der Kreisverwaltung	
1		

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.11 Recht

Dezernat II



		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-6.100	-6.297	-6.297	-6.297	-6.297	-6.297	-6.297
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-17.235						
10	=	Ordentliche Erträge	-23.335	-6.297	-6.297	-6.297	-6.297	-6.297	-6.297
11	-	Personalaufwendungen	298.380	366.936	408.687	393.860	397.827	401.800	405.814
12	-	Versorgungsaufwendungen	62.597	80.548	86.351	87.042	87.910	88.788	89.674
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	95.474	60.402	60.356	60.356	60.356	60.356	60.356
14	-	Bilanzielle Abschreibungen		1.350	1.057	2.105	3.335	3.335	3.335
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	40.830	45.525	49.152	49.678	50.058	50.432	50.813
17	=	Ordentliche Aufwendungen	497.281	554.760	605.603	593.040	599.485	604.710	609.991
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	473.946	548.463	599.305	586.743	593.188	598.413	603.694
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	473.946	548.463	599.305	586.743	593.188	598.413	603.694
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	473.946	548.463	599.305	586.743	593.188	598.413	603.694
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-36.949	-37.801	-96.783	-76.945	-73.558	-73.721	-73.953
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	60.962	54.873	127.462	106.315	101.261	101.637	102.108
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	497.959	565.535	629.985	616.112	620.891	626.329	631.849

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

Dezernat II

1.01.11 Recht



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Recht

Unter der Kontengruppe Erträge aus Kostenerstattungen/ -umlage sind die Erstattungen von Prozesskosten (Kostenart 442900) ausgewiesen.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* umfasst alle Gerichts-, Anwalts- und Prozesskosten (Kostenart 528903) sowie die Kosten von Vorverfahren (und ähnliche Kosten). Soweit sich diese Kosten einer Fachabteilung/Produkt zuordnen lassen, können im Wege der internen Leistungsverrechnung die jeweiligen Produkte mit Einzelbeträgen belastet werden.

Unter der Kontengruppe Sonstige ordentliche Aufwendungen sind anteilige Kosten des Informationssystems Juris abgebildet (Kostenart 542900, Bewirtschaftung über Kostenstelle 1140). Zu den Sonstige ordentliche Aufwendungen gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.11 Recht

Dezernat II



	Teilfinanzplan		Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-2.275	-4.000	-4.000	-4.000		-4.000	-4.000	-4.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.275	-4.000	-4.000	-4.000		-4.000	-4.000	-4.000
10	- Personalauszahlungen	223.274	253.170	277.878	279.143		281.934	284.753	287.600
12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	80.870	60.100	60.100	60.100		60.100	60.100	60.100
15	- sonstige Auszahlungen	15.659	22.850	22.850	22.850		22.850	22.850	22.850
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	319.802	336.120	360.828	362.093		364.884	367.703	370.550
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	317.528	332.120	356.828	358.093		360.884	363.703	366.550

Haushaltsplan 2015/2016 1.01 Innere Verwaltung 1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement verantwortlich: OBERBERGISCHER KREIS Dezernat IV **DER LANDRAT** Bewirtschaftung vorhandener Verwaltungs- und Schulgebäude sowie Sonderimmobilien des Kreises, kaufmännische Beschreibung Leistungen und Dienstleistungen im Bereich des Gebäudebetriebes, Flächenmanagement, Bereitstellung und Pflege der Infrastruktur. Aufträge durch Politik und Verwaltungsleitung sowie Nutzer der Gebäude und Einrichtungen des Kreises Auftragsgrundlage Umweltschonendes und wirtschaftliches Betreiben der Gebäude des Kreises durch Senkung des Energieverbrauches Ziele Ausreichende Bereitstellung von Flächen für Schulen und Verwaltung Nutzer der Verwaltungsgebäude, Schulen, Sonderimmobilien des Kreises, Mieter und Vermieter, Auftragnehmer Zielgruppen (Versorger, Industrie und Handwerk, Dienstleister)

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

Dezernat IV

1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement



	•	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-388.512	-604.568	-452.170	-452.171	-473.170	-473.170	-473.170
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-410						
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-353.697	-342.200	-362.200	-362.200	-362.200	-362.200	-362.200
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-53.112	-39.324	-39.324	-39.324	-39.324	-39.324	-39.324
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-12.571	-1.475	-1.475	-1.475	-1.475	-1.475	
10	=	Ordentliche Erträge	-808.302	-987.567	-855.169	-855.170	-876.169	-876.169	-874.694
11	-	Personalaufwendungen	629.888	752.018	825.126	819.984	828.267	836.612	845.041
12	-	Versorgungsaufwendungen	43.096	45.669	55.257	55.804	56.361	56.924	57.492
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.610.932	5.994.932	6.744.828	6.798.973	6.813.355	6.854.337	6.912.616
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	3.011.374	3.018.292	3.121.289	3.141.209	3.244.839	3.244.838	3.244.838
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	874.668	986.637	1.016.294	906.794	908.796	910.589	993.959
17	=	Ordentliche Aufwendungen	10.169.958	10.797.549	11.762.794	11.722.763	11.851.618	11.903.301	12.053.946
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	9.361.656	9.809.982	10.907.625	10.867.593	10.975.449	11.027.132	11.179.252
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	9.361.656	9.809.982	10.907.625	10.867.593	10.975.449	11.027.132	11.179.252
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	9.361.656	9.809.982	10.907.625	10.867.593	10.975.449	11.027.132	11.179.252
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-8.625.501	-7.734.108	-9.057.049	-9.198.700	-8.381.983	-8.434.200	-8.492.248
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	35.974	39.092	34.181	33.346	32.454	32.710	32.971

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

Dezernat IV

1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement



	Teilergebnisplan Ergebnis Ansatz 2014 Ansatz		Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	772.130	2.114.966	1.884.758	1.702.239	2.625.920	2.625.642	2.719.975

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Grundstücks- und Gebäudemanagement

Bei der Kontengruppe Zuwendungen und allgemeine Umlagen handelt es sich um die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten durch Zuwendungen des Landes für Investitionen (Kostenart 416210). Die Auflösung solcher Sonderposten erfolgt über die erwartete Nutzungsdauer des Investitionsgutes (vgl. Bilanzielle Abschreibungen). Die Kontengruppe Privatrechtliche Leistungsentgelte beinhaltet Erlöse aus dem Verkauf (Kostenart 441100) von Ausschreibungsunterlagen, Mieteinnahmen (Kostenart 441200) sowie Erlöse aus Mietnebenkosten (Kostenart 441210). Die Mieteinnahmen beziehen sich auf Dienstwohnungen, Pachteinnahmen Tiefgarage, Vermietung von Parkplätzen, Verpachtung der Kantine und sonstige Mieten (StVA, Garagen, Mobilfunksender, Wohnungs- und Geschäftsgrundstücke). Über die Kontengruppe Erträge aus Kostenerstattung/-umlage werden insbesondere die Zuschüsse im Rahmen des Konjunkturpakets II dargestellt. Es entstehen Ausgaben in gleicher Höhe. Darüber hinaus werden dort Erstattungen von Bewirtschaftungskosten (z. B. Jugendzeltplatz, Kostenart 442800) und der Anteil der OAG zu Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten (Kostenart 444904) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen beinhalten die Kosten der kreiseignen Gebäude (mit Ausnahme der Rettungswachen) für Energie, Abwasser, Wasser sowie Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten. Die Kosten je Gebäude werden auf separaten Objekt-Kostenstellen (Kst. 10000-15000) erfasst, anschließend werden die einzelnen Produkte mit diesen Kosten über Verrechnungsschlüssel belastet, gleichzeitig erfolgt über die Interne Leistungsbeziehung eine Entlastung des vorliegenden Produktes.

Bei den Transferaufwendungen handelt es sich um einen Investitionskostenzuschuss für die Sanierung des Walter-Leo-Schmitz-Bades an die Stadt Wipperfürth. Der Zuschuss wird aufgrund vertraglicher Leistungen im Rahmen des Schulsports geleistet (Kostenstelle 15200; Kostenart 531300).

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* zählen die Kosten zur Überprüfung von Elektroanlagen bzw. Beseitigung von Elektromängeln (Kostenart 542916), Ausgaben zur Erstellung eines ADV-Gebäudekatasters (Kostenart 543910), Maßnahmen zur Arbeitssicherheit (Kostenart 543911) und andere sonstige Geschäftsaufwendungen (z.B. Umzugskosten, Kostenart 543900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement



Dezernat IV

(Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der Internen Leistungsverrechnungen werden anteilige Umlagen (z.B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Nachrichtlich: Die Erstattungen im Rahmen der Nutzung von Schulräumen durch Dritte oder Wohnungsmieten für Hausmeister an Schulen werden auf den betroffenen Produkten vereinnahmt, die Erstattung der Nebenkosten durch den LVR (Bewirtschaftung der Helen-Keller-Schule) werden beispielsweise in der Produktgruppe Förderschulen vereinnahmt. Die Gebäudekosten (Strom, Gas, Fernwärme, Heizöl, Wasser, Unterhaltung, Sanierung, Mieten, Bewirtschaftung, Abfallentsorgung, Reinigung, Grundsteuer, Gebäudeversicherungen) sind auf Kostenstellen geplant worden. Die Verteilung dieser Kosten (nach m²-Schlüssel) erfolgt verursachungsgerecht auf die Ämter bzw. auf die Produkte.

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

Dezernat IV

1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement



Auszug aus der Kst.-Struktur:

Kst.	Bezeichnung	Kst.	Bezeichnung	Kst.	Bezeichnung	Kst.	Bezeichnung
10000	Verw.geb. Allg.	10220	KVHS,Mühlenbergweg3a	12000	Berufskollegs Allg.	15150	Wildannahmestellen
10010	Kreishaus Hochhaus	10510	NSt.KatasterA.,WB	12010	BK Dieringhausen	15200	Walter-Leo-Schmitz-Bad Wipperfürth
10020	Kreishaus "Kantine"	10520	W'ip.,Hindenburgstr.	12020	Berufskolleg GM	19000	Abwickl. Konjunkturpaket II Maßnahmen
10030	Hohenzollernbad	10530	La-Roche-Sur-Yon 3	12025	BK GM, Waldbröl	19001	Amokpräv. a.d. Helen-Keller-Schule
10040	Moltkestr. 34 (OAG)	10550	Tiefgar. Bismarckpl.	12030	BK Wipperfürth	19002	Amokprävention Anne-Frank-Schule
10050	Moltkestr. 38	10560	Am Wiedenhof 21	13000	Förderschulen Allg.	19003	Amokprävention FöS Sprache Wiehl
10060	Moltkestr. 40	10570	Jugendzeltplatz	13010	Helen-Keller-Schule	19004	Amokprävention Anna-Freud-Schule
10080	Am Wiedenhof 1-3	10580	Villa-Kohlgrüber	13020	Anne-Frank Schule	19005	Amokprävention E-Schule
10090	Am Wiedenhof 5	11010	Nebenst.STVA H'wagen	13050	FS Emot.u.soz. Entw.	19006	Amokpräv. BK GM u. Waldbröl
10100	Am Wiedenhof 7	11020	Polizeiverw., GM	14000	FW / RD Allg.	19007	Amokpräv. BK GM-Dieringh.
10110	Am Wiedenhof 9	11030	Klassen BK GM,W'bröl	14010	Kreisgeb. Lockenfeld	19008	Amokpräv. BK Wipperfürth
10120	Am Wiedenhof 11	11040	Förderschule Sprache	15010	Schloss-Museumsgeb.	19010	Kreishausfassade
10130	Am Wiedenhof 13	11050	Schule für Kranke	15020	Schloss-Verw.geb.		
10140	Am Wiedenhof 15	11060	Mertenpark,KI. BK D.	15060	Haus Dahl		
10150	Am Wiedenhof 17	11070	Cont.ARGE Berg.stadt	15070	FSH Bergneustadt		
10160	Am Wiedenhof 19	11080	Zentraldepot	15080	FSH Oberengelskirch.		
10170	La-Roche-Sur-Yon 5	11090	Werkst.,Hardtwiesen	15090	FSH Ösinghausen		
10180	Sport-/Turnhalle	11120	WerkstattKl. BK Wip.	15110	Ruine Eibach		
10190	Verw.geb. "PBS"	11130	Mat.cont.BK W'fürth	15120	Ruine Biberstein		
10200	STVA GM	11140	Lagerfl. Mertenpark	15130	Munitionsdepot		
10210	KVHS, Mühlenbergweg 3	11150	Moltkestr. 20-22	15140	Fischteiche Kaltenbach		

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

Dezernat IV

1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement



	Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-410							
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-358.748	-342.200	-362.200	-362.200		-362.200	-362.200	-362.200
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-55.968	-39.300	-39.300	-39.300		-39.300	-39.300	-39.300
7	+ Sonstige Einzahlungen	-8.694							
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-423.820	-381.500	-401.500	-401.500		-401.500	-401.500	-401.500
10	- Personalauszahlungen	583.295	564.714	616.714	621.463		627.728	634.055	640.445
12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	5.948.153	5.977.150	6.726.801	6.780.597		6.794.631	6.835.363	6.893.442
15	- sonstige Auszahlungen	862.431	948.464	978.218	868.387		870.116	871.660	954.744
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	7.393.880	7.490.328	8.321.733	8.270.447		8.292.475	8.341.078	8.488.631
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	6.970.060	7.108.828	7.920.233	7.868.947		7.890.975	7.939.578	8.087.131
18	Einzahlungen aus Zuwendungen für h Investitionsmaßnahmen			-420.000	-1.400.000		-1.120.000	-2.100.000	
19	Einzahlungen aus der Veräußerung + von Sachanlagen	-600							
23	= Summe: (investive Einzahlungen)	-600		-420.000	-1.400.000		-1.120.000	-2.100.000	
24	- Auszahlungen für den Erwerb von - Grundstücken und Gebäuden	194.663		750.000					
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	357.007	100.000	990.000	2.500.000		2.950.000	2.250.000	1.600.000
26	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	218.452	6.000	15.000	15.000		15.000	15.000	15.000
30	= Summe: (investive Auszahlungen)	770.121	106.000	1.755.000	2.515.000		2.965.000	2.265.000	1.615.000
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein/. Auszahlung)	769.521	106.000	1.335.000	1.115.000		1.845.000	165.000	1.615.000

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement



Dezernat IV

	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen /- auszahlungen
	5230003 Blockheizkraftwerk Kreishaus										
9	Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	22.223								22.223	22.223
13	= Summe Auszahlungen	22.223								22.223	22.223
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	22.223								22.223	22.223

	f	Investitionsmaßnahmen oberhalb der estgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen /- auszahlungen
	52	30010 Parkplatz Lochwiese										
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	194.663								194.663	194.663
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	229.606								229.606	229.606
13	=	Summe Auszahlungen	424.268								424.268	424.268
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	424.268								424.268	424.268

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

Dezernat IV

1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement



Investitionsmaßnahmen bisher Gesamtoberhalb der Verpflichtungsbereitgestellt einzahlungen festgesetzten Wertgrenze **Ergebnis** Ansatz Ansatz **Ansatz** ermächti-Planung **Planung** Planung (einschl. Sp.2) auszahlungen 2013 2014 2015 2016 gungen 2017 2018 2019 5230020 Zentralisierung von Verwaltungseinheiten Auszahlungen für Baumaßnahmen 100.000 50.000 50.000 100.000 200.000 13 Summe Auszahlungen 100.000 50.000 50.000 200.000 100.000 Saldo: (Einzahlungen ./. 14 50.000 100.000 50.000 100.000 200.000 Auszahlungen)

	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / - auszahlungen
52	230030 Kernsanierung Altbau II-IV										
1	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen			-420.000	-1.400.000		-700.000				-2.520.000
6	= Summe Einzahlungen			-420.000	-1.400.000		-700.000				-2.520.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			900.000	2.250.000		1.300.000				4.450.000
13	= Summe Auszahlungen			900.000	2.250.000		1.300.000				4.450.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			480.000	850.000		600.000				1.930.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement



Dezernat IV

Im Klimaschutzteilkonzept ist die **Kernsanierung des Altbaus II - IV** ausgewiesen. Es sollen Fassade, Fenster, Heizung und Elektrik energetisch saniert werden. Für den Sanierungszeitraum - Fertigstellung 2017 - müssen die Büros ausgelagert werden. Planung 2015, Ausführung 2016-17. Zuschüsse werden aus dem Städtebauförderprogramm erwartet.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle 5.230030* abgewickelt.

	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / - auszahlungen
	5230040 Kernsanierung Am										
	Wiedenhof 5										
1	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen						-140.000	-700.000			-840.000
6	= Summe Einzahlungen						-140.000	-700.000			-840.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen				200.000		1.000.000				1.200.000
13	= Summe Auszahlungen				200.000		1.000.000				1.200.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)				200.000		860.000	-700.000			360.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Im Klimaschutzteilkonzept ist die **Kernsanierung Am Wiedenhof 5** ausgewiesen. Es sollen Fassade, Fenster und Elektrik energetisch saniert werden. Für den Sanierungszeitraum - Fertigstellung 2017 - müssen die Büros ausgelagert werden. Planung 2017, Ausführung 2018. Zuschüsse werden aus dem Städtebauförderprogramm erwartet.

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

Dezernat IV

1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement



Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle 5.230040* abgewickelt.

	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze 5230050 Kernsanierung Am Wiedenhof 1-3	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / - auszahlungen
1	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen						-280.000	-1.400.000			-1.680.000
6	= Summe Einzahlungen						-280.000	-1.400.000			-1.680.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen						650.000	2.250.000	1.600.000		4.500.000
13	= Summe Auszahlungen						650.000	2.250.000	1.600.000		4.500.000
14	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)						370.000	850.000	1.600.000		2.820.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Im Klimaschutzteilkonzept ist die **Kernsanierung Am Wiedenhof 1 - 3** ausgewiesen. Es sollen Fassade, Fenster und Elektrik energetisch saniert werden. Für den Sanierungszeitraum - Fertigstellung 2017 - müssen die Büros ausgelagert werden. Planung 2017, Ausführung 2018-19. Zuschüsse werden aus dem Städtebauförderprogramm erwartet.

Die o. g. Investition wird über die Finanzstelle 5.230050 abgewickelt.

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

Dezernat IV

1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement



						_					
5:	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze 230060 Kernsanierung Moltkestr. 34	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen /- auszahlungen
7	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden			750.000							750.000
13	= Summe Auszahlungen			750.000							750.000
14	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			750.000							750.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem aufgeführten Ansatz handelt es sich um den Erwerb des Eigentumanteils der OAG (Grundstück) durch den Oberbergischen Kreis.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle 5.323080* abgewickelt.

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

Dezernat IV

1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement



523	f	Investitionsmaßnahmen oberhalb der estgesetzten Wertgrenze 70 Baumaßnahme Gerdestraße Waldbröl	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / - auszahlungen
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	113.839		40.000						113.839	153.839
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	1.450								1.450	1.450
13	=	Summe Auszahlungen	115.289		40.000						115.289	155.289
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	115.289		40.000						115.289	155.289

Haushaltsplan 2015/2016 1.01 Innere Verwaltung verantwortlich: 1.01.13 Technisches Immobilienmanagement OBERBERGISCHER KREIS Dezernat IV **DER LANDRAT** Bauliche Unterhaltung (Substanzerhalt) der Liegenschaften des Oberbergischen Kreises. Beschreibung Planung, Realisierung, Projektsteuerung und Bauherrenbetreuung von Neubau-, Umbau- und Erweiterungsbaumaßnahmen. Aufträge durch Politik und Verwaltungsleitung sowie Nutzer der Gebäude und Einrichtungen des Kreises. Auftragsgrundlage Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit sowie Substanzerhaltung der Gebäude des Oberbergischen Kreises im Ziele Verhältnis von 1,2% des Gebäudewertes als Instandhaltungsmittel (KGST), um bilanziellen Investitionsstau zu vermeiden. Wirtschaftliche Erledigung von Baumaßnahmen durch Einhaltung des vorgegebenen Kostenrahmens. Zielgruppen Nutzer der Verwaltungsgebäude, Schulen, Sonderimmobilien des Kreises, Mieter und Vermieter, Auftragnehmer

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

Dezernat IV

1.01.13 Technisches Immobilienmanagement



Ergebnis Ansatz Ansatz Ansatz Planung Planung Planung Teilergebnisplan 2013 2014 2015 2016 2017 2018 2019 5 Privatrechtliche Leistungsentgelte -1.500 -1.500 -1.500 -1.500 -1.500 -1.500 Kostenerstattungen und 6 -790 Kostenumlagen 7 Sonstige ordentliche Erträge -10.291 Ordentliche Erträge 10 -11.081 -1.500 -1.500 -1.500 -1.500 -1.500 -1.500 701.747 11 578.800 600.449 687.506 681.093 687.921 694.799 Personalaufwendungen 12 Versorgungsaufwendungen 42.083 43.387 49.070 49.412 49.904 50.403 50.906 Aufwendungen für Sach- und 13 1.104 99 45 47 47 47 44 Dienstleistungen Sonstige ordentliche 22.735 25.056 25.265 25.410 25.543 25.695 16 20.458 Aufwendungen Ordentliche Aufwendungen 761.676 763.282 770.792 778.395 17 642.446 666.670 755.815 Ergebnis der laufenden 18 Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 631.365 665.170 760.176 754.315 761.782 769.292 776.895 10 und 17) Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 22 665.170 760.176 754.315 761.782 769.292 776.895 631.365 18 und 21) Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen 26 631.365 761.782 776.895 665.170 760.176 754.315 769.292 Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) Aufwendungen aus internen 28 55.461 49.295 78.464 60.302 58.318 53.151 53.521 Leistungsbeziehungen 29 Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) 686.826 714.465 838.640 814.617 820.101 822.442 830.415

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Technisches Immobilienmanagement

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

Dezernat IV

1.01.13 Technisches Immobilienmanagement



In der Kontengruppe Personalaufwendungen werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, da
gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Zu den Sonstige ordentliche Aufwendung
gehören anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Koste
Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der Intern
Leistungsverrechnungen werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

Dezernat IV

1.01.13 Technisches Immobilienmanagement



	Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		-1.500	-1.500	-1.500		-1.500	-1.500	-1.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit		-1.500	-1.500	-1.500		-1.500	-1.500	-1.500
10	- Personalauszahlungen	533.193	443.791	512.438	515.215		520.367	525.571	530.827
15	- sonstige Auszahlungen	1.234							
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	534.427	443.791	512.438	515.215		520.367	525.571	530.827
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	534.427	442.291	510.938	513.715		518.867	524.071	529.327

Haushaltsplan 2015/2016 1.01 Innere Verwaltung verantwortlich: 1.01.14 Kommunalaufsicht OBERBERGISCHER KREIS Dezernat I **DER LANDRAT** Beschreibung Der Landrat nimmt für das Land NRW im eigenen Namen Aufsichtstätigkeiten wahr. Die Kommunalaufsicht hat den Status einer Landesbehörde auf der unteren Ebene der Landesverwaltung ("untere staatliche Verwaltungsbehörde") und ist somit den Weisungen der Bezirksregierung bzw. des Innenministeriums NRW unterworfen. Die Aufsichtsfunktion der Kommunalaufsicht umfasst folgende Tätigkeiten: Allgemeine Aufsicht (Rechtsaufsicht und finanzwirtschaftliche Aufsicht) über die 13 kreisangehörigen Städte und Gemeinden sowie entsprechende Zweckverbände (ASTO, BTV, Zweckverband der Förderschulen, Sparkassen-Zweckverbände) Entscheidungen über Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen der Kommunen sowie über Vereinbarungen zur Interkommunalen Zusammenarbeit Bearbeitung von Beschwerden (Petitionen, Eingaben, Vergabebeschwerden, Dienstaufsichtsbeschwerden) Disziplinarangelegenheiten der Bürgermeister oder in Einzelfällen der Beamten der Kommunen Auftragsgrundlage Gemeindeordnung (GO), Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG), Kreisordnung (KrO), Landesbeamtengesetz (LBG), Landesdisziplinargesetz, Kommunalwahlgesetz Über die Aufsichtsfunktion hinaus: Ziele Beratung der kreisangehörigen Kommunen und Zweckverbände Kreisangehörige Städte und Gemeinden sowie deren Zweckverbände mit Sitz im Oberbergischen Kreis Zielaruppen Bürger, Unternehmen

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.14 Kommunalaufsicht



Dezernat I

		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.050						
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-914						
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-11.914						
10	=	Ordentliche Erträge	-13.878						
11	-	Personalaufwendungen	218.559	245.699	277.389	268.102	270.803	273.508	276.242
12	-	Versorgungsaufwendungen	47.765	54.310	60.370	61.113	61.722	62.339	62.961
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	189	83	34	34	34	34	34
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	14.762	16.678	17.624	17.826	18.078	18.325	18.597
17	=	Ordentliche Aufwendungen	281.275	316.770	355.417	347.075	350.638	354.206	357.834
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	267.397	316.770	355.417	347.075	350.638	354.206	357.834
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	267.397	316.770	355.417	347.075	350.638	354.206	357.834
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	267.397	316.770	355.417	347.075	350.638	354.206	357.834
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	18.646	16.586	22.915	17.810	17.238	18.929	19.065
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	286.043	333.356	378.332	364.886	367.876	373.135	376.899

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Kommunalaufsicht

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.14 Kommunalaufsicht



Dezernat I

	DER EARDRAI
In der Kontengruppe <i>Personalaufwendungen</i> werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beam	nten veranschlagt, dazu
gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Zu den Sonstige ord	lentliche Aufwendunger
gehören anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntma	achungen, ADV-Kosten,
Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.	. Innerhalb der <i>Interner</i>
Leistungsverrechnungen werden anteilige Umlagen (z.B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten I	Ebene abgebildet.

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

Dezernat I

1.01.14 Kommunalaufsicht



Verpflicht-Teilfinanzplan Ergebnis 2013 Planung 2017 Planung 2018 ungsermäch-Ansatz Ansatz Ansatz Planung 2019 2014 2015 2016 tigungen Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte 4 -1.530 Einzahlungen aus laufender 9 -1.530 Verwaltungstätigkeit 10 Personalauszahlungen 167.321 168.730 187.781 189.415 191.309 193.222 195.155 15 sonstige Auszahlungen 26 Auszahlungen aus laufender 16 167.347 168.730 187.781 189.415 191.309 193.222 195.155 Verwaltungstätigkeit Saldo aus laufender Verwaltungs-17 165.817 168.730 187.781 189.415 191.309 193.222 195.155 tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)

Haushaltsplan 2015/2016 1.01 Innere Verwaltung verantwortlich: 1.01.15 Kreispolizeibehörde OBERBERGISCHER KREIS Kreisdirektor **DER LANDRAT** Beschreibung Leistungen (Querschnittsaufgaben): Personal- und Organisationsplanung Bearbeitung von Rechtsangelegenheiten Haushaltsplanung und -ausführung zur Sicherstellung eines effizienten Polizeikräfte- und Mitteleinsatzes durch Abdecken eines administrativen Bereiches. Auftragsgrundlage Beamten- und Tarifrecht, Waffenrecht, Ordnungswidrigkeiten- und Strafrecht, Vereinswesen- und Versammlungsrecht, Landeshaushaltsordnung, VOL, BGB Z<u>iele</u> Im Oberbergischen Kreis sind 5.928 Waffenbesitzkarteninhaber registriert, die insgesamt 24.740 Kurz- und Langwaffen besitzen. Die Aufbewahrung der Waffen ist bisher nach Inkrafttreten des neuen Waffengesetzes zu 10 % überprüft worden. In den kommenden Jahren wird die Kreispolizeibehörde Oberbergischer Kreis alle übrigen Waffenbesitzer überprüfen. Ab 2008 werden kontinuierlich bis 2015 jährlich rund 750 Waffenbesitzer überprüft. Beschränkung der Anzahl von Waffen in Privathand. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Organisationseinheiten der Kreispolizeibehörde, übergeordnete Behörden, Zielgruppen Bürger, Vereine, Speditionen

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich: Kreisdirektor

1.01.15 Kreispolizeibehörde



Ergebnis Ansatz Ansatz Ansatz Planung Planung Planung Teilergebnisplan 2013 2014 2015 2016 2017 2018 2019 Öffentlich-rechtliche 4 -187.286 -193.000 -148.000 -148.000 -148.000 -148.000 -148.000 Leistungsentgelte Kostenerstattungen und 6 -1.987 -61 -61 -61 -61 -61 -61 Kostenumlagen 7 Sonstige ordentliche Erträge -24.862 10 Ordentliche Erträge -214.135 -193.061 -148.061 -148.061 -148.061 -148.061 -148.061 785.698 783.115 707.830 790.942 11 Personalaufwendungen 676.274 767.647 775.366 12 Versorgungsaufwendungen 102.285 102.590 125.237 127.046 128.313 129.595 130.889 Aufwendungen für Sach- und 13 6.372 444 304 304 304 304 304 Dienstleistungen 675 529 1.667 14 Bilanzielle Abschreibungen 1.053 1.667 1.667 Sonstige ordentliche 16 65.684 70.605 72.878 73.449 73.869 74.277 74.766 Aufwendungen 984.645 979.519 998.568 17 **Ordentliche Aufwendungen** 850.614 882.144 969.499 988.958 Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 636.480 689.083 836.585 821.438 831.458 840.898 850.507 10 und 17) Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 22 636.480 689.083 836.585 840.898 850.507 821.438 831.458 18 und 21) Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen 26 636.480 689.083 836.585 821.438 831.458 840.898 850.507 Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) Aufwendungen aus internen 28 50.974 51.242 56.806 56.113 55.644 55.902 56.165 Leistungsbeziehungen Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) 877.551 29 687.454 740.325 893.391 887.102 896.799 906.672

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich: Kreisdirektor 1.01.15 Kreispolizeibehörde



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Kreispolizeibehörde

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für polizeiliche Erlaubnisse (insb. waffenrechtliche Erlaubnisse), für polizeiliche Begleitung von Schwertransporten, für Falschalarme (Fehlalarme von Überfall- und Einbruchmeldeanlagen) und sonstige Verwaltungsgebühren (gemäß § 7a der Kostenordnung zu § 77 Verwaltungsvollstreckungsgesetz, insb. polizeiliche Ersatzvornahmen) veranschlagt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* handelt es sich um auf Kostenstellen bewirtschaftete und verrechnete Aufwendungen beispielsweise für die Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung (Kostenstelle 100310, Kostenart 523600) sowie für sonstigen Materialverbrauch (Kostenstelle 1214, Kostenart 526800).

In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind Geschäftsaufwendungen (Kostenart 543900) für soziale Belange der Polizei sowie der Beitrag (Kostenart 544300) zum IBZ Schloss Gimborn e.V. ausgewiesen. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der Internen Leistungsverrechnungen werden anteilige Umlagen (z.B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.15 Kreispolizeibehörde

Kreisdirektor



	Teilfinanzplan		Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-191.203	-193.000	-148.000	-148.000		-148.000	-148.000	-148.000
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-191.203	-193.000	-148.000	-148.000		-148.000	-148.000	-148.000
10	-	Personalauszahlungen	567.975	507.192	553.285	557.753		563.331	568.965	574.655
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen		250	250	250		250	250	250
15	-	sonstige Auszahlungen	40.649	44.471	44.471	44.471		44.471	44.471	44.471
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	608.623	551.913	598.006	602.474		608.052	613.686	619.376
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	417.420	358.913	450.006	454.474		460.052	465.686	471.376

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

KD, Dez. I, II, IV



		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-100.082	-63.024	-100.715	-99.068	-99.765	-103.515	-99.765
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-20.782.549	-22.058.140	-24.306.200	-25.217.068	-25.602.995	-25.832.537	-25.982.748
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-2.480	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-251.862	-558.349	-156.574	-233.574	-685.684	-233.574	-524.824
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-2.912.274	-2.749.960	-2.756.244	-2.756.544	-2.756.844	-2.757.144	-2.757.380
10	=	Ordentliche Erträge	-24.049.247	-25.430.473	-27.320.733	-28.307.254	-29.146.288	-28.927.770	-29.365.717
11	-	Personalaufwendungen	15.449.008	18.647.394	19.671.624	20.298.175	20.501.136	20.705.485	20.912.186
12	-	Versorgungsaufwendungen	876.175	915.333	973.935	985.650	995.494	1.005.458	1.015.511
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.698.595	5.089.614	5.438.086	5.372.831	5.739.644	5.394.025	5.653.324
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	992.277	571.091	1.488.850	1.614.625	1.767.243	1.767.243	1.767.243
15	-	Transferaufwendungen	30.000	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.180.067	3.915.338	4.591.146	4.552.298	4.779.227	4.834.827	4.859.142
17	=	Ordentliche Aufwendungen	25.226.123	29.173.770	32.198.640	32.858.578	33.817.742	33.742.037	34.242.405
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.176.876	3.743.297	4.877.907	4.551.323	4.671.454	4.814.266	4.876.688
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.176.876	3.743.297	4.877.907	4.551.323	4.671.454	4.814.266	4.876.688
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.176.876	3.743.297	4.877.907	4.551.323	4.671.454	4.814.266	4.876.688
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	779.164	794.093	904.689	972.017	816.769	821.848	827.283
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.956.040	4.537.390	5.782.596	5.523.341	5.488.223	5.636.114	5.703.971

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

KD, Dez. I, II, IV



	Teilfinanzp	olan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+ Zuwendungen un Umlagen	d allgemeine	-759	-3.750	-3.750				-3.750	
4	+ Öffentlich-rechtlic	ne Leistungsentgelte	-20.229.383	-22.058.140	-24.306.200	-25.217.068		-25.602.995	-25.832.537	-25.982.748
5	+ Privatrechtliche Lo	eistungsentgelte	-2.083	-1.000	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
6	+ Kostenerstattunge	en, Kostenumlagen	-215.507	-556.875	-155.100	-232.100		-684.210	-232.100	-523.350
7	+ Sonstige Einzahlu	ingen	-2.600.467	-2.749.960	-2.756.180	-2.756.480		-2.756.780	-2.757.080	-2.757.380
9	= Einzahlungen au Verwaltungstätig		-23.048.199	-25.369.725	-27.222.230	-28.206.648		-29.044.985	-28.826.467	-29.264.478
10	- Personalauszahlu	ngen	14.521.298	14.291.767	14.896.618	15.544.286		15.699.321	15.855.892	16.014.075
12	Auszahlungen für Dienstleistungen	Sach- und	3.793.539	5.085.252	5.435.335	5.370.080		5.736.893	5.391.274	5.650.573
14	- Transferauszahlu	ngen	25.000	35.000	35.000	35.000		35.000	35.000	35.000
15	- sonstige Auszahlı	ıngen	2.628.224	2.596.675	3.091.906	3.019.393		3.222.089	3.253.611	3.253.452
16	= Auszahlungen av Verwaltungstätig		20.968.061	22.008.694	23.458.859	23.968.759		24.693.303	24.535.777	24.953.100
17	= Saldo aus laufen tätigkeit (= Zeiler	der Verwaltungs- 9 und 16)	-2.080.138	-3.361.031	-3.763.371	-4.237.889		-4.351.682	-4.290.690	-4.311.378
18	+ Einzahlungen aus Investitionsmaßna	Zuwendungen für ahmen	-43.155	-41.500	-41.500	-41.500		-41.500	-41.500	-41.500
19	+ Einzahlungen aus von Sachanlagen	der Veräußerung	-39.152							
23	= Summe: (investi	ve Einzahlungen)	-82.307	-41.500	-41.500	-41.500		-41.500	-41.500	-41.500
24	Auszahlungen für Grundstücken und				100.000					
25	- Auszahlungen für	Baumaßnahmen	1.017.426	200.000	2.180.000	1.820.000		1.000.000		
26	Auszahlungen für beweglichem Anla		1.586.263	2.133.900	2.520.900	1.283.900		1.867.900	2.111.600	1.414.900
29	- sonstige Investition	nsauszahlungen	27.720		180.000	10.000		45.000	5.000	5.000

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

KD, Dez. I, II, IV



Teilfinanzplan		Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
30	Summe: (investive Auszahlungen)	2.631.409	2.333.900	4.980.900	3.113.900		2.912.900	2.116.600	1.419.900
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein/. Auszahlung)	2.549.102	2.292.400	4.939.400	3.072.400		2.871.400	2.075.100	1.378.400

Haushaltsplan 201	5/2016 1.02 Sicherheit und Ordnung 1.02.01 Ordnungsbedürftige Tätigkeiten	
Dezernat I		OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
<u>Beschreibung</u>	Diese Produktgruppe besteht aus folgenden Produkten und Teilprodukten:	
	1.02.01.01 Allgemeine Gefahrenabwehr 1.02.01.01.01 Jagd und Fischerei	
	1.02.01.02 Gewerbe und Handwerk 1.02.01.02.01 Schornsteinfegeraufsicht	
<u>Auftragsgrundlage</u>		
<u>Ziele</u>		
<u>Zielgruppen</u>		

Haushaltsplan 2015/2016 1.02 Sicherheit und Ordnung verantwortlich: 1.02.01 Ordnungsbedürftige Tätigkeiten OBERBERGISCHER KREIS Dezernat I **DER LANDRAT** 1.02.01.01 Allgemeine Gefahrenabwehr Überwachen der Zuverlässigkeit von Personen, die mit Jagdwaffen, Sprengstoff und anderen gefährlichen Stoffen Beschreibung umgehen Abnahme von Jäger- und Fischerprüfungen. Erteilen von Jagdscheinen Ordnungsbehördliche Einzelaufgaben z.B. zum Schutz der Sonn- und Feiertage oder im Friedhofs- und Bestattungswesen Beraten kreisangehöriger Kommunen in ordnungsrechtlichen Angelegenheiten Aufsicht über Recht- und Zweckmäßigkeit kommunaler ordnungsrechtlicher Entscheidungen, soweit nicht anders zugeordnet Auftragsgrundlage Jagdgesetze Bund u. Land sowie Fischereigesetz NRW mit allen Verordnungen, Sprengstoffgesetz. Gefahrstoffverordnung, Chemikalienverbotsverordnung, Sonn- und Feiertagsgesetz NRW, Bestattungsgesetz NRW, Gräbergesetz, Ordnungswidrigkeitengesetz, Ordnungsbehördengesetz NRW Global: Ziele Erhalt der inneren Sicherheit im Kreisgebiet Schutz von Wild- und Fischbeständen durch eine geordnete Bewirtschaftung Strategisch: Kompetentes Verwaltungshandeln in der bisherigen Verfahrensqualität unter Berücksichtigung kommunaler Interessen Sicherstellen der Rechtmäßigkeit staatlicher Eingriffe in die Handlungsfreiheit Einzelner Jägerschaft und Eigentümer von Wald- und Wiesenflächen, Fischerei-Interessierte und Eigentümer von Gewässern;

Sportschützen, Einzelhandelsbetriebe; allgemeine Bevölkerung, Ordnungsbehörden kreisangehöriger Kommunen

Zielaruppen

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

Dezernat I

1.02.01 Ordnungsbedürftige Tätigkeiten



<u>1.02.01.02</u>	Gewerbe und Handwerk
<u>Beschreibung</u>	Überwachen der Zuverlässigkeit von Gewerbetreibenden insbesondere durch
	Untersagung des Gewerbes bei nachgewiesener Unzuverlässigkeit sowie
	Erteilen von Genehmigungen für Finanz- und Immobilienmakler,
	Ahnden von Verstößen gegen Gewerbe- und Handwerksordnung,
	Unterstützen der Zollbehörden bei Verdacht auf Schwarzarbeit,
	Untersagung des Handwerks bei nachgewiesener Unzuverlässigkeit.
	Schornsteinfegeraufsicht:
	Überwachen und Unterstützen bei der Erledigung ihrer öffentlichen Aufgaben.
	Beraten kreisangehöriger Kommunen in gewerberechtlichen Angelegenheiten; Aufsicht über Recht- und
	Zweckmäßigkeit kommunaler gewerberechtlicher Entscheidungen
<u>Auftragsgrundlage</u>	Gewerbeordnung, Handwerksordnung, Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung, Schornsteinfeger-Handwerksgesetz, Ordnungswidrigkeitengesetz, Ordnungsbehördengesetz NRW
<u>Ziele</u>	Global:
	Erhalt der inneren Sicherheit im Kreisgebiet
	Schutz legal arbeitender Gewerbe- und Handwerksbetriebe vor illegaler Konkurrenz
	Strategisch:
	Kompetentes Verwaltungshandeln in der bisherigen Verfahrensqualität
	unter Berücksichtigung wirtschaftlicher und kommunaler Interessen,
	Sicherstellen der Rechtmäßigkeit staatlicher Eingriffe in die Gewerbefreiheit von Privatpersonen
<u>Zielgruppen</u>	Gewerbetreibende aller Art, Immobilienmakler, Handwerksbetriebe; Schornsteinfeger; alle kreisangehörigen kommunale Gewerbebehörden; alle Personen, die gegen Vorschriften der Gewerbe/Handwerksordnung verstoßen

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.01 Ordnungsbedürftige Tätigkeiten

Dezernat I



	•	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-78.916	-70.000	-68.500	-68.500	-68.500	-68.500	-68.500
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-1.381	-165	-165	-165	-165	-165	-165
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-106.720	-25.300	-25.300	-25.300	-25.300	-25.300	-25.300
10	=	Ordentliche Erträge	-187.016	-95.465	-93.965	-93.965	-93.965	-93.965	-93.965
11	-	Personalaufwendungen	308.023	341.145	379.664	366.334	370.022	373.719	377.453
12	-	Versorgungsaufwendungen	59.919	64.573	75.896	76.399	77.160	77.932	78.710
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.494	4.441	4.359	4.359	4.359	3.859	3.859
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	5.914	1.780	7.069	3.519	4.049	4.049	4.049
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	47.950	48.864	54.878	56.084	56.984	57.878	58.773
17	=	Ordentliche Aufwendungen	424.300	460.802	521.865	506.694	512.575	517.437	522.844
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	237.284	365.337	427.900	412.729	418.609	423.472	428.879
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	237.284	365.337	427.900	412.729	418.609	423.472	428.879
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	237.284	365.337	427.900	412.729	418.609	423.472	428.879
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-68.101	-65.029	-99.172	-65.560	-62.557	-62.818	-63.187
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	92.614	90.221	134.997	93.180	88.218	88.653	89.231
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	261.798	390.529	463.724	440.349	444.271	449.307	454.923

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

Dezernat I

1.02.01 Ordnungsbedürftige Tätigkeiten



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Ordnungsbedürftige Tätigkeiten

Unter der Kontengruppe Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Gebühren nach dem Sprenggesetz, Jagdscheingebühren, Gebühren für Jägerprüfungen u.a., Gebühren für Fischerprüfungen u.a., Verwaltungsgebühren für Gewerbesachen und Verwaltungsgebühren Schornsteinfeger gesammelt. Die Gebühren einnahmen können immer nur Teilbereiche der Produktgruppe finanzieren. Hinzu kommen Erträge aus Buß-, Zwangs- und Verwarngeldern, die bei der Ahndung von Gesetzesverstößen, z.B. gegen die Vorschriften der Handwerks- oder Gewerbeordnung, festgesetzt werden.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen umfasst die Kosten der Durchführung der Jäger- und der Fischereiprüfungen (Kostenart 524900). Unter der Kontengruppe Sonstige ordentliche Aufwendungen sind die Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Beschäftigte (Kreisjagdbeirat, Fischereiberater, Kostenart 542800) erfasst. Zu den Sonstige ordentliche Aufwendungen gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

Dezernat I

1.02.01 Ordnungsbedürftige Tätigkeiten



Verpflicht-Teilfinanzplan Planung 2017 Ergebnis Ansatz Ansatz Ansatz ungsermäch-Planung Planung 2013 2014 2015 2016 tigungen 2018 2019 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte 4 -87.519 -70.000 -68.500 -68.500 -68.500 -68.500 -68.500 7 Sonstige Einzahlungen -21.989 -25.300 -25.300 -25.300 -25.300 -25.300 -25.300 Einzahlungen aus laufender 9 -109.508 -95.300 -93.800 -93.800 -93.800 -93.800 -93.800 Verwaltungstätigkeit 10 Personalauszahlungen 243.700 234.883 260.166 261.100 263.711 266.348 269.012 Auszahlungen für Sach- und 12 1.863 10.100 10.100 10.100 9.600 9.600 10.100 Dienstleistungen 15 sonstige Auszahlungen 17.854 15.100 16.580 16.380 16.380 16.380 16.380 Auszahlungen aus laufender 16 263.417 260.083 286.846 287.580 290.191 292.328 294.992 Verwaltungstätigkeit Saldo aus laufender Verwaltungs-17 153.909 164.783 193.046 193.780 196.391 201.192 198.528 tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)

Haushaltsplan 2015/2016	1.02	 \ ⊅≬	
verantwortlich:	1.02.02	Verbraucherschutz	[1] 3°
Dezernat II			OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
Beschreibung Ta	abakerzeugnisse hergestel Schlachttier- und Fleisch	nahmen in Betrieben, in denen Lebensmittel, Bed Ilt, behandelt und in Verkehr gebracht werden untersuchung ehrs mit Tierarzneimitteln und Futtermitteln	darfsgegenstände, Kosmetika und
	ebensmittel- und Futtermitte	elgesetzbuch, Fleischbeschausatzung des Obert VO (EG) 852/2004, VO (EG) 853/2004, VO (EG)	
<u>Ziele</u>	Durchführung von Betriel Durchführung der Prober	nentnahmen (100 %)	
		Stufen der Herstellung, Behandlung und Verarbe Ipraktiker, Verbraucher, Inhaber von Schlachtbet	

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

Dezernat II

1.02.02 Verbraucherschutz



	•	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-154.818	-159.725	-160.025	-160.025	-160.025	-160.025	-160.025
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-2.193	-2.555	-2.055	-2.055	-2.055	-2.055	-2.055
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-13.024	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000
10	=	Ordentliche Erträge	-170.034	-167.280	-167.080	-167.080	-167.080	-167.080	-167.080
11	-	Personalaufwendungen	595.192	610.238	696.508	699.221	706.244	713.314	720.494
12	-	Versorgungsaufwendungen	34.197	37.120	39.420	39.914	40.311	40.714	41.121
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	450.698	502.452	544.318	574.468	574.768	575.318	574.468
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	519	2.005	2.447	2.842	3.811	3.811	3.811
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	64.625	77.105	79.611	79.917	80.150	80.366	80.692
17	=	Ordentliche Aufwendungen	1.145.232	1.228.920	1.362.305	1.396.361	1.405.285	1.413.523	1.420.585
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	975.198	1.061.640	1.195.225	1.229.281	1.238.205	1.246.443	1.253.506
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	975.198	1.061.640	1.195.225	1.229.281	1.238.205	1.246.443	1.253.506
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	975.198	1.061.640	1.195.225	1.229.281	1.238.205	1.246.443	1.253.506
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-22.213	-23.450	-37.184	-28.435	-27.369	-27.449	-27.559
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	69.660	68.671	99.807	79.311	75.367	75.719	76.140
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.022.645	1.106.862	1.257.847	1.280.157	1.286.203	1.294.712	1.302.087

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

Dezernat II

1.02.02 Verbraucherschutz



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Verbraucherschutz

Über die Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100, z.B. Fleischbeschau) sowie für zusätzliche amtliche Kontrollen abgebildet. Die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/ -umlage* stellt die Erstattungen (Kostenart 442900) von Kosten im Bereich der Lebensmitteluntersuchungen dar. In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* werden Verwarnungsgelder (Kostenart 452130) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* wird der Ankauf und insbesondere die Untersuchungen (Kostenart 529908) von Lebensmitteln und Bedarfgegenständen abgedeckt. Darüber hinaus werden hier die Kosten für den laufenden Laborbedarf, für Verbraucherschutz und regionale Vermarktung (Kostenart 524905) sowie für den Kurierdienst (Kostenart 529909) veranschlagt.

Bei der Kontengruppe Sonstige ordentliche Aufwendungen handelt es sich in erster Linie um Gebührenausgaben (Kostenart 542300) für Rückstandsuntersuchungen, bakteriologische Fleischuntersuchungen und BSE-Pflichttests, aber auch um die Kosten der Vergütung für externe Sachverständige (Kostenart 542907) sowie der Materialbeschaffung (Kostenart 543110) im Rahmen der Fleischbeschauung und Kosten im Rahmen der Untersuchung von Futtermittelproben (543900). Zu den Sonstige ordentliche Aufwendungen gehören ferner Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung sowie anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der Internen Leistungsverrechnungen werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

Dezernat II

1.02.02 Verbraucherschutz



Verpflicht-Teilfinanzplan Ergebnis Ansatz Ansatz Ansatz ungsermäch-Planung Planung Planung 2013 2015 tigungen 2017 2018 2019 2014 2016 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte 4 -153.575 -159.725 -160.025 -160.025 -160.025 -160.025 -160.025 6 Kostenerstattungen, Kostenumlagen -1.382 -2.400 -1.900 -1.900 -1.900 -1.900 -1.900 7 -4.640 -5.000 -5.000 -5.000 Sonstige Einzahlungen -5.000 -5.000 -5.000 Einzahlungen aus laufender 9 -159.597 -167.125 -166.925 -166.925 -166.925 -166.925 -166.925 Verwaltungstätigkeit 10 Personalauszahlungen 480.386 554.252 559.657 545.689 559.812 565.418 571.120 Auszahlungen für Sach- und 12 564.245 503.030 545.410 575.560 575.560 575.860 576.410 Dienstleistungen sonstige Auszahlungen 15 31.705 34.770 36.680 36.680 36.680 36.680 36.680 Auszahlungen aus laufender 16 1.155.607 1.018.186 1.127.779 1.166.492 1.172.352 1.178.508 1.183.360 Verwaltungstätigkeit Saldo aus laufender Verwaltungs-17 996.010 851.061 960.854 999.567 1.005.427 1.011.583 1.016.435 tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) Auszahlungen für Erwerb von 26 900 900 900 900 900 900 beweglichem Anlagevermögen Summe: 30 900 900 900 900 900 900 (investive Auszahlungen) Saldo: der Investitionstätigkeit 31 900 900 900 900 900 900 (Ein- ./. Auszahlung)

Haushaltsplan 2015/201 verantwortlich:	1.02 Sicherheit und Ordnung 1.02.03 Tiergesundheit	
Dezernat II		OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
<u>Beschreibung</u>	Überwachung von Tierhaltungen und Tierhandel gemäß tierseuchenrechtlicher Bestim Maßnahmen gegen die allgemeine und die besondere Seuchengefahr Überwachung von Tierhaltungen, -zuchten, -handel und -transporten gemäß Tierschut Vorbeugende und akute Maßnahmen zum Schutz der Tiere Überwachung, Entsorgung und ggf. Verwertung von Tierkörpern, Tierkörperteilen und Zuchtberatung, Förderung und Förderung der Vermarktung von Zuchttieren, Ausrichtu	zgesetz tierischen Erzeugnissen
	Fiergesundheitsgesetz, Tierschutzgesetz, Landeshundegesetz, Tierzuchtgesetz, Tierische Beseitigungsgesetz, VO (EG) 1069/2009	
<u>Ziele</u>		
	Tierhalter, Landwirte, Tierhändler, Tiertransporteure, Tierärzte, Verbraucher, Jäger, Schäc Schlachtbetrieben, Tierzüchter	llingsbekämpfer, Inhaber von

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.03 Tiergesundheit

Dezernat II



		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-39.111	-33.250	-33.250	-33.250	-33.250	-33.250	-33.250
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-4.898	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-7.352	-6.000	-5.500	-5.500	-5.500	-5.500	-5.500
10	=	Ordentliche Erträge	-51.362	-47.250	-46.750	-46.750	-46.750	-46.750	-46.750
11	-	Personalaufwendungen	609.228	614.605	629.997	629.115	635.420	641.773	648.189
12	-	Versorgungsaufwendungen	35.997	33.538	38.046	39.099	39.488	39.883	40.281
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	397.151	524.575	478.489	487.489	501.989	501.989	501.989
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	13.896	13.896	14.346	14.346	14.346	14.346	14.346
15	-	Transferaufwendungen	23.000	23.000	23.000	23.000	23.000	23.000	23.000
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	43.181	49.494	66.825	51.575	51.765	51.941	69.707
17	=	Ordentliche Aufwendungen	1.122.453	1.259.108	1.250.703	1.244.624	1.266.008	1.272.931	1.297.512
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.071.091	1.211.858	1.203.953	1.197.874	1.219.258	1.226.181	1.250.762
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.071.091	1.211.858	1.203.953	1.197.874	1.219.258	1.226.181	1.250.762
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.071.091	1.211.858	1.203.953	1.197.874	1.219.258	1.226.181	1.250.762
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	40.688	40.339	56.876	47.353	45.645	45.897	46.182
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.111.779	1.252.197	1.260.829	1.245.227	1.264.904	1.272.079	1.296.944

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

Dezernat II

1.02.03 Tiergesundheit



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Tiergesundheit

Über die Kontengruppe Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte werden die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Bescheinigungen nach dem Tierseuchengesetz sowie Gebühren nach dem Tierschutzgesetz, Landeshundesgesetz u. a. abgewickelt. Die Kontengruppe Erträge aus Kostenerstattungen/ - umlage erfasst die Erstattung von Kosten zur Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Kostenart 442900). In der Kontengruppe Sonstige ordentliche Erträge werden Verwarnungsgelder und Zwangsgelder (Kostenart 452130 und 452120) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In der Kontengruppe Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen werden die Kosten für die Unterhaltung (Kostenart 523600) der Medizinischen Geräte und sonstige Gebrauchsgegenstände erfasst, sowie die Sachkosten des Kreistierzuchtberaters (Kostenart 526800), die Kosten der Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Kostenart 524902), die Beschaffung von Mitteln u. Verbrauchsmaterialien zur Tierseuchenbekämpfung (Kostenart 524903) und sonstige Aufwendungen im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung (z. B. TSE-Monitoring), die Kosten der Kurierdienste (Kostenart 529909) und insbesondere die Kosten der Tierkörperbeseitigung nach dem TierNebG (Kostenart 529910). Der Oberbergische Kreis hat hier einen Vertrag über die Entsorgungskosten mit der Fa. Secanim geschlossen.

In der Kontengruppe *Transferaufwendungen* sind die Mittel für die Förderung der Viehzucht und für sonstige landwirtschaftliche Belange sowie Zuschüsse zu Körungen und Prämien veranschlagt (Kostenart 531900). Durch gezielte Maßnahmen sollen die Kreisfördermittel zum Zweck der Sicherstellung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der tierhaltenden Betriebe verwendet werden.

Über die Kontengruppe Sonstige ordentliche Aufwendungen werden die Leistungen/Vergütungen von externen Sachverständigen (Kostenart 542907, z. B. im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung oder Bekämpfung der Blauzungenkrankheit) verausgabt, diese Personen werden je nach Bedarf im Auftrag des Amtstierarztes zur Erfüllung der gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen tätig. Des Weiteren sind hier Geschäftsaufwendungen für Aufgaben nach dem Tierschutzgesetz (Kostenart 543900) sowie für Dienst- und Schutzkleidung (Kostenart 541600) angesetzt. Im Übrigen sind die Kosten der Tierschau (Kostenart 549900) im Jahr 2015 veranschlagt, welche i. d. R. alle vier Jahre durchgeführt wird. Zu den Sonstige ordentliche Aufwendungen gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der Internen

Haushaltsplan 2015/2016			1.02	2 Sicher	heit und	Ord	nung					·····	≱ ∯	
verantwortlich:				3 Tierges									•	
Dezernat II											`	OI DI	BERBERGISCHE E R LANDRAT	R KREIS
<i>Leistungsverrechnungen</i> werden abgebildet.	anteilige	Umlagen	(z. B.	Gebäudek	osten inkl.	AfA,	Kfz-Kosten,	AfA für	Geschäftsa	ausstattung)	auf (einer	verdichteten	Ebene

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.03 Tiergesundheit

Dezernat II



	Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-34.900	-33.250	-33.250	-33.250		-33.250	-33.250	-33.250
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-4.261	-8.000	-8.000	-8.000		-8.000	-8.000	-8.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-140	-6.000	-5.500	-5.500		-5.500	-5.500	-5.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-39.300	-47.250	-46.750	-46.750		-46.750	-46.750	-46.750
10	- Personalauszahlungen	573.066	462.220	472.809	477.999		482.779	487.606	492.482
12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	395.080	523.660	477.260	486.260		500.760	500.760	500.760
14	- Transferauszahlungen	23.000	23.000	23.000	23.000		23.000	23.000	23.000
15	- sonstige Auszahlungen	11.611	9.030	24.530	9.030		9.030	9.030	26.530
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.002.757	1.017.910	997.599	996.289		1.015.569	1.020.396	1.042.772
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	963.456	970.660	950.849	949.539		968.819	973.646	996.022
26	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			25.000	25.000				
30	= Summe: (investive Auszahlungen)			25.000	25.000				
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein/. Auszahlung)			25.000	25.000				

Haushaltsplan 2015/verantwortlich:	/2016 1.02 Sicherheit und Ordnung 1.02.04 Verkehrsangelegenheiten	<u>K</u>
Dezernat II		OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
Beschreibung	In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:	
	1.02.04.01 Verkehrsregelung und -lenkung	
	1.02.04.02 Überwachung des fließendes Verkehrs 1.02.04.02.01 Polizeiliche Geschwindigkeitsanzeigen 1.02.04.02.02 Geschwindigkeitsüberwachung	
	1.02.04.03 Verkehrsrechtliche Genehmigungen 1.02.04.04 Verkehrserziehung und -aufklärung	
<u>Auftragsgrundlage</u>		
<u>Ziele</u>		
<u>Zielgruppen</u>		
1		

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

Dezernat II

1.02.04 Verkehrsangelegenheiten

OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT

1.02.04.01 Verkehrsregelung und -lenkung

Beschreibung Entscheidung über Verkehrszeichen und –einrichtungen

Geschäftsführung in der Unfallkommission zur Beseitigung von Unfallhäufungspunkten

Verkehrslenkungsmaßnahmen im Baustellen- und Veranstaltungsbereich

Erteilung und Überwachung von Fahrtenbuchauflagen

Auftragsgrundlage Straßenverkehrs-Ordnung (StVO), Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordung (StVZO), verschiedene Richtlinien,

Zuständigkeitsregelung des Landes NRW

Ziele Verkehrsregelungs- und -lenkungsmaßnahmen zur Erhaltung der Verkehrssicherheit im Straßenverkehr

Zeitnahe sach- und fachgerechte Reaktion gegenüber Kommunen und Unternehmen Erhalt und Optimierung des bekannt guten Bürgerservices im Straßenverkehrsamt

Freundlichkeit, Fachkompetenz und Hilfsbereitschaft sowie

akzeptable Warte- und Öffnungszeiten

Zielgruppen Allgemeinheit, Interessengruppen, Einzelpersonen, Bauunternehmer, keisangehörige Städte und Gemeinden

Haushaltsplan 2015/2016 1.02 Sicherheit und Ordnung verantwortlich: 1.02.04 Verkehrsangelegenheiten OBERBERGISCHER KREIS Dezernat II **DER LANDRAT** 1.02.04.02 Überwachung des fließenden Verkehrs Beschreibung Prüfung der Anträge von u.a. Bürgern und Behörden zur Durchführung von Geschwindigkeitskontrollen sowie Festlegung diese Messstellen im Benehmen mit der Polizei Feststellung und Ahndung von Geschwindigkeitsüberschreitungen an Unfallhäufungspunkten, unfallkritischen Strecken, gefährdeten und besonders schutzwürdigen Bereichen (z. B. an Spielplätzen, Schulen, Schulwegen, Kindergärten, Altenheimen) Ahndung der von der Polizei und anderen Behörden vorgelegten Ordnungswidrigkeitenverfahren (z. B. Verkehrsunfälle, Alkohol- und Betäubungsmittelverstöße, Überschreitung von Lenkzeiten, Verstöße gegen die Beförderung gefährlicher Güter) Vertretung des Kreises vor den Amtsgerichten Auftragsgrundlage Straßenverkehrsgesetz, Straßenverkehrsordnung, Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung, Fahrpersonalgesetz, Ordnungsbehördengesetz, Gefahrgutgesetz, Ordnungswidrigkeitengesetz Ziele Senkung des Geschwindigkeitsniveaus und Erhöhung der Verkehrssicherheit durch Rückgang der Verkehrsunfallzahlen Antragsteller sowie mittelbar oder unmittelbar betroffene Verkehrsteilnehmer Zielgruppen

Haushaltsplan 2015/2016 1.02 Sicherheit und Ordnung verantwortlich: 1.02.04 Verkehrsangelegenheiten OBERBERGISCHER KREIS Dezernat II **DER LANDRAT** 1.02.04.03 Verkehrsrechtliche Genehmigungen Beschreibung Erteilung / Entziehung von Erlaubnisssen für den gewerblichen Güterkraftverkehr, von EG-Lizenzen und von Genehmigungen für den gewerblichen Taxen- und Mietwagenverkehr Erteilung von Erlaubnissen und Ausnahmegenehmigungen für Großraum- und Schwertransporte Erteilung von Ausnahmegenehmigungen von straßenverkehrsrechtlichen Vorgaben Auftragsgrundlage Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG), Personenbeförderungsgesetz (PBefG), Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft), Straßenverkehrsordnung (StVO), Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) Gewährleistung des gewerblichen Kraft- und Personenbeförderungsverkehrs durch zuverlässige und wirtschaftlich Ziele leistungsfähige Unternehmen: zudem Vorgaben bei den Transportgeschäften zur Vermeidung von Verkehrsbehinderungen Hilfestellung für Personen im Straßenverkehr mit besonderen Ausrichtungen Zeitnahe sach- und fachgerechte Reaktion gegenüber Unternehmen und Fachbehörden Erhalt und Optimierung des bekannt guten Bürgerservices im Straßenverkehrsamt Freundlichkeit, Fachkompetenz und Hilfsbereitschaft sowie akzeptable Warte- und Öffnungszeiten Zielgruppen Gewerbliche Unternehmer des Personenbeförderungsverkehrs und des Güterkraftverkehrs, Allgemeinheit. Interessengruppen, Einzelpersonen, Handwerker, Menschen mit Behinderung, Fahrzeughalter

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.04 Verkehrsangelegenheiten



Dezernat II

1.02.04.04

Verkehrserziehung und -aufklärung

Beschreibung Durchführung von Verkehrssicherheitsaktionen, Öffentlichkeitsarbeit

Unterstützung der Verkehrssicherheitsarbeit der Kreispolizei und der Kreisverkehrswacht

Auftragsgrundlage Gemeinsamer Runderlass des IM NRW und des MSV NRW

Ziele Verbesserung des Kenntnisstandes der Bevölkerung aller Altersgruppen bezogen auf medizinische,

wissenschaftliche, unfallrelevante Neuerungen in der Verkehrsunfallprävention und der Verkehrssicherheitsarbeit: unter

besonderer Sensibilisierung der Autofahrer gegenüber den schwächeren Verkehrsteilnehmern

Intensivierung der Seniorenarbeit im Straßenverkehr ab 2008 ff

Erhöhung der Zahl der entsprechenden Veranstaltungen

Zielgruppen Alle am öffentlichen Straßenverkehr Beteiligten

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.04 Verkehrsangelegenheiten

Dezernat II



	•	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-4.239	-3.750	-7.230	-3.480	-290	-4.040	-290
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-295.732	-228.000	-273.000	-273.000	-273.000	-273.000	-273.000
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-3.559	-1.011	-1.011	-1.011	-1.011	-1.011	-1.011
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-2.631.775	-2.700.500	-2.700.500	-2.700.500	-2.700.500	-2.700.500	-2.700.500
10	=	Ordentliche Erträge	-2.935.305	-2.933.261	-2.981.741	-2.977.991	-2.974.801	-2.978.551	-2.974.801
11	-	Personalaufwendungen	1.195.355	1.212.503	1.263.389	1.241.745	1.254.213	1.266.749	1.279.411
12	-	Versorgungsaufwendungen	139.571	143.584	146.706	148.163	149.641	151.136	152.644
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	116.839	126.665	78.353	70.053	70.053	77.553	70.053
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	12.038	3.127	14.442	16.849	11.826	11.826	11.826
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	369.336	377.485	454.497	431.810	437.069	442.288	447.571
17	=	Ordentliche Aufwendungen	1.833.139	1.863.364	1.957.386	1.908.620	1.922.801	1.949.551	1.961.505
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-1.102.166	-1.069.896	-1.024.354	-1.069.371	-1.052.000	-1.029.000	-1.013.296
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-1.102.166	-1.069.896	-1.024.354	-1.069.371	-1.052.000	-1.029.000	-1.013.296
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-1.102.166	-1.069.896	-1.024.354	-1.069.371	-1.052.000	-1.029.000	-1.013.296
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-133.217	-212.814	-130.401	-129.998	-133.920	-134.867	-135.876
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	198.911	296.754	226.528	222.530	222.680	224.209	225.816
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-1.036.472	-985.956	-928.227	-976.838	-963.239	-939.658	-923.355

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

Dezernat II

1.02.04 Verkehrsangelegenheiten



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Verkehrsangelegenheiten

Die Produktgruppe "1.02.04 Verkehrsangelegenheiten" umfasst Aufgabenbereiche vom Amt 30 (Rechtsamt) und Amt 36 (Straßenverkehrsamt).

Die Kontengruppe Zuwendungen und allgemeine Umlagen weist Zuweisungen vom Land im Rahmen der Verkehrserziehung, z.B. für den Verkehrssicherheitstag aus (Kostenart 414200). In der Kontengruppe Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte [Produkt: 1.02.04.03 Verkehrsrechtliche Genehmigungen] sind die Gebühren (Kostenart 431100) für den gewerblichen Personen- und Güterverkehr, Großraum- und Schwerverkehr, Veranstaltungen sowie Baustellen (Anordnungsbefugnis Amt 36) veranschlagt, sowie Gebühren für Aktenversendungen (Amt 30). Bei den Erträgen aus Kostenerstattung/-umlage handelt es sich um Personalkostenerstattungen von Gemeinden für vom Oberbergischen Kreis übertragene Aufgaben im Bereich der verkehrsrechtlichen Genehmigungen [Produkt: 1.02.04.03].

Unter der Kontengruppe *sonstige ordentliche Erträge* [Produkt: 1.02.04.02 Überwachung des fließenden Verkehrs] sind folgende Einnahmen/Erträge (Kostenart 452110 u. 452130, Anordnungsbefugnis Amt 30) ausgewiesen:

Bußgelder wegen Verkehrsordnungswidrigkeiten 850.000 €
 Bußgelder aus mobiler und stationärer Geschwindigkeitsüberwachung 565.000 €
 Verwarngelder aus mobiler und stationärer Geschwindigkeitsüberwachung 1.285.000 €

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei den *Transferaufwendungen* handelt es sich um einen Zuschuss zur Unterstützung der Kreispolizei und der Kreisverkehrswacht, welcher alle 2 Jahre zur Auszahlung kommt (Kostenart 531900).

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* umfasst die Kosten für Entgelte an Dritte für Filmentwicklung (Kostenart 529913) sowie die Unterhaltungskosten (Kostenart 523300) der Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen (Amt 30). Des weiteren sind hier die Betriebskosten (Kostenart 523400) des Verkehrsinformationsbusses, die Kosten im Rahmen der Verkehrssicherung und –lenkung (Kostenart 529100), insbesondere der Durchführung des Verkehrs-

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.04 Verkehrsangelegenheiten



Dezernat II

sicherheitstages (Kostenart 524900) sowie die Kosten im Rahmen der Verkehrserziehung (Kostenart 529100) zur Unterstützung der Kreispolizeibehörde und der Verkehrswacht Oberbergischer Kreis veranschlagt (Amt 36).

Unter der Kontengruppe Sonstige ordentliche Aufwendungen sind die Leasingkosten (Kostenart 542200) des Geschwindigkeitsmesssystems sowie das Material (Kostenart 543110) für die Geschwindigkeitsüberwachung und die Kosten im Zusammenhang mit der Entschädigung für die Durchführung von Fahrzeugführerermittlungen bzw. Zwangsstilllegungen erfasst (Kostenart 541905, Amt 30). Zu den Sonstige ordentliche Aufwendungen gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.02 Sicherheit und Ordnung



		Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-759	-3.750	-3.750				-3.750	
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-293.596	-228.000	-273.000	-273.000		-273.000	-273.000	-273.000
7	+	Sonstige Einzahlungen	-2.561.547	-2.700.500	-2.700.500	-2.700.500		-2.700.500	-2.700.500	-2.700.500
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.855.902	-2.932.250	-2.977.250	-2.973.500		-2.973.500	-2.977.250	-2.973.500
10	-	Personalauszahlungen	1.052.022	883.039	915.240	920.654		929.861	939.159	948.551
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	106.473	130.370	82.370	74.070		74.070	81.570	74.070
15	-	sonstige Auszahlungen	31.260	36.655	69.055	39.075		39.095	39.115	39.135
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.189.756	1.050.064	1.066.665	1.033.799		1.043.026	1.059.844	1.061.756
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-1.666.147	-1.882.186	-1.910.585	-1.939.701		-1.930.474	-1.917.406	-1.911.744
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2.329	28.000	28.000	1.000		1.000	1.000	1.000
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen	14.792							
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	17.121	28.000	28.000	1.000		1.000	1.000	1.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein/. Auszahlung)	17.121	28.000	28.000	1.000		1.000	1.000	1.000

Haushaltsplan 2015/2016 1.02 Sicherheit und Ordnung verantwortlich: 1.02.05 Fahr- und Beförderungserlaubnisse OBERBERGISCHER KREIS Dezernat II **DER LANDRAT** Beschreibung Erteilung, Verlängerung, Entziehung und Versagung von Fahrerlaubnissen Maßnahmen zur Fahrerlaubniserteilung auf Probe und im Punktesystem Maßnahmen zur Überprüfung der Kraftfahreigung Umtausch in den EU-Kartenführerschein Ausgabe von Fahrerkarten Erteilung von Fahrlehr- und Fahrschulerlaubnissen sowie Überwachung der Fahrschulen Eintragung der Berufskraftfahrergualifikation/Weiterbildung (Schlüsselzahl 95) in den Führerschein Straßenverkehrsgesetz (StVG), Fahrerlaubnisverordnung (FeV), Verordnung zur Durchführung des Auftragsgrundlage Fahrpersonalgesetzes, EU-Führerscheinrichtlinien, Verordnung über den internationalen Kraftverkehr, Fahrlehrergesetz inkl. Durchführungsverordnungen. Berufskraftfahrergualifikationsgesetz/-verordnung Gewährleistung der ordnungsgemäßen Ausbildung und Prüfung von Fahrerlaubnisbewerbern einschließlich ihrer Ziele Ausbilder zur konfliktfreien Mitwirkung am öffentlichen Straßenverkehr; des weiteren Entscheidungen über die Eignung von Kraftfahrzeugführern im Straßenverkehr; Schutz der Allgemeinheit vor ausgehenden Gefahren von ungeeigneten Verkehrsteilnehmern Erhalt und Optimierung des bekannt guten Bürgerservices im Straßenverkehrsamt Freundlichkeit, Fachkompetenz und Hilfsbereitschaft sowie akzeptable Warte- und Öffnungszeiten Fahrerlaubnisbewerber bzw. -inhaber, Bewerber bzw. Inhaber von Fahrgastbeförderungsscheinen, Personen mit Zielgruppen Eignungsmängeln, Fahrlehrer und Fahrschulinhaber

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.05 Fahr- und Beförderungserlaubnisse



Dezernat II

		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-558.814	-500.000	-530.000	-530.000	-530.000	-530.000	-530.000
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-445	-23.000	-15.000	-15.000	-15.000	-15.000	-15.000
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-5.796						
10	=	Ordentliche Erträge	-565.055	-523.000	-545.000	-545.000	-545.000	-545.000	-545.000
11	-	Personalaufwendungen	465.809	462.595	488.637	488.442	493.333	498.267	503.249
12	-	Versorgungsaufwendungen	23.606	24.127	22.448	22.754	22.981	23.211	23.442
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.292	20.047	13.909	13.909	13.909	13.909	13.909
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	252.326	234.284	249.438	255.144	259.228	263.301	267.410
17	=	Ordentliche Aufwendungen	753.034	741.053	774.433	780.248	789.451	798.687	808.011
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	187.979	218.053	229.433	235.248	244.451	253.687	263.011
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	187.979	218.053	229.433	235.248	244.451	253.687	263.011
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	187.979	218.053	229.433	235.248	244.451	253.687	263.011
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	52.444	72.648	52.596	51.854	52.472	52.875	53.300
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	240.423	290.701	282.028	287.102	296.922	306.563	316.311

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

Dezernat II

1.02.05 Fahr- und Beförderungserlaubnisse



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Fahr- und Beförderungserlaubnisse

In der Kontengruppe Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte sind die Gebühren (Kostenart 431100) für den Bereich Führerschein- und Fahrlehrerwesen abgebildet.

Bei den *Kostenerstattungen und Kostenumlagen* handelt es sich ausschließlich um die Erstattung der Kosten der Fahrschulüberprüfungen inkl. Verwaltungsgebühren durch die Fahrschulinhaber (neu ab 2011). Den Einnahmen stehen durch die Vergabe der Fahrschulüberprüfungen an externe Dritte *Aufwendungen* für andere sonst. *Sach- und Dienstleistungen* (Kostenart 529900) gegenüber.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind andere sonstige Geschäftsaufwendungen (Kostenart 543900) wie Kosten für den Druck der Karten, Führerscheine, Fahrerkarten etc. veranschlagt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

Dezernat II

1.02.05 Fahr- und Beförderungserlaubnisse



Verpflicht-Teilfinanzplan Planung 2017 Ergebnis Ansatz Ansatz Ansatz ungsermäch-Planung Planung 2013 2014 2015 2016 tigungen 2018 2019 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte 4 -547.990 -500.000 -530.000 -530.000 -530.000 -530.000 -530.000 6 Kostenerstattungen, Kostenumlagen -23.000 -15.000 -15.000 -15.000 -15.000 -15.000 Einzahlungen aus laufender 9 -547.990 -523.000 -545.000 -545.000 -545.000 -545.000 -545.000 Verwaltungstätigkeit 10 Personalauszahlungen 440.457 349.558 370.021 373.559 377.294 381.067 384.878 Auszahlungen für Sach- und 12 10.110 18.100 12.100 12.100 12.100 12.100 12.100 Dienstleistungen 15 sonstige Auszahlungen 57.060 60.000 60.000 60.000 60.000 60.000 60.000 Auszahlungen aus laufender 16 507.627 427.658 442.121 445.659 449.394 453.167 456.978 Verwaltungstätigkeit Saldo aus laufender Verwaltungs-17 -40.363 -95.342 -102.879 -99.341 -88.022 -95.606 -91.833 tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)

Haushaltsplan 2015/	2016 1.02 Sicherheit und Ordnung	
verantwortlich:	1.02.06 Kfz-Angelegenheiten	▶ ■ #
Dezernat II		OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
Beschreibung	In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:	
	1.02.06.01 Zulassung 1.02.06.02 Überwachung der Halterhaftung	
<u>Auftragsgrundlage</u>	1.02.06.02 Oberwachung der Hallemallung	
<u>Ziele</u>		
<u>Zielgruppen</u>		

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

Dezernat II

1.02.06 Kfz-Angelegenheiten



1.02.06.01 Zulassung

Beschreibung Zulassung und Abmeldung von Fahrzeugen einschließlich

Ausnahmegenehmigungen für Sonderfahrzeuge

Internationale Zulassungen Änderung der Fahrzeugpapiere

Sonderkennzeichen

Auftragsgrundlage Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO), Kraftfahrzeugsteuergesetz (KraftStG), Ministerielle Richtlinien, EG-

Richtlinien, Fahrzeug-Zulassungsverordnung (FZV)

Ziele Kennzeichnung von Fahrzeugen zur Unterbindung von Schädigungen, Gefährdungen und Belästigungen durch

Fahrzeuge gegenüber der Allgemeinheit Erhaltung eines aktuellen Datenbestandes

Erhalt und Optimierung des bekannt guten Bürgerservices im Straßenverkehrsamt

Freundlichkeit, Fachkompetenz und Hilfsbereitschaft sowie

akzeptable Warte- und Öffnungszeiten

Zielgruppen Fahrzeughalter, Kfz-Händler, Kennzeicheninhaber

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

Dezernat II

1.02.06 Kfz-Angelegenheiten



1.02.06.02 Überwachung der Halterhaftung

Beschreibung Vorbeugende Maßnahmen bis hin zur Zwangsstilllegung in den Bereichen

fehlender Versicherungsschutz

Kfz-Steuerrückstand

Nichtbeseitigung von Fahrzeugmängeln

nicht vorgenommene Umschreibung des Fahrzeuges

Auftragsgrundlage Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO), Kraftfahrzeugsteuergesetz (KraftStG), Pflichtversicherungsgesetz

(PflVersG), Fahrzeug-Zulassungsverordnung (FZV)

Ziele Sicherstellung, dass nur die Fahrzeuge sich im Straßenverkehr bewegen, die den geltenden Bestimmungen (wie

Versicherung etc.) entsprechen

Erhalt und Optimierung des bekannt guten Bürgerservices im Straßenverkehrsamt

Freundlichkeit, Fachkompetenz und Hilfsbereitschaft sowie

akzeptable Warte- und Öffnungszeiten

Zielgruppen Fahrzeughalter, Kennzeicheninhaber

Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)

-1.069.864

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

Dezernat II

29

1.02.06 Kfz-Angelegenheiten

OBERBERG

OBERBERGISCHER KREIS **DER LANDRAT**

Ergebnis Ansatz Ansatz Ansatz Planung Planung Planung Teilergebnisplan 2013 2014 2015 2016 2017 2018 2019 Öffentlich-rechtliche 4 -2.836.266 -2.639.000 -2.689.000 -2.689.000 -2.689.000 -2.689.000 -2.689.000 Leistungsentgelte 5 Privatrechtliche Leistungsentgelte -1.328-1.000 -1.000 -1.000 -1.000 -1.000 -1.000 Kostenerstattungen und 6 -637 -150 Kostenumlagen 7 Sonstige ordentliche Erträge -7.043 Ordentliche Erträge -2.640.150 -2.690.000 -2.690.000 -2.690.000 10 -2.845.274 -2.690.000 -2.690.000 11 Personalaufwendungen 1.086.033 1.082.003 1.192.626 1.192.856 1.204.862 1.216.975 1.229.210 32.633 Versorgungsaufwendungen 35.377 35.731 12 35.472 34.794 35.028 36.088 Aufwendungen für Sach- und 20.614 19.835 19.835 19.835 19.835 13 17.393 19.835 Dienstleistungen Sonstige ordentliche 16 505.843 593.587 646.939 661.242 671.480 681.692 691.993 Aufwendungen 1.644.742 1.977.124 17 **Ordentliche Aufwendungen** 1.728.837 1.894.193 1.908.960 1.931.553 1.954.232 Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 -1.200.532 -911.313 -795.807 -781.040 -758.447 -735.768 -712.876 10 und 17) Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 22 -1.200.532 -795.807 -911.313 -781.040 -758.447 -735.768 -712.876 18 und 21) Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen 26 -1.200.532 -911.313 -795.807 -781.040 -758.447 -735.768 -712.876 Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) Aufwendungen aus internen 28 131.218 130.668 180.418 129.294 130.867 131.878 132.938 Leistungsbeziehungen

-664.589

-651.746

-627.580

-603.890

-579.938

-730.894

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

Dezernat II

1.02.06 Kfz-Angelegenheiten



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Kfz-Angelegenheiten

In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Gebühren (Kostenart 431100) für den Bereich Kfz-Zulassung bzw. Kfz-Abmeldungen, Verwaltungsgebühren für fehlenden Versicherungsschutz sowie sonstige Gebühren für Aufgabenerledigungen im Mängel-, Halterwechsel- und Sicherungsübereignungsbereich veranschlagt.

Über die Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* werden die Verkaufserlöse (Kostenart 441100) Kfz-Kennzeichen abgewickelt. In der Kontengruppe Erträge aus Kostenerstattung sind hauptsächlich Erstattungen vom Land (Kostenart 442200, Verwaltungskostenbeteiligung zur Durchführung der VMZbV) ausgewiesen. Des weiteren sind in der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* Einnahmen durch Werbung (Kostenart 459100) im Straßenverkehrsamt veranschlagt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen umfasst die Kosten für Mikroverfilmung (Kostenart 529100) sowie die Kostenerstattungen an Gemeinden (Kostenart 525300) im Rahmen der Amtshilfe. Unter der Kontengruppe Sonstige ordentliche Aufwendungen sind insbesondere Kosten für Zulassungsbescheinigungen (vormals Plaketten, Kfz-Briefe), Karten-Führerscheine, Fahrerkarten, usw. abgebildet (Kostenart 543900). Zu den Sonstige ordentliche Aufwendungen gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.06 Kfz-Angelegenheiten

Dezernat II



	Teilfinanzplan		Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.793.462	-2.639.000	-2.689.000	-2.689.000		-2.689.000	-2.689.000	-2.689.000
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.687	-1.000	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-97	-150						
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.795.246	-2.640.150	-2.690.000	-2.690.000		-2.690.000	-2.690.000	-2.690.000
10	-	Personalauszahlungen	1.050.911	832.871	912.468	918.896		928.135	937.466	946.891
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	15.320	15.600	15.300	15.300		15.300	15.300	15.300
15	-	sonstige Auszahlungen	127.147	130.000	150.000	150.000		150.000	150.000	150.000
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.193.378	978.471	1.077.768	1.084.196		1.093.435	1.102.766	1.112.191
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-1.601.868	-1.661.679	-1.612.232	-1.605.804		-1.596.565	-1.587.234	-1.577.809

Haushaltsplan 2015	2016 1.02 Sicherheit und Ordnung	
verantwortlich:	1.02.07 Personenbez. Aufenthalts-/Statusfragen	1 *
Dezernat I		OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
Beschreibung	In der Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:	
	1.02.07.01 Einwohnerangelegenheiten 1.02.07.01.01 Einbürgerungen	
	1.02.07.02 Regelung des Aufenthalts von Ausländern 1.02.07.02.01 Humanitäre Aufenthalte	
<u>Auftragsgrundlage</u>		1
<u>Ziele</u>		
<u>Zielgruppen</u>		

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

Dezernat I

1.02.07 Personenbez. Aufenthalts-/Statusfragen



<u>1.02.07.01</u>	<u>Einwohnerangelegenheiten</u>
<u>Beschreibung</u>	Bearbeiten aller Fragen zur deutschen Staatsangehörigkeit und Namensänderungen, insbesondere
	Vornahme/Ablehnen von Einbürgerungen
	Feststellen der deutschen Staatsangehörigkeit
	Ausstellen von Urkunden über die deutsche Staatsangehörigkeit
	Durchführen von Namensänderungen öffentlich-rechtlicher Art
	Standesamtsaufsicht:
	Unterstützen und Überwachen der Tätigkeit aller Standesämter im Kreisgebiet
	Beraten kreisangehöriger Kommunen in melde-, ausweis- und passrechtlichen Angelegenheiten;
	Aufsicht über Recht- und Zweckmäßigkeit kommunaler melde-, ausweis- und passrechtlicher Entscheidungen
<u>Auftragsgrundlage</u>	Staatsangehörigkeitsgesetz, Namensänderungsgesetz; Personenstandsgesetz; Meldegesetze Bund und Land,
	Personalausweis- und Passgesetz, jeweils mit allen Verordnungen;
-	Ordnungsbehördengesetz NRW, Ordnungswidrigkeitengesetz
<u>Ziele</u>	Global:
	Erhalt der inneren Sicherheit im Kreisgebiet
	Erleichtern der eindeutigen Identifizierung Einzelner durch die Einhaltung klarer Vorgaben zu Namen,
	Staatsangehörigkeit, Ausweisen und Anschriften
	Strategisch:
	Kompetentes Verwaltungshandeln in der bisherigen Verfahrensqualität
	unter Berücksichtigung kommunaler Interessen
	Sicherstellen der einheitlichen Arbeitsweise aller Standesämter, Melde-, Ausweis- und Passbehörden der
7: alawum an	kreisangehörigen Kommunen
<u>Zielgruppen</u>	Einbürgerungswillige ausländische Personen sowie alle deutschen Einwohner und Einwohnerinnen des Kreisgebietes, die Standesämter, Melde-, Ausweis- und Passbehörden aller kreisangehöriger Kommunen

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

Dezernat I

1.02.07 Personenbez. Aufenthalts-/Statusfragen



1.02.07.02 Regelung des Aufenthalts von Ausländern

Beschreibung Vollzug aller aufenthaltsrechtlichen Regelungen des Bundes im Kreisgebiet, insbesondere

Erteilen/Ablehnen von Aufenthaltsgenehmigungen zu unterschiedlichen

Aufenthaltszwecken (Familienzusammenführung, Erwerbstätigkeit, Studium usw),

Verpflichten zur Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen, Entgegennahme von Unterhaltsverpflichtungserklärungen,

Durchführen aufenthaltsbeendender Maßnahmen soweit erforderlich

Auftragsgrundlage Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet - mit allen

Verordnungen und internationalen Abkommen; Freizügigkeitsgesetz für Bürger und Bürgerinnen der Europäischen

Union; Asylverfahrensgesetz; Ordnungsbehördengesetz NRW, Ordnungswidrigkeitengesetz

Ziele Global:

Erhalt der inneren Sicherheit im Kreisgebiet

Steuern und Begrenzen des Zuzugs von Ausländern in die Bundesrepublik; Gestalten der Zuwanderung u.a. durch

Fördern integrativer Maßnahmen und Erfüllen humanitärer Verpflichtungen

Strategisch:

Kompetentes Verwaltungshandeln in der bisherigen Verfahrensqualität

unter Berücksichtigung kommunaler und wirtschaftlicher Interessen

bedarfsorientierte Entscheidungen, die unter Beachtung aller gesetzlichen und gerichtlichen Vorgaben durchgesetzt

werden

Zielgruppen Alle im Kreisgebiet lebenden ausländischen Personen

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.07 Personenbez. Aufenthalts-/Statusfragen



Dezernat I

	•	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-292.007	-155.000	-152.500	-152.500	-152.500	-152.500	-152.500
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-73.875	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-37.505	-500	-500	-500	-500	-500	-500
10	=	Ordentliche Erträge	-403.387	-163.500	-161.000	-161.000	-161.000	-161.000	-161.000
11	-	Personalaufwendungen	926.303	989.994	1.087.266	1.064.682	1.075.464	1.086.281	1.097.207
12	-	Versorgungsaufwendungen	155.298	166.364	186.070	189.032	190.934	192.859	194.800
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.067	6.645	6.387	6.387	6.387	6.387	6.387
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	278.078	346.617	316.376	320.194	323.045	325.877	328.710
17	=	Ordentliche Aufwendungen	1.360.746	1.509.620	1.596.099	1.580.296	1.595.829	1.611.404	1.627.104
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	957.359	1.346.120	1.435.099	1.419.296	1.434.829	1.450.404	1.466.104
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	957.359	1.346.120	1.435.099	1.419.296	1.434.829	1.450.404	1.466.104
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	957.359	1.346.120	1.435.099	1.419.296	1.434.829	1.450.404	1.466.104
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	99.469	92.155	131.431	96.642	92.619	93.169	93.832
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.056.828	1.438.275	1.566.530	1.515.937	1.527.448	1.543.573	1.559.935

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.07 Personenbez. Aufenthalts-/Statusfragen



Dezernat I

Unter der Kontengruppe Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Gebühren nach dem Aufenthaltsgesetz sowie die Gebühren für Staatsangehörigkeitswesen (z.B. Einbürgerungen) erfasst. Die Kontengruppe Kostenerstattungen umfasst Einnahmen im Zusammenhang mit dem Ersatz von Abschiebekosten und Sicherheitsleistungen (Kostenart 442900). Die Gebühreneinnahmen können immer nur Teilbereiche der Produktgruppe finanzieren. Bei den Sonstigen ordentlichen Erträgen handelt es sich um Verwarnungsgelder (Kostenart 452130).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei den *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* handelt es sich um die anteiligen Kosten für die Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung (Bewirtschaftung über Kostenstelle 101321, Kostenart 523600).

Unter der Kontengruppe Sonstige ordentliche Aufwendungen sind die Kosten für Ausländerangelegenheiten (Kostenart 542900, z.B. Humanitäre Hilfen, Dolmetscher, ärztliche Gutachten, etc.), für die Erstattungen von Einbürgerungsgebühren (Kostenart 549900) sowie für die Vordrucke der Bundesdruckerei (Kostenart 543913) dargestellt. Zu den Sonstige ordentliche Aufwendungen gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, Kfz-Kosten, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

Dezernat I

1.02.07 Personenbez. Aufenthalts-/Statusfragen



	Teilfinanzplan		Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-291.882	-155.000	-152.500	-152.500		-152.500	-152.500	-152.500
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-53.213	-8.000	-8.000	-8.000		-8.000	-8.000	-8.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-140	-500	-500	-500		-500	-500	-500
9	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-345.234	-163.500	-161.000	-161.000		-161.000	-161.000	-161.000
10	- Personalauszahlungen	761.083	695.041	759.679	769.449		777.194	785.016	792.916
12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen		500	500	500		500	500	500
15	- sonstige Auszahlungen	123.330	215.000	145.000	145.000		145.000	145.000	145.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	884.413	910.541	905.179	914.949		922.694	930.516	938.416
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	539.179	747.041	744.179	753.949		761.694	769.516	777.416

Haushaltsplan 2015/2016 1.02 Sicherheit und Ordnung verantwortlich: 1.02.08 Statistik OBERBERGISCHER KREIS Dezernat IV **DER LANDRAT** Beschreibung Bereitstellung und Aufbereitung statistischer Daten für eigene Zwecke Zuarbeit im Rahmen der jeweils aktuellen Aufgaben in Kreis- und Regionalentwicklung. Beitrag zur Öffentlichkeitsarbeit. regelmäßige Veröffentlichung des Beitrages "Der Oberbergische Kreis in Zahlen", Schulstatistik u.a. Bereitstellung und Aufbereitung statistischer Daten auf Anfrage von Unternehmen. Verwaltungen, Institutionen. Gutachtern. Privaten u.a. aus den Bereichen: Demographie / Verwaltung / Wahlen, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Flächennutzung / Land- und Forstwirtschaft, Touristik, Bildungswesen Mitwirkung bei der Vorbereitung und Durchführung amtlicher Zählungen Auftragsgrundlage Zensusgesetze bzw. -verordnungen Erarbeitung nachvollziehbarer und im regionalen und überregionalen Zusammenhang vergleichbarer Grundlagen Ziele (Zahlenwerke und Grafik) zur Beurteilung von Fragen, die die Entwicklung des Oberbergischen Kreises berühren Informationen interessierter Dritter über Struktur und Entwicklung des Oberbergischen Kreises Vorbereitung von Entscheidungen / Vorgaben für Politik, Verwaltung und Wirtschaft; Basiserhebung für Standortmarketing der Region Politik. Behörden. Wirtschaft. Gesellschaft Zielaruppen

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

Dezernat IV

1.02.08 Statistik



		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
11	-	Personalaufwendungen	47.975	61.110	8.874	8.906	8.992	8.820	8.907
12	-	Versorgungsaufwendungen	8.450	8.436					
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	81	35	14	14	14	14	14
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.709	6.987	5.504	5.558	5.606	5.653	5.707
17	=	Ordentliche Aufwendungen	61.215	76.567	14.392	14.478	14.613	14.487	14.629
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	61.215	76.567	14.392	14.478	14.613	14.487	14.629
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	61.215	76.567	14.392	14.478	14.613	14.487	14.629
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	61.215	76.567	14.392	14.478	14.613	14.487	14.629
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	10.405	6.170	6.412	5.826	5.972	6.038	6.105
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	71.620	82.738	20.804	20.304	20.585	20.525	20.734

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Statistik

Unter dem Produkt 1.02.08 war neben dem regulären Produkt "Statistik" für die Jahre 2011 und 2012 das Projekt Zensus 2011, welches in diesen Jahren ein Gros der Aufwendungen in diesem Produkt darstellte, eingeplant.

Unter der Kontengruppe Kostenerstattungen und Kostenumlagen sind die Personal- und Sachkostenerstattungen des Landes für das Projekt Zensus 2011 erfasst.

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

Dezernat IV

1.02.08 Statistik



Die *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* entstehen für die Erstellung von Statistiken. 2011 war hier das Projekt Zensus 2011 erfasst.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* werden Geschäftsaufwendungen (Kostenart 543900) wie Beschaffung von Material (Statistikdaten vom LDS, etc.) und die Herausgabe von Schriften veranschlagt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.08 Statistik

Dezernat IV



	Teilfinanzplan		Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
10	- Personalauszahlungen	43.346	43.811	6.628	6.662		6.729	6.796	6.864
15	- sonstige Auszahlungen	60	1.700						
16	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	43.406	45.511	6.628	6.662		6.729	6.796	6.864
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	43.406	45.511	6.628	6.662		6.729	6.796	6.864

Haushaltsplan 2015/2016 1.02 Sicherheit und Ordnung verantwortlich: 1.02.09 Wahlen OBERBERGISCHER KREIS Kreisdirektor **DER LANDRAT** Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Wahlen und Abstimmungen Beschreibung Auftragsgrundlage Europawahlgesetz und Europawahlordnung, Bundeswahlgesetz und Bundeswahlordnung, Landeswahlgesetz und Landeswahlordnung, Kommunalwahlgesetz und Kommunalwahlordnung, Gemeindeordnung, Kreisordnung, Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden ordnungsgemäße Vorbereitung der Wahl bzw. Abstimmung Ziele fehlerfreie Ergebnisermittlung Wahlberechtigte der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, Träger von Wahlvorschlägen, Wahlbewerberinnen und -Zielgruppen bewerber

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.09 Wahlen





		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-142.095	-242.475			-452.110		-291.250
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-1.238						
10	=	Ordentliche Erträge	-143.333	-242.475			-452.110		-291.250
11	-	Personalaufwendungen	27.819	29.079	46.779	45.169	45.623	46.077	46.538
12	-	Versorgungsaufwendungen	5.494	5.399	9.465	9.542	9.637	9.733	9.831
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	93.826	273.800	125.100		346.100		202.100
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	44.169	87.650	55.290	27.160	78.850	26.660	63.990
17	=	Ordentliche Aufwendungen	171.308	395.928	236.634	81.871	480.210	82.471	322.458
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	27.976	153.453	236.634	81.871	28.100	82.471	31.208
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	27.976	153.453	236.634	81.871	28.100	82.471	31.208
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	27.976	153.453	236.634	81.871	28.100	82.471	31.208
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	5.959	5.401	8.576	7.160	6.913	6.946	6.994
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	33.935	158.854	245.211	89.031	35.013	89.416	38.202

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Wahlen

Folgende Wahlen sind in den folgenden Jahren geplant:

Haushaltsjahr 2015 Bürgermeister- und Landratswahl

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.09 Wahlen



Kreisdirektor

Haushaltsjahr 2016 keine Wahlen

Haushaltsjahr 2017 Bundestags- und Landtagswahl

Haushaltsjahr 2018 keine Wahlen

Haushaltsjahr 2019 Europawahl

Unter der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung* sind die Erstattungen der Kosten für Wahlen von Bund bzw. Land (Kostenart 442100 u. 442200) ausgewiesen.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* sind die Erstattungen von Wahlkosten (nach Abzug der Kosten des Kreiswahlleiters) an die Städte und Gemeinden für die Durchführung von Wahlen veranschlagt (Kostenart 525300).

Unter der Kontengruppe Sonstige ordentliche Aufwendungen sind die Aufwandsentschädigungen (Kostenart 542800) für die Beisitzer des Kreiswahlausschusses sowie die Geschäftsausgaben (Kostenart 543900, Beschaffung von Vordrucken, Bekanntmachungen, etc.) und die ADV-Kosten (Kostenart 542901, Bereitstellung des Programms Wahlinfo durch die GKD) die anlässlich der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen anfallen, veranschlagt. Zu den Sonstige ordentliche Aufwendungen gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der Internen Leistungsverrechnungen werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich: Kreisdirektor 1.02.09 Wahlen



Verpflicht-Teilfinanzplan Planung 2018 Ergebnis Ansatz Ansatz Ansatz ungsermäch-Planung Planung 2017 2013 2014 2015 2016 tigungen 2019 Kostenerstattungen, Kostenumlagen 6 -142.000 -242.475 -452.110 -291.250 Einzahlungen aus laufender 9 -142.000 -242.475 -452.110 -291.250 Verwaltungstätigkeit 10 Personalauszahlungen 20.239 23.366 32.002 32.154 32.475 32.799 33.127 Auszahlungen für Sach- und 12 93.826 273.800 125.100 346.100 202.100 Dienstleistungen 15 sonstige Auszahlungen 41.824 87.650 55.290 27.160 78.850 26.660 63.990 Auszahlungen aus laufender 16 159.016 381.689 212.392 59.314 457.425 59.459 299.217 Verwaltungstätigkeit Saldo aus laufender Verwaltungs-17 17.016 139.214 212.392 59.314 5.315 59.459 7.967 tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)

Haushaltsplan 2015 verantwortlich:	1.02 Sicherheit und Ordnung 1.02.10 Bevölkerungsschutz	
Dezernat I		OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
Beschreibung	In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:	
<u>Descrirerbung</u>		
	1.02.10.01 Brandschutz	
	1.02.10.01.01 Werkstatt für Feuerwehrausrüstung	
	1.02.10.01.02 Vorbeugender Brandschutz	
	1.02.10.01.03 Brandschau Kommunen	
	1.02.10.01.04 Kreisausbildung Freiwillige Feuerwehren	
	1.02.10.02 Katastrophenschutz	
	1.02.10.02.01 Sachausstattung Einsatzkräfte	
	1.02.10.02.02 Zuschüsse Einsatzorganisationen	
<u>Auftragsgrundlage</u>	Ç	
<u>Ziele</u>		
<u>Zielgruppen</u>		
1		

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

Dezernat I

1.02.10 Bevölkerungsschutz



1.02.10.01 Brandschutz

Beschreibung Gefahrenabwehr für den Brandfall, insbesondere durch

Betrieb einer Leitstelle für Feuerschutz (Notruf 112),

Überörtliche Aus- und Fortbildung kommunaler Feuerwehrkräfte, Betrieb einer Werkstatt für Atemschutzgeräte und Schlauchpflegerei, zentrale Beschaffungsmaßnahmen für kommunale Feuerwehren

Gestellung von Brandschutztechnikern an die kreisangehörigen Kommunen

Vorbeugender Brandschutz in Genehmigungsverfahren

Beraten kreisangehöriger Kommunen insbesondere zu Brandschutzbedarfsplänen

Aufsicht über Recht- und Zweckmäßigkeit kommunaler Entscheidungen im Feuerschutz

Auftragsgrundlage Feuerschutz- und Hilfeleistungsgesetz NRW, Ordnungsbehördengesetz NRW, Zivilschutzgesetz, Wehrpflichtgesetz,

Bundesfreiwilligendienstgesetz. Sicherstellungsgesetze, ieweils mit allen Verordnungen und Erlassen

Ziele Global:

Schutz von Leib und Leben aller Personen im Kreisgebiet,

Ausbau des Bevölkerungsschutzes beim Kreis in Umsetzung der bundesweiten "Neuen Strategie zum Schutz der

Bevölkerung in Deutschland"

Strategisch:

Stärkung der überörtlichen Zusammenarbeit aller Einsatzkräfte der Feuerwehren, Hilfsorganisationen und THW unter

Berücksichtigung kommunaler Interessen durch Ausbau des zentralen kreiseigenen Brandschutzzentrums zu einem

Rettungszentrum

Zielgruppen Kreisangehörige Kommunen mit ihren Feuerwehren; Werksfeuerwehren; Hilfsorganisationen (DRK, Malteser, Johanniter,

DLRG) u. Technisches Hilfswerk; Verpflichtete, die Wehrersatzdienst bei einer Einsatzorganisation leisten;

Gesamtbevölkerung des Kreisgebietes.

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

Dezernat I

1.02.10 Bevölkerungsschutz



1.02.10.02 Katastrophenschutz

Beschreibung Hilfeleisten in überörtlichen Großschadenslagen, die zivile oder militärische Ursachen haben können, insbesondere

durch

Betrieb einer Leitstelle für Bevölkerungsschutz (Notruf 112),

Koordinieren der Einsatzkräfte und Hilfeleistungen in einer Großschadenslage,

Erstellen vorbereitender Gefahrenabwehr- und Einsatzpläne.

Planen und Durchführen von Übungen.

Überwachen von Wehrersatzdienst-Verpflichtungen,

ergänzende Sachausstattung der Einsatzkräfte von Hilfsorganisationen und Feuerwehren.

Auftragsgrundlage Feuerschutz- und Hilfeleistungsgesetz NRW, Ordnungsbehördengesetz NRW, Zivilschutzgesetz, Wehrpflichtgesetz,

Zivildienstgesetz, Sicherstellungsgesetze, jeweils mit allen Verordnungen und Erlassen.

Ziele Global:

Schutz von Leib und Leben aller Personen im Kreisgebiet,

Ausbau des Bevölkerungsschutzes beim Kreis in Umsetzung der bundesweiten "neuen Strategie zum Schutz der

Bevölkerung in Deutschland"

Strategisch:

Stärkung der überörtlichen Zusammenarbeit aller Einsatzkräfte der Feuerwehren, Hilfsorganisationen und THW unter Berücksichtigung kommunaler Interessen durch Ausbau des zentralen kreiseigenen Brandschutzzentrums zu einem

Rettungszentrum

Zielgruppen Kreisangehörige Kommunen mit ihren Feuerwehren; Werksfeuerwehren; Hilfsorganisationen (DRK, Malteser, Johanniter,

DLRG) u. Technisches Hilfswerk; Verpflichtete, die Wehrersatzdienst bei einer Einsatzorganisation leisten;

Gesamtbevölkerung des Kreisgebietes

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.10 Bevölkerungsschutz

Dezernat I



		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-65.149	-30.504	-64.715	-66.818	-70.705	-70.705	-70.705
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		-180	-180	-180	-180	-180	-180
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-14.273	-180.850	-88.600	-165.600	-165.600	-165.600	-165.600
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-44.383	-12.660	-19.380	-19.680	-19.980	-20.280	-20.580
10	=	Ordentliche Erträge	-123.805	-224.194	-172.875	-252.278	-256.465	-256.765	-257.065
11	-	Personalaufwendungen	1.077.591	1.189.176	1.316.759	1.289.282	1.302.237	1.315.252	1.328.399
12	-	Versorgungsaufwendungen	168.574	346.297	183.983	185.796	187.649	189.524	191.416
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	202.010	319.200	372.600	367.600	366.400	373.600	372.400
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	169.719	151.738	274.681	348.551	403.698	403.698	403.698
15	-	Transferaufwendungen	7.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	131.896	104.265	207.215	174.780	153.840	133.900	133.960
17	=	Ordentliche Aufwendungen	1.756.790	2.122.676	2.367.238	2.378.010	2.425.824	2.427.974	2.441.873
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.632.985	1.898.482	2.194.363	2.125.732	2.169.359	2.171.209	2.184.808
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.632.985	1.898.482	2.194.363	2.125.732	2.169.359	2.171.209	2.184.808
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.632.985	1.898.482	2.194.363	2.125.732	2.169.359	2.171.209	2.184.808
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-147.677	-391.664	-216.353	-265.232	-265.581	-268.947	-269.233
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	282.285	227.080	286.929	399.818	286.419	287.725	289.053

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.10 Bevölkerungsschutz





	Teilergebnisplan	Ergebnis Ansatz 2013 2014		Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.767.594	1.733.897	2.264.939	2.260.318	2.190.197	2.189.987	2.204.628

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Bevölkerungsschutz

Erträge der Produktgruppe Bevölkerungsschutz bestehen einerseits aus Kostenerstattungen der kreisangehörigen Kommunen für die Inanspruchnahme bestimmter Leistungen des Kreises im Brandschutz, andererseits aus dem Entgelt für die Aufschaltung von Brandmeldeanlagen auf die Kreisleitstelle. Sachaufwendungen dienen insbesondere der Anschaffung und Unterhaltung von Maschinen und technischen Anlagen im Brandschutzzentrum sowie der notwendigen Dienstfahrzeuge. Die Einsatzorganisationen im Kreisgebiet werden begrenzt finanziell unterstützt.

Die Kontengruppe Kostenerstattungen umfasst die Einnahmen/Erstattungen (Kostenart 442200 u. 442600) im Zusammenhang mit den Betriebskosten der Relaisfunkstation Unnenberg sowie die Erstattungen der Gemeinden (Kostenart 442300) für Verbrauchsgüter der Atemschutzwerkstatt. Unter der Kontengruppe Sonstige ordentliche Erträge sind Konzessionsabgaben (Kostenart 452600, Kostenpauschale für die Brandmelde-Übertragungs-Anlage) ausgewiesen. Bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen handelt es sich um Erträge aus der Auflösung von Zuwendungen für Investitionen (Kostenart 416210).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Hier fließen auf die Personalkosten für die Durchführung der Brandschau mit ein.

Die Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen umfasst die Unterhaltung (Kostenart 523300 u. 523610) von Geräten bzw. technischen Anlagen und Datenverarbeitungseinrichtungen im Brandschutzzentrum (Maschinen/Geräte etc. im Rahmen für Großschadensereignisse), aber auch die Kosten der Kreisausbildung der Freiwilligen Feuerwehren (Kostenart 524900). Darüber hinaus werden hier die Ersatzteile der Atemschutzwerkstatt (Kostenart 526802) sowie der Materialverbrauch Brandschutzzentrum (Kostenart 526803) veranschlagt. Die Transferaufwendungen beinhalten Zuschüsse an den Kreisfeuerwehrverband bzw. Zuschüsse an die Jugendfeuerwehr (Kostenart 531900).

In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind u. a. die Leasingraten für die Schlauchpflegeanlage (Kostenart 542200) und Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung (Kostenart 541600) hinterlegt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen

Н	laus	hal	tspl	an	201	5/	20	16
---	------	-----	------	----	-----	----	----	----

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.10 Bevölkerungsschutz



Dezernat I

(Büromaterial,	Porto,	Telefon,	Fortbildung,	Miete/Leasing	für Gescl	häftsausstattung,	Bekanntmachungen,	ADV-Kosten,	Versicherungsbeiträge,	usw.),	welche a	aul
Kostenstellen I	bewirtso	chaftet we	erden und üb	er Verrechnung	sschema	die Produktgrupp	oe belasten.					

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.10 Bevölkerungsschutz

Dezernat I



		Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		-180	-180	-180		-180	-180	-180
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-10.174	-180.850	-88.600	-165.600		-165.600	-165.600	-165.600
7	+	Sonstige Einzahlungen	-11.940	-12.660	-19.380	-19.680		-19.980	-20.280	-20.580
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-22.114	-193.690	-108.160	-185.460		-185.760	-186.060	-186.360
10	-	Personalauszahlungen	1.501.393	1.382.263	1.502.641	1.512.687		1.527.814	1.543.092	1.558.524
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	216.571	319.200	372.600	367.600		366.400	373.600	372.400
14	-	Transferauszahlungen	2.000	12.000	12.000	12.000		12.000	12.000	12.000
15	-	sonstige Auszahlungen	124.926	104.265	207.215	174.780		153.840	133.900	133.960
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.844.889	1.817.728	2.094.456	2.067.067		2.060.054	2.062.592	2.076.884
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.822.775	1.624.038	1.986.296	1.881.607		1.874.294	1.876.532	1.890.524
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-43.155	-41.500	-41.500	-41.500		-41.500	-41.500	-41.500
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	-43.155	-41.500	-41.500	-41.500		-41.500	-41.500	-41.500
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	425.190			120.000				
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	197.773	430.000	1.074.200	179.000		358.000	1.113.000	113.000
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen	5.265							
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	628.227	430.000	1.074.200	299.000		358.000	1.113.000	113.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein/. Auszahlung)	585.072	388.500	1.032.700	257.500		316.500	1.071.500	71.500

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

Dezernat I

1.02.10 Bevölkerungsschutz



	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze 5231300 Baumaßnahmen Notfallzentrum		Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / - auszahlungen
1	-	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen									-1.605.854	-1.605.854
6	=	Summe Einzahlungen									-1.605.854	-1.605.854
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	425.190			120.000					2.273.749	2.393.749
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	8.306								72.954	72.954
12	-	Sonstige Investitionsauszahlungen									6.223	6.223
13	=	Summe Auszahlungen	433.496			120.000					2.352.926	2.472.926
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	433.496			120.000					747.072	867.072

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführtem Ansatz handelt es sich um eine geplante Bauinvestition im Bereich des Brandschutzzentrums Kotthausen (Ausbau als Rettungszentrum des Kreises). Die Abwicklung der Baumaßnahme wird vom Zentralen Immobilienmanagement betreut.

Die o. g. Investition wird über die Finanzstelle 5.231300 abgewickelt.

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.10 Bevölkerungsschutz

OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT

Dezernat I

		Investitionsmaßnahmen oberhalb der estgesetzten Wertgrenze 5323006 Ausstattung (Katastrophenschutz)	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen /- auszahlungen
1	-	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-30.000	-30.000	-30.000	-30.000		-30.000	-30.000	-30.000	-180.000	-330.000
6	=	Summe Einzahlungen	-30.000	-30.000	-30.000	-30.000		-30.000	-30.000	-30.000	-180.000	-330.000
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	22.885	30.000	397.200	115.000		300.000	30.000	30.000	69.148	941.348
13	=	Summe Auszahlungen	22.885	30.000	397.200	115.000		300.000	30.000	30.000	69.148	941.348
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-7.115		367.200	85.000		270.000			-110.852	611.348

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Der OBK setzt im Rahmen der Vorhaltung von Sonderausstattung für den Katastrophenschutz auf ein Abrollbehälter-System. Hierfür werden aktuell zwei Trägerfahrzeuge vorgehalten. Ein Fahrzeug muss altersbedingt ersetzt werden (100.000 €).

Die vorhandenen Stabsräume zur Koordination von Großschadenslagen und Katastrophen müssen abschließend noch mit Hard- und Software ausgestattet werden (200.000 €).

Bei besonderen Lagen ist ein System vorzuhalten, um die Bevölkerung flächendeckend warnen und informieren zu können (97.000 €).

Die o. g. Investition wird über die Finanzstelle 5.323006 abgewickelt.

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.10 Bevölkerungsschutz



Dezernat I

	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / - auszahlungen
	5323020 Digitalfunk BOS										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	61.071	400.000	555.000	50.000		50.000	1.050.000	50.000	685.326	2.440.326
13	= Summe Auszahlungen	61.071	400.000	555.000	50.000		50.000	1.050.000	50.000	685.326	2.440.326
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	61.071	400.000	555.000	50.000		50.000	1.050.000	50.000	685.326	2.440.326

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Seit einigen Jahren erfolgt die flächendeckende Umsetzung der digitalen Funktechnik für den OBK. Die kabelgebundene Anbindung der Kreisleit-stelle an das digitale Funknetz (Schnittstelle zwischen Leitstelle und BOS-Funknetz) ist für 2015 geplant.

Die v.g. Maßnahmen (Kosten) für die Kreisleitstelle belasten (i.d.R. über AfA) zu 25 % das Produkt Brandschutz, zu 5 % das Produkt Bevölkerungsschutz und zu 70 % das Produkt Rettungsdienst.

Die o. g. Investitionen wird über die Finanzstelle 5.323020 abgewickelt.

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

Dezernat I

1.02.10 Bevölkerungsschutz



	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / - auszahlungen
53	23022 Gerätewagen Messtechnik										
9	Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	94.731								94.731	94.731
13	= Summe Auszahlungen	94.731								94.731	94.731
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	94.731								94.731	94.731

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem aufgeführtem Ansatz handelt es sich um **Investition / Ersatzbeschaffungen** im Bereich des **Katastrophenschutzes**, hier wurden **Fahrzeuge** / **Gerätewagen Messtechnik** erworben. Die Kosten belasten (i.d.R. über AfA) zu 100 % das Produkt Katastrophenschutz.

Die o. g. Investitionen wird über die Finanzstelle 5.323022 abgewickelt.

Haushaltsplan 2015/2016 1.02 Sicherheit und Ordnung verantwortlich: 1.02.11 Rettungsdienst OBERBERGISCHER KREIS Dezernat I **DER LANDRAT** Beschreibung Sicherstellen der Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung einschließlich des notärztlichen Dienstes und des Krankentransportes, der mit medizinischer Betreuung durchgeführt werden muss (sogen, gualifizierte Transporte). insbesondere durch Erstellen eines rettungsdienstlichen Bedarfsplans, Betrieb einer Leitstelle für den Rettungsdienst (Notruf 112). Trägerschaft für zehn Rettungswachen im Kreisgebiet, Berechnen und Festlegen der Gebühren für rettungsdienstliche Leistungen. Einzug der Benutzungsgebühren bei den Betroffenen und ihren Krankenkassen. Aufsicht über kreisangehörige Kommunen, die Träger einer Rettungswache sind. Rettungsgesetz NRW mit allen Verordnungen, Rettungsdienstlicher Bedarfsplan (Kreistagsbeschluss): Auftragsgrundlage Kommunalabgabengesetz NRW, (Kreis-) Gebührensatzung für den Rettungsdienst Ziele Global: Schutz von Leib und Leben aller Betroffenen im Kreisgebiet Strategisch: Bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des

<u>Zielgruppen</u>

Krankentransportes nach Maßgabe des Rettungsbedarfsplanes Alle Personen, die im Kreisgebiet krank oder verletzt transportiert werden müssen; Krankenhäuser und

Hilfsorganisationen, die rettungsdienstliche Leistungen erbringen; Krankenkassen, die die Kosten übernehmen

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.11 Rettungsdienst

Dezernat I



		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-30.694	-28.770	-28.770	-28.770	-28.770	-28.770	-28.770
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-16.526.884	-18.272.985	-20.399.745	-21.310.613	-21.696.540	-21.926.082	-22.076.293
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.152						
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-8.506	-92.144	-33.744	-33.744	-33.744	-33.744	-33.744
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-57.440		-64	-64	-64	-64	
10	=	Ordentliche Erträge	-16.624.676	-18.393.899	-20.462.323	-21.373.191	-21.759.118	-21.988.660	-22.138.807
11	-	Personalaufwendungen	9.109.679	12.054.947	12.561.125	13.272.423	13.404.726	13.538.259	13.673.129
12	-	Versorgungsaufwendungen	209.595	53.263	237.107	239.922	242.315	244.736	247.179
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.405.744	3.291.139	3.794.722	3.828.717	3.835.830	3.821.561	3.888.310
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	790.191	398.545	1.175.865	1.228.518	1.329.513	1.329.513	1.329.513
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.437.953	1.989.002	2.454.573	2.488.835	2.661.211	2.765.271	2.710.629
17	=	Ordentliche Aufwendungen	14.953.164	17.786.895	20.223.392	21.058.416	21.473.595	21.699.340	21.848.760
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-1.671.512	-607.004	-238.930	-314.774	-285.523	-289.320	-290.047
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-1.671.512	-607.004	-238.930	-314.774	-285.523	-289.320	-290.047
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-1.671.512	-607.004	-238.930	-314.774	-285.523	-289.320	-290.047
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-48.174	-48.354	-53.810	-54.073	-54.722	-54.850	-54.977
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	215.442	455.545	306.241	382.347	353.745	357.670	358.524

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.11 Rettungsdienst

Dezernat I



	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	29 = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-1.504.244	-199.813	13.500	13.500	13.500	13.500	13.500

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Rettungsdienst

Erträge der Produktgruppe Rettungsdienst bestehen aus den Benutzungsgebühren, die für die Inanspruchnahme rettungsdienstlicher Leistungen erhoben werden. Nimmt eine Kommune als Träger einer eigenen Rettungswache die Kreisleitstelle in Anspruch, erstattet sie dem Kreis die anfallenden Kosten. Die Benutzungsgebühren sind grundsätzlich kostendeckend kalkuliert, nur ausnahmsweise sind Kosten rettungsdienstlicher Maßnahmen bei der Kalkulation nicht zu berücksichtigen. Sachaufwendungen dienen der Finanzierung des für den Rettungsdienst notwendigen Personals, der Rettungsmittel (Fahrzeuge) und der Rettungswachen. Der Bedarf wird regelmäßig in einem Bedarfsplan festgelegt, der mit den Krankenkassen abgestimmt und vom Kreistag beschlossen wird.

Unter der Kontengruppe *Leistungsentgelte* sind die Gebühren (432100) für den Rettungsdienst ausgewiesen. Die Position *Kostenerstattungen* umfasst die Erstattungen für den Bundesfreiwilligendienst (Kostenart 444905). Sonstige Ordentliche Erträge fallen an im Rahmen von Kostenerstattungen durch Versicherungen und Dritte (Kostenart 452710).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen beinhaltet insbesondere die Kosten des Medizinischen Bedarfs (Kostenart 529907), für Fahrzeuge im Rettungsdienst (Kst. 40323 ff., Kostenart 523400 u.a.) sowie die Unterhaltungskosten (Strom, Energie, Wasser, Sanierung, Reinigung, etc.) der Rettungswachen im Kreisgebiet (Kst. 14015 ff.), welche von Amt 38 (Hinweis: Für kreiseigenen Gebäude ist das Zentrale Immobilienmanagement verantwortlich) bewirtschaftet werden.

Die Sonstige ordentliche Aufwendungen umfassen die Kosten für Aus-, Fortbildung und Umschulung im notärztlichen Bereich (Kostenart 541200), die Kosten des Luftrettungsdienstes (Kostenart 542900) sowie Kostenerstattungen für Einsätze der Hilfsorganisationen. Zu den Sonstige ordentliche Aufwendungen gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Haushaltsplan 2015/2016	1.02 S	icherheit und	Ordnung				>>>>> ••••••••••••••••••••••••••••••••	
verantwortlich:	1.02.11 R	ettungsdienst						
Dezernat I							OBERBERGISC DER LANDRAT	HER KREIS •
Innerhalb der <i>Internen Leistungsverrechnul</i> verdichteten Ebene abgebildet.	<i>ngen</i> werden anteilig	e Umlagen (z. B	. Gebäudekosten	inkl. AfA, K	fz-Kosten, A	AfA für Geso	häftsausstattung)	auf eine

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.11 Rettungsdienst



Organisations-Kst.

101322 101323

200321

200322

200323

Leistellenbetrieb

Personalkosten NÄ

Personalkosten RW

Personalkosten Qs

Bürobetrieb 38

Dezernat I

<u>Hinweis</u>: Die Kostenerstattung für notärztliche Dienst bzw. Rettungswachen öffentlich wirtschaftliche Unternehmen, die Kostenerstattung ärztlicher Leiter im Rettungsdienst sowie die Kosten der Rettungswachen (z.B. Gebäudekosten) oder die Kosten für KFZ sind auf Kostenstellen erfasst und werden im Wege der Verrechnung auf Produkte verteilt.

Auszug aus der Kst.-Struktur:

	Rettungswachen-Kst.		Fahrzeuge-Kst.		Fahrzeuge-Kst.
14015	Rettungsdienst	40334	2. RTW Gummersbach	40354	NEF Ärztlicher Leit.
14020	RW Bergneustadt	40335	RTW Hückeswagen	40355	NEF Gummersbach
14030	RW Engelskirchen	40336	RTW Lindlar	40356	NEF Engelskirchen
14040	RW Gummersbach	40337	RTW Marienheide	40357	NEF Waldbröl
14050	RW Hückeswagen	40338	RTW Lichtenberg	40358	NEF Wipperfürth
14060	RW Lindlar	40339	RTW Elsenroth	40359	NEF Reserve 1
14070	RW Marienheide	40340	RTW Waldbröl	40360	Fahrzeug ORGL RD
14080	RW Lichtenberg	40341	RTW Wipperfürth	40400	Kfz Brandschutz (Allg.)
14090	RW Elsenroth	40342	RTW Reserve 1	40401	Kdw KBM GM-KV-6697
14100	RW Radevormwald	40343	RTW Reserve 2	40402	LKW Werkstatt GM-KV 6698
14110	RW NN	40344	1. KTW Engelskirchen	40403	ELW GM-2650
14120	RW Waldbröl	40345	2. KTW Engelskirchen	40404	Wechsellader GM-KV 6695
14130	RW Wiehl	40346	1. KTW Gummersbach	40406	Materialcontainer
14140	RW Wipperfürth	40347	2. KTW Gummersbach	40407	Dekonaminationscontainer
14150	RW gesamt	40348	KTW Marienheide	40408	Gerätewagen Messtechnik GM
	Fahrzeuge-Kst.	40349	NEF Marienheide	40409	Gerätewagen Messtechnik Wiehl
40323	Kfz Rettungsdienst (Allg.)	40350	KTW Waldbröl	40411	KFZ Brandschau 01
40331	RTW Bergneustadt	40351	KTW Wiehl	40412	KFZ Brandschau 02
40332	RTW Engelskirchen	40352	KTW Wipperfürth	40413	KFZ Brandschau 03
40333	1. RTW Gummersbach	40353	KTW Reserve 1	40414	KFZ Brandschau 04

Haushaltsplan 2015/2016	1.02 Sicherheit und Ordnung	
verantwortlich:	1.02.11 Rettungsdienst	
Dezernat I		OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.11 Rettungsdienst



		Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-16.026.460	-18.272.985	-20.399.745	-21.310.613		-21.696.540	-21.926.082	-22.076.293
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-396							
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-4.380	-92.000	-33.600	-33.600		-33.600	-33.600	-33.600
7	+	Sonstige Einzahlungen	-71							
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-16.031.307	-18.364.985	-20.433.345	-21.344.213		-21.730.140	-21.959.682	-22.109.893
10	-	Personalauszahlungen	8.272.297	8.907.456	9.119.275	9.716.874		9.813.517	9.911.125	10.009.710
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.390.051	3.290.892	3.794.595	3.828.590		3.835.703	3.821.434	3.888.183
15	-	sonstige Auszahlungen	2.061.447	1.902.505	2.327.556	2.361.288		2.533.214	2.636.846	2.581.777
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	12.723.795	14.100.853	15.241.426	15.906.752		16.182.434	16.369.405	16.479.670
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-3.307.512	-4.264.132	-5.191.919	-5.437.461		-5.547.706	-5.590.277	-5.630.223
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-39.152							
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	-39.152							
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden			100.000					
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	592.236	200.000	2.180.000	1.700.000		1.000.000		
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	1.386.161	1.675.000	1.392.800	1.078.000		1.508.000	996.700	1.300.000
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen	7.664		180.000	10.000		45.000	5.000	5.000
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	1.986.061	1.875.000	3.852.800	2.788.000		2.553.000	1.001.700	1.305.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein/. Auszahlung)	1.946.909	1.875.000	3.852.800	2.788.000		2.553.000	1.001.700	1.305.000

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.11 Rettungsdienst



Dezernat I

	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen /- auszahlungen
	5323030 Baumaßnahmen Rettungswachen										
7	- Auszahlungen für den Erwerb von - Grundstücken / Gebäuden									36.745	36.745
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	166.144	200.000							1.033.831	1.033.831
13	= Summe Auszahlungen	166.144	200.000							1.070.576	1.070.576
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	166.144	200.000							1.070.576	1.070.576

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem aufgeführtem Ansatz handelt es sich um eine **Investition** im Bereich des **Rettungsdienstes**, hier: **Baumaßnahme Notfallzentrum Kotthausen**. Die Kosten (i.d.R. über AfA) belasten zu 100 % den Rettungsdienst.

Die o. g. Investition wird über die Finanzstelle 5.323030 abgewickelt.

Bisher an dieser Stelle geplante Investitionen für den Bau von Rettungswachen finden sich nunmehr nachfolgend unter den Finanzstellen

- 5.323050 Rettungswache Wipperfürth
- 5.323060 Rettungswache Reichshof-Wehnrath
- 5.323070 Rettungswache Nümbrecht
- 5.323080 Rettungswache Wiehl-Kehlinghausen
- 5.323090 Rettungswache Lindlar

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.11 Rettungsdienst





	fe	Investitionsmaßnahmen oberhalb der estgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / - auszahlungen
5	323	035 Beschaffung Kfz f.d. RD										
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	824.073	1.170.000	605.000	650.000		900.000	600.000	970.000	4.319.477	8.044.477
13	=	Summe Auszahlungen	824.073	1.170.000	605.000	650.000		900.000	600.000	970.000	4.319.477	8.044.477
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	824.073	1.170.000	605.000	650.000		900.000	600.000	970.000	4.319.477	8.044.477

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem aufgeführtem Ansatz handelt es sich um geplante **Investition / Ersatzbeschaffungen** im Bereich des **Rettungsdienstes**, hier werden regelmäßig **Fahrzeuge** für den Einsatz erworben. Die Kosten (i.d.R. über AfA) belasten zu 100 % den Rettungsdienst.

Die o. g. Investitionen wird über die Finanzstelle 5.323035 abgewickelt.

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.11 Rettungsdienst



DER LANDRAT

Dezernat I

53	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze 323040 Ausstattung / medizinische Geräte RD	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / - auszahlungen
9	Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	308.396	250.000	300.000	275.000		250.000	250.000	250.000	1.075.958	2.400.958
13	= Summe Auszahlungen	308.396	250.000	300.000	275.000		250.000	250.000	250.000	1.075.958	2.400.958
14	Saldo: (Einzahlungen ./. = Auszahlungen)	308.396	250.000	300.000	275.000		250.000	250.000	250.000	1.075.958	2.400.958

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem aufgeführtem Ansatz handelt es sich um geplante **Investition / Ersatzbeschaffungen** im Bereich des **Rettungsdienstes**. Hier werden regelmäßig Medizinische Geräte erworben. Die Kosten (i.d.R. über AfA) belasten zu 100 % den Rettungsdienst.

Die o. g. Investitionen wird über die Finanzstelle 5.323040 abgewickelt.

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.11 Rettungsdienst



Dezernat I

	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen /- auszahlungen
532	305	50 Rettungswache Wipperfürth										
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	232.812		450.000						275.795	725.795
13	=	Summe Auszahlungen	232.812		450.000						275.795	725.795
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	232.812		450.000						275.795	725.795

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem aufgeführtem Ansatz handelt es sich um eine geplante **Investition** im Bereich des **Rettungsdienstes**, hier: **Baumaßnahme RW Wipperfürth**. Die Kosten (i.d.R. über AfA) belasten zu 100 % den Rettungsdienst. Fertigstellung der Rettungswache in 2015.

Die o. g. Investition wird über die Finanzstelle 5.323050 abgewickelt.

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

Dezernat I

1.02.11 Rettungsdienst



Gesamt-

einzahlungen

bisher

bereitgestellt

(einschl.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
5222060 Dottungowoobo Dojobobof				1		1	1	

	•	ootgootzton wortgronzo	2013	2014	2015	2016	gungen	2017	2018	2019	Sp.2)	auszahlungen
53	230	60 Rettungswache Reichshof-										
		Sinspert										
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	193.280		380.000						214.924	594.924
13	=	Summe Auszahlungen	193.280		380.000						214.924	594.924
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	193.280		380.000						214.924	594.924

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem aufgeführtem Ansatz handelt es sich um eine geplante **Investition** im Bereich des **Rettungsdienstes**, hier: **Baumaßnahme RW Reichshof-Wehnrath**. Die Kosten (i.d.R. über AfA) belasten zu 100 % den Rettungsdienst. Die Fertigstellung wird 2015 erfolgen.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle 5.323060* abgewickelt.

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

Dezernat I

1.02.11 Rettungsdienst



53:	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze 23070 Rettungswache Nümbrecht	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	(einschl.	Gesamt- einzahlungen /- auszahlungen
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			650.000	250.000						900.000
13	= Summe Auszahlungen			650.000	250.000						900.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			650.000	250.000						900.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem aufgeführtem Ansatz handelt es sich um eine geplante **Investition** im Bereich des **Rettungsdienstes**, hier: **Baumaßnahme RW Nümbrecht**. Die Kosten (i.d.R. über AfA) belasten zu 100 % den Rettungsdienst. Die Bauzeit ist für 2015/2016 geplant.

Die o. g. Investition wird über die Finanzstelle 5.323070 abgewickelt.

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.11 Rettungsdienst





	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen /- auszahlungen
	5323080 Rettungswache Wiehl										
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			600.000	450.000						1.050.000
13	= Summe Auszahlungen			600.000	450.000						1.050.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. = Auszahlungen)			600.000	450.000						1.050.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem aufgeführtem Ansatz handelt es sich um eine geplante **Investition** im Bereich des **Rettungsdienstes**, hier: **Baumaßnahme RW Wiehl-Kehlinghausen**. Die Kosten (i.d.R. über AfA) belasten zu 100 % den Rettungsdienst. Die Bauzeit ist für 2015/2016 geplant.

Die o. g. Investition wird über die Finanzstelle 5.323080 abgewickelt.

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.11 Rettungsdienst



	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze 5323090 Bauwerk RW Lindlar - Auszahlungen für Baumaßnahmen		Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / - auszahlungen
	53	23090 Bauwerk RW Lindlar										
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen			100.000	1.000.000						1.100.000
13	=	Summe Auszahlungen			100.000	1.000.000						1.100.000
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			100.000	1.000.000						1.100.000

53	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen /- auszahlungen
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen						1.000.000				1.000.000
13	= Summe Auszahlungen						1.000.000				1.000.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)						1.000.000				1.000.000

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.11 Rettungsdienst



Dezernat I

	-	nvestitionsmaßnahmen oberhalb der estgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen /- auszahlungen
	532	3110 Bauwerk RW Waldbröl										
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden			100.000							100.000
13	=	Summe Auszahlungen			100.000							100.000
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			100.000							100.000

	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen /- auszahlungen
	5380010 Digitalfunk KFZ Rettungsdienst										
9	Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	67.657	30.000	5.000	5.000		5.000	5.000	5.000	97.657	122.657
13	= Summe Auszahlungen	67.657	30.000	5.000	5.000		5.000	5.000	5.000	97.657	122.657
14	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	67.657	30.000	5.000	5.000		5.000	5.000	5.000	97.657	122.657

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem aufgeführtem Ansatz handelt es sich um eine geplante **Investition** im Bereich des **Rettungsdienstes**, hier: **Digitalfunk für KFZ-Rettungsdienst**. Die Kosten (i.d.R. über AfA) belasten zu 100 % den Rettungsdienst.

Die o. g. Investition wird über die Finanzstelle 5.380010 abgewickelt.

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.11 Rettungsdienst





	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen /- auszahlungen
	5380020 IT-Ausstattung RD										
12	- Sonstige Investitionsauszahlungen			180.000	10.000		45.000	5.000	5.000		245.000
13	= Summe Auszahlungen			180.000	10.000		45.000	5.000	5.000		245.000
14	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			180.000	10.000		45.000	5.000	5.000		245.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Es handelt sich Investitionen für ein neues Erfassungs- und Abrechnungsprogramm für den Rettungsdienst, sowie PC-Hardware und Lizenzen.

Die o. g. Investition wird über die Finanzstelle 5.380020 abgewickelt.

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.11 Rettungsdienst



	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / - auszahlungen
	5380030 IT-Technik Fahrzeuge										
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen			20.000	20.000		210.000	20.000	20.000		290.000
13	= Summe Auszahlungen			20.000	20.000		210.000	20.000	20.000		290.000
14	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			20.000	20.000		210.000	20.000	20.000		290.000

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.11 Rettungsdienst





		vestitionsmaßnahmen unterhalb der tgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / - auszahlungen
1	+	Summe der investiven Einzahlungen	-23.052								-111.290	-111.290
2	-	Summe der investiven Auszahlungen	193.698	225.000	462.800	128.000		143.000	121.700	55.000	1.103.857	2.014.357
3	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	170.646	225.000	462.800	128.000		143.000	121.700	55.000	992.567	1.903.067

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführtem Ansatz handelt es sich um eine Reihe von **Investition** im Bereich des **Notfallzentrums Kotthausen (Rettungsdienst)**. Bei der Summe der investiven Einzahlungen sind Investitionskostenzuschüsse und Veräußerungserlöse veranschlagt. Über die Auszahlungen werden Geräte und Inventargegenstände (BGA) zur Ausstattung der Kreisleitstelle sowie investive Beschaffungen zwecks Ausstattung der Rettungswachen mit Fahrzeugen und Geräten verausgabt. Die Abwicklung der Investitionen wird von Amt 38 geleitet.

Die o. g. Zuschüsse bzw. Investition werden über folgende Finanzstellen (PSP-I) abgewickelt:

5.323004 Ausstattung Kreisleitstelle

5.323008 Investitionskostenzuschuss

5.323008 Veräußerungserlöse5.323030 IT-Technik Fahrzeuge

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:



	•	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-2.066.920	-2.169.442	-2.085.761	-2.060.006	-2.059.304	-2.028.650	-2.028.650
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-234	-1.300	-1.300	-1.300	-1.300	-1.300	-1.300
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-351	-750	-500	-500	-500	-500	-500
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-774.402	-461.021	-645.714	-646.241	-646.241	-645.941	-645.941
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-34.021						
10	=	Ordentliche Erträge	-2.875.928	-2.632.513	-2.733.275	-2.708.047	-2.707.345	-2.676.391	-2.676.391
11	-	Personalaufwendungen	2.772.957	2.766.991	2.812.366	2.805.185	2.833.092	2.849.021	2.877.435
12	-	Versorgungsaufwendungen	131.198	139.512	149.187	150.904	152.408	153.931	155.468
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.761.315	3.914.607	4.488.178	4.544.160	4.625.005	4.707.025	4.790.255
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	379.981	171.533	467.883	471.784	501.454	501.454	501.454
15	-	Transferaufwendungen	121.330	100.000	27.000	27.000	27.000	27.000	27.000
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	570.735	491.926	608.900	617.659	623.886	627.987	632.386
17	=	Ordentliche Aufwendungen	7.737.515	7.584.569	8.553.514	8.616.691	8.762.845	8.866.419	8.983.999
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	4.861.587	4.952.056	5.820.239	5.908.645	6.055.500	6.190.028	6.307.608
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	4.861.587	4.952.056	5.820.239	5.908.645	6.055.500	6.190.028	6.307.608
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	4.861.587	4.952.056	5.820.239	5.908.645	6.055.500	6.190.028	6.307.608
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-1.016	-1.421	-2.324	-1.584	-1.706	-1.712	-1.719

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:



	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
28	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	5.515.404	4.914.739	5.134.848	5.351.892	5.255.603	5.279.023	5.316.336
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	10.375.974	9.865.374	10.952.763	11.258.952	11.309.397	11.467.339	11.622.225

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:



		Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-2.052.465	-2.169.442	-2.082.010	-2.056.320		-2.056.320	-2.025.666	-2.025.666
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-572	-1.300	-1.300	-1.300		-1.300	-1.300	-1.300
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-351	-750	-500	-500		-500	-500	-500
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-765.986	-460.920	-645.613	-646.140		-646.140	-645.840	-645.840
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.819.374	-2.632.412	-2.729.423	-2.704.260		-2.704.260	-2.673.306	-2.673.306
10	-	Personalauszahlungen	2.633.875	2.190.878	2.205.484	2.224.055		2.246.097	2.256.160	2.278.647
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.469.358	3.719.720	4.232.197	4.280.374		4.358.574	4.437.924	4.518.454
14	-	Transferauszahlungen	121.254	100.000	27.000	27.000		27.000	27.000	27.000
15	-	sonstige Auszahlungen	225.240	117.450	214.560	215.560		214.560	214.560	214.560
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	6.449.728	6.128.048	6.679.241	6.746.989		6.846.231	6.935.644	7.038.661
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	3.630.354	3.495.636	3.949.818	4.042.729		4.141.971	4.262.338	4.365.355
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-7.016		-14.200					
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	-7.016		-14.200					
25	_	Auszahlungen für Baumaßnahmen	4.007.489		100.000	300.000		1.800.000	600.000	
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	294.268	447.600	461.800	447.600		447.600	447.600	447.600
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen	10.175							
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	4.311.932	447.600	561.800	747.600		2.247.600	1.047.600	447.600
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein/. Auszahlung)	4.304.916	447.600	547.600	747.600		2.247.600	1.047.600	447.600

Haushaltsplan 2015/2016 1.03 Schulträgeraufgaben verantwortlich: 1.03.01 Förderschulen OBERBERGISCHER KREIS Dezernat III **DER LANDRAT** In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst: Beschreibung 1.03.01.01 Förderschule Geistige Entwicklung (Helen-Keller-Schule) 1.03.01.01.01 Schulpauschale (anteilig) 1.03.01.02 Förderschule Geistige Entwicklung (Anne-Frank-Schule) 1.03.01.02.01 Schulpauschale (anteilig) 1.03.01.03 Förderschule Sprache (Wiehl) 1.03.01.03.01 Schulpauschale (anteilig) 1.03.01.04 Schule für Kranke (Anna-Freud-Schule) 1.03.01.04.01 Schulpauschale (anteilig) 1.03.01.05 Förderschule emotionale und soziale Entwicklung (Gummersbach) 1.03.01.05.01 Schulpauschale (anteilig) Bereitstellung bedarfsorientierter Schulausstattung Einsatz von Freiwilligen (BFD) und Teilnehmer/-innen am Freiwilligen Sozialen Jahr zur pflegerischen Betreuung Haushaltsplanung und -abwicklung Sicherstellung der Schülerverpflegung verwaltungsmäßige und finanzielle Abwicklung von Fördermaßnahmen Bearbeitung von Verwaltungsverfahren auf Schulträgerebene Landesverfassung, Schulgesetz NRW – SchulG, Beschluss des Kreistages Auftragsgrundlage Bereitstellung einer am Förderbedarf orientierten sachgerechten und zeitgemäßen Ausstattung bei maximaler Ziele Einsatzmitteleffizienz

Zielaruppen

Förderschulen sowie die Schule für Kranke in Trägerschaft des OBK, Schüler/-innen, Schulleitungen, Lehrkräfte

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.03.01 Förderschulen



	•	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-197.195	-186.112	-193.216	-198.525	-198.527	-198.527	-198.527
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-234	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-705.463	-447.420	-469.703	-470.230	-470.230	-470.230	-470.230
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-4.789						
10	=	Ordentliche Erträge	-907.681	-634.532	-663.919	-669.755	-669.757	-669.757	-669.757
11	-	Personalaufwendungen	914.762	894.386	799.166	801.267	809.167	812.938	820.993
12	-	Versorgungsaufwendungen	18.710	18.261	20.711	20.914	21.122	21.333	21.546
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	324.450	352.932	582.551	586.148	587.698	589.298	590.948
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	20.760	14.979	27.876	30.553	32.690	32.690	32.690
15	-	Transferaufwendungen	4.150	4.150	4.150	4.150	4.150	4.150	4.150
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	100.223	125.413	154.218	155.693	156.942	158.132	159.453
17	=	Ordentliche Aufwendungen	1.383.055	1.410.121	1.588.673	1.598.725	1.611.768	1.618.541	1.629.780
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	475.374	775.589	924.754	928.970	942.011	948.784	960.023
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	475.374	775.589	924.754	928.970	942.011	948.784	960.023
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	475.374	775.589	924.754	928.970	942.011	948.784	960.023
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.763.234	1.460.661	1.744.717	1.696.225	1.564.413	1.573.474	1.586.876
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	2.238.608	2.236.250	2.669.471	2.625.195	2.506.424	2.522.258	2.546.900

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

Dezernat III

1.03.01 Förderschulen



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Förderschulen

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* beinhaltet den Landeszuschuss zu Fördermaßnahmen der Förderschule Sprache in Oberwiehl sowie den Landeszuschuss zu Fördermaßnahmen der Förderschule mit dem Schwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung in Gummersbach-Vollmerhausen. Außerdem wird hier die Schulpauschale für die Förderschulen anteilig im Verhältnis der Schülerzahlen vereinnahmt. (Kostenart 414200).

Bei den Öffentlich-Rechtlichen Leistungsentgelten handelt es sich um Einnahmen aus der Schulraumbenutzung durch Dritte. Die Privatrechtlichen Leistungsentgelte setzen sich zusammen aus den Mieteinnahmen und den Nebenkosten für die Dienstwohnung des Hausmeisters an der Helen-Keller-Schule (nur bis 2009).

In der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* sind die Kostenerstattung durch den Landschaftsverband Rheinland für die Helen-Keller-Schule Wiehl (Kostenart 442300) enthalten. Darüber hinaus beinhaltet diese Summe die Kostenbeteiligung der Eltern an der Schülerverpflegung an den beiden Schulen für geistig behinderte Kinder sowie die Elternbeiträge für die offene Ganztagsschule der Förderschule Sprache (Kostenart 444900).

Die Kontengruppe *Personalaufwendungen* erfasst die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Daneben werden hier alle Kosten für die an den Förderschulen eingesetzten Freiwilligen (BFDG) und Teilnehmer/innen am freiwilligen sozialen Jahr veranschlagt (Kostenart 501900).

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden Lehr-/Lernmittel und Unterrichtsbedarf (Kostenart 524300), die Kosten des Turn- und Schwimmunterrichts der Anne-Frank-Schule (Benutzung des Walter-Leo-Schmitz Bades in Wipperfürth, Kostenart 525300), die Durchführung von Fördermaßnahmen sowie die Schülerverpflegung abgebildet (Kostenart 529937 und 529938).

Die Kontengruppe *Transferaufwendungen* beinhaltet Zuschüsse an die Fördervereine der kreiseigenen Förderschulen (Kostenart 531300).

In der Kontengruppe sonstige ordentliche Aufwendungen werden die Geschäftsausgaben sowie die vermischten Ausgaben der Förderschulen erfasst (Kostenart 543900).

Zu den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.03.01 Förderschulen



Dezernat III

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z.B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Auszug aus der Kst.-Struktur:

Kst.	Beschreibung	Kst.	Beschreibung
2230	Leasing, Miete, EDV Berufskollegs	103400	Amt für Schule und Bildung 40
2240	Leasing, Miete, EDV Förderschulen		

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.03.01 Förderschulen



		Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2		wendungen und allgemeine nlagen	-197.019	-186.112	-192.889	-198.199		-198.199	-198.199	-198.199
4	+ Öff	fentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-572	-1.000	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
6	+ Ko	stenerstattungen, Kostenumlagen	-700.629	-447.420	-469.703	-470.230		-470.230	-470.230	-470.230
9		nzahlungen aus laufender rwaltungstätigkeit	-898.220	-634.532	-663.592	-669.429		-669.429	-669.429	-669.429
10	- Pei	rsonalauszahlungen	866.551	701.165	575.956	580.709		586.396	587.940	593.744
12		szahlungen für Sach- und enstleistungen	391.921	352.720	582.472	586.069		587.619	589.219	590.869
15	- sor	nstige Auszahlungen	39.806	28.500	49.850	49.850		49.850	49.850	49.850
16		szahlungen aus laufender rwaltungstätigkeit	1.298.278	1.082.385	1.208.278	1.216.628		1.223.865	1.227.009	1.234.463
17		ldo aus laufender Verwaltungs- tigkeit (= Zeilen 9 und 16)	400.058	447.853	544.686	547.199		554.436	557.580	565.034
26		szahlungen für Erwerb von weglichem Anlagevermögen	31.754	37.100	37.100	37.100		37.100	37.100	37.100
29	- sor	nstige Investitionsauszahlungen	376							
30	_	ımme: vestive Auszahlungen)	32.130	37.100	37.100	37.100		37.100	37.100	37.100
31		ldo: der Investitionstätigkeit in/. Auszahlung)	32.130	37.100	37.100	37.100		37.100	37.100	37.100

Haushaltsplan 2015/20 verantwortlich:	1.03 Schulträgeraufgaben 1.03.02 Berufskollegs
Dezernat III	OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
Beschreibung	In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:
	1.03.02.01 Berufskolleg Kaufmännische Schulen Gummersbach und Waldbröl 1.03.02.01.01 Schulpauschale (anteilig)
	1.03.02.02 Berufskolleg Ernährung-Sozialwesen-Technik Gummersbach-Dieringhausen 1.03.02.02.01 Schulpauschale (anteilig)
	1.03.02.03 Berufskolleg Wipperfürth 1.03.02.03.01 Schulpauschale (anteilig)
	Bereitstellung bedarfsorientierter und berufsfeldbezogener Schulausstattung Haushaltsplanung und –Abwicklung Verwaltungsmäßige und finanzielle Abwicklung von Fördermaßnahmen Entwicklung und Umsetzung von IT-Strategien
<u>Auftragsgrundlage</u>	Bearbeitung von Verwaltungsverfahren auf Schulträgerebene Landesverfassung NRW, Schulgesetz NRW – SchulG, Beschluss des Kreistages
<u>Ziele</u>	Bereitstellung einer bedarfs- und zukunftsorientierten, sachgerechten und technisch zeitgemäßen Ausstattung bei maximaler Einsatzmitteleffizienz
<u>Zielgruppen</u>	Berufskollegs in der Trägerschaft des Oberbergischen Kreises, Schüler/innen, Auszubildende, Schulleitungen, Lehrkräfte, Ausbildungsbetriebe

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.03.02 Berufskollegs





	-	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.675.040	-1.692.680	-1.738.675	-1.738.611	-1.737.907	-1.707.253	-1.707.253
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		-300	-300	-300	-300	-300	-300
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-351	-750	-500	-500	-500	-500	-500
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-67.463	-13.601	-7.901	-7.901	-7.901	-7.601	-7.601
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-10.009						
10	=	Ordentliche Erträge	-1.752.863	-1.707.331	-1.747.376	-1.747.312	-1.746.608	-1.715.654	-1.715.654
11	-	Personalaufwendungen	891.361	889.023	941.577	940.287	949.624	951.042	960.553
12	-	Versorgungsaufwendungen	29.957	29.786	37.905	38.218	38.599	38.985	39.374
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	731.319	679.682	771.968	779.773	782.418	785.088	787.788
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	359.147	156.387	439.847	441.081	468.552	468.552	468.552
15	-	Transferaufwendungen	75.850	75.850	2.850	2.850	2.850	2.850	2.850
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	438.169	325.001	406.668	412.525	418.175	420.782	423.501
17	=	Ordentliche Aufwendungen	2.525.803	2.155.728	2.600.814	2.614.733	2.660.217	2.667.298	2.682.617
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	772.940	448.398	853.438	867.421	913.610	951.645	966.963
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	772.940	448.398	853.438	867.421	913.610	951.645	966.963
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	772.940	448.398	853.438	867.421	913.610	951.645	966.963
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-14.273	-20.846	-34.114	-23.261	-25.039	-25.129	-25.230

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.03.02 Berufskollegs



Dezernat III

	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	
28	- Aufwendungen aus internen - Leistungsbeziehungen	3.646.576	3.380.475	3.313.518	3.579.814	3.616.881	3.630.829	3.654.312	
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	4.405.243	3.808.027	4.132.842	4.423.975	4.505.451	4.557.345	4.596.045	

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Berufskollegs

Bei der Kontengruppe Zuwendungen und allgemeine Umlagen handelt es sich um die anteilig im Verhältnis der Schülerzahlen veranschlagte Schulpauschale. Die Kontengruppe Erträge aus Kostenerstattung/-umlage beinhaltet die Erstattung des Bundesfreiwilligendienstes(BFD) (Kostenart 442100) sowie den Schülerbeitrag zum Fach Nahrungszubereitung (Kostenart 444900).

Über die *Öffentlich-Rechtlichen Leistungsentgelte* werden Einnahmen aus der Schulraumbenutzung durch Dritte veranschlagt. Bei den *Privatrechtlichen Leistungsentgelten* handelt es sich um die Mieterträge und Nebenkosten der Hausmeisterwohnungen (Kostenarten 441200 und 441210) sowie um die Einnahmen aus der Nebentätigkeit der Hausmeister (Warenverkauf in den Pausen; Kostenart 441903).

Die Kontengruppe *Personalaufwendungen* erfasst die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* bildet die Kosten für Lehrmittel nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz (Kostenart 524200), für Lehr-/Lernmittel und Unterrichtsbedarf (Kostenart 524300), sowie den Sachaufwand Schulmitwirkung für die 3 Berufskollegs des Oberbergischen Kreises ab (Kostenart 524900). Des Weiteren werden an dieser Stelle die Erstattungen für die Schulsozialarbeit an das DRK verbucht (Kostenart 528906).

Über die Kontengruppe *Transferaufwendungen* wird die Beteiligung an der Vorklasse zum Berufsgrundschuljahr am Berufskolleg Dieringhausen (Kostenart 531800) sowie Zuschüsse an die Fördervereine der kreiseigenen Berufskollegs (Kostenart 531900) abgewickelt.

Die Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* enthält die Geschäftsausgaben und die vermischten Ausgaben (Kostenart 543900). Zu den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.03.02 Berufskollegs



Dezernat III

Auf der Ebene der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z.B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Auszug aus der Kst.-Struktur:

Kst.	Beschreibung	Kst.	Beschreibung
2230	Leasing, Miete, EDV Berufskollegs	103400	Amt für Schule und Bildung 40
2240	Leasing, Miete, EDV Förderschulen		

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.03.02 Berufskollegs





		Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.674.968	-1.692.680	-1.735.251	-1.735.251		-1.735.251	-1.704.597	-1.704.597
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		-300	-300	-300		-300	-300	-300
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-351	-750	-500	-500		-500	-500	-500
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-65.357	-13.500	-7.800	-7.800		-7.800	-7.500	-7.500
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.740.676	-1.707.230	-1.743.851	-1.743.851		-1.743.851	-1.712.897	-1.712.897
10	-	Personalauszahlungen	913.067	716.784	777.996	784.429		792.193	792.036	799.957
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	520.705	485.100	516.100	516.100		516.100	516.100	516.100
14	-	Transferauszahlungen	71.000	80.000	7.000	7.000		7.000	7.000	7.000
15	-	sonstige Auszahlungen	174.603	72.600	144.100	144.100		144.100	144.100	144.100
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.679.375	1.354.484	1.445.196	1.451.629		1.459.393	1.459.236	1.467.157
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-61.301	-352.746	-298.655	-292.222		-284.458	-253.661	-245.740
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-7.016		-14.200					
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	-7.016		-14.200					
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	4.007.489		100.000	300.000		1.800.000	600.000	
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	262.514	410.000	424.200	410.000		410.000	410.000	410.000
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen	9.800							
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	4.279.802	410.000	524.200	710.000		2.210.000	1.010.000	410.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein/. Auszahlung)	4.272.786	410.000	510.000	710.000		2.210.000	1.010.000	410.000

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

Dezernat III

1.03.02 Berufskollegs



Planerläuterung Teilfinanzplan

Erläuterung zu Zeile 26: Hierbei handelt es sich um BGA der Berufskollegs. Der Ansatz ist für vermögenswirksame Anschaffung von Inventar (Mobiliar, spez. Lehr-/Lernmittel, Ausstattung Fachräume etc.) bestimmt und berücksichtigt die speziellen Aufgabenstellungen und die örtliche Situation an den Schulen. Die Ansätze werden nach bestimmten Kopfbeträgen pro Schüler ermittelt. Die Abwicklung wird vom Amt für Schule und Bildung begleitet.

Die Investitionen werden über folgende Finanzstellen (PSP-I) abgewickelt:

5.400010.710 BGA - BK Dieringhausen

5.400030.710 BGA - BK Gummersbach

5.400050.710 BGA - BK Wipperfürth

5.232400.710 Ersatzbeschaffung, Geräte (ZIM-BK)

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.03.02 Berufskollegs



Dezernat III

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen /- auszahlungen	
523	5232410 Erweiterung/Sanierung BK-											
		Dieringhausen										
1	-	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen									-627.521	-627.521
6	=	Summe Einzahlungen									-627.521	-627.521
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	4.088.930		100.000	300.000		1.800.000	600.000		10.763.481	13.563.481
13	=	Summe Auszahlungen	4.088.930		100.000	300.000		1.800.000	600.000		10.763.481	13.563.481
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	4.088.930		100.000	300.000		1.800.000	600.000		10.135.959	12.935.959

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine **Bauinvestitionen** im Bereich der **Berufsschule Dieringhausen**. Der Gebäudekomplex wurde seit 2010 durch einen Anbau erweitert, gleichzeitig wurde eine vermögenswirksame Fassadensanierung durchgeführt. Für 2015ff. stehen folgende Maßnahmen an:

2015 Austausch Heizkörper, 2016 Herstellung Außentreppe 2017/18 Energetische Sanierung Sporthalle - Fassade, Fenster, Türen, Heizung.

Die Investitionspauschale wurde der Investition für die Jahre 2012 bis 2014 zugeordnet, ein Ausweis erfolgt jedoch nur im Rechnungsergebnis.

Die o. g. Investition wird über die Finanzstelle 5.232410Erweiterung/Sanierung BK-Dieringhausen abgewickelt.

Summe Einzahlungen

Summe Auszahlungen

Auszahlungen)

Saldo: (Einzahlungen ./.

Auszahlungen für Baumaßnahmen

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

Dezernat III

13

1.03.02 Berufskollegs

-81.441

-81.441

-81.441



-706.405

6.394.269

6.394.269

5.687.864

-706.405

6.394.269

6.394.269

5.687.864

	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen /- auszahlungen
	5232414 Erweiterung BK-										
	Wipperfürth										
1	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen									-706.405	-706.405

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Die Investitionsmaßnahme im Bereich der Berufsschule Wipperfürth ist im Jahr 2011 fertig gestellt und abgewickelt worden (Finanzstelle 5.232414).

Haushaltsplan 2015/2016 1.03 Schulträgeraufgaben verantwortlich: 1.03.03 Schülerbeförderung OBERBERGISCHER KREIS **Dezernat III DER LANDRAT** Beschreibung In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst: 1.03.03.01 Schülerbeförderung Förderschulen 1.03.03.02 Schülerbeförderung Berufskollegs Gewährleistung der Schülerbeförderung bei den Berufskollegs in Form von Schülertickets bei den Förderschulen durch Schülerspezialverkehr Sonstige Maßnahmen nach Schülerfahrkostenverordnung Schulgesetz NRW (SchulG), Schülerfahrkostenverordnung NRW <u>Auftragsgrundlage</u> Schülerbeförderung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten unter Berücksichtigung spezifischer Anforderungen **Ziele** Anspruchsberechtigte Schüler/innen der Berufskollegs, Förderschulen, Schule für Kranke des Oberbergischen Kreises Zielgruppen

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.03.03 Schülerbeförderung

Dezernat III



		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-64						
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-833						
10	=	Ordentliche Erträge	-897						
11	-	Personalaufwendungen	15.970	16.417	18.320	17.708	17.887	18.066	18.246
12	-	Versorgungsaufwendungen	3.733	3.670	4.107	4.162	4.204	4.246	4.288
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.661.805	2.713.001	2.918.900	2.994.480	3.071.130	3.148.880	3.227.760
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	162	260	284	288	291	295	298
17	=	Ordentliche Aufwendungen	2.681.669	2.733.349	2.941.611	3.016.639	3.093.513	3.171.486	3.250.592
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	2.680.772	2.733.349	2.941.611	3.016.639	3.093.513	3.171.486	3.250.592
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	2.680.772	2.733.349	2.941.611	3.016.639	3.093.513	3.171.486	3.250.592
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	2.680.772	2.733.349	2.941.611	3.016.639	3.093.513	3.171.486	3.250.592
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	505	443	612	560	548	555	560
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	2.681.277	2.733.792	2.942.223	3.017.199	3.094.060	3.172.041	3.251.152

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Schülerbeförderung

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* beinhaltet die Kosten der Schülerbeförderung (Kostenart 524100) für alle kreiseigenen Schulen, die Erfassung der Kosten erfolgt differenziert für Förderschulen und Berufskollegs.

tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

Dezernat III

1.03.03 Schülerbeförderung



Verpflicht-Teilfinanzplan Planung 2017 ungsermäch-Ergebnis Ansatz Ansatz Ansatz Planung Planung 2013 2018 2014 2015 2016 tigungen 2019 10 12.289 12.536 Personalauszahlungen 12.005 11.085 12.167 12.412 12.661 Auszahlungen für Sach- und 12 2.508.107 2.713.000 2.918.900 2.994.480 3.071.130 3.148.880 3.227.760 Dienstleistungen 15 sonstige Auszahlungen 19 Auszahlungen aus laufender 16 2.520.130 2.724.085 2.931.067 3.006.769 3.083.542 3.161.416 3.240.421 Verwaltungstätigkeit Saldo aus laufender Verwaltungs-17 2.520.130 2.724.085 2.931.067 3.006.769 3.083.542 3.161.416 3.240.421

Haushaltsplan 201 verantwortlich: Dezernat III	5/2016 1.03 Schulträgeraufgaben 1.03.04 Sonstige schulische Aufgaben	OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
<u>Beschreibung</u>	In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:	
	1.03.04.01 Schulpsychologie 1.03.04.02 Medienzentrum 1.03.04.03 Schulaufsicht 1.03.04.04 Bildungsnetzwerk Oberberg 1.03.04.05 Übergangsmanagement Schule-Beruf	
<u>Auftragsgrundlage</u>	1.00.04.00 Obergangsmanagement ochdie-berdi	
<u>Ziele</u>		
<u>Zielgruppen</u>		

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

Dezernat III

1.03.04 Sonstige schulische Aufgaben



1.03.04.01 Schulpsychologie

Beschreibung Beratung und Hilfe bei Schulschwierigkeiten

Einzelfallhilfe

Beratung des Systems Schule

Auftragsgrundlage Beschluss des Kreistages, Erlass des Ministeriums für Schule und Weiterbildung

Ziele Gewährleistung einer kurzen durchschnittlichen Zeit zwischen erster Kontaktaufnahme und Beratungsgespräch

(zeitnahe Beratung und Hilfe)

Effiziente Beratung des Systems Schule (Multiplikatorenfunktion)

Zielgruppen Schüler/innen, Erziehungsberechtigte, Lehrkräfte im Oberbergischen Kreis

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

Dezernat III

<u>Zielgruppen</u>

1.03.04 Sonstige schulische Aufgaben



1.03.04.02 Medienzentrum

Beschreibung Bereitstellung von zeitgemäßen Bildmedien zu Unterrichts- und Bildungszwecken

Auftragsgrundlage Schulgesetz NRW (SchulG), Kreistagsbeschluss

Ziele Angebot von bedarfsorientierten und zeitgemäßen Medien für Bildung

Umstellung von herkömmlichen Medien auf Online-Medien Lehrkräfte, Schüler/innen, Vereine im Oberbergischen Kreis

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

Dezernat III

1.03.04 Sonstige schulische Aufgaben



1.03.04.03	<u>Schulaufsicht</u>
<u>Beschreibung</u>	Stellenplanmäßige Bewirtschaftung der Grundschulen im Oberbergischen Kreis Verwaltungsfachliche Beratung der Schulräte und der Schulleitungen der Grund-, Haupt- und Förderschulen im Oberbergischen Kreis
	Entscheidung verwaltungsfachlicher Verfahren, soweit die Zuständigkeit der unteren Schulaufsichtsbehörde gegeben ist
	Bereitstellung der Sachausstattung für den örtlichen Lehrerpersonalrat Grundschulen
<u>Auftragsgrundlage</u>	Schulgesetz NRW (SchulG), sonstige schulrechtliche Vorschriften des Landes NRW, LPVG
<u>Ziele</u>	Sicherstellung einer bedarfsgerechten und gleichmäßigen Lehrerversorgung an den Grundschulen im Oberbergischen Kreis
	Sicherstellung eines im Rahmen der rechtlichen Vorgaben störungsfrei stattfindenden Schullebens
<u>Zielgruppen</u>	Schulministerium, Bezirksregierung Köln, Schulaufsichtsbeamte, Schulleiter, Lehrer, Schüler/innen und deren Erziehungsberechtigte

Haushaltsplan 2015/2016 1.03 Schulträgeraufgaben verantwortlich: 1.03.04 Sonstige schulische Aufgaben OBERBERGISCHER KREIS Dezernat III **DER LANDRAT** 1.03.04.04 **Bildungsnetzwerk Oberberg** Beschreibung In dem Bildungsnetzwerk sollen alle regionalen Akteure schulischer und außerschulischer Bildung, Betreuung, Beratung und Erziehung zusammenarbeiten. Die Regionale Geschäftsstelle des Netzwerkes fungiert in dem beim Amt für Schule und Bildung eingerichteten Bildungsbüro. Auftragsgrundlage Kooperationsvertrag mit dem Land NRW vom 22.06.2009; Kreistagsbeschluss Ziele - Sicherstellung einer optimalen und individuellen Förderung von Kindern und Jugendlichen - Profilierung und Stärkung des Bildungs- und Wirtschaftsstandortes Oberberg Schulministerium, Bezirksregierung Köln, Schulaufsichtsbeamte, Schulleitungen, Lehrer/innen, Schüler/innen und deren Zielgruppen Erziehungsberechtigte, außerschulische Akteure

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

Dezernat III

1.03.04 Sonstige schulische Aufgaben



1.03.04.05 Übergangsmanagement Schule-Beruf

Beschreibung Regional abgestimmte Koordination des Übergangs Schule und Beruf

<u>Auftragsgrundlage</u> Landesverfassung, Schulgesetz NRW, Beschluss des Kreistages

Ziele Erhöhung der Ausbildungsreife der Schülerinnen und Schüler

Förderung und Unterstützung von Schüler/innen beim Übergang von Schule in Beruf

Übergang ohne Brüche

Zielgruppen Schulen im OBK, Schüler/innen, Auszubildende, Schulleitungen, Lehrkräfte, Eltern, Ausbildungsbetriebe

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

Dezernat III

1.03.04 Sonstige schulische Aufgaben



Planung Ergebnis Ansatz Ansatz Ansatz Planung Planung Teilergebnisplan 2013 2014 2015 2016 2017 2018 2019 Zuwendungen und allgemeine 2 -194.686 -290.650 -153.870 -122.870 -122.870 -122.870 -122.870 Umlagen Kostenerstattungen und 6 -1.411 -168.110 -168.110 -168.110 -168.110 -168.110 Kostenumlagen 7 Sonstige ordentliche Erträge -18.389 10 Ordentliche Erträge -214.486 -290.650 -321.980 -290.980 -290.980 -290.980 -290.980 967.166 1.077.643 11 Personalaufwendungen 950.864 1.053.304 1.045.923 1.056.414 1.066.975 87.795 12 Versorgungsaufwendungen 78.798 86.464 87.610 88.484 89.368 90.261 Aufwendungen für Sach- und 13 43.740 168.992 214.759 183.759 183.759 183.759 183.759 Dienstleistungen 212 14 Bilanzielle Abschreibungen 74 167 160 150 212 212 41.330 20.000 20.000 15 Transferaufwendungen 20.000 20.000 20.000 20.000 Sonstige ordentliche 16 32.181 41.251 47.729 49.153 48.478 48.778 49.134 Aufwendungen 17 Ordentliche Aufwendungen 1.146.988 1.285.371 1.422.416 1.386.594 1.397.347 1.409.093 1.421.009 Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 932.502 994.721 1.100.436 1.095.614 1.106.367 1.118.113 1.130.029 10 und 17) Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 22 932.502 994.721 1.100.436 1.095.614 1.106.367 1.118.113 1.130.029 18 und 21) Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen 26 932.502 994.721 1.100.436 1.095.614 1.106.367 1.118.113 1.130.029 Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) Aufwendungen aus internen 28 118.345 92.585 107.791 96.970 97.094 97.582 98.099 Leistungsbeziehungen 29 Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) 1.050.846 1.087.305 1.208.228 1.192.584 1.215.694 1.228.128 1.203.461

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

Dezernat III

1.03.04 Sonstige schulische Aufgaben



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Sonstige schulische Aufgaben

Ab dem Haushaltsjahr 2015 sind hier die Erträge und Aufwendungen der Inklusion veranschlagt (Produkt 1.03.04.04). Für das Produkt *1.03.04.05 Übergangsmanagement Schule-Beruf* werden in der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* die Zuweisungen des Landes und vom sonst. öffentlichen Bereich ausgewiesen.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* erfasst die Kosten für Medien (Kostenart 524400) für das Medienzentrum des Oberbergischen Kreises, für das Übergangsmanagement Schule-Beruf (Kostenart 529937), sowie die anfallenden Kosten für den Kurierdienst (Kostenart 529909).

Über die Kontengruppe sonstige ordentliche Aufwendungen werden die Fortbildungskosten, Verbrauchsmaterial und die Geschäftsausgaben im Bereich des Bildungsnetzwerks Oberberg und der Schulpsychologie sowie die Sachkosten der Geschäftsführung der Personalvertretung (staatl. Schulamt) abgebildet. Zu den Sonstige ordentliche Aufwendungen gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

Dezernat III

1.03.04 Sonstige schulische Aufgaben



	Teilfinanzplan		Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+ Zuwen	ndungen und allgemeine Jen	-180.478	-290.650	-153.870	-122.870		-122.870	-122.870	-122.870
6	+ Koster	nerstattungen, Kostenumlagen			-168.110	-168.110		-168.110	-168.110	-168.110
9		hlungen aus laufender altungstätigkeit	-180.478	-290.650	-321.980	-290.980		-290.980	-290.980	-290.980
10	- Persor	nalauszahlungen	842.252	761.844	839.365	846.628		855.096	863.648	872.285
12		hlungen für Sach- und deistungen	48.625	168.900	214.725	183.725		183.725	183.725	183.725
14	- Transf	erauszahlungen	50.254	20.000	20.000	20.000		20.000	20.000	20.000
15	- sonsti	ge Auszahlungen	10.813	16.350	20.610	21.610		20.610	20.610	20.610
16		ıhlungen aus laufender ıltungstätigkeit	951.944	967.094	1.094.700	1.071.963		1.079.431	1.087.983	1.096.620
17		aus laufender Verwaltungs- eit (= Zeilen 9 und 16)	771.466	676.444	772.720	780.983		788.451	797.003	805.640
26		hlungen für Erwerb von Jlichem Anlagevermögen		500	500	500		500	500	500
30	= Summ (inves	ne: tive Auszahlungen)		500	500	500		500	500	500
31		: der Investitionstätigkeit /. Auszahlung)		500	500	500		500	500	500

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

Dez. I, Dez. III



	•	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.604.062	-570.000	-609.224	-609.220	-619.224	-619.224	-619.224
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-998.100	-1.349.750	-1.274.750	-1.274.750	-1.274.750	-1.274.750	-1.274.750
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-192.812	-61.200	-61.200	-61.200	-61.200	-61.200	-61.200
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-227.659	-58.594	-55.794	-55.794	-55.794	-54.494	-54.494
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-28.911	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500
10	=	Ordentliche Erträge	-3.051.544	-2.042.044	-2.003.468	-2.003.464	-2.013.468	-2.012.168	-2.012.168
11	-	Personalaufwendungen	2.901.987	2.403.623	2.378.499	2.372.557	2.387.938	2.454.435	2.470.090
12	-	Versorgungsaufwendungen	124.828	113.201	89.755	90.360	91.261	92.173	93.093
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	354.238	617.687	714.723	755.283	756.283	753.683	753.683
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	53.816	55.619	74.125	86.651	94.922	94.922	94.922
15	-	Transferaufwendungen	17.130	450.252	452.452	462.462	475.205	475.205	477.705
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	261.460	466.239	473.066	469.782	466.655	468.661	468.380
17	=	Ordentliche Aufwendungen	3.713.460	4.106.622	4.182.619	4.237.095	4.272.264	4.339.079	4.357.873
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	661.915	2.064.578	2.179.151	2.233.631	2.258.796	2.326.911	2.345.705
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	661.915	2.064.578	2.179.151	2.233.631	2.258.796	2.326.911	2.345.705
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	661.915	2.064.578	2.179.151	2.233.631	2.258.796	2.326.911	2.345.705
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	733.940	543.025	871.621	1.031.694	779.965	786.839	793.613
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.395.856	2.607.603	3.050.772	3.265.326	3.038.762	3.113.751	3.139.318

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

Dez. I, Dez. III



		Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.568.736	-570.000	-570.000	-570.000		-580.000	-580.000	-580.000
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-971.253	-1.349.750	-1.274.750	-1.274.750		-1.274.750	-1.274.750	-1.274.750
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-193.109	-61.200	-61.200	-61.200		-61.200	-61.200	-61.200
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-174.380	-58.300	-55.500	-55.500		-55.500	-54.200	-54.200
7	+	Sonstige Einzahlungen	-1.141	-2.500	-2.500	-2.500		-2.500	-2.500	-2.500
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.908.619	-2.041.750	-1.963.950	-1.963.950		-1.973.950	-1.972.650	-1.972.650
10	-	Personalauszahlungen	2.743.430	1.967.577	1.995.836	2.005.702		2.017.367	2.080.147	2.092.046
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	195.519	453.060	526.460	586.020		586.020	583.420	583.420
14	-	Transferauszahlungen	7.769	441.952	442.952	452.962		465.705	465.705	468.205
15	-	sonstige Auszahlungen	188.285	366.210	378.960	374.730		370.880	372.160	371.160
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.135.003	3.228.799	3.344.208	3.419.414		3.439.972	3.501.432	3.514.831
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	226.383	1.187.049	1.380.258	1.455.464		1.466.022	1.528.782	1.542.181
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-2.309.850							
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	-2.309.850							
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	3.508.645	430.000	160.000					
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	140.039	250.043	199.043	110.043		50.617	44.574	44.574
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	3.648.684	680.043	359.043	110.043		50.617	44.574	44.574
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein/. Auszahlung)	1.338.834	680.043	359.043	110.043		50.617	44.574	44.574

Haushaltsplan 2015/2	2016 1.04 Kultur und Wissenschaft	FF 30
verantwortlich:	1.04.01 Komm. Veranstaltungen/ Kulturförderung	
Dezernat I		OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
Beschreibung	In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:	
	1.04.01.01 Veranstaltungen / Kulturförderung / Sonstige Kultureinrichtungen 1.04.01.01.01 Sonderausstellungen 1.04.01.01.02 Kreis- und Stadtbücherei	
<u>Auftragsgrundlage</u>	1.04.01.01.02 NICIS UND GLADIDUCHCICI	
<u>Ziele</u>		
<u>Zielgruppen</u>		

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.01 Komm. Veranstaltungen/ Kulturförderung



1.04.01.01

Dezernat I

Veranstaltungen/ Kulturförderung/Sonstige Kultureinrichtungen

Beschreibung

Konzeption, Organisation und Durchführung von Veranstaltungen in allen Kultursparten zur Attraktivitätssteigerung

der kulturellen Einrichtungen und zur Erfüllung eines kulturellen Auftrages.

Kulturförderung: Unterstützung und Förderung von Kulturschaffenden (z. B. durch den "Kulturförderpreis des

Oberbergischen Kreises").

Konzeption, Organisation und Durchführung von Sonderausstellungen.

Finanzielle Beteiligung an der Kreis- und Stadtbücherei und Kreisorchester.

Kreisarchiv

<u>Auftragsgrundlage</u>

Kreistagsbeschlüsse, Archivgesetz NRW

Ziele

Halten oder Steigerung der Besucherzahlen bei kulturellen Veranstaltungen

hohe Besucherzufriedenheit

nachhaltige Kundenbindung (durch Werbemaßnahmen etc.)

Attraktivitätssteigerung durch vielfältiges Veranstaltungsprogramm

Verbesserung der Wirtschaftlichkeit

Zielgruppen

Bevölkerung der Region und Gesamt-NRW

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

Dezernat I

1.04.01 Komm. Veranstaltungen/ Kulturförderung



	•	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-24.000	-65.000	-65.000	-65.000	-65.000	-65.000	-65.000
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.302	-49.900	-49.900	-49.900	-49.900	-49.900	-49.900
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-137						
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-1.787						
10	=	Ordentliche Erträge	-27.226	-114.900	-114.900	-114.900	-114.900	-114.900	-114.900
11	-	Personalaufwendungen	144.775	182.170	167.279	168.633	170.323	172.026	173.747
12	-	Versorgungsaufwendungen	7.935	7.959	8.453	8.511	8.595	8.681	8.768
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	178.172	265.185	275.397	256.397	257.397	257.397	257.397
15	-	Transferaufwendungen	17.130	14.867	17.067	19.567	17.067	17.067	19.567
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	37.411	133.441	133.518	133.199	133.291	133.384	133.472
17	=	Ordentliche Aufwendungen	385.422	603.621	601.715	586.307	586.674	588.555	592.950
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	358.196	488.721	486.815	471.407	471.774	473.655	478.050
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	358.196	488.721	486.815	471.407	471.774	473.655	478.050
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	358.196	488.721	486.815	471.407	471.774	473.655	478.050
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	15.043	10.093	18.751	16.750	12.898	12.970	13.045
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	373.239	498.814	505.565	488.156	484.672	486.625	491.096

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

Dezernat I

1.04.01 Komm. Veranstaltungen/ Kulturförderung



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Kommunale Veranstaltungen / Kulturförderung

Bei der Kontengruppe Zuwendungen und allgemeine Umlagen handelt es sich um Zuschüsse der Kulturstiftung Oberberg in Trägerschaft der Kreissparkasse Köln (Kostenart 414700). Unter der Kontengruppe Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte sind die Gebühreneinnahmen (Kostenart 432100) für kulturelle Veranstaltungen veranschlagt. In der Kontengruppe Personalaufwendungen werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen umfassen die Aufwendungen für kulturelle Veranstaltungen (Kostenart 529100) im Kreishausfoyer, im Museum Schloss Homburg sowie für die kulturellen Veranstaltungen der KULTUR-ZEIT in Haus Dahl. Darüber hinaus sind die Aufwendungen für die Betreuung der Kunstsammlung (Kostenart 524900) in dieser Kontengruppe veranschlagt. Entsprechend einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Gummersbach aus dem Jahr 1975 ist der Oberbergische Kreis verpflichtet, die Hälfte der Kosten der Kreis- und Stadtbücherei zu übernehmen. Diese Erstattung (Kostenart 525300) an die Stadt Gummersbach ist ebenfalls unter dieser Kontengruppe veranschlagt.

Bei der Kontengruppe *Transferaufwendungen* sind folgende Zuschüsse an Gemeinden und übrige Bereiche (Kostenart 531300 u. 531900) veranschlagt: Zuschuss zum Wettbewerb "Jugend musiziert", Zuschuss zum Sinfonieorchester, Zuschuss zum Sängerkreis Oberbergisches Land, sonstige Förderung von Vereinen im Jugend-Kulturbereich, Förderung der Jugendarbeit in Chören und Musikvereinen. Für die seit 1955 bestehende Patenschaft mit dem Landkreis Lauenburg in Pommern wird jährlich eine finanzielle Unterstützung geleistet (bis 2013, ab 2015 wieder). Der Kulturförderpreis (Kostenart 531900) des Oberbergischen Kreises wird alle drei Jahre (2013 und 2016) vergeben. Zur Koordinierungsstelle "Regionale Kulturpolitik Bergisches Land" leistet der Oberbergische Kreis neben weiteren Städten und Kreisen einen Finanzierungszuschuss.

Die Kontengruppe Sonstige Ordentliche Aufwendungen beinhaltet die Aufwendungen für Verbrauchsmaterial/Gästebewirtung (Kostenart 543700) für Veranstaltungen und Empfänge sowie Aufwendungen für Sonderausstellungen (549900). Zu den Sonstige ordentliche Aufwendungen gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der Internen Leistungsverrechnungen werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

Dezernat I

1.04.01 Komm. Veranstaltungen/ Kulturförderung



Verpflicht-Teilfinanzplan Ergebnis Ansatz Ansatz Ansatz ungsermäch-Planung Planung Planung 2013 2014 2015 2016 tigungen 2017 2018 2019 Zuwendungen und allgemeine 2 -24.000 -65.000 -65.000 -65.000 -65.000 -65.000 -65.000 Umlagen Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte 4 -1.302 -49.900 -49.900 -49.900 -49.900 -49.900 -49.900 Einzahlungen aus laufender 9 -25.302 -114.900 -114.900 -114.900 -114.900 -114.900 -114.900 Verwaltungstätigkeit 10 Personalauszahlungen 136.605 136.455 126.313 128.760 130.048 131.348 132.662 Auszahlungen für Sach- und 12 13.069 101.000 87.250 87.250 87.250 87.250 87.250 Dienstleistungen 14 Transferauszahlungen 7.567 7.769 6.567 10.067 7.567 7.567 10.067 15 sonstige Auszahlungen 11.143 105.275 105.100 105.100 105.100 105.100 105.100 Auszahlungen aus laufender 16 349.297 326.230 331.177 329.965 331.265 335.079 168.585 Verwaltungstätigkeit Saldo aus laufender Verwaltungs-17 143.283 234.397 211.330 216.277 215.065 220.179 216.365 tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)

Haushaltsplan 2015/2 verantwortlich: Dezernat I	1.04.02 Weiterbildung und Studium	OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
<u>Beschreibung</u>	In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst: 1.04.02.01 Volkshochschule 1.04.02.01.01 Abendgymnasium	
<u>Auftragsgrundlage</u>		
<u>Ziele</u>		
<u>Zielgruppen</u>		

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

Dezernat I

1.04.02 Weiterbildung und Studium



1.04.02.01 Volkshochschule

Beschreibung Die Volkshochschule des Oberbergischen Kreises ist eine Pflichtaufgabe nach dem Weiterbildungsgesetz NRW und

bietet zweimal im Jahr ein Programm für 12 oberbergische Städte und Gemeinden (außer Gummersbach) an. Das Angebot berücksichtigt individuelle Bedürfnisse und orientiert sich am gesellschaftlichen Bedarf. Angeboten werden Veranstaltungen zur allgemeinen, beruflichen, politischen, gesundheitlichen und kulturellen Bildung und schließt den

Erwerb von Schulabschlüssen und Zertifikaten ein.

Auftragsgrundlage Weiterbildungsgesetz NRW, Beschlüsse des Kreistages, Satzung der VHS

ZieleBereitstellung und Durchführung eines bedarfsgerechten, gualifizierenden, flächendeckenden und ortsnahen Aus- und

Weiterbildungsangebotes

Zielgruppen Bürgerinnen und Bürger des Oberbergischen Kreises

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.02 Weiterbildung und Studium



	•	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.073.919	-490.000	-527.506	-527.505	-537.506	-537.506	-537.506
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-994.678	-1.050.000	-975.000	-975.000	-975.000	-975.000	-975.000
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-191.019	-200	-200	-200	-200	-200	-200
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-227.235	-58.482	-55.682	-55.682	-55.682	-54.382	-54.382
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-25.176	-500	-500	-500	-500	-500	-500
10	=	Ordentliche Erträge	-2.512.028	-1.599.182	-1.558.888	-1.558.887	-1.568.888	-1.567.588	-1.567.588
11	-	Personalaufwendungen	2.423.047	1.811.645	1.713.220	1.702.896	1.711.984	1.772.136	1.781.379
12	-	Versorgungsaufwendungen	108.499	96.832	72.318	72.806	73.532	74.266	75.008
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	142.902	128.731	125.651	130.211	130.211	132.111	132.111
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	46.457	5.381	49.345	47.534	48.825	48.825	48.825
15	-	Transferaufwendungen		435.385	435.385	442.895	458.138	458.138	458.138
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	178.878	184.271	188.787	186.425	182.863	184.400	183.697
17	=	Ordentliche Aufwendungen	2.899.783	2.662.244	2.584.706	2.582.767	2.605.553	2.669.876	2.679.157
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	387.755	1.063.062	1.025.818	1.023.880	1.036.665	1.102.288	1.111.569
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	387.755	1.063.062	1.025.818	1.023.880	1.036.665	1.102.288	1.111.569
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	387.755	1.063.062	1.025.818	1.023.880	1.036.665	1.102.288	1.111.569
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	322.790	195.707	157.442	153.910	153.748	154.331	154.960
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	710.544	1.258.769	1.183.259	1.177.790	1.190.414	1.256.619	1.266.529

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

Dezernat I

1.04.02 Weiterbildung und Studium



Planerläuterung Teilergebnisplan Volkshochschule

In der Kontengruppe Zuwendungen und allgemeine Umlagen werden die Landeszuweisungen (Kostenart 414200) eingebucht.

In der Kontengruppe Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte werden Hörergebühren (Kostenart 432902) vereinnahmt (Produkt Volkshochschule). Teilnehmerbeiträge zu Fordbildungsveranstaltungen (Kostenart 441900) werden in der Kontengruppe Privatrechtliche Leistungsentgelte abgebildet. Erträge aus Kostenerstattung/-umlage sind andere sonstige Kostenerstattungen, wie die Erstattung von Fernsprechgebühren und Fotokopien (Kostenart 443900), die Erstattung von Personalkosten, Honoraren etc.(Kostenart 443908) und die Erträge aus der Anzeigenwerbung (Kostenart 444902) im Programmheft (Produkt Volkshochschule). Im Bereich Abendgymnasium werden Erstattungen von Zweckverbänden (Kostenart 442400) vereinnahmt. Untere Sonstige ordentliche Erträge fallen die Erträge aus der Vereinnahmung von Mahngebühren (Kostenart 452220) und andere sonstige ordentliche Erträge (Kostenart 459100), wie nicht näher benannte vermischte Einnahmen.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Zu den *Personalaufwendungen* zählen weiter die Honorare für Dozenten (Kostenart 501950) und die Abteilungsleitervergütungen (Kostenart 501900). Weitere Honoraraufwendungen sind bei den Produkten Grundausbildung und Abendgymnasium veranschlagt.

In der Kontengruppe Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen werden die Kosten für die Unterhaltung und Anschaffung von Lehrmitteln (Kostenart 524300), die Kosten für die Unterbringung und Verpflegung bei Seminaren (Kostenart 524907), die Erstattung von Sachausgaben an Gemeinden (Kostenart 525300), die Entgelte für ADV-Eingaben bzw. für die ADV-Programmpflege (Kostenart 529923 und 529924), Arbeitspläne für die Hörer der Kreisvolkshochschule (Kostenart 529930) sowie die Kosten für eine Hilfskraft im pädagogischen Dienst (Vorbereitung von KVHS-Kursen, Kostenart 529931) verausgabt (Produkt Volkshochschule). Zu den Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen beim Produkt Grundausbildung gehört das Anschaffen von Lernmitteln. Lehrmittel für das Fort- u. Weiterbildungsseminar (Kostenart 524300) und Kosten für die Projektentwicklung (Kostenart 529929) werden beim Produkt Weiterbildung im Aufwand gebucht.

Die *Transferaufwendungen* (Kostenart 531600) beinhalten den Zuschussbedarf für die **Akademie für Gesundheitswirtschaft und Senioren (AGewiS)**. Die AGewiS ist seit dem 01.01.2014 eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung, für die ein eigener Wirtschaftsplan aufgestellt wird. Die Aufwendungen und Erträge der Akademie sind daher ab dem Haushaltsjahr 2014 nicht mehr im Kreishaushalt enthalten.

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.02 Weiterbildung und Studium



Dezernat I

Sonstige ordentliche Aufwendungen fallen bei der Aus- und Fortbildung, Umschulung durch die Fortbildung der Dozenten (Kostenart 541200) an. Weitere Aufwendungen für übernommene Reisekosten (Kostenart 541300) entstehen durch Reisekosten für Fortbildungsveranstaltungen des hauptamtlichen Personals und für Dienstreisen, durch die Erstattung von Sachausgaben an andere Träger (Mieten, Kostenart 542100)), GEMA-Gebühren (Kostenart 542300), Prüfungsgebühren (Kostenart 542915), sonstige Geschäftsaufgaben und vermischte Ausgaben, Einführung eines Qualitätsmanagementsystems (Zertifizierung, Kostenart 543909) und dem Mitgliedsbeitrag (Kostenart 544300) zum Landesverband der Volkshochschule Nordrhein-Westfalen (Produkt Volkshochschule). Ebenfalls zur Kontengruppe der sonstigen ordentlichen Aufwendungen gehören die Aufwendungen für Werbemaßnahmen (Kostenart 543800) und für sonstige Geschäftsausgaben. Zu den Sonstige ordentliche Aufwendungen gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.02 Weiterbildung und Studium



		Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.039.736	-490.000	-490.000	-490.000		-500.000	-500.000	-500.000
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-967.831	-1.050.000	-975.000	-975.000		-975.000	-975.000	-975.000
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-191.317	-200	-200	-200		-200	-200	-200
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-174.380	-58.300	-55.500	-55.500		-55.500	-54.200	-54.200
7	+	Sonstige Einzahlungen	-1.028	-500	-500	-500		-500	-500	-500
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.374.291	-1.599.000	-1.521.200	-1.521.200		-1.531.200	-1.529.900	-1.529.900
10	-	Personalauszahlungen	2.281.321	1.509.196	1.478.001	1.481.312		1.488.145	1.546.046	1.553.016
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	153.420	128.340	125.490	130.050		130.050	131.950	131.950
14	-	Transferauszahlungen		435.385	435.385	442.895		458.138	458.138	458.138
15	-	sonstige Auszahlungen	142.988	140.800	152.350	149.620		145.770	147.050	146.050
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.577.729	2.213.721	2.191.226	2.203.877		2.222.103	2.283.184	2.289.154
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	203.438	614.721	670.026	682.677		690.903	753.284	759.254
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	45.043							
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	12.397	14.500	9.000	9.000		9.000	10.000	10.000
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	57.439	14.500	9.000	9.000		9.000	10.000	10.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein/. Auszahlung)	57.439	14.500	9.000	9.000		9.000	10.000	10.000

Haushaltsplan 2015/	2016 1.04 Kultur und Wissenschaft	
verantwortlich:	1.04.03 Museum	~
Dezernat I		OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
<u>Beschreibung</u>	In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:	
	1.04.03.01 Museum und Forum Schloss Homburg 1.04.03.01.01 Schloss Homburg 1.04.03.01.02 Haus Dahl	
<u>Auftragsgrundlage</u>	1.04.05.01.02 Haus Daili	
<u>Ziele</u>		
<u>Zielgruppen</u>		

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

Dezernat I

1.04.03 Museum



1.04.03.01 Museum und Forum Schloss Homburg Standorte:

Beschreibung

Museum und Forum Schloss Homburg in Nümbrecht (kunst-, kultur- und naturgeschichtliche Abteilungen)

Museum Haus Dahl in Marienheide (Lebens- und Arbeitswelten der ländlichen Bevölkerung)

Aufgabe:

Sammeln, Bewahren, Erforschen, Ausstellen, Vermitteln des regionalen Kultur- und Naturgutes

Das Museum ist eine "gemeinnützige, ständige, der Öffentlichkeit zugängliche Einrichtung, im Dienste der Gesellschaft und ihrer Entwicklung, die zu Studien-, Bildungs- und Unterhaltungszwecken materielle Zeugnisse von Menschen und ihrer Umwelt beschafft, bewahrt, erforscht, bekannt macht und ausstellt" (Definition gem. ICOM, ethische Richtlinien des

Internationalen Museumsrates).

Auftragsgrundlage

Kreistagsbeschlüsse

Ziele Museum: Präsentation kulturhistorischer Exponate für ca. 90.000 Besucher p.a.

Museumsshop: Steigerung der Attraktivität und Aufwertung des Museumsbesuches im Museum Schloss Homburg und

im Museum Haus Dahl:

Steigerung der Wirtschaftlichkeit durch möglichst hohen Einnahmeüberschuss bei der Verkaufsware

Museumspädagogik: Vermittlung der Museumsthemen an möglichst viele Einzel- und Gruppenbesucher

Zielgruppen Bevölkerung der Region und Gesamt-NRW. Touristen

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.03 Museum



		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-506.143	-15.000	-16.718	-16.715	-16.718	-16.718	-16.718
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.868	-248.850	-248.850	-248.850	-248.850	-248.850	-248.850
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.792	-61.000	-61.000	-61.000	-61.000	-61.000	-61.000
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-283	-112	-112	-112	-112	-112	-112
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-1.900	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000
10	=	Ordentliche Erträge	-511.986	-326.962	-328.680	-328.677	-328.680	-328.680	-328.680
11	-	Personalaufwendungen	300.822	377.468	462.779	465.753	470.002	474.289	478.620
12	-	Versorgungsaufwendungen	7.935	7.959	8.453	8.511	8.595	8.681	8.768
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	33.142	223.264	313.172	368.172	368.172	363.672	363.672
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	7.359	50.239	24.780	39.117	46.097	46.097	46.097
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	42.032	145.259	147.334	146.701	147.021	147.376	147.685
17	=	Ordentliche Aufwendungen	391.289	804.188	956.519	1.028.254	1.039.888	1.040.116	1.044.843
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-120.697	477.226	627.839	699.577	711.208	711.436	716.163
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-120.697	477.226	627.839	699.577	711.208	711.436	716.163
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-120.697	477.226	627.839	699.577	711.208	711.436	716.163
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-8.590	-5.649	-13.490	-11.654	-7.975	-8.000	-8.029
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	403.404	341.609	707.104	871.141	619.747	625.982	632.066

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.03 Museum



Dezernat I

Teilergebnisplan		Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	274.117	813.186	1.321.453	1.559.065	1.322.981	1.329.417	1.340.200

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Museum

In der Kontengruppe Zuwendungen werden allgemeine Finanzzuwendungen des Fördervereins Schloss Homburg ausgewiesen. Unter der Kontengruppe Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte sind die Benutzungsgebühren (Kostenart 432100) für das Museum Schloss Homburg und Haus Dahl veranschlagt. Im Detail handelt es sich um die Eintrittsgelder zum Besuch der Museen, die Gebühren für museumspädagogische Führungen, Gebühren für die Nutzung des Audioguidesystems sowie Gebühren für die Nutzung der Räumlichkeiten des Museums. In der Kontengruppe Privatrechtliche Leistungsentgelte sind die Einnahmen aus Verkäufen (Kostenart 441100) der Museumsshops sowie die Einnahmen der Brotverkäufe zusammengefasst. Die Spendeneinnahmen (452800) für die Museen werden unter der Kontengruppe Sonstige ordentliche Erträge gebucht.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden neben den fest angestellten Mitarbeitern der Kreisverwaltung auch die Personalaufwendungen für sonstige Beschäftigte (Kostenart 501900, z.B. museumspädagogisches Führungspersonal, Bäcker) aufgeführt.

In der Kontengruppe Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen sind die Kosten für die Unterhaltung und Anschaffung von Gebrauchsgegenständen (Kostenart 523600), Museumsgut und Archivalien und die Wartungskosten für das Audioguidesystem erfasst. Weiter fallen die Aufwendungen für den Wareneinkauf (Kostenart 526400) von Museumsshop-Artikeln und die Anschaffung von Zubehör für die Museumsshops in diese Kontengruppe. Weitere Sonstige Sach- und Dienstleistungen fallen für die Inventarisierung von Museumsgut an. Die Verwendung der Spenden wird ebenfalls hier veranschlagt. Des Weiteren werden die Aufwendungen für museumspädagogische Maßnahmen, Restaurierungsbedarf sowie die Verbrauchsmittel für die Backaktionen unter dieser Kontengruppe verbucht. Auch die Kosten der Fachfirma für den Aufsichts- und Kassendienst (Kostenart 529912) unter Sach- und Dienstleistungen veranschlagt.

Die Kontengruppe Sonstige ordentliche Aufwendungen umfasst insbesondere die Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit (Kostenart 543800). Darüber hinaus werden an dieser Stelle die Gebühren (Gebühren 542300) für bargeldlose Zahlverfahren an der Museumskasse von Schloss Homburg sowie Geschäftsausgaben für den musealen Bereich veranschlagt. Zu den Sonstige ordentliche Aufwendungen gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto,

Haushalts _i	olan 201	5/2016
------------------------	----------	--------

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.03 Museum



Dezernat I

Telefon,	Fortbildung,	Miete/Leasing	für	Geschäftsausstattung,	Bekanntmachungen,	ADV-Kosten,	Versicherungsbeiträge,	usw.),	welche	auf	Kostenstellen
bewirtsch	aftet werden	und über Verred	chnu	ngsschema die Produkto	gruppe belasten.						

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.03 Museum



		Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-505.000	-15.000	-15.000	-15.000		-15.000	-15.000	-15.000
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.868	-248.850	-248.850	-248.850		-248.850	-248.850	-248.850
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.792	-61.000	-61.000	-61.000		-61.000	-61.000	-61.000
7	+	Sonstige Einzahlungen	-113	-2.000	-2.000	-2.000		-2.000	-2.000	-2.000
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-508.774	-326.850	-326.850	-326.850		-326.850	-326.850	-326.850
10	-	Personalauszahlungen	293.709	297.773	365.556	369.530		372.813	376.128	379.477
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	29.031	223.220	313.220	368.220		368.220	363.720	363.720
15	-	sonstige Auszahlungen	32.476	118.635	120.010	118.510		118.510	118.510	118.510
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	355.215	639.628	798.786	856.260		859.543	858.358	861.707
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-153.559	312.778	471.936	529.410		532.693	531.508	534.857
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-2.309.850							
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	-2.309.850							
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	3.463.603	430.000	160.000					
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	127.642	235.543	190.043	101.043		41.617	34.574	34.574
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	3.591.245	665.543	350.043	101.043		41.617	34.574	34.574
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein/. Auszahlung)	1.281.395	665.543	350.043	101.043		41.617	34.574	34.574

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.03 Museum

Dezernat I



	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen /- auszahlungen
	52	233211 Erweiterung Schloß										
		Homburg										
1	-	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-2.309.850								-8.793.850	-8.793.850
6	=	Summe Einzahlungen	-2.309.850								-8.793.850	-8.793.850
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	3.463.603	430.000	130.000						10.267.866	10.397.866
13	=	Summe Auszahlungen	3.463.603	430.000	130.000						10.267.866	10.397.866
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	1.153.753	430.000	130.000						1.474.016	1.604.016

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme Erweiterung Schloss Homburg

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um die **Bauinvestitionen** für die neuen Gebäude auf dem Gelände von **Schloss Homburg**. Hierzu zählen das Betriebsgebäude, der kleine Pavillon mit Gartenzimmer und White Cube und die Neue Orangerie.

Die für 2015 veranschlagten Mittel werden für die Errichtung der Außenanlagen vor dem Betriebsgebäude verwendet.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle 5.233211* abgewickelt.

Haushaltsplan 2015/2016 1.04 Kultur und Wissenschaft verantwortlich: 1.04.04 Heimatbildarchiv OBERBERGISCHER KREIS Dezernat III **DER LANDRAT** Beschreibung Digitale Sicherung / inhaltliche Erfassung historischer Fotobestand Zur Verfügung stellen von Fotos für gewerbliche, öffentliche und private Nutzung wie z.B. für Publikationen, Ausstellungen, Presseartikel, schulische Belange. Unterstützung von kreiseigenen Einrichtungen wie Pressestelle, Kreisarchiv und Kultur- und Museumsamt. Ergänzung des Bestandes durch Ankauf Auftragsgrundlage Durch Bereitstellung von historischem Fotobestand Unterstützung von regionaler Forschung, Präsentation Ziele Oberbergischer Gegebenheiten, Darstellung der Kreisverwaltung. Archivierung und Sicherung historischer Fotobestände für die Zukunft. Wissenschaftlich-historisch Arbeitende, Journalisten, Verleger, Lehrer, Verwaltung Zielgruppen

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.04 Heimatbildarchiv

OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT

		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-252	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-4						
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-48						
10	=	Ordentliche Erträge	-304	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
11	-	Personalaufwendungen	33.343	32.340	35.221	35.275	35.628	35.985	36.344
12	-	Versorgungsaufwendungen	460	453	530	533	539	544	549
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	23	507	502	502	502	502	502
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.140	3.269	3.427	3.457	3.480	3.502	3.527
17	=	Ordentliche Aufwendungen	36.966	36.569	39.680	39.767	40.149	40.533	40.923
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	36.662	35.569	38.680	38.767	39.149	39.533	39.923
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	36.662	35.569	38.680	38.767	39.149	39.533	39.923
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	36.662	35.569	38.680	38.767	39.149	39.533	39.923
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.294	1.266	1.815	1.547	1.546	1.558	1.570
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	37.956	36.835	40.495	40.315	40.695	41.090	41.493

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

Dezernat III

1.04.04 Heimatbildarchiv



Planerläuterung Teilergebnisplan Heimatbildarchiv

Die Kontengruppe Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte beinhaltet die Einnahmen für Reproduktionen (Kostenart 431100 u. 432100) durch die Heimatbildarchiv.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In der Kontengruppe Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen werden der Kosten für Reproduktionen (Kostenart 529100) veranschlagt. Die Kontengruppe sonstige ordentliche Aufwendungen bildet die Kosten für die Anschaffung von Fotos und Fotorechten sowie die Geschäftsausgaben der Heimatbildstelle ab (Kostenart 543900). Zu den Sonstige ordentliche Aufwendungen gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.04 Heimatbildarchiv



	Teilfinanzplan		Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-252	-1.000	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
9	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-252	-1.000	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
10	- Personalauszahlungen	31.796	24.153	25.966	26.100		26.361	26.625	26.891
12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen		500	500	500		500	500	500
15	- sonstige Auszahlungen	1.677	1.500	1.500	1.500		1.500	1.500	1.500
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	33.473	26.153	27.966	28.100		28.361	28.625	28.891
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	33.221	25.153	26.966	27.100		27.361	27.625	27.891

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:



		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
1		Steuern und ähnliche Abgaben	-1.641.165	-1.640.000	-1.600.000	-1.600.000	-1.600.000	-1.600.000	-1.600.000
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-862.392	-887.400	-902.568	-902.568	-902.568	-902.568	-902.568
3	+	Sonstige Transfererträge	-1.453.752	-1.119.500	-1.446.500	-1.446.500	-1.446.500	-1.446.500	-1.446.500
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-39.900	-36.150	-42.150	-42.150	-42.150	-42.150	-42.150
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	73.729						
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-27.522.318	-29.242.703	-32.808.093	-33.011.027	-33.073.289	-33.126.074	-33.179.287
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-132.849	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
10	=	Ordentliche Erträge	-31.578.648	-32.926.753	-36.800.311	-37.003.245	-37.065.507	-37.118.292	-37.171.505
11	-	Personalaufwendungen	7.111.583	7.732.955	8.472.924	8.568.711	8.654.619	8.741.148	8.828.539
12	-	Versorgungsaufwendungen	563.207	577.908	638.563	645.152	651.584	658.095	664.664
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	7.380.721	7.356.110	8.235.560	8.235.560	8.235.560	8.235.560	8.235.560
14	-	Bilanzielle Abschreibungen		2.699	2.114	4.210	6.669	6.669	6.669
15	-	Transferaufwendungen	35.844.336	35.854.945	37.628.232	37.568.232	37.508.232	37.448.232	37.388.232
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	33.155.521	33.070.682	33.970.002	33.974.920	33.978.483	33.981.971	33.986.731
17	=	Ordentliche Aufwendungen	84.055.368	84.595.299	88.947.396	88.996.785	89.035.147	89.071.675	89.110.395
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	52.476.720	51.668.546	52.147.085	51.993.540	51.969.640	51.953.383	51.938.890
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	52.476.720	51.668.546	52.147.085	51.993.540	51.969.640	51.953.383	51.938.890
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	52.476.720	51.668.546	52.147.085	51.993.540	51.969.640	51.953.383	51.938.890

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:



	Teilergebnisplan	Teilergebnisplan Ergebnis 2013		Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-17.246	-16.818	-27.410	-18.720	-17.955	-18.023	-18.125
28	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	286.249	381.064	568.953	479.880	461.373	465.062	469.089
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	52.745.723	52.032.792	52.688.628	52.454.701	52.413.058	52.400.421	52.389.854

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:



	Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-1.641.165	-1.640.000	-1.600.000	-1.600.000		-1.600.000	-1.600.000	-1.600.000
2	Zuwendungen und allgemeine + Umlagen	-1.060.176	-887.400	-902.568	-902.568		-902.568	-902.568	-902.568
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-1.430.241	-1.119.500	-1.446.500	-1.446.500		-1.446.500	-1.446.500	-1.446.500
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-41.300	-36.150	-42.150	-42.150		-42.150	-42.150	-42.150
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-26.901.609	-29.242.409	-32.807.799	-33.010.733		-33.072.995	-33.125.780	-33.178.993
7	+ Sonstige Einzahlungen	-522	-1.000	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-31.075.014	-32.926.459	-36.800.017	-37.002.951		-37.065.213	-37.117.998	-37.171.211
10	- Personalauszahlungen	6.529.052	5.771.794	6.398.275	6.572.970		6.638.698	6.705.086	6.772.136
12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	7.630.645	7.355.137	8.235.200	8.235.200		8.235.200	8.235.200	8.235.200
14	- Transferauszahlungen	36.178.517	35.854.945	37.628.232	37.568.232		37.508.232	37.448.232	37.388.232
15	- sonstige Auszahlungen	33.068.375	32.861.380	33.737.680	33.737.680		33.737.680	33.737.680	33.738.680
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	83.406.589	81.843.256	85.999.387	86.114.082		86.119.810	86.126.198	86.134.248
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	52.331.575	48.916.797	49.199.370	49.111.131		49.054.597	49.008.200	48.963.037

Haushaltsplan 2015/2 verantwortlich:		1.05 Soziale Leistungen 1.05.01 Unterstützung von Senioren		
Dezernat III		one one one one one	OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT	
<u>Beschreibung</u>	In dieser Produktgruppe sind	folgende Produkte zusammengefasst:		
	1.05.01.01 Seniorenarbeit 1.05.01.02 Heimaufsicht			
<u>Auftragsgrundlage</u>	1.00.01.02 Hollinguloidin			
<u>Ziele</u>				
<u>Zielgruppen</u>				

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

1.05.01 Unterstützung von Senioren



Dezernat III

1.05.01.01 Seniorenarbeit

Beschreibung Beratung und Unterstützung älterer Menschen, um Schwierigkeiten, die durch das Alter entstehen

zu verhüten zu überwinden zu mildern

um weiter am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen.

Auftragsgrundlage Sozialgesetzbuch XII – Sozialhilfe, Landespflegegesetz NRW, Beschlüsse des Kreistages

Ziele Eigenständige Lebensführung der Menschen so lange wie möglich erhalten

Längstmöglicher Verbleib im häuslichen und sozialen Umfeld

Zielgruppen Ältere Menschen im Oberbergischen Kreis

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

1.05.01 Unterstützung von Senioren



Dezernat III

1.05.01.02 Heimaufsicht

Beschreibung Wiederkehrende und anlassbezogene Überprüfungen aller Pflege- und Behindertenheime

Beratung von Heimträgern und Leitungskräften

Beratung und Information von Heimbewohnern, Angehörigen, Betreuern

Planungs- und Konzeptberatung in Heimangelegenheiten

Auftragsgrundlage Wohn- und Teilhabegesetz (WTG) mit Verordnungen, Landespflegegesetz (PfG NRW) mit Verordnungen

Ziele Die Bedürfnisse und Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner in Heimen schützen

Qualitätssicherung in Heimen

Zielgruppen Volljährige Heimbewohnerinnen und Heimbewohner, Angehörige, Heimträger und deren Mitarbeiter

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

1.05.01 Unterstützung von Senioren

Dezernat III



	•	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-37.607	-34.000	-40.000	-40.000	-40.000	-40.000	-40.000
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-1.060						
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-13.808						
10	=	Ordentliche Erträge	-52.474	-34.000	-40.000	-40.000	-40.000	-40.000	-40.000
11	-	Personalaufwendungen	288.579	298.841	344.555	332.902	336.254	339.613	343.006
12	-	Versorgungsaufwendungen	60.368	62.470	69.270	69.862	70.558	71.264	71.975
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	951.720	1.060.067	1.020.026	1.020.026	1.020.026	1.020.026	1.020.026
15	-	Transferaufwendungen	5.250	39.881					
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	47.969	44.433	52.360	52.702	52.949	53.192	53.454
17	=	Ordentliche Aufwendungen	1.353.887	1.505.691	1.486.210	1.475.491	1.479.787	1.484.095	1.488.462
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.301.412	1.471.691	1.446.210	1.435.491	1.439.787	1.444.095	1.448.462
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.301.412	1.471.691	1.446.210	1.435.491	1.439.787	1.444.095	1.448.462
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.301.412	1.471.691	1.446.210	1.435.491	1.439.787	1.444.095	1.448.462
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	21.474	18.230	28.347	22.034	21.199	21.331	21.487
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.322.887	1.489.921	1.474.557	1.457.525	1.460.986	1.465.426	1.469.949

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

Dezernat III

1.05.01 Unterstützung von Senioren



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Unterstützung von Senioren

Bei der Kontengruppe Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte werden die zu vereinnahmenden Gebühren im Heimrecht abgebildet (Kostenart 431100).

In der Kontengruppe Personalaufwendungen werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden alle Kostenerstattungen verausgabt, die nach dem Rahmenkonzept Senioren- und Pflegeberatung erfolgen (Kostenart 525300). Darüber hinaus werden hier die Kosten der Aktion "Hilfe für alte Menschen" veranschlagt (Kostenart 525900). Bei der Kontengruppe *Transferaufwendungen* handelt es sich um die Kosten der Erholungsfürsorge für alte Menschen (Kostenart 531900).

Die Kontengruppe Sonstige ordentliche Aufwendungen beinhaltet im Wesentlichen die Kosten der Heimaufsicht (Kostenart 542700). Daneben werden hier die Kosten für Fortbildungen der Mitarbeiter in den gemeindlichen Sozialämtern (Kostenart 541200) und die Sachkosten für die Demenzveranstaltung veranschlagt (Kostenart 543900). Ferner werden hier anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge usw.) abgebildet, welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der Internen Leistungsverrechnungen werden anteilige Umlagen (z.B. Gebäudekosten inkl. AfA, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

Dezernat III

1.05.01 Unterstützung von Senioren



Verpflicht-Teilfinanzplan Ergebnis Ansatz Ansatz Ansatz ungsermäch-Planung Planung Planung 2017 2013 2014 2015 2016 tigungen 2018 2019 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte 4 -39.007 -34.000 -40.000 -40.000 -40.000 -40.000 -40.000 Einzahlungen aus laufender 9 -39.007 -34.000 -40.000 -40.000 -40.000 -40.000 -40.000 Verwaltungstätigkeit Personalauszahlungen 10 207.657 235.924 237.132 226.441 239.503 241.898 244.317 Auszahlungen für Sach- und 12 885.347 1.020.000 1.060.000 1.020.000 1.020.000 1.020.000 1.020.000 Dienstleistungen 14 Transferauszahlungen 19.350 39.881 15 sonstige Auszahlungen 34.060 29.500 36.500 36.500 36.500 36.500 36.500 Auszahlungen aus laufender 16 1.165.198 1.337.038 1.292.424 1.293.632 1.296.003 1.298.398 1.300.817 Verwaltungstätigkeit Saldo aus laufender Verwaltungs-17 1.126.192 1.303.038 1.252.424 1.253.632 1.256.003 1.260.817 1.258.398 tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)

Haushaltsplan 2015/20	1.05 Soziale Leistungen	
verantwortlich: Dezernat III	1.05.02 Hilfen z.Gesundh.,b.Beh.,Pflegebed. u.s.	OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
Beschreibung	In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:	
	1.05.02.01 Hilfen zur Gesundheit, bei Behinderung und in anderen Lebenslagen 1.05.02.01.01 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen 1.05.02.01.02 Hilfen zur Gesundheit 1.05.02.01.03 Hilfen in anderen Lebenslagen	
	1.05.02.02 Hilfe zur Pflege 1.05.02.02.01 Hilfe zur Pflege ambulant und vollstationär 1.05.02.02.02 Hilfe zur Pflege teilstationär	
	1.05.02.03 Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüsse 1.05.02.04 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege 1.05.02.05 Leistungen für Schwerbehinderte 1.05.02.06 Ausgleichsabgabe nach § 77 SGB IX	
<u>Auftragsgrundlage</u>		
<u>Ziele</u>		
<u>Zielgruppen</u>		

Haushaltsplan 2015/2016 1.05 Soziale Leistungen 1.05.02 Hilfen z.Gesundh.,b.Beh.,Pflegebed. u.s. verantwortlich: OBERBERGISCHER KREIS **Dezernat III DER LANDRAT** 1.05.02.01 Hilfen zur Gesundheit, bei Behinderung und in anderen Lebenslagen Beschreibung Gewährung von Hilfen für Menschen ohne Krankenversicherungsschutz nach dem 5. Kapitel SGB XII Gewährung von Eingliederungshilfeleistungen nach dem 6. Kapitel SGB XII für Menschen mit einer wesentlichen Behinderung Sonstige Hilfen nach dem 8. und 9. Kapitel des SGB XII Auftragsgrundlage Sozialgesetzbuch XII - Sozialhilfe - mit Verordnungen Ziele Menschen, die Sozialhilfeleistungen beziehen, erhalten bedarfsgerechte Leistungen Zielgruppen Menschen ohne Krankenversicherungsschutz, Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige

Haushaltsplan 2015/2016 1.05 Soziale Leistungen verantwortlich: 1.05.02 Hilfen z.Gesundh..b.Beh..Pflegebed. u.s. OBERBERGISCHER KREIS Dezernat III **DER LANDRAT** .05.02.02 Hilfe zur Pflege 1.05.02.03 Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüsse Beschreibung Gewährung von Hilfen für pflegebedürftige Menschen nach dem 7. Kapitel SGB XII außerhalb und innerhalb von Einrichtungen Gewährung von Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüssen zu den Investitionsaufwendungen von Pflegediensten und Pflegeeinrichtungen Durchführung der trägerunabhängigen Pflegeberatung nach dem Rahmenkonzept zur integrierten Senioren- und Pflegeberatung Erstellen und Fortschreiben der kommunalen Pflegeplanung Weiterentwicklung von notwendigen Altenhilfe- und Pflegeangeboten Auftragsgrundlage Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) – Sozialhilfe –, Landespflegegesetz (PfG NRW) mit Verordnungen, Kreistagsbeschluss Ziele Den pflegebedürftigen Menschen wird ein dauerhafter oder möglichst langer Aufenthalt in der eigenen häuslichen Umaebuna ermöalicht Optimale individuelle Versorgung pflegebedürftiger Menschen Menschen, die Sozialhilfeleistungen beziehen, erhalten bedarfsgerechte Leistungen nach dem Grundsatz "ambulant

vor stationär"

Zielgruppen

Pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige, Pflegedienste und Heimträger und deren Mitarbeiter

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

Dezernat III

1.05.02 Hilfen z.Gesundh.,b.Beh.,Pflegebed. u.s.



1.05.02.04

<u>Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege</u>
Unterstützung der Träger der freien Wohlfahrtspflege in ihrer Tätigkeit auf dem Gebiet der sozialen Arbeit Beschreibung

Sozialgesetzbuch XII – Sozialhilfe – , Kreistagsbeschlüsse <u>Auftragsgrundlage</u>

Schaffung und Aufrechterhaltung bedarfsgerechter Angebote Ziele

<u>Zielgruppen</u> Menschen in prekären Lebenssituationen

Haushaltsplan 2015/2016 1.05 Soziale Leistungen verantwortlich: 1.05.02 Hilfen z.Gesundh.,b.Beh.,Pflegebed. u.s. OBERBERGISCHER KREIS Dezernat III **DER LANDRAT** 1.05.02.05 Leistungen für Schwerbehinderte 1.05.02.06 Ausgleichsabgabe nach § 77 SGB IX Beschreibung Unterstützung und Hilfen für schwerbehinderte Menschen Feststellung des Grades der behinderung und zur Inanspruchnahme von Nachteilsausgleichen (Schwerbehindertenausweis) Kündigungsschutz für schwerbehinderte Menschen Leistungen für schwerbehinderte Menschen im Arbeitsleben Auftragsgrundlage Sozialgesetzbuch IX - Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen - mit Verordnungen -Ziele Zeitnahe Bearbeitung der Anträge auf Feststellung des Grades der Behinderung" Möglichst hoher Anteil von gütlichen Einigungen in Kündigungsschutzverfahren Ausschöpfung der zugewiesenen Mittel aus der Ausgleichabgabe Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige. Arbeitgeber, die Menschen mit Behinderung beschäftigen Zielgruppen

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

1.05.02 Hilfen z.Gesundh.,b.Beh.,Pflegebed. u.s.



Dezernat III

		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-862.392	-887.400	-902.568	-902.568	-902.568	-902.568	-902.568
3	+	Sonstige Transfererträge	-931.068	-700.500	-992.500	-992.500	-992.500	-992.500	-992.500
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.033	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	73.729						
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-558.735	-466.794	-578.794	-578.794	-588.794	-588.794	-588.794
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-65.725	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
10	=	Ordentliche Erträge	-2.346.224	-2.057.694	-2.476.862	-2.476.862	-2.486.862	-2.486.862	-2.486.862
11	-	Personalaufwendungen	1.643.996	1.721.612	1.790.362	1.741.502	1.759.019	1.776.598	1.794.349
12	-	Versorgungsaufwendungen	301.174	303.498	310.186	312.831	315.950	319.107	322.292
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	549.425	548.612	555.240	555.240	555.240	555.240	555.240
14	-	Bilanzielle Abschreibungen		2.699	2.114	4.210	6.669	6.669	6.669
15	-	Transferaufwendungen	19.957.214	20.280.064	21.134.232	21.074.232	21.014.232	20.954.232	20.894.232
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	135.777	138.664	156.782	159.910	162.170	164.397	166.794
17	=	Ordentliche Aufwendungen	22.587.585	22.995.150	23.948.916	23.847.925	23.813.280	23.776.242	23.739.576
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	20.241.361	20.937.456	21.472.054	21.371.063	21.326.418	21.289.380	21.252.714
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	20.241.361	20.937.456	21.472.054	21.371.063	21.326.418	21.289.380	21.252.714
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	20.241.361	20.937.456	21.472.054	21.371.063	21.326.418	21.289.380	21.252.714
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-53.647	-52.315	-85.259	-58.228	-55.845	-56.065	-56.383

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

Dezernat III

1.05.02 Hilfen z.Gesundh.,b.Beh.,Pflegebed. u.s.



Teilergebnisplan		Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
28	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	212.493	194.007	304.737	219.651	208.384	209.501	210.910
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	20.400.207	21.079.147	21.691.532	21.532.486	21.478.956	21.442.816	21.407.241

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Hilfen zur Gesundheit, bei Behinderungen und in anderen Lebenslagen

Die Produktgruppe "1.05.02 Hilfen zur Gesundheit, bei Behinderung und Pflegebedürftigkeit" umfasst folgende Produkte und Teilprodukte:

1.05.02.01	Hilfen zur Gesundheit, Behinderung u. anderen Lagen
1.05.02.01.01	Eingliederungshilfe für behinderte Menschen
1.05.02.01.02	Hilfen zur Gesundheit
1.05.02.01.03	Hilfe in anderen Lebenslagen
1.05.02.02	Hilfe zur Pflege
1.05.02.02.01	Hilfe zur Pflege – ambulant u. vollstationär
1.05.02.02.02	Hilfe zur Pflege – teilstationär
1.05.02.03	Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüsse
1.05.02.04	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege
1.05.02.05	Leistungen für Schwerbehinderte
1.05.02.06	Ausgleichsabgabe nach § 77 SGB IX

Die Kontengruppe Zuwendungen und allgemeine Umlagen erfasst die Zuweisungen des Landes zu Beweiserhebungskosten (Kostenart 414200) und die Zuweisungen des Landschaftsverbandes aus der Ausgleichsabgabe (Kostenart 414300).

Über die Kontengruppe *Sonstige Transfererträge* alle Kostenersätze von sozialen Leistungen außerhalb und innerhalb von Einrichtungen nachgewiesen. Hierzu zählen Kostenbeiträge (Kostenarten 421100 und 422100), übergeleitete Unterhalts- und andere Ansprüche (Kostenarten

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

1.05.02 Hilfen z.Gesundh.,b.Beh.,Pflegebed. u.s.



Dezernat III

421200 und 422200), Leistungen von vorrangigen Sozialleistungsträgern (Kostenarten 421300, 421400, 422300 und 422400), Rückzahlungen von sozialen Leistungen (Kostenarten 421500 und 422500) sowie sonstige Ersatzleistungen (Kostenarten 421900 und 422900).

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden sämtliche Verwaltungsgebühren vereinnahmt (Kostenart 431100). Über die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* werden die Erstattungen von Land und von Gemeinden abgewickelt (Kostenart 443906, 443907 und 442300).Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* beinhaltet die Einnahmen aus Zwangsgeldern (Kostenart 452120).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden Erstattungen an andere Sozialhilfeträger abgebildet (Kostenart 525300). Des weiteren werden hier die Kosten der Freizeitmaßnahmen sowie des Fahrdienstes für Behinderte veranschlagt (Kostenart 525900). Rund 2/3 der in dieser Kontengruppe erfassten Kosten fallen für die Beweiserhebung in Schwerbehindertenangelegenheiten an (Kostenart 529100).

Bei der Kontengruppe *Transferaufwendungen* handelt es sich im Wesentlichen um die folgenden Ausgabepositionen:

Hilfe zur Pflege – ambulant, teil- und vollstationär (Kostenarten 533100 und 533200)

Eingliederungshilfeleistungen und sonstige Leistungen außerhalb und innerhalb von Einrichtungen (Kostenarten 533100 und 533200)

Hilfen zur Gesundheit außerhalb und innerhalb von Einrichtungen (Kostenarten 533100 und 533200)

Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüsse (Kostenart 533920)

Darüber hinaus werden hier Zuschüsse an Verbände der freien Wohlfahrtspflege, Zuschüsse an das Frauenhaus sowie für präventive Beratung nach dem Gewaltschutzgesetz und die Investitionspauschale für ambulante Pflegedienste verausgabt (Kostenart 531900). Außerdem werden hier die

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

1.05.02 Hilfen z.Gesundh.,b.Beh.,Pflegebed. u.s.



Dezernat III

Leistungen zur Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben aus der Ausgleichsabgabe ausgezahlt (Kostenart 533900) und zurück gezahlte darlehensweisen Hilfen an den Landschaftsverband weitergeleitet (Kostenart 539330).

Die Kontengruppe Sonstige ordentliche Aufwendungen bildet die Kosten für anfallende Sachverständigengutachten (Kostenart 542700) und die Sachausgaben für Schwerbehinderte (Kostenart 543900; Bewirtschaftung durch Amt 10) ab. Daneben werden ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing der Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, etc.) verbucht, weöche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungen die Produktgruppe belasten. Bei der internen Leistungsverrechnung werden anteilige Umlagen (Gebäudekosten inkl. AfA, KFZ-Kosten, etc.) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

Dezernat III

1.05.02 Hilfen z.Gesundh.,b.Beh.,Pflegebed. u.s.



		Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.060.176	-887.400	-902.568	-902.568		-902.568	-902.568	-902.568
3	+	Sonstige Transfereinzahlungen	-909.381	-700.500	-992.500	-992.500		-992.500	-992.500	-992.500
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.033	-2.000	-2.000	-2.000		-2.000	-2.000	-2.000
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-544.484	-466.500	-578.500	-578.500		-588.500	-588.500	-588.500
7	+	Sonstige Einzahlungen	-522	-1.000	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.516.596	-2.057.400	-2.476.568	-2.476.568		-2.486.568	-2.486.568	-2.486.568
10	-	Personalauszahlungen	1.343.757	1.197.326	1.249.164	1.257.422		1.269.995	1.282.696	1.295.522
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	558.681	548.100	555.100	555.100		555.100	555.100	555.100
14	-	Transferauszahlungen	20.392.559	20.280.064	21.134.232	21.074.232		21.014.232	20.954.232	20.894.232
15	-	sonstige Auszahlungen	21.654	20.130	20.130	20.130		20.130	20.130	20.130
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	22.316.652	22.045.620	22.958.626	22.906.884		22.859.457	22.812.158	22.764.984
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	19.800.056	19.988.220	20.482.058	20.430.316		20.372.889	20.325.590	20.278.416

Haushaltsplan 2015/	The state of the s
verantwortlich: Dezernat III	1.05.03 Hilfen b.Einkommensdefiz./Unterst.leist. OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
Beschreibung	In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:
	1.05.03.01 Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)
	1.05.03.02 Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII) 1.05.03.02.01 Hilfe zum Lebensunterhalt 1.05.03.02.02 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
	1.05.03.03 Leistungen nach BAföG
	1.05.03.04 Lastenausgleich
<u>Auftragsgrundlage</u>	1.05.03.05 Leistungen nach Bundeskindergeldgesetz
<u>Ziele</u>	
<u>Zielgruppen</u>	

Haushaltsplan 2015/2016 1.05 Soziale Leistungen verantwortlich: 1.05.03 Hilfen b.Einkommensdefiz./Unterst.leist. OBERBERGISCHER KREIS Dezernat III **DER LANDRAT** 1.05.03.01 Grundsicherung für Arbeitssuchende Beschreibung Gewährung von Hilfen an erwerbsfähige Menschen und deren Angehörige, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen und Vermögen bestreiten können. Im SGB II gibt es eine zweigeteilte Trägerschaft -Kreis und Agentur für Arbeit. Der Kreis erbringt Leistungen für Unterkunft und Heizung einmalige Leistungen (Erstausstattung Wohnung und Bekleidung, mehrtägige Klassenfahrten) ergänzende Eingliederungsleistungen (Kinderbetreuung, Schuldnerberatung, Suchtberatung, psychosoziale Betreuung) Leistungen für Bildung und Teilhabe an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis zum 25. Lebensjahr Sozialgesetzbuch II (SGB II) – Grundsicherung für Arbeitssuchende, Kreistagsbeschluss Auftragsgrundlage

zu führen

Zielgruppen

Erwerbsfähige Menschen und ihre Angehörigen in prekären Einkommenssituationen

Die Menschen erhalten bedarfsgerechte Leistungen

Ziele

Die Leistungsempfänger werden befähigt, wieder unabhängig von Leistungen ein selbstbestimmtes Leben

Haushaltsplan 2015/2016 1.05 Soziale Leistungen verantwortlich: 1.05.03 Hilfen b.Einkommensdefiz./Unterst.leist. OBERBERGISCHER KREIS Dezernat III **DER LANDRAT** 1.05.03.02 Hilfe zum Lebensunterhalt . Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung Beschreibung Gewährung von Hilfen an Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen und Vermögen bestreiten können. Die Hilfen werden erbracht als Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel SGB XII Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel SGB XII Leistungen für Bildung und Teilhabe an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis zum 25. Lebensiahr Leistungen zur Sicherung des Unterhalts von Wehrdienstleistenden/BFD Auftragsgrundlage Sozialgesetzbuch II (SGB II) – Grundsicherung für Arbeitssuchende Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) - Sozialhilfe Unterhaltssicherungsgesetz (USG)

Die Menschen erhalten bedarfsgerechte Leistungen

Die Leistungsempfänger werden befähigt, wieder unabhängig von Leistungen ein selbstbestimmtes Leben zu führen

Zielgruppen

Menschen in prekären Einkommenssituationen

Ziele

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

Dezernat III

1.05.03 Hilfen b.Einkommensdefiz./Unterst.leist.



1.05.03.03 Leistungen nach BAföG

Beschreibung Bewilligung von Ausbildungsförderung nach dem BAföG

Prüfung und Entscheidung von Anträgen auf Ausbildungsförderung nach dem BAföG

Beratung von Antragsteller/innen

Auftragsgrundlage Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), Sozialgesetzbuch (SGB) I und X, Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)

Ziele Zeitnahe und rechtmäßige Entscheidung über Förderanträge von Schüler/innen und Auszubildenden

Zielgruppen Schüler/innen und Auszubildende in vollzeitschulischen Bildungsgängen

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

Dezernat III

1.05.03 Hilfen b.Einkommensdefiz./Unterst.leist.



1.05.03.05 Leistungen nach Bundeskindergeldgesetz

BeschreibungGewährung von Leistungen für Bildung und Teilhabe an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis zum 25.

Lebensjahr

Auftragsgrundlage Bundeskindergeldgesetz (BKGG)

Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Bundeselterngeld- und Elterteilgesetz und nach dem

Bundeskindergeldgesetz

Ziele Die Menschen erhalten bedarfsgerechte Leistungen

Zielgruppen Menschen in prekären Einkommenssituationen

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

Dezernat III

1.05.03 Hilfen b.Einkommensdefiz./Unterst.leist.



	•	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
1		Steuern und ähnliche Abgaben	-1.641.165	-1.640.000	-1.600.000	-1.600.000	-1.600.000	-1.600.000	-1.600.000
3	+	Sonstige Transfererträge	-522.685	-419.000	-454.000	-454.000	-454.000	-454.000	-454.000
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-26.961.208	-28.775.909	-32.229.299	-32.432.233	-32.484.495	-32.537.280	-32.590.493
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-36.172						
10	=	Ordentliche Erträge	-29.161.230	-30.834.909	-34.283.299	-34.486.233	-34.538.495	-34.591.280	-34.644.493
11	-	Personalaufwendungen	4.793.283	5.307.507	5.857.689	6.027.298	6.087.638	6.148.517	6.210.004
12	-	Versorgungsaufwendungen	125.529	134.243	174.716	177.296	179.064	180.853	182.659
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.879.104	5.747.195	6.660.161	6.660.161	6.660.161	6.660.161	6.660.161
15	-	Transferaufwendungen	15.881.872	15.535.000	16.494.000	16.494.000	16.494.000	16.494.000	16.494.000
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	32.937.781	32.833.169	33.704.710	33.705.509	33.706.089	33.706.658	33.707.275
17	=	Ordentliche Aufwendungen	59.617.569	59.557.114	62.891.276	63.064.265	63.126.953	63.190.189	63.254.100
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	30.456.339	28.722.205	28.607.977	28.578.032	28.588.458	28.598.909	28.609.607
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	30.456.339	28.722.205	28.607.977	28.578.032	28.588.458	28.598.909	28.609.607
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	30.456.339	28.722.205	28.607.977	28.578.032	28.588.458	28.598.909	28.609.607
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	51.860	171.901	248.910	233.389	226.516	228.824	231.216
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	30.508.199	28.894.106	28.856.887	28.811.421	28.814.974	28.827.733	28.840.823

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

Dezernat III

1.05.03 Hilfen b.Einkommensdefiz./Unterst.leist.



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Hilfen bei Einkommensdefiziten

Die Produktgruppe "1.05.03 Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen" umfasst folgende Produkte und Teilprodukte:

1.05.03.01	Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)
1.05.03.02	Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter; EM (SGB XII)
1.05.03.02.01	Hilfe zum Lebensunterhalt
1.05.03.02.02	Grundsicherung im Alter, bei Erwerbsminderung
1.05.03.03	Leistungen nach BaföG
1.05.03.04	Lastenausgleich
1.05.03.05	Leistungen nach Bundeskindergeldgesetz

Bei der Kontengruppe *Steuern und ähnliche Abgaben* handelt es sich ausschließlich um Zuweisungen des Landes aus der Wohngeldentlastung (Kostenart 405200).

Über die Kontengruppe *Sonstige Transfererträge* werden alle Kostenersätze von sozialen Leistungen außerhalb und innerhalb von Einrichtungen ausgewiesen. Hierzu zählen Kostenbeiträge (Kostenarten 421100 und 422100), übergeleitete Unterhalts- und andere Ansprüche (Kostenarten 421200 und 422200), Leistungen von vorrangigen Sozialleistungsträgern (Kostenarten 421300, 421400, 422300 und 422400), Rückzahlungen von sozialen Leistungen (Kostenarten 421900 und 422900).

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

1.05.03 Hilfen b.Einkommensdefiz./Unterst.leist.



Dezernat III

Unter der Kontengruppe Erträge aus Kostenerstattung/-umlage wird in der Hauptsache die Beteiligung des Bundes an den Unterkunfts- und Heizkosten (Kostenart 447100) sowie der Anteil der Bundesagentur (BA) an den Personalkosten für die kommunalen Mitarbeiter und an den Sachkosten für die 11 kommunalen Standorte des Jobcenters (Kostenart 442500) vereinnahmt. Darüber hinaus handelt es sich bei diesem Ansatz um den Anteil an der Bundeserstattung beim Vollzug des Grundsicherungsgesetzes (Kostenart 442100) sowie um Erstattungen von anderen Grundsicherungs- und Sozialhilfeträgern (Kostenart 442300). Die Kontengruppe Sonstige ordentliche Erträge beinhaltet Erstattungen von Gemeinden in Form von Schadenersatz (Kostenart 452700).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei der Kontengruppe Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen handelt es sich vor allem um Erstattungen an Gemeinden und Kreis für die Bereitstellung von personellen und sächlichen Ressourcen für das Jobcenter, sowie um Erstattungen an andere Sozialhilfeträger (Kostenart 525300), Weiterhin wird dort der Kreisanteil an den Personalkosten für die BA-Mitarbeiten und an den Sachkosten für die 2 BA-Standorte des Jobcenters ausgewiesen (Kostenart 525500). Zu dieser Kostenart gehören auch die Erstattungen (an RBK) im Rahmen der Lastenausgleichsverwaltung (1.05.03.04 Lastenausgleich). Einen geringfügigen teil des Aufwands bilden Gerichtsvollzieherkosten, Aufwendungsersätze, ü.ä. (Kostenart 529100), sowie der Kurierdienst (Kostenart 529909).

In der Kontengruppe *Transferaufwendungen* werden

die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel SGB XII

die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel SGB XII (Kostenarten 533100 und 533200)

Kommunale Eingliederungsleistungen an Arbeitssuchende nach § 16a SGB II (Kostenarten 533615, 533625, 531800) und

die Bildungs- und Teilhabeleistungen nach dem SGB XII und dem Bundeskindergeldgesetz

Verausgabt.

Haushaltsplan	2015/2016
---------------	-----------

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

Dezernat III

1.05.03 Hilfen b.Einkommensdefiz./Unterst.leist.



Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* weist hauptsächlich die Kosten von Leistungen für Unterkunft und Heizung (Kostenart 546200), Wohnungsbeschaffungskosten/ Umzugskosten (Kostenart 546210), Mietschulden sowie einmalige Leistungen an Arbeitssuchende

(Kostenart 546220) und die Bildungs- und Teilhabeleistungen nach dem SGB II aus. Anfallende Fortbildungskosten (Kostenart 541200) für

Mitarbeiter in den gemeindlichen Sozialämtern werden ebenfalls auf dieser Kontengruppe geplant.

Zu den *sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, etc.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungen die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der Internen Leistungsverrechnungen werden anteilige Umlagen (z.B. Gebäudekosten inkl. AfA) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

Dezernat III

1.05.03 Hilfen b.Einkommensdefiz./Unterst.leist.



	Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-1.641.165	-1.640.000	-1.600.000	-1.600.000		-1.600.000	-1.600.000	-1.600.000
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-520.860	-419.000	-454.000	-454.000		-454.000	-454.000	-454.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-26.357.125	-28.775.909	-32.229.299	-32.432.233		-32.484.495	-32.537.280	-32.590.493
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-28.519.151	-30.834.909	-34.283.299	-34.486.233		-34.538.495	-34.591.280	-34.644.493
10	- Personalauszahlungen	4.651.537	4.084.578	4.578.611	4.741.629		4.789.045	4.836.936	4.885.306
12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	6.186.617	5.747.037	6.660.100	6.660.100		6.660.100	6.660.100	6.660.100
14	- Transferauszahlungen	15.766.609	15.535.000	16.494.000	16.494.000		16.494.000	16.494.000	16.494.000
15	- sonstige Auszahlungen	33.009.750	32.797.200	33.666.500	33.666.500		33.666.500	33.666.500	33.666.500
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	59.614.513	58.163.815	61.399.211	61.562.229		61.609.645	61.657.536	61.705.906
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	31.095.362	27.328.906	27.115.912	27.075.996		27.071.150	27.066.256	27.061.413

Haushaltsplan 2015/2016 verantwortlich: 1.05 Soziale Leistungen 1.05.04 Betreuungsleistungen Dezernat III



Beschreibung

Vormundschaftsgerichtshilfe; Führen von Betreuungen

Kann ein Volljähriger wegen Krankheit oder Behinderung seine Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht besorgen, kann das Vormundschaftsgericht für ihn einen Betreuer bestellen. Vor der Bestellung eines Betreuers oder der Anordnung eines Einwilligungsvorbehalts kann das Gericht die zuständige Behörde zur Ermittlung des Sachverhalts beauftragen. Zu berichten ist insbesondere zu den sozialen Umständen die eine Betreuung erforderlich machen, dem notwendigen Umfang der Betreuung sowie zur Verfügbarkeit und Eignung einer Betreuungsperson. Das Gericht kann den Betroffenen im Zuge der Sachverhaltsermittlung und während der laufenden Betreuung durch die zuständige Behörde vorführen bzw. unterbringen lassen.

Kann ein Volljähriger durch eine oder mehrere natürliche Personen oder durch einen Betreuungsverein nicht hinreichend betreut werden, so bestellt das Gericht die zuständige Behörde zum Betreuer.

Förderung des Ehrenamts

Betreuungen werden grundsätzlich ehrenamtlich geführt. Zum Betreuer bestellt das Vormundschaftsgericht vorrangig natürliche Personen nach Wunsch der Betroffenen. Meist handelt es sich um Angehörige, weniger häufig um Freunde oder Bekannte.. Für Betreute ohne geeignete persönliche Bezüge schlägt die Behörde nach Gerichtsauftrag andere geeignete Personen vor, die vorrangig ehrenamtlich als Betreuer tätig werden sollen.

Betreuungsvereine und -behörde sind dazu aufgefordert, geeignete Maßnahmen zur Gewinnung, Beratung und Unterstützung ehrenamtlicher Betreuer zu ergreifen.

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

1.05.04 Betreuungsleistungen





Qualitätssicherung und Steuerung; Information zu Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen

Die Zahl rechtlich vertretungsbedürftiger Volljähriger nimmt stetig zu. Dem gegenüber steht eine nicht ausreichende Bereitschaft der Bürger, rechtliche Vertretung ehrenamtlich zu übernehmen. Rechtliche Betreuung hat sich vor diesem Hintergrund als freier Beruf in der Dienstleister-Szene etabliert. Das Gericht beauftragt die zuständige Behörde in Betreuungsverfahren zur Benennung geeigneter Betreuer. Die Behörde ist gehalten, geeignete Personen benennen zu können. Kann sie das nicht, muss sie die Betreuungen ggfs. selbst führen. Der Gesetzgeber hat den Handlungsrahmen rechtlicher Betreuung seit 1992 aus Kostengründen kontinuierlich eingeschränkt. Oft führen professionelle Betreuer zu viele Betreuungen und / oder diese in nachlassender Qualität, um ihr Einkommen zu sichern. Die Behörde ist daher zunehmend gefordert, qualitätssichernd (die "Eignung" der Betreuer tatsächlich erhaltend) tätig zu sein. Durch verstärkte Information der Bevölkerung zu Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen können aufwändige Betreuungsverfahren und Betreuungen vermieden werden. Von dem gesetzlichen Auftrag an die zuständigen Behörden, zu den Themenfeldern zu berichten, profitiert im Erfolgsfall die Justiz. Ein vermindertes Aufkommen an Betreuungsverfahren wird aber auch die Betreuungsbehörde entlasten.

Auftragsgrundlage

Vormundschaftsgerichtshilfe; Führen von Betreuungen

§§ 1896, 1897, 1900 Abs. 4 BGB, §§ 7, 8 Betreuungsbehördengesetz (BtBG), §§ 68 Abs. 3, 68a, 69g, 69i, 70d Abs. 1, 70g Abs. 4 u. 5, 70i Abs. 1 Freiwillige-Gerichtbarkeitsgesetz (FGG)

Förderung des Ehrenamts

§ 1897 BGB i. V. mit §§ 4, 5 und 6 BtBG

Qualitätssicherung und Steuerung; Information zu Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen

§ 1897 BGB, §§ 4, 5, 6, 8 BtBG

Haushaltsplan 2015/2016 1.05 Soziale Leistungen verantwortlich: 1.05.04 Betreuungsleistungen OBERBERGISCHER KREIS Dezernat III DER LANDRAT Ziele Vormundschaftsgerichtshilfe; Führen von Betreuungen Fristgerechte, die Persönlichkeitsrechte Betroffener wahrende Berichterstattung an die Gerichte nach vorangegangener Sachverhaltsermittlung Ausreichende Präsenz als zuständige Fachbehörde zur Unterstützung bei und nach Zwangsmaßnahmen Wahrung der Rechte Betroffener im Betreuungsverfahren und bei Zwangsmaßnahmen Förderung des Ehrenamts Bereitstellen eines ausreichenden Angebots an ehrenamtlichen Betreuern Ausreichende Qualifizierung ehrenamtlicher Betreuer und Bevollmächtigter zur eigenen Krisenprophylaxe in der rechtlichen Vertretung sowie zur effizienten Wahrung der Rechte Betreuter und von Vollmachtgebern Ausreichende Vermittlung von Kenntnissen zur rechtlichen Vertretung Volliähriger Stärkung des speziellen Ehrenamtes "rechtlicher Betreuer" in der Öffentlichkeit Qualitätssicherung und Steuerung; Information zu Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen Schaffung eines kreisweit ausreichenden Angebots geeigneter übernahmebereiter Betreuer Vermeidung der Übernahme von Betreuungen durch die Behörde Vermeidung von Betreuungsmissbrauch Ausreichender Schutz der Betreuten Vermeidung von Betreuungsverfahren (und Betreuungen) Vormundschaftsgerichtshilfe; Führen von Betreuungen Zielaruppen Amtsgerichte, Betroffene i. S. § 1896 BGB, Angehörige Betroffener, Betreuer

Förderung des Ehrenamts

Angehörige und nicht angehörige Betreuer, Vollmachtnehmer, Sozial engagierte Bürger

Qualitätssicherung und Steuerung:

Information zu Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen

Betroffene i. S. § 1896 BGB, Betreuer, Berufsbetreuer, Volljährige Bevölkerung

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

1.05.04 Betreuungsleistungen

Dezernat III



		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-260	-150	-150	-150	-150	-150	-150
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-1.316						
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-17.143						
10	=	Ordentliche Erträge	-18.719	-150	-150	-150	-150	-150	-150
11	-	Personalaufwendungen	385.726	404.995	480.318	467.009	471.708	476.421	481.180
12	-	Versorgungsaufwendungen	76.136	77.696	84.391	85.163	86.012	86.871	87.738
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	471	236	133	133	133	133	133
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	33.994	54.416	56.151	56.799	57.275	57.725	59.207
17	=	Ordentliche Aufwendungen	496.327	537.344	620.994	609.104	615.128	621.149	628.259
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	477.608	537.194	620.844	608.954	614.978	620.999	628.109
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	477.608	537.194	620.844	608.954	614.978	620.999	628.109
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	477.608	537.194	620.844	608.954	614.978	620.999	628.109
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	36.823	32.424	44.808	44.314	43.165	43.447	43.734
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	514.431	569.618	665.651	653.269	658.143	664.447	671.843

ŀ	laus	halts	plan	201	5/20	16
---	------	-------	------	-----	------	----

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

Dezernat III

1.05.04 Betreuungsleistungen



Planerläuterung Teilergebnisplan Betreuungsleistungen

Unter der Kontengruppe Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) der Betreuungsstelle veranschlagt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei der Kontengruppe Sonstige ordentliche Aufwendungen handelt es sich um Kosten für die Wahrnehmung von Querschnittsaufgaben im Betreuungswesen (Kostenart 549900). Zu den Sonstige ordentliche Aufwendungen gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z.B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

Dezernat III

1.05.04 Betreuungsleistungen



Verpflicht-Teilfinanzplan Ergebnis 2013 Planung 2017 Planung 2018 ungsermäch-Ansatz Ansatz Ansatz Planung 2014 2015 2016 tigungen 2019 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte 4 -260 -150 -150 -150 -150 -150 -150 Einzahlungen aus laufender 9 -260 -150 -150 -150 -150 -150 -150 Verwaltungstätigkeit 10 Personalauszahlungen 336.787 307.316 282.233 334.576 340.155 343.556 346.991 15 sonstige Auszahlungen 2.910 14.550 14.550 14.550 14.550 14.550 15.550 Auszahlungen aus laufender 16 310.226 296.783 349.126 351.337 354.705 358.106 362.541 Verwaltungstätigkeit Saldo aus laufender Verwaltungs-17 309.966 296.633 348.976 351.187 354.555 357.956 362.391 tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

KD, Dez. III



		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-15.995.606	-16.573.396	-18.545.962	-18.580.186	-18.714.617	-18.586.147	-18.863.147
3	+	Sonstige Transfererträge	-4.591.335	-3.190.000	-4.630.000	-4.630.000	-4.630.000	-4.630.000	-4.630.000
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.476.012	-2.501.000	-2.601.000	-2.601.000	-2.601.000	-2.601.000	-2.601.000
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-15.580	-16.500	-16.500	-16.500	-16.500	-16.500	-16.500
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-760.812	-976.485	-861.395	-862.815	-869.235	-869.235	-869.235
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-130.937	-589.012	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000
10	=	Ordentliche Erträge	-23.970.282	-23.846.393	-26.656.857	-26.692.501	-26.833.352	-26.704.882	-26.981.882
11	-	Personalaufwendungen	5.548.787	6.281.090	7.059.577	7.015.375	7.085.147	7.155.367	7.226.282
12	-	Versorgungsaufwendungen	586.720	595.074	657.665	664.150	670.805	677.542	684.338
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.671.485	3.673.022	4.398.099	4.592.099	4.668.099	4.746.099	4.844.099
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	1.407	225.482	10.604	19.604	24.279	24.279	24.279
15	-	Transferaufwendungen	55.512.547	56.314.527	63.586.833	64.625.811	65.470.943	66.236.542	67.225.442
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	622.783	1.692.935	583.419	589.248	593.533	597.576	601.915
17	=	Ordentliche Aufwendungen	65.943.728	68.782.129	76.296.196	77.506.286	78.512.804	79.437.404	80.606.354
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	41.973.446	44.935.736	49.639.339	50.813.785	51.679.452	52.732.522	53.624.472
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	41.973.446	44.935.736	49.639.339	50.813.785	51.679.452	52.732.522	53.624.472
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	41.973.446	44.935.736	49.639.339	50.813.785	51.679.452	52.732.522	53.624.472
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-28.480	-26.130	-35.311	-35.439	-34.641	-34.825	-35.012

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT

verantwortlich: KD, Dez. III

Teilergebnisplan		Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
28	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	435.617	392.021	525.143	511.918	494.155	497.745	501.469
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	42.380.583	45.301.627	50.129.171	51.290.264	52.138.966	53.195.442	54.090.929

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

KD, Dez. III



		Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-16.455.609	-16.562.229	-18.016.845	-18.094.677		-18.315.677	-18.189.042	-18.466.042
3	+	Sonstige Transfereinzahlungen	-4.290.940	-3.190.000	-4.630.000	-4.630.000		-4.630.000	-4.630.000	-4.630.000
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.458.750	-2.501.000	-2.601.000	-2.601.000		-2.601.000	-2.601.000	-2.601.000
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-17.010	-16.500	-16.500	-16.500		-16.500	-16.500	-16.500
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-746.420	-990.750	-875.660	-877.080		-883.500	-883.500	-883.500
7	+	Sonstige Einzahlungen	-600	-1.000	-2.000	-2.000		-2.000	-2.000	-2.000
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-23.969.330	-23.261.479	-26.142.005	-26.221.257		-26.448.677	-26.322.042	-26.599.042
10	-	Personalauszahlungen	4.949.473	4.677.228	5.196.186	5.263.148		5.315.297	5.367.967	5.421.158
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.659.509	3.701.600	4.427.600	4.621.600		4.697.600	4.775.600	4.873.600
14	-	Transferauszahlungen	57.049.920	56.314.527	62.530.492	63.624.324		64.567.453	65.362.092	66.404.092
15	-	sonstige Auszahlungen	213.132	223.820	219.200	219.400		219.600	219.600	219.600
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	65.872.034	64.917.175	72.373.478	73.728.472		74.799.950	75.725.259	76.918.450
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	41.902.704	41.655.696	46.231.473	47.507.215		48.351.273	49.403.217	50.319.408
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-1.315.412	-450.000						
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	-1.315.412	-450.000						
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		1.080	1.080	1.080		1.080		
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	4.781.154		300.000					
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	4.781.154	1.080	301.080	1.080		1.080		

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT

KD, Dez. III

verantwortlich:

Teilfina	nzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
31 = Saldo: der In (Ein/. Ausz	vestitionstätigkeit ahlung)	3.465.742	-448.920	301.080	1.080		1.080		

Haushaltsplan 2015/2016 1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe verantwortlich: 1.06.01 Kinder in Tageseinricht./Tagespflege OBERBERGISCHER KREIS Dezernat III **DER LANDRAT** Beschreibung In Tageseinrichtungen und offenen Ganztagsgrundschulen werden Kinder ganztags bzw. einen Teil des Tages gefördert. Kindertagespflege wird von einer geeigneten Person jeweils für bis zu fünf Kinder geleistet. Aufgabe von Kindertageseinrichtungen. Tagespflege wie OGS ist die Förderung von Kindern in den Bereichen Erziehung, Bildung und Betreuung. Für Kinder vom vollendeten ersten Lebensjahr bis zum Schuleintritt besteht ein Anspruch auf Betreuung in Tagespflege oder in einer Tageseinrichtung. Für Kinder im schulpflichtigen Alter hat der Jugendhilfeträger ein Betreuungsangebot vorzuhalten Der Betrieb einer Tageseinrichtung sowie die Erbringung von Kindertagespflegeleistungen sind erlaubnispflichtig. Auftragsgrundlage §§ 22-26, 43, 45-48 und 80 SGB VIII; Kinderbildungsgesetz (KiBiz); Beschlussfassungen des Jugendhilfeausschusses Ziele Erstellung und Erhalt eines bedarfsgerechten, qualifizierten Förder- und Betreuungsangebotes für Kinder vom Säuglingsalter bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres (Spielgruppen, Kindertagesstätten, Tagespflegestellen und außerunterrichtliche Angebote in Offenen Ganztagsschulen) Verbesserung der Bildungschancen sowie die soziale und gesellschaftliche Integration von Kindern durch individuelle, altersgerechte, frühe Förderung gemeinsame Förderung von Kindern mit und ohne Behinderung Sicherstellung der pädagogischen Qualität in Tageseinrichtungen Ausbau der Tagespflege als gleichwertiger Alternative zu Tageseinrichtungen und deren Aufwertung durch die Qualifizierung von Tagespflegepersonen Ausbau familienfreundlicher Strukturen im Oberbergischen Kreis

<u>Zielgruppen</u>

Eltern, Kinder vom Säuglingsalter bis zum 14. Lebensjahr, Tagespflegestellen, Träger von Tageseinrichtungen für

Kinder, in Tageseinrichtungen tätige Fachkräfte

Unterstützung von Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

Dezernat III

1.06.01 Kinder in Tageseinricht./Tagespflege



		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-15.694.857	-16.282.354	-17.782.617	-17.838.509	-17.972.940	-18.243.105	-18.520.105
3	+	Sonstige Transfererträge	-79.552	-120.000	-160.000	-160.000	-160.000	-160.000	-160.000
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.476.002	-2.500.000	-2.600.000	-2.600.000	-2.600.000	-2.600.000	-2.600.000
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-14.580	-12.000	-12.000	-12.000	-12.000	-12.000	-12.000
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-10.770	-41.250	-41.660	-42.080	-42.500	-42.500	-42.500
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-18.621	-588.012					
10	=	Ordentliche Erträge	-18.294.382	-19.543.616	-20.596.277	-20.652.589	-20.787.440	-21.057.605	-21.334.605
11	-	Personalaufwendungen	469.973	445.765	506.797	491.927	496.879	501.843	506.856
12	-	Versorgungsaufwendungen	93.949	88.478	95.419	96.485	97.447	98.420	99.403
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.082.013	2.415.219	2.841.124	3.035.124	3.111.124	3.189.124	3.269.124
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	1.407	220.307	6.407	11.407	11.407	11.407	11.407
15	-	Transferaufwendungen	32.378.838	33.416.700	37.956.841	38.795.487	39.537.490	40.417.450	41.296.350
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	177.584	1.356.621	208.628	209.229	209.671	210.087	210.535
17	=	Ordentliche Aufwendungen	35.203.764	37.943.089	41.615.216	42.639.658	43.464.017	44.428.331	45.393.674
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	16.909.382	18.399.473	21.018.939	21.987.069	22.676.577	23.370.726	24.059.069
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	16.909.382	18.399.473	21.018.939	21.987.069	22.676.577	23.370.726	24.059.069
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	16.909.382	18.399.473	21.018.939	21.987.069	22.676.577	23.370.726	24.059.069
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	38.436	31.470	43.211	42.690	41.571	41.844	42.125

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

Dezernat III

1.06.01 Kinder in Tageseinricht./Tagespflege



	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	16.947.818	18.430.943	21.062.149	22.029.759	22.718.147	23.412.570	24.101.194

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Kinder in Tageseinrichtungen/Tagespflege

Über die Kontengruppe *Zuwendungen* und *allgemeine Umlagen* (Kostenart 414200) werden die Landeszuschüsse gem. KiBiZ (Kindpauschalen, Konnexitätsausgleich, Tagespflege, Mieten, Erstattung Elternbeiträge, U3-Pauschalen, Familienzentren, Sprachförderung, Pluskita, Verfügungspauschale) abgebildet.

In der Kontengruppe *Sonstige Transfererträge* (Kostenart 421100) werden die Elternbeiträge für die Tagespflege, sowie Erstattungen aus Vorjahren (Kostenart 429800) von vorrangig verpflichteten Sozialleistungsträgern verbucht.

Die Kontengruppe mit der Bezeichnung Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte dient der Vereinnahmung von Elternbeiträgen im Bereich Tageseinrichtungen für Kinder (Kostenart 432901).

Auf den Konten der Gruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* werden die Teilnehmerbeiträge (Kostenart 441901) zu Qualifizierungsmaßnahmen verbucht. Über die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattungen* wird die Personalkostenerstattung des Tagesmütternetzwerkes (Kostenart 443908, AO Amt 10) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen erfolgt die Erstattung (Kostenart 525900) vertraglicher Leistungen für freie Kindergartenträger.

Die Kontengruppe *Transferaufwendungen* beinhaltet in erster Linie den Betriebskostenzuschuss (Kostenart 531900) an freie Träger von Tageseinrichtungen für Kinder. Darüber hinaus werden die folgenden Kostenarten veranschlagt:

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

1.06.01 Kinder in Tageseinricht./Tagespflege



Dezernat III

- Förderung von Schülerbetreuungsmaßnahmen
- Kosten der Unterbringung in Tagespflege (Kostenart 533400)
- Übernahme OGS Beitrag (Kostenart 533530)

Bei der Kontengruppe Sonstige ordentliche Aufwendungen handelt es sich einerseits um Kosten von Qualifizierungsmaßnahmen (Kostenart 541200), andererseits um den Betriebskostenzuschuss an das Tagesmütternetzwerk (Kostenart 542911).

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

Dezernat III

1.06.01 Kinder in Tageseinricht./Tagespflege



		Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-16.116.953	-16.271.187	-17.253.500	-17.353.000		-17.574.000	-17.846.000	-18.123.000
3	+	Sonstige Transfereinzahlungen	-119.544	-120.000	-160.000	-160.000		-160.000	-160.000	-160.000
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.458.750	-2.500.000	-2.600.000	-2.600.000		-2.600.000	-2.600.000	-2.600.000
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-16.040	-12.000	-12.000	-12.000		-12.000	-12.000	-12.000
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-9.341	-41.250	-41.660	-42.080		-42.500	-42.500	-42.500
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-18.720.628	-18.944.437	-20.067.160	-20.167.080		-20.388.500	-20.660.500	-20.937.500
10	-	Personalauszahlungen	378.019	315.792	350.039	352.578		356.104	359.665	363.261
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.097.873	2.415.000	2.841.000	3.035.000		3.111.000	3.189.000	3.269.000
14	-	Transferauszahlungen	33.968.643	33.416.700	36.900.500	37.794.000		38.634.000	39.543.000	40.475.000
15	-	sonstige Auszahlungen	165.876	170.000	170.000	170.000		170.000	170.000	170.000
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	36.610.410	36.317.492	40.261.539	41.351.578		42.271.104	43.261.665	44.277.261
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	17.889.782	17.373.055	20.194.379	21.184.498		21.882.604	22.601.165	23.339.761
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-1.315.412	-450.000						
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	-1.315.412	-450.000						
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	4.781.154		300.000					
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	4.781.154		300.000					
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein/. Auszahlung)	3.465.742	-450.000	300.000					

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

Dezernat III

1.06.01 Kinder in Tageseinricht./Tagespflege



55	f	Investitionsmaßnahmen oberhalb der estgesetzten Wertgrenze 030 Investitonsförderung KiTa	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / - auszahlungen
1	-	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-1.315.412	-450.000							-8.252.437	-8.252.437
6	=	Summe Einzahlungen	-1.315.412	-450.000							-8.252.437	-8.252.437
11	-	Auszahlung für aktivierbare Zuwendungen	4.781.154		300.000						12.098.829	12.398.829
13	=	Summe Auszahlungen	4.781.154	·	300.000						12.098.829	12.398.829
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	3.465.742	-450.000	300.000						3.846.392	4.146.392

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem o. g. Ansatz handelt es sich um Ein- und Auszahlungen im Rahmen der Förderung von **Baumaßnahmen und Ausstattungen an Träger von Kindertageseinrichtungen**. Die Abwicklung und Weiterleitung der Investitionsfördermittel wird von Amt 51 koordiniert. Der Fördersatz beträgt bis zu 100% der jeweiligen zuwendungsfähigen Höchstbeträge.

Geleistete Zuwendungen zur Investitionstätigkeit sind später in der Bilanz unter dem Posten "Aktive Rechnungsabgrenzung" zu aktivieren und durch eine periodengerechte Abgrenzung im Zeitablauf entsprechend der Erfüllung der Gegenleistungsverpflichtung zu mindern, wenn dem Zuwendungsempfänger eine Verpflichtung in sachlicher und zeitlicher Hinsicht (mehrjährige Gegenleistungsverpflichtung des Dritten) auferlegt wird, vgl. § 43 Absatz 2 GemHVO.

Die Einzahlung/Auszahlung der Investitionszuschüsse wird über die Finanzstelle "Investitionsförderung KiTa" abgewickelt:

2011 / PSP-I 5.510030.605.011 SK 681200 Landeszuschuss 2011 / PSP-I 5.510030.700.311 SK 781900 Auszahlung / Weiterleitung LZ (einschließlich Eigenanteil)

Haushaltsplan 2015/20		
verantwortlich: Dezernat III	1.06.02 Jugendarbeit und Familienförderung	OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
Beschreibung	In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:	
	1.06.02.01 Förderung von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit 1.06.02.01.01 Landeszuschuss Förderung offene Kinder- und Jugendarbeit	
	1.06.02.02 Jugendsozialarbeit 1.06.02.03 Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie 1.06.02.04 Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	
<u>Auftragsgrundlage</u>	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	
<u>Ziele</u>		
<u>Zielgruppen</u>		

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

1.06.02 Jugendarbeit und Familienförderung



1.06.02.01

Dezernat III

Förderung von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit

Beschreibung

Kinder- und Jugendarbeit soll an den Interessen und Bedürfnissen junger Menschen anknüpfen. Sie ist geprägt von Selbstorganisations- und Selbstbildungsprozessen und damit kein fremdbestimmtes Feld. Kinder- und Jugendarbeit konzentriert sich auf den Aufbau und die Durchführung außerschulischer und freizeitorientierter Bildungsangebote. Hierunter fallen insbesondere, politische, (inter)kulturelle und soziale Angebote, sportlich und freizeitorientierte Jugendarbeit, medienbezogene Jugendarbeit, geschlechterdifferenzierte Mädchen- und Jungenarbeit, internationale Jugendarbeit sowie die Jugendverbandsarbeit und die Offene Jugendarbeit.

Im Fokus stehen junge Menschen, die, ausdrücklich gewollt, selbst aktiv werden sollen. Ihnen obliegt die selbständige Initiierung, Planung und Durchführung von Projekten. Inhalte und Umsetzung der Kinder- und Jugendarbeit sollen mitgestaltet und auch selbst organisiert werden.

Die Träger der Angebote sorgen dafür, dass diese Ziele umgesetzt werden.

Aufgrund der sich stetig verändernden Bedürfnislage junger Menschen erfordert die Arbeit ein hohes Maß an Flexibilität.

Die Teilnahme an Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit unterliegt dem Prinzip der Freiwilligkeit.

Kinder- und Jugendarbeit wird von einer breiten Palette freier Träger, Verbände und Vereine geleistet, die zum Teil stark unterschiedliche Positionen und Wertehaltungen haben.

Auftragsgrundlage

§§ 11, 12 und 80 SGB VIII; 3. Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes – Kinder- und Jugendfördergesetz (3. AG-KJHG – KJFöG)

Haushaltsplan 2015/2016 verantwortlich: Dezernat III	1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe 1.06.02 Jugendarbeit und Familienförderung OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
S	Umsetzung der im Kinder- und Jugendförderplan benannten Ziele Umsetzung des gesetzlich benannten Bildungsauftrages, insbesondere die Vermittlung von sozialen, ökonomischen, solitischen und kulturellen Grundkompetenzen sinnvolle Freizeitgestaltung Aufbau bzw. Erhaltung eines bedarfsgerechten Angebotes in der verbandlichen und offenen Kinder- und lugendarbeit Umsetzung geschlechterdifferenzierter Mädchen- und Jungenarbeit (Gender Mainstreaming) Förderung und Integration junger Menschen aus benachteiligten Lebenssituationen Befähigung junger Menschen zur Selbstbestimmung, zur Übernahme von gesellschaftlicher Mitverantwortung bzw. zu sozialem Engagement durch aktive Partizipation Unterstützung von Verbänden und Vereinen zur Vermittlung von Werten und demokratischem Denken Erhaltung des breiten und vielfältigen Trägerspektrums Unterstützung des Ehrenamtes AG gem. § 78 SGB VIII kontinuierliche Durchführung von Wirksamkeitsdialogen im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Kreises wird die Förderung von Angeboten der Kinder- und
<u>Zielgruppen</u>	Ehren-, neben- und hauptamtlich in der Kinder- und Jugendarbeit tätige Personen Kinder ab dem 6ten Lebensjahr, Jugendliche und junge Menschen bis zum 27ten Lebensjahr Träger der Jugendhilfe Jugendverbände und Jugendgruppen

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

Dezernat III

1.06.02 Jugendarbeit und Familienförderung



1.06.02.02 Jugendsozialarbeit

Beschreibung

Jugendsozialarbeit zielt darauf ab, junge Menschen auf dem Weg bei der Entwicklung ihrer Persönlichkeit zu unterstützen. Ausdrücklich benannt ist die Aufgabe, junge Menschen auf ihrem Weg in Schule und Beruf zu begleiten. Schulbezogene Angebote sollen im engen Zusammenwirken von Schule und Jugendsozialarbeit auf- und ausgebaut werden.

Der Schwerpunkt der jugendsozialarbeiterischen Unterstützung liegt in der Prävention. Ein schulisches und berufliches Scheitern soll möglichst gar nicht erst erfolgen.

Jugendsozialarbeit hat auch die Aufgabe, an der sozialen und beruflichen Integration von Schulabgängern bzw. jungen Erwachsenen mitzuwirken. Hier gilt es vor allem, langfristige Abhängigkeiten von Sozialhilfeleistungen zu verhindern. Insbesondere junge Menschen, die den gesellschaftlichen Ansprüchen nicht nachkommen können, sollen unterstützt und integriert werden. Hier sind niederschwellige Angebote vorzuhalten, die jugendhilfeorientiert ausgerichtet sind.

Kooperationspartner für Träger im Handlungsfeld Jugendsozialarbeit sind Schulen, freie Träger der Jugendberufshilfe und die ARGE.

<u>Auftragsgrundlage</u>

§§ 13 und 80 SGB VIII; 3.AG-KJHG – KJFöG; Beschlussfassungen des Jugendhilfeausschusses

Haushaltsplan 2015/2016	1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
verantwortlich:	1.06.02 Jugendarbeit und Familienförderung
Dezernat III	OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
W	Aufbau bzw. Erhaltung bedarfsgerechter und vielfältiger jugendsozialarbeiterischer Angebote Erweiterung des Angebotes als Alternative zu einzelfallbezogener Unterstützung zielgruppenorientierte gesellschaftliche Integration junger Menschen, z.B. junger Menschen mi grationshintergrund, abgebrochener Schul- bzw. Ausbildungslaufbahn, Sozialisationsdefiziten Gleichstellung von Jungen und Mädchen (Gender Mainstreaming) Abbau sozialer Benachteiligungen junger Menschen Verselbständigung junger Menschen Umsetzung konkreter Projekte mit zielgruppenbezogenen Inhalten Partizipation von jungen Menschen AG gem. § 78 SGB VIII kontinuierliche Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule eiterentwicklung bereits angelaufener Modelle Abstimmung mit Trägern von Leistungen nach § SGB II Erarbeitung von Konzepten zur Unterstützung und Integration schulisch wie beruflich förderungsbedürftiger Kinder d Jugendlicher
	nge Menschen bis zur Vollendung des 27ten Lebensjahres, die aufgrund ihrer sozialen Benachteiligung oder dividuellen Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Hilfe angewiesen sind

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

1.06.02 Jugendarbeit und Familienförderung



1.06.02.03

Dezernat III

Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie

Beschreibung

Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie ist vor allem auf den Erhalt bzw. die Verbesserung erzieherischer Handlungskompetenzen gerichtet. Erziehungsberechtigte sollen darin unterstützt werden, ihre Verantwortung in einer stetig komplexer werdenden Erziehungssituation besser wahrnehmen zu können. Ein Schwerpunkt liegt in der Vermittlung von gewaltfreien Konfliktlösungsstrategien. Das Recht junger Menschen auf Förderung ihrer Entwicklung und gewaltfreie Erziehung wird hierdurch unterstützt.

Angebote allgemeiner Förderung zielen darauf ab, Erziehungsberechtigte in schwierigen Lebenssituationen zu entlasten. Angebote werden in vielfältiger Form vorgehalten und sollen sich an den Interessen und Bedürfnissen der Adressaten orientieren.

Allgemeine Förderung als Grundstein für den Erhalt bzw. Aufbau erzieherisch handlungskompetenter Familien ist auch als Präventionsmaßnahme zu betrachten.

<u>Auftragsgrundlage</u>

§§ 1 und 16 bis 21 und 80 SGB VIII; Art. 6 Abs. 1 Satz 1 GG; § 1631 Abs. 2 BGB; Landesrechtliche Regelungen;

Beschlussfassungen des Jugendhilfeausschusses

Ziele

Auf- und Ausbau familienfreundlicher Bedingungen im Oberbergischen Kreis

Aufbau und Begleitung sozialraumorientierter Angebote

Förderung elterlicher Handlungskompetenzen

Auf- und Ausbau der Ressourcen von Erziehungsberechtigten

Sicherung des Kindeswohls

Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes

Beteiligung von jungen Menschen und Familien beim Auf- bzw. Ausbau familienfördernder Lebensbedingungen

Steigerung der Inanspruchnahme bestehender Angebote

Entlastung von Erziehungsberechtigten, die in belastenden sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen leben Auf-, Ausbau und Erhalt adäguater Angebote zur allgemeinen Förderung der Erziehung im Oberbergischen Kreis

AG gem. § 78 SGB VIII

Zielgruppen

erziehungsberechtigte und andere mit der Erziehung betraute Personen, junge Menschen

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

1.06.02 Jugendarbeit und Familienförderung



1.06.02.04

Dezernat III

Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz

Beschreibung

Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz ist als ein fachübergreifendes Handlungsfeld zu verstehen. Es handelt sich hierbei um eine Querschnittsaufgabe, die, neben jungen Menschen und Erziehungsberechtigten, auch auf Institutionen der Erziehung und Bildung gerichtet ist.

Erziehungsberechtigte, junge Menschen und Fachkräfte sollen befähigt werden, Gefährdungssituationen zu erkennen, zu vermeiden, bzw. zu bewältigen. Unter Beteiligung der Betroffenen und der mit dem Handlungsfeld in Berührung kommenden Fachkräfte soll auf die Erstellung das Kindeswohl nicht gefährdender Lebensbedingungen hingearbeitet werden.

Die Kernaufgabe erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes liegt im Bereich der Prävention und somit der Information und Aufklärung. Das Jugendamt hat diese Aufgabe wahrzunehmen bzw. dafür Sorge zu tragen, dass geeignete Maßnahmen vorgehalten werden.

<u>Auftragsgrundlage</u>

§§ 14 und 80 SGB VIII und 3. AG-KJHG – KJFöG i.V. mit Jugendschutzgesetz (JuSchG), Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften (GjS), Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG); Beschlussfassungen des

Jugendhilfeausschusses

Ziele

Schutz von Kindern und Jugendlichen vor gefährdenden Einflüssen Umsetzung der im Kinder- und Jugendförderplan festgehaltenen Ziele Vernetzung bzw. Intensivierung der Kooperation mit freien Trägern Initiierung gemeinsamer Aktionen von öffentlichem und freien Trägern

Bildung einer AG gem. § 78 SGB VIII und damit Aufbau eines funktionierenden Netzwerkes und Abstimmung mit allen im Bereich des (erzieherischen) Kinder- und Jugendschutz tätigen Akteure

Umsetzung konkreter Projekte unter aktiver Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Zielgruppen

junge Menschen, Erziehungsberechtigte, Träger der freien Jugendarbeit, Institutionen der Erziehung und Bildung

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

Dezernat III

1.06.02 Jugendarbeit und Familienförderung



Planung Ergebnis Ansatz Ansatz Ansatz Planung Planung Teilergebnisplan 2013 2014 2015 2016 2017 2018 2019 Zuwendungen und allgemeine 2 -171.922 -161.042 -581.345 -559.677 -559.677 -161.042 -161.042 Umlagen 5 Privatrechtliche Leistungsentgelte -1.000 -4.500 -4.500 -4.500-4.500 -4.500 -4 500 Kostenerstattungen und 6 -1.040 Kostenumlagen 7 Sonstige ordentliche Erträge -13.546 -165.542 -585.845 -165.542 10 Ordentliche Erträge -187.507 -564.177 -564.177 -165.542 11 Personalaufwendungen 575.158 602.756 749.417 744.164 751.629 759.145 766.732 Versorgungsaufwendungen 71.275 12 61.595 59.283 70.093 70.571 71.987 72.706 Aufwendungen für Sach- und 4.572 274 155 155 155 155 13 155 Dienstleistungen 2.452.992 2.503.324 2.506.453 2.292.092 2.302.092 15 Transferaufwendungen 1.333.646 1.618.127 Sonstige ordentliche 16 39.386 46.368 48.385 49.139 49.693 50.216 50.776 Aufwendungen 17 Ordentliche Aufwendungen 2.014.357 2.326.808 3.321.043 3.367.354 3.379.205 3.173.595 3.192.461 Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 1.826.850 2.161.266 2.735.198 2.803.177 2.815.028 3.008.053 3.026.919 10 und 17) Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 22 1.826.850 2.161.266 2.735.198 2.803.177 2.815.028 3.008.053 3.026.919 18 und 21) Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen 26 1.826.850 2.161.266 2.735.198 2.803.177 2.815.028 3.008.053 3.026.919 Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) Aufwendungen aus internen 28 47.302 42.141 58.843 58.101 56.539 56.935 57.329 Leistungsbeziehungen 29 Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) 3.084.249 1.874.151 2.203.408 2.794.041 2.861.278 2.871.567 3.064.988

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

Dezernat III

1.06.02 Jugendarbeit und Familienförderung



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Jugendarbeit und Familienförderung

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* bildet den Landeszuschuss (Kostenart 414200) zur Förderung der offenen Kinder- und Jugendarbeit ab. Bei der Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* handelt es sich um Beiträge (Kostenart 441901) der Teilnehmer zu Veranstaltungen des Jugendamtes.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Hinter der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- /Dienstleistungen* verbergen sich die Kosten der Projektbegleitung "Neuausrichtung Jugendamt" (Kostenart 524904). Die Ansätze der Kontengruppe *Transferaufwendungen* setzen sich im Wesentlichen aus den nachfolgend aufgeführten Kosten (Kostenart 531900) zusammen:

Förderung der offenen Kinder und Jugendarbeit

Zuschüsse zu Freizeitmaßnahmen

Weiterleitung der Landesmittel offene Kinder und Jugendarbeit an freie Träger

Zuschuss zu den Personal- und Sachkosten der Erziehungsberatungsstellen

Betriebskostenzuschuss Jugendzeltplatz

Personalkostenzuschüsse für die verbandliche Jugendarbeit

Zuschüsse zu Materialien für die Jugendarbeit

Grundförderung für Mitgliedsverbände des Kreisjugendrings

Zuschuss zum Kreisjugendring

Zuschuss zur Eingliederung Jugendlicher in das Berufsleben

Bildungsveranstaltungen

Betriebskostenzuschuss zu Familienbildungsstätten

Gruppenveranstaltungen mit deutschen und ausländischen jungen Menschen

Gruppenveranstaltungen mit behinderten Kindern

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

1.06.02 Jugendarbeit und Familienförderung



Dezernat III

Darüber hinaus werden hier anfallende Projektkosten sowie Kosten für Veranstaltungen durch das Kreisjugendamt und im Rahmen des Jugendschutzes
veranschlagt. Hinzu kommen Aufwendungen für jugendpflegerische Betreuung im Rahmen der Jugendsozialarbeit (PSP 1.06.02.02, Kostenart 533490) sowie für
Maßnahmen der Elternbildung (PSP 1.06.02.03, Kostenart 533490). Zu den <i>Sonstige ordentliche Aufwendungen</i> gehören anteilige Geschäftsaufwendungen
(Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf
Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der <i>Internen Leistungsverrechnungen</i> werden anteilige
Umlagen (z.B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

Dezernat III

1.06.02 Jugendarbeit und Familienförderung



	Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2019	
2	Zuwendungen und allgemeine + Umlagen	-209.829	-161.042	-581.345	-559.677		-559.677	-161.042	-161.042
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-970	-4.500	-4.500	-4.500		-4.500	-4.500	-4.500
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen		-15.000	-15.000	-15.000		-15.000	-15.000	-15.000
9	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-210.799	-180.542	-600.845	-579.177		-579.177	-180.542	-180.542
10	- Personalauszahlungen	511.533	451.551	550.819	557.595		563.170	568.803	574.490
12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	11.280	30.000	30.000	30.000		30.000	30.000	30.000
14	- Transferauszahlungen	1.325.955	1.618.127	2.452.992	2.503.324		2.506.453	2.292.092	2.302.092
15	- sonstige Auszahlungen	2.985							
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.851.752	2.099.678	3.033.811	3.090.919		3.099.623	2.890.895	2.906.582
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.640.953	1.919.136	2.432.966	2.511.742		2.520.446	2.710.353	2.726.040

Haushaltsplan 2015/2016 1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe verantwortlich: 1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien OBERBERGISCHER KREIS Dezernat III **DER LANDRAT** In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst: Beschreibung 1.06.03.01 Hilfen zur Erziehung und sonst. Hilfen 1.06.03.01.01 Institutionelle Erziehungsberatung 1.06.03.01.02 Soziale Gruppenarbeit 1.06.03.01.03 Erziehungsbeistandschaft 1.06.03.01.04 Sozialpädagogische Familienhilfe 1.06.03.01.05 Erziehung in einer Tagesgruppe 1.06.03.01.06 Vollzeitpflege 1.06.03.01.07 Unterbringung in Heimen / sonstigen betreuten Wohnformen 1.06.03.01.08 Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung 1.06.03.01.09 Gemeinsame Wohnformen für (werdende) Mütter oder Väter und Kinder 1.06.03.01.10 Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche 1.06.03.01.11 Flexible erzieherische Hilfe 1.06.03.02 Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen 1.06.03.03 Beratungsangebote 1.06.03.04 Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren 1.06.03.05 Unterhaltsvorschussleistungen, Amtspflegschaft und -vormundschaft Auftragsgrundlage Ziele Zielgruppen

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien



1.06.03.01

Dezernat III

Hilfen zur Erziehung und sonstige Hilfen

Beschreibung

Hilfe in gemeinsamen Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder, Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfen für seelisch behinderte junge Menschen und Hilfen für junge Volljährige sind individuell ausgerichtete Leistungsangebote für junge Menschen und Personensorgeberechtigte zur Überwindung individueller Problemlagen. Es besteht ein Rechtsanspruch auf die Gewährung notwendiger und geeigneter Leistungen, sofern

eine dem Wohl des jungen Menschen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist

bzw.

ohne besondere Förderung eine altersgerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben verhindert wird

bzw.

Einschränkungen in der Persönlichkeitsentwicklung und der Fähigkeit ein selbständiges Leben zu führen, die individuelle Situation eines jungen Volljährigen kennzeichnen bzw.

Alleinerziehende während der Schwangerschaft bzw. mit einem unter 6jährigen Kind, aufgrund ihrer eigenen Persönlichkeitsentwicklung den durch die Elternverantwortung entstehenden Anforderungen nicht gerecht werden. Die Inanspruchnahme der Hilfe erfolgt auf freiwilliger Basis und impliziert die durchgängige und partnerschaftliche Zusammenarbeit aller am Hilfeprozess Beteiligten (Hilfeplanung). Hilfen werden in familienunterstützender,

familienergänzender bzw. familienersetzender Form durch ausgebildete Fachkräfte angeboten. Konkrete Beschreibungen der einzelnen Hilfeformen sind den Teilprodukten zu entnehmen.

<u>Auftragsgrundlage</u>

SGB VIII, hier insbesondere §§ 19, 27, 28 bis 35, 35a und 41 i.V.m. § 36 sowie § 80

Haushaltsplan 2015/2016 verantwortlich: Dezernat III Ziele Im Interess und rechtzeitig Die Hilfen erhält die indi Schutz bzw. di Alle Hilfen Adressaten we Grundsatz, die und eine Verän

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien



Im Interesse einer fachlichen, wirtschaftlichen und bedarfsorientierten Leistungserbringung werden Hilfen rechtmäßig und rechtzeitig angeboten, geplant und durchgeführt.

Die Hilfen zielen auf die Überwindung der zur Gewährung der Leistung führenden Problemlagen ab. Die Zielgruppe erhält die individuell erforderliche Unterstützung und Entlastung. Kinder und Jugendliche erhalten den notwendigen Schutz bzw. die ihrem Wohl entsprechende Erziehung.

Alle Hilfen sind gekennzeichnet durch ihren ganzheitlichen, system-, lebenswelt- und alltagsorientierten Ansatz. Die Adressaten werden dabei unterstützt, ihr Leben eigen- und selbständig zu gestalten. Alle Hilfen orientieren sich an dem Grundsatz, die Selbsthilfekräfte, Ressourcen und Kompetenzen der Zielgruppe zu stabilisieren, stärken und aufzubauen und eine Veränderung der festgestellt unterstützungsbedürftigen Lebenssituation zu erreichen.

Sofern eine familienersetzende Hilfe einzuleiten ist, soll die Unterbringung in einer Vollzeitpflegestelle Vorrang vor der Unterbringung in einer Heimeinrichtung haben.

Die Anzahl der Vollzeitpflegestellen soll ausgebaut werden.

Pflegeeltern sollen durchgehend qualifiziert und fachlich begleitet werden.

Hilfen sollen so frühzeitig wie möglich geleistet werden. Auf die engmaschige Vernetzung der verschiedenen, mit Kindern und Jugendlichen tätigen Institutionen, Personen und Einrichtungen ist hinzuarbeiten. Der Aufbau und Ausbau funktionierender Präventionsstrukturen (Soziale Frühwarnsysteme) wird vorangetrieben.

Kinder und Jugendliche, für die im konkreten Einzelfall eine ihrem Wohl entsprechende Erziehung und Entwicklung ohne sozialpädagogische Hilfe nicht gewährleistet werden kann.

Schwangere, Eltern, Erziehungsberechtigte bzw. verantwortlich an der Erziehung beteiligte Personen, die eine dem Wohl des jungen Menschen entsprechende Erziehung ohne sozialpädagogische Hilfe nicht gewährleisten können.

Seelische behinderte oder von einer seelischen Behinderung bedrohte Kinder und Jugendliche, die ohne diese Hilfe nicht ihrem Alter entsprechend am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Junge Volljährige zwischen 18 bis unter 21 Jahren, in besonderen Ausnahmefällen auch älter, die, bezogen auf ihre Autonomiefähigkeit bzw. Persönlich- und Selbständigkeit einen zeitlich begrenzten Unterstützungsbedarf haben.

<u>Zielgruppen</u>

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien



1.06.03.01.01

Dezernat III

Institutionelle Erziehungsberatung

Beschreibung

Erziehungsberatung ist als eigenständige ambulante Hilfeform in § 28 SGB VIII benannt. Jungen Menschen, Eltern und anderen Personensorgeberechtigten soll Unterstützung bei der Klärung und Bewältigung individueller und familienbezogener Probleme und der zugrundeliegenden Faktoren ebenso angeboten werden wie bei der Lösung von Erziehungsfragen sowie in belastenden Lebenssituationen oder besonderen Lebenskrisen (z. B. Trennung, Scheidung).

Erziehungsberatung setzt das Zusammenwirken von Fachkräften verschiedener Disziplinen in einem Team voraus. Zu den wichtigsten Fachrichtungen zählen: Psychologie, Sozialarbeit/Sozialpädagogik, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie, Medizin, Pädagogik und Heilpädagogik. Die Fachkräfte müssen mit unterschiedlichen methodischen Ansätzen vertraut sein.

Integrative psychologische Diagnostik, Beratung oder Therapie, symptom- und/oder problemzentriert bzw. lösungsorientiert mit individuell und aktuell bedarfsangepassten, variabel kombinierten, zeitlich flexibel eingesetzten diagnostischen, beraterischen, therapeutischen, unterstützenden Verfahren und Methoden in fachübergreifender Zusammenarbeit im Team und wechselseitiger Supervision. Einbeziehung des sozialen Umfelds und Kooperation mit psychosozialen, medizinischen und anderen Fachkräften. Übernahme der im Rahmen der Hilfeplanung zugeteilten Aufgaben.

Die Inanspruchnahme von Erziehungsberatung ist freiwillig, kostenfrei und vertraulich. Erziehungsberatung ist für Ratsuchende unmittelbar zugänglich und kann von diesen auch direkt und ohne Antragstellung in Anspruch genommen werden. Diese gewollte Niederschwelligkeit unterscheidet die Erziehungsberatung von den anderen Hilfeformen.

Erziehungsberatung kann allerdings auch im Rahmen eines Hilfeplanverfahrens vom Jugendamt als geeignete Hilfe vermittelt werden.

Erziehungsberatung orientiert sich an der konkreten Lebenssituation der Rat Suchenden sowie deren Ressourcen und setzt damit ein gewisses Selbsthilfepotential der Familie voraus.

<u>Auftragsgrundlage</u>

Ziele Ziele der Erziehungsberatung sind Stärkung bzw. Förderung der elterlichen Erziehungskompetenz und der Entwicklung des jungen Menschen zu ein eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit unter Stärkung der Selbsthilferessourcen. Aufhebung bzw. Reduzierung von Lernschwierigkeiten, Verhaltensauffälligkeiten und Entwicklungsdefiziten oder —störungen sowie damit zusammenhängender psychosomatischer Beschwerden eines jungen Menschen Hilfen bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen in Familien frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten Sicherung des Kindeswohls Zielgruppen Erziehungsberatung ist ein Angebot für Eltern oder Elternteile, alleinerziehende Mütter oder Väter sowie sonstige Erziehungsberechtigte bzwerantwortlich an der Erziehung beteiligte Personen und/oder Bezugspersonen mit Umgangsrecht, denen die elterlick Sorge nicht zusteht.	Haushaltsplan 201 verantwortlich:	1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien
Stärkung bzw. Förderung der elterlichen Erziehungskompetenz und der Entwicklung des jungen Menschen zu ein eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit unter Stärkung der Selbsthilferessourcen. Aufhebung bzw. Reduzierung von Lernschwierigkeiten, Verhaltensauffälligkeiten und Entwicklungsdefiziten oder —störungen sowie damit zusammenhängender psychosomatischer Beschwerden eines jungen Menschen Hilfen bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen in Familien frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten Sicherung des Kindeswohls Zielgruppen Erziehungsberatung ist ein Angebot für Eltern oder Elternteile, alleinerziehende Mütter oder Väter sowie sonstige Erziehungsberechtigte bz verantwortlich an der Erziehung beteiligte Personen und/oder Bezugspersonen mit Umgangsrecht, denen die elterlick Sorge nicht zusteht.	Dezernat III	OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
für Eltern oder Elternteile, alleinerziehende Mütter oder Väter sowie sonstige Erziehungsberechtigte biz verantwortlich an der Erziehung beteiligte Personen und/oder Bezugspersonen mit Umgangsrecht, denen die elterlic Sorge nicht zusteht.	<u>Ziele</u>	Stärkung bzw. Förderung der elterlichen Erziehungskompetenz und der Entwicklung des jungen Menschen zu eine eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit unter Stärkung der Selbsthilferessourcen. Aufhebung bzw. Reduzierung von Lernschwierigkeiten, Verhaltensauffälligkeiten und Entwicklungsdefiziten oder –störungen sowie damit zusammenhängender psychosomatischer Beschwerden eines jungen Menschen Hilfen bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen in Familien frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten
Kinder, Jugendliche und junge Volljahrige sowie deren Familien (einschließlich Pflegefamilien) MultiplikatorInnen in anderen psychosozialen Einrichtungen und Diensten	<u>Zielgruppen</u>	für Eltern oder Elternteile, alleinerziehende Mütter oder Väter sowie sonstige Erziehungsberechtigte bzw verantwortlich an der Erziehung beteiligte Personen und/oder Bezugspersonen mit Umgangsrecht, denen die elterlich Sorge nicht zusteht. Kinder, Jugendliche und junge Volljährige sowie deren Familien (einschließlich Pflegefamilien)

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

Dezernat III

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien



1.06.03.01.02

Soziale Gruppenarbeit

Beschreibung

Soziale Gruppenarbeit ist als eigenständige ambulante Hilfeform in § 29 SGB VIII benannt und soll älteren Kindern und Jugendlichen bei der Überwindung von Entwicklungs- und Verhaltensproblemen helfen. Soziale Gruppenarbeit steht für eine zeitlich befristete oder auch fortlaufende Betreuung von Minderjährigen, die auf der Grundlage eines gruppenpädagogischen Konzepts die Entwicklung älterer Kinder und Jugendlicher durch soziales Lernen in der Gruppe fördert. Soziale Gruppenarbeit kann auch im Rahmen erlebnispädagogischer Projekte erfolgen, die i. d. R. für eine kurze Dauer (mehrtägig bis ein halbes Jahr), laufen. Die Gruppenarbeit kann durch Fahrten und Wochenendseminare ergänzt werden. Angebote begleitender Elternarbeit flankieren die Arbeit mit dem jungen Menschen.

Soziale Gruppenarbeit wird von Fachkräften durchgeführt, die über eine sozialpädagogische Qualifikation verfügen. Die Arbeit wird dokumentiert und ausgewertet.

<u>Auftragsgrundlage</u>

Ziele

Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit

Stärkung der Selbsthilferessourcen

Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen

Aufhebung bzw. Reduzierung von Verhaltensproblemen und Entwicklungsschwierigkeiten

Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und -krisen

frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten

Sicherung des Kindeswohls

<u>Zielgruppen</u>

Soziale Gruppenarbeit ist ein Angebot

für ältere Kinder (ca. 12-14 Jahre) und Jugendliche, die bereit sind, sich auf das Angebot einzulassen. Die jungen Menschen fallen im Wesentlichen durch ihr Verhalten in Gruppen auf. Die bestehenden Probleme basieren im Wesentlichen auf Mängeln in der individuellen und sozialen Handlungsfähigkeit. Das familiäre Beziehungsnetz ist ausreichend tragfähig um einen Verbleib des jungen Menschen in der Familie zu ermöglichen. Da Kinder und Jugendliche vielfach als Symptomträger fungieren, ist die Mitwirkung von Eltern gewünscht.

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien



1.06.03.01.03

Dezernat III

Erziehungsbeistandschaft

Beschreibung

Die Erziehungsbeistandschaft ist als eigenständige ambulante Hilfeform in § 30 SGB VIII benannt und soll Kindern und Jugendlichen bei der Bewältigung von Entwicklungsproblemen möglichst unter Einbeziehung des sozialen Umfelds helfen sowie unter Erhaltung des Lebensbezugs der Familie ihre Verselbständigung fördern. Die Hilfe wird durch pädagogische Fachkräfte mit einem abgeschlossenen Studium geleistet. Die Arbeit verläuft zumeist im Kontakt mit den beteiligten Familienmitgliedern, den jungen Menschen bzw. im Kontakt mit den jungen Menschen und seinen Bezugspersonen (z.B. Schule, Arbeitsumfeld). Gruppenarbeitsformen sind ebenfalls denkbar.

Auftragsgrundlage

Ziele

Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit

Stärkung der Selbsthilferessourcen

Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen und Bezüge des jungen Menschen

Klärung der bzw. Entwicklung und Stabilisierung einer positiven Beziehung zwischen Eltern/-teilen und jungem Menschen

Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und -krisen

Klärung von schulischen Probleme des jungen Menschen

frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten

Sicherung des Kindeswohls

Verselbständigung älterer Minderjähriger

Zielaruppen

Die Erziehungsbeistandschaft ist ein Angebot, dass vorrangig auf die Unterstützung von

Kindern und Jugendlichen zwischen 9 und 16 Jahren ausgerichtet ist. Das familiäre Leben dieser jungen Menschen ist durch tiefgreifende Probleme auf der Eltern-Kind-Ebene geprägt, Defizite im Sozialisationsverlauf und/oder soziale Auffälligkeiten, Anpassungsschwierigkeiten bzw. Anzeichen für Verwahrlosung sind erkennbar. Der familiäre Rahmen erscheint ausreichend tragfähig bzw. der junge Mensch ist zu einer eigenständigen Lebensführung fähig. Das soziale

Umfeld lässt sich in die Hilfe einbeziehen.

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

Dezernat III

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien



1.06.03.01.04

Sozialpädagogische Familienhilfe

Beschreibung

Die Sozialpädagogische Familienhilfe ist als eigenständige ambulante Hilfeform in § 31 SGB VIII benannt und soll durch intensive Betreuung und Begleitung von Familien Eltern in ihren Erziehungsaufgaben, bei der Bewältigung von Alltagsproblemen, der Lösung von Konflikten und Krisen sowie im Kontakt mit Ämtern und Institutionen unterstützen und Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Sozialpädagogische Familienhilfe ist auf die Bearbeitung spezifischer Problemlagen ausgerichtet und bindet die Ressourcen der Familie/einzelner Familienmitglieder bewusst ein. Die Betreuung und Begleitung der Hilfesuchenden findet überwiegend im privaten Lebensbereich der Familie statt, d. h. zumeist im Kontakt mit den beteiligten Familienmitgliedern, den jungen Menschen bzw. im Kontakt mit den jungen Menschen und seinen Bezugspersonen (Schule, Arbeitsumfeld, etc.). Gruppenarbeitsformen sind ebenfalls denkbar.

Sozialpädagogische Familienhilfe erfolgt über beratende Gespräche, modellhaftes Handeln und praktische Hilfe. Aufgabenschwerpunkte ergeben sich etwa für die Bereiche Erziehungs-, Partner und/oder Einzelberatung, Anleitung bei der Haushaltsarbeit, Unterstützung bei der materiellen Lebenssicherung, (Freizeit)Aktivitäten mit Eltern und Kindern.

Sozialpädagogische Familienhilfe wird durch Fachkräfte mit einer Berufsqualifikation in sozialen/sozialpädagogischen/sozialarbeiterischen Ausbildungsgängen, die sie für das Handeln in einem/mehreren Arbeitsbereichen der Jugendhilfe befähigt, durchgeführt.

Auftragsgrundlage

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

Dezernat III

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien



Ziele

Sicherung des Kindeswohls

Erhalt der Familie

Aufbau der (neuerlichen) Fähigkeit der Familie zur Problemlösung und Alltagsbewältigung

(Wieder)Herstellung der elterlichen Handlungs- und Erziehungskompetenzen

Stärkung des Selbsthilfepotentials der Familie

Lösen von Konflikten und Krisen

Unterstützung bei der (Neu)Orientierung von Familien in Umbruchsituationen

Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen und Bezüge der Familie bzw. einzelner Familienmitglieder

frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten

Diese Ziele werden i.d.R. durch die Umsetzung von Teilzielen erreicht, wie etwa

Strukturierung des Alltags

Aufbau und Stärkung des Selbstvertrauens der Beteiligten Aufbau und Stärkung von Problemlösungskompetenzen

Erlernen notwendiger Grenzsetzung (auf der Erwachsenen-, Geschwister- und/oder Eltern-Kind-Ebene)

Veränderung des Kommunikations- und Interaktionsverhalten zwischen den Familienmitgliedern sowie im Rahmen

der Außenbeziehungen

Klärung finanzieller Notlagen

Förderung des Gesundheitsbewusstseins

<u>Zielgruppen</u>

Die Sozialpädagogische Familienhilfe ist vorrangig ein Angebot für

Familien, d.h. Lebensgemeinschaften mit einem Kind oder mehreren Kindern, deren Lebenssituation durch vielfältige familiäre Probleme, weniger durch Verhaltensauffälligkeiten junger Menschen selbst, geprägt ist. Aufgrund der belasteten Situation können Eltern das Wohl ihrer Kinder (Versorgung, Erziehung, Bildung) ohne Unterstützung nicht gewährleisten. Die Hilfeform eignet sich besonders für Familien in akuten Einzelkrisen, beim Tod eines Partners, bei Trennung, besonderen Schwierigkeiten mit Kindern und/oder bei Problemen alleinerziehender Elternteile.

Die familiäre Situation ist häufig durch beengte Wohnverhältnisse, ein problematisches Umfeld, Langzeitarbeitslosigkeit, Verschuldung, etc. zusätzlich belastet. Oftmals empfinden sich Familien ausgegrenzt, leben isoliert.

Junge Menschen zeigen oft verschiedene Auffälligkeiten, beispielsweise Schulverweigerung und Lernproblemen, Entweichungen, aggressives Verhalten, Isolationstendenzen, Delinquenz, Entwicklungsverzögerungen, etc.

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

Dezernat III

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien



1.06.03.01.05

Erziehung in einer Tagesgruppe

Beschreibung

Die Erziehung in einer Tagesgruppe ist als eigenständige teilstationäre Hilfeform in § 32 SGB VIII benannt. Die Entwicklung junger Menschen soll mit der Aufnahme in einer Tagesgruppe durch soziales Lernen in der Gruppe, Begleitung der schulischen Förderung und Elternarbeit unterstützt und der Verbleib des jungen Menschen in seiner Familie gesichert werden.

Erziehung in Tagesgruppen wird i.d.R. in alters- und geschlechtsgemischten Gruppen umgesetzt, in einem geschützten Rahmen können auch geschlechtsspezifische Angebote vorgehalten werden. Der Besuch einer Tagesgruppe erfolgt i.d.R. täglich und im Anschluss an den Schulbesuch. Die Tagesgruppenerziehung kann mit einem besonderen Schwerpunkt erfolgen (z.B. heilpädagogische Ausrichtung). Spezielle Freizeitunternehmungen werden ebenso angeboten wie Ferienfahrten. Die Arbeit mit dem jungen Menschen erfolgt in der Gruppe (sozialpädagogische Gruppenarbeit) und im Rahmen von Einzelförderung. Die Gruppengröße umfasst i.d.R. maximal 8 bis 10 Plätze. Der Betreuungsschlüssel liegt i.d.R. zwischen 1:3 und 1:5. Es erfolgt eine intensive Elternarbeit, die zumeist im Rahmen von Hausbesuchen, Elternnachmittagen bzw. Gesprächen mit einzelnen Elternpaaren wahrgenommen wird. Es besteht i.d.R. ein intensiver Austausch mit der vom jungen Menschen besuchten Schule.

Erziehung in einer Tagesgruppe wird durch Fachkräfte mit einer formal abgeschlossenen Berufsqualifikation in sozialen/sozialpädagogischen/sozialarbeiterischen Ausbildungsgängen, die sie für das Handeln in Arbeitsbereichen der Jugendhilfe befähigt, durchgeführt. Fortbildung und Supervision werden als notwendiger und verbindlicher Bestandteil der Arbeit gesehen.

<u>Auftragsgrundlage</u>

Haushaltsplan 2015/2016	1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
verantwortlich:	1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien
Dezernat III	OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
Ziele Pe	Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen ersönlichkeit Stärkung der Selbsthilferessourcen von Klienten Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen Entwicklung und Stärkung schulischer Kompetenzen Aufarbeitung bestehender Entwicklungsrückstände Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen Verbesserung und Stabilisierung der Beziehungen zwischen Eltern und Kindern Entwicklung und Stärkung erzieherischer Kompetenzen auf der Elternebene frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten Sicherung des Kindeswohls
füi de vie	ziehung in einer Tagesgruppe ist ein Angebot r Kinder und Jugendliche (meist in schulpflichtigem Alter), die sich in belastenden Lebenssituationen befinden und eren Entwicklung gefährdet ist bzw. dauerhaft Schaden zu nehmen droht. Die jungen Menschen sind in ihrem Umfeld elfach nicht ausreichend integriert, zeigen Verhaltensauffälligkeiten und haben schulische Probleme. Die Eltern sind ereit, sich in die Maßnahme einbeziehen zu lassen und aktiv mitzuwirken.

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

Dezernat III

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien



1.06.03.01.06

Vollzeitpflege

Beschreibung

Die Vollzeitpflege ist als eigenständige Hilfeform in § 33 SGB VIII benannt. Unter Vollzeitpflege wird die Unterbringung, Betreuung und Erziehung eines jungen Menschen über Tag und Nacht außerhalb des Elternhauses, also "in einer anderen Familie" verstanden. Der Begriff "andere Familie" ist flexibel zu definieren. Jugendhilfe orientiert sich bei der Auswahl von Pflegepersonen an den Bedürfnissen des jungen Menschen, d.h. der Familienbegriff wird nicht "traditionell" definiert. Auch unverheiratete Paare, Einzelpersonen oder alternative Haushaltsgemeinschaften können als Pflegestelle Anerkennung finden, sofern die für den Einzelfall notwendige Erziehungsarbeit gewährleistet werden kann. Befinden sich mehr als fünf Kinder in einer Pflegestelle, ist i. d. R. nicht mehr von Vollzeitpflege, sondern der Betreuung in einer Einrichtung auszugehen.

Über die Vollzeitpflege im Sinne des § 33 SGB VIII wird eine, wenn auch im Einzelfall nicht zwingend durchgängige, sozialpädagogische Betreuung angeboten. Das Jugendamt ist jederzeit und regelmäßig über den Erziehungsprozess informiert.

Vollzeitpflege lässt sich, je nach Dauer und Zielsetzung, in drei verschiedene Formen unterteilen:

Unter Kurzzeitpflege sind solche Pflegeverhältnisse zu verstehen, in denen die Versorgung und Erziehung eines jungen Menschen, bei befristetem, maximal zwei Monate dauernden, Ausfall der Herkunftsfamilie, von einer Pflegefamilie übernommen wird. Grund der Aufnahme kann auch eine Krisen- und/oder Notsituation sein, die es erforderlich macht, den jungen Menschen aus seinem gewohnten Umfeld herauszunehmen und ihm für die Dauer der perspektivischen Abklärung Schutz und Versorgung zu sichern.

Unter Übergangspflege sind Pflegeverhältnisse zu verstehen, die für einen unbestimmten, befristeten Zeitraums die Erziehung und Versorgung junger Menschen sicherstellen, deren Herkunftsfamilie hierzu nicht in der Lage ist, jedoch auch im weiteren die Verantwortung für den jungen Menschen wahrnehmen will und könnte. Hier ist die Kooperation zwischen Herkunfts- und Pflegefamilie zum Wohle des jungen Menschen unabdingbar. In der Regel erhält die Herkunftsfamilie zusätzliche Hilfe. Die Ablösung des jungen Menschen aus seinen bisherigen Bezügen heraus ist nicht beabsichtigt.

Unter *Dauerpflege* sind konstante Pflegeverhältnisse zu verstehen. Eine Rückkehr des jungen Menschen zur Herkunftsfamilie ist, aus unterschiedlichen Gründen heraus, nicht in Betracht zu ziehen. Dem jungen Menschen wird mit dieser Form der Pflege quasi eine "Ersatzfamilie" angeboten.

Die Grenzen zwischen den benannten Formen sind fließend, orientieren sich insbesondere am Verlauf der Entwicklung in der Herkunftsfamilie bzw. des jungen Menschen.

Pflegestellen werden, vor Aufnahme eines jungen Menschen, seitens des Jugendamtes auf ihre Eignung hin überprüft und während einer laufenden Vollzeitpflege kontinuierlich beraten und begleitet.

Haushaltsplan 2015/2016 verantwortlich:

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien



Dezernat III

Vollzeitpflege wird auch in professionalisierten Formen (z.B. Erziehungsstellen) angeboten. Jungen Menschen wird in diesem Rahmen eine intensive pädagogische und/oder therapeutische Betreuung angeboten. Die Pflegepersonen weisen i.d.R. eine pädagogische Qualifikation auf.

Auftragsgrundlage

Ziele

Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit

altersgerechte Förderung des jungen Menschen Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen Entwicklung und Stärkung schulischer Kompetenzen

Aufhebung bzw. Reduzierung von Verhaltensproblemen und Entwicklungsschwierigkeiten

Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und -krisen

Verbesserung und Stabilisierung der Beziehungen zwischen Eltern und Kindern bzw. generelle Berücksichtung persönlicher Bindungen des jungen Menschen

bei beabsichtigter Rückführung, Entwicklung und Stärkung erzieherischer Kompetenzen in der Herkunftsfamilie

im Rahmen der *Dauerpflege*, Integration in die Pflegefamilie sowie die Förderung von Bindungs- und Beziehungsfähigkeit

frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten

Sicherung des Kindeswohls

Zielgruppen

Vollzeitpflege ist ein Angebot

für Kinder und Jugendliche, die aus den unterschiedlichsten Gründen heraus, vorübergehend oder auf Dauer, nicht in ihrer Herkunftsfamilie leben können. Der Schwerpunkt der bestehenden Probleme kann sich in ungünstigen familiären Lebensbedingungen ebenso finden wie in familiärem Konfliktniveau und/oder Verhaltensauffälligkeiten des jungen Menschen. Es besteht ein erzieherischer Bedarf, der durch die leiblichen Eltern des jungen Menschen nicht erfüllt wird/werden kann.

AntragstellerInnen sind zur Kooperation mit dem Jugendamt bzw. der Pflegestelle bereit. Sofern eine Rückführung anvisiert ist, wird die elterliche Kooperationsbereitschaft vorausgesetzt.

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien



1.06.03.01.07

Dezernat III

Unterbringung in Heimen / sonstigen betreuten Wohnformen

Beschreibung

Die Heimerziehung bzw. Erziehung in einer sonstigen betreuten Wohnform ist als eigenständige stationäre Hilfeform in § 34 SGB VIII benannt. Der junge Mensch wird außerhalb der Familie untergebracht. Die Begriffe Heim bzw. sonstige betreute Wohnform stehen für eine Fülle verschiedener Lebensorte (z.B. größere Einrichtungen mit mehreren Gruppen, Kinderdörfer, familienähnliche Lebensformen, Wohngemeinschaften). Dahinter steht jeweils das Angebot einer intensiven, kontinuierlichen und belastbaren Form des Zusammenlebens in sozialpädagogischen Lebensgemeinschaften mit familiären und/oder gruppenpädagogischen Anteilen. Der Anbieter erstellt individuelle und auf den Einzelfall abgestimmte Förderkonzepte. Durch eine Verbindung von Alltagserleben mit pädagogischen und therapeutischen Angeboten sollen Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung gefördert werden. Besondere Unterstützungsangebote (z.B. heilpädagogische Förderung) werden vorgehalten.

Entsprechend dem Alter und Entwicklungsstand des jungen Menschen sowie den Möglichkeiten zur Verbesserungen der Erziehungsbedingungen in der Familie wird entweder im Rahmen professioneller Eltern- und Familienarbeit auf eine Rückführung hingearbeitet oder die Erziehung in einer anderen Familie vorbereitet. Es kann aber ebenso eine auf längere Dauer angelegte Lebensform geboten sowie die Verselbständigung vorbereitet werden.

Erziehung in einem Heim bzw. einer sonstigen betreuten Wohnform wird durch Fachkräfte mit einer formal abgeschlossenen Berufsqualifikation in sozialen / sozialpädagogischen / sozialarbeiterischen Ausbildungsgängen, die sie für das Handeln in Arbeitsbereichen der Jugendhilfe befähigen, durchgeführt. Fortbildung und Supervision werden als notwendiger und verbindlicher Bestandteil der Arbeit gesehen.

<u>Auftragsgrundlage</u>

Haushaltsplan 2015/2016 1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe verantwortlich: 1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien OBERBERGISCHER KREIS Dezernat III **DER LANDRAT** Ziele Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit Vermittlung lebenspraktischer Kompetenzen Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen Entwicklung und Stärkung schulischer Kompetenzen Schutz und Versorauna Rückführung des jungen Menschen, alternativ dazu Vorbereitung auf das Zusammenleben mit einer anderen Familie bzw. Angebot eines "Familienersatzes" Aufhebung bzw. Reduzierung von Verhaltensproblemen und Entwicklungsschwierigkeiten Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und -krisen Verbesserung und Stabilisierung der Beziehungen zwischen Eltern und Kindern Entwicklung und Stärkung erzieherischer Kompetenzen Sicherung des Kindeswohls Zielgruppen Heimerziehung bzw. Erziehung in einer sonstigen betreuten Wohnform sind Angebote für Kinder und Jugendliche, die aus den unterschiedlichsten Gründen heraus für einen kurzen oder auch längeren Zeitraum nicht in ihrer Familie leben können. Der Schwerpunkt der bestehenden Probleme kann sich in ungünstigen familiären Lebensbedingungen ebenso finden wie in erheblichem familiären Konfliktniveau und/oder Verhaltensauffälligkeiten des jungen Menschen. Eltern sind zur Kooperation mit dem Anbieter bereit. Sofern eine Rückführung anvisiert ist, wird die elterliche Kooperationsbereitschaft vorausgesetzt.

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien



1.06.03.01.08

Dezernat III

Intensive sozialpädagogische Familienhilfe

Beschreibung

Die Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung ist als eigenständige ambulante Hilfeform in § 35 SGB VIII benannt und als nachhaltige Unterstützung für Jugendliche, die sozial nicht ausreichend integriert sind bzw. die ihr Leben nicht eigenverantwortlich führen können, gedacht. Es handelt sich hierbei um ein sehr offenes Angebot, welches weder an tradierte Formen bzw. Institutionen gebunden ist, in ambulanter Form geleistet oder mit einer Wohnhilfe verbunden werden kann, sich letztlich stark an den Bedürfnissen des Einzelfalls ausrichtet.

Die Hilfe wird durch pädagogische Fachkräfte mit einem abgeschlossenen Studium geleistet.

Auftragsgrundlage

Ziele

altersgerechte Förderung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit

(Wieder)Eingliederung in die Gesellschaft

Stärkung der Selbsthilferessourcen

Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen und Bezüge des jungen Menschen

Klärung der bzw. Entwicklung und Stabilisierung einer positiven Beziehung zwischen Eltern/-teilen und jungem Menschen. Begleitung beim Ablöseprozess vom Elternhaus

Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und -krisen, Aufarbeitung negativer oder traumatischer Erfahrungen

Klärung von schulischen, beruflichen Probleme des jungen Menschen bzw. Vorbereitung auf das Berufsleben

Verselbständigung älterer Minderjähriger

<u>Zielgruppen</u>

Die Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung ist ein Angebot, dass sich schwerpunktmäßig an

Jugendliche und junge Volljährige

richtet. Diese fallen durch regelwidriges Verhalten in der Schule, am Arbeitsplatz, in der Öffentlichkeit und/oder ihrer Familie auf. Vielfach waren die jungen Menschen Gewalt und/oder Missbrauch ausgesetzt, stationär untergebracht, haben Drogen konsumiert, sich schulisch verweigert und/oder stehen ihrer Umwelt oft ablehnend gegenüber. Vor dem Hintergrund bereits gemachter Erfahrungen stehen diese jungen Menschen Hilfeleistungen oft skeptisch gegenüber.

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

Dezernat III

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien



1.06.03.01.09

Gemeinsame Wohnformen für (werdende) Mütter oder Väter und Kinder

Beschreibung

"Gemeinsame Wohnformen" für alleinstehende Schwangere bzw. alleinerziehende Elternteile und Kinder sind als eigenständige Hilfeleistung in § 19 SGB VIII beschrieben. Unter "Wohnformen" ist eine Vielzahl an betreuten Wohnmodellen zu verstehen, die sich durch die Unterbringungsform und die Betreuungsintensität deutlich unterscheiden können, immer aber dem pädagogischen Setting eines Trägers zugeordnet sind. Diese Anbindung gewährleistet, dass der Elternteil die im Bedarfsfall notwendige Unterstützung zeitnah erhält.

Auftragsgrundlage

<u>Ziele</u>

Die Hilfe zielt darauf ab, (werdende) Mütter und Väter, die tatsächlich allein für ein Kind bzw. mehrere Kinder, von denen zu Leistungsbeginn mindestens eins unter sechs Jahren alt ist, sorgen und ihrer elterlichen Verantwortung, also der Pflege, d.h. körperlichen und gesundheitlichen Versorgung sowie Ernährung, ebenso wie der Erziehung aufgrund ihrer eigenen Persönlichkeitsentwicklung ohne ergänzende pädagogische Hilfen noch nicht gerecht werden können, in die Lage zu versetzen, ihre Elternrolle autonom wahrnehmen und ihr Leben mit dem Kind selbständig führen zu können. Die (bevorstehende) Geburt eines Kindes ist häufig mit erheblichen persönlichen, familiären, sozialen, emotionalen bzw. finanziellen Problemen verbunden, die zu einer den alleinerziehenden Elternteil überfordernden Situation führen können. Elternteile werden im Rahmen der Hilfe unterstützt, eine schulische/berufliche Ausbildung zu beginnen und/oder fortzuführen. Der Antritt einer Bildungsmaßnahme bzw. Berufstätigkeit führt nicht zwangsläufig zur Einstellung der Hilfegewährung.

Zielaruppen

Die Hilfe beinhaltet die Sicherstellung notwendiger Unterhalts- und Krankenhilfeleistungen.

Gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder sind ein Angebot

für Schwangere und Mütter bzw.

Väter,

die für ein Kind unter 6 Jahren allein Sorge zu tragen haben (werden) oder tatsächlich allein sorgen und gleichzeitig aufgrund ihrer Persönlichkeitsentwicklung dieser Form der Unterstützung bei der Pflege und Erziehung ihrer Kinder bedürfen.

 Kinder unter 6 Jahren, deren alleinerziehender Elternteil aufgrund eigener Persönlichkeitsentwicklungsbedarfe die zu einer gesunden k\u00f6rperlichen, seelischen und geistigen Kindesentwicklung erforderliche Elternverantwortung nicht tragen kann.

Geschwisterkinder, die über 6 Jahre alt sind, werden i.d.R. in die Hilfe miteinbezogen.

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien



1.06.03.01.10

Dezernat III

Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche

Beschreibung

Die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche ist als eigenständige Hilfeform in § 35a SGB VIII benannt. Mit der Hilfe soll einer drohenden seelischen Behinderung begegnet bzw. eine vorhandene seelische Behinderung beseitigt oder gemildert werden. Zudem soll eine drohende Ausgrenzung aus der Gesellschaft verhindert bzw. die Eingliederung in die Gesellschaft ermöglicht werden. Leistungen der Eingliederungshilfe stehen an der Schnittstelle verschiedener Hilfesysteme, z.B. Gesundheitswesen, Schule, Sozialhilfe. Bei der Feststellung des Unterstützungsbedarfs und im Verlauf der Hilfegewährung ist ein interdisziplinäres Zusammenwirken unverzichtbar. Bei der Umsetzung der Maßnahme bedarf es eines ganzheitlichen Hilfeansatzes. Das offene Leistungsspektrum der Eingliederungshilfe ermöglicht eine hohe Flexibilität bei der individuellen Ausgestaltung des Angebotes. Hilfen können in ambulanter, teilstationärer und stationärer Form geleistet werden.

Je nach individuellem Bedarf ergeben sich Kombinationen zwischen verschiedenen Maßnahmen, etwa Angeboten nach § 35a und §§ 28 bis 35, ebenso wie zwischen verschiedenen Trägern, z.B. dem Gesundheitswesen und der Jugendhilfe.

<u>Auftragsgrundlage</u>

<u>Ziele</u>

Ziel der Eingliederungshilfe ist von seelischer Behinderung bedrohten bzw. seelisch behinderten jungen Menschen die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen bzw. zu verbessern.

<u>Zielgruppen</u>

Die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche ist ein Angebot zur Unterstützung von

Kindern und Jugendlichen

in besonderen Fällen auch jungen Volljährigen,

deren seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit mehr als sechs Monate von ihrem alterstypischen Zustand abweicht und deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben insofern beeinträchtigt ist bzw. mit hoher Wahrscheinlichkeit beeinträchtigt sein wird.

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien



1.06.03.01.11

Dezernat III

Flexible erzieherische Hilfe

Beschreibung

Flexible erzieherische Hilfen sind § 27 Abs 2 SGB VIII zuzuordnen. Die damit verbundenen Maßnahmen umfassen alle Hilfen zur Erziehung, die explizit nicht über die §§ 19, 28 bis 35 sowie 35a SGB VIII zu definieren sind.

Flexible erzieherische Hilfen sind auf den konkreten Einzelfall passgenau zugeschnitten. Die Form und Inhalte der jeweiligen Maßnahmen können stark variieren und sind in jedem Fall nicht dem im SGB VIII benannten Standardkatalog erzieherischer Hilfen zuzuordnen.

Flexible erzieherische Hilfen umfassen etwa Maßnahmen, in denen mehrere etablierte Hilfen zur Erziehung nebeneinander gewährt werden bzw. in denen verschiedene Hilfearten ineinander übergehen. Darüber hinaus bietet die Flexibilität der Hilfe Möglichkeiten, neue, individuelle Hilfen, wie sie vielfach aufgrund eines besonderen erzieherischen Bedarfes erforderlich sind, zu entwickeln.

Die Hilfe kann sowohl durch Fachkräfte mit abgeschlossener erzieherischer oder (sozial)pädagogischer Ausbildung als auch geeignete, nicht ausdrücklich sozialpädagogisch ausgebildete, Personen geleistet werden.

<u>Auftragsgrundlage</u>

Ziele

Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit

Stärkung der Selbsthilferessourcen von Klienten Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen Entwicklung und Stärkung schulischer Kompetenzen Aufarbeitung bestehender Entwicklungsrückstände

Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und -krisen

Verbesserung und Stabilisierung der Beziehungen zwischen Eltern und Kindern Entwicklung und Stärkung erzieherischer Kompetenzen auf der Elternebene

frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten

Sicherung des Kindeswohls

Haushaltsplan 2015/201	THE SECOND SECON
verantwortlich: Dezernat III	1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
	Flexible erzieherisch Hilfe ist ein Angebot zur Unterstützung von Eltern oder Elternteilen, Schwangeren, alleinerziehenden Müttern oder Vätern sowie sonstige Erziehungsberechtigten bzw. verantwortlich an der Erziehung beteiligten Personen und/oder Bezugspersonen m Jmgangsrecht, denen die elterliche Sorge nicht zusteht Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen sowie deren Familien (einschließlich Pflegefamilien)

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien



Dezernat III

1.06.03.02 Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen

Beschreibung

In Eil- und Notfällen leitet das Jugendamt zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vorläufige Maßnahmen ein. Im Rahmen der Krisenintervention werden diagnostische wie prognostische Aufgaben seitens des Jugendamtes wahrgenommen.

Fällt der überwiegend betreuende Elternteil aufgrund gesundheitlicher bzw. anderer zwingender Gründen aus und tritt deshalb eine Notsituation bzgl. der Betreuung und Versorgung eines Kindes unter 14 Jahren auf, soll familienbegleitende Unterstützung gewährt werden. Voraussetzung ist, dass das Kindeswohl im familialen Umfeld gesichert ist. Es handelt sich hierbei um eine die elterliche Erziehungsverantwortung unterstützende, nicht ersetzende Leistung der Jugendhilfe.

Im Falle des Bekanntwerdens einer Gefährdungssituation ist im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte abzuwägen, wie ein wirksamer Schutz des Kindes sicherzustellen ist. Personensorgeberechtigte sollen soweit wie möglich einbezogen werden. ist das Familiengericht anzurufen.

Mit Trägern von Einrichtungen und Diensten, die Leistungen nach dem SGB VIII erbringen, sind Vereinbarungen zum Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung zu schließen.

Die Verpflichtung zur Inobhutnahme besteht, wenn das körperliche, geistige oder seelische Wohl des Minderjährigen akut gefährdet ist und die Eltern nicht gewillt bzw. in der Lage sind, die Gefahr abzuwenden. Es liegt eine Gefährdungssituation vor, deren Abwendung keinen Aufschub duldet. Bei der Inobhutnahme handelt es sich um eine hoheitliche Aufgabe. Das Jugendamt nimmt hier das verfassungsrechtlich verankerte Wächteramt wahr, um das Kindeswohl zu sichern.

Minderjährige, die sich in einer akuten Notlage sehen ("Selbstmelder"), sind in Obhut zu nehmen. Gleiches gilt für unbegleitete minderjährige Migranten.

Auftragsgrundlage

§§ 8a, 20 und 42 SGB VIII

Haushaltsplan 2015/2016	1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	\ #0
verantwortlich:	1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien	300
Dezernat III		OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
m S	Umsetzung des staatlichen Wächteramtes zum Schutz von Kindern und Jugendlichen Sicherstellung des Kindeswohls, insbesondere der Betreuung, Versorgung und Erziehung ugendlichen Erhalt des familiären Lebensraumes und Vermeidung von Fremdunterbringungen Vermeidung oder Verhinderung von Kindeswohlgefährdung durch Unterstützung von bzw. erfolg it Fachleuten aus anderen Tätigkeitsfeldern (Auf- und Ausbau flächendeckender, funktionierender N Koordination zur Sicherstellung der notwendigen Fachberatung zur Abschätzung eines Gefährdur Abschluss von Vereinbarungen mit Trägern von Leistungen nach dem SGB VIII zur chutzauftrages gem. § 8a SGB VIII Abbau von Hemmschwellen gegenüber der Institution Jugendamt (Öffentlichkeitsarbeit) verlässliche Kooperation zwischen Jugendhilfe und Polizei Ausbau und Qualifizierung von Bereitschaftspflegestellen Vorhalten zielgruppenspezifischer und geschlechtsspezifischer Angebote (Wieder)Herstellung positiver Lebensbedingungen für Kinder und Jugendliche bzw. zeitnahe Eilfen Rückführung von Kindern und Jugendlichen, sofern das Kindeswohl sichergestellt ist	greicher Kooperatio letzwerkarbeit) ngsrisikos Sicherstellung de
Z ielgruppen K	inder, Jugendliche, Eltern, Träger von Leistungen nach dem SGB VIII	

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien



Dezernat III	DER LANDRAT
1.06.03.03	<u>Beratungsangebote</u>
<u>Beschreibung</u>	Kinder, Jugendliche, Erziehungsberechtigte und sonstige Bezugspersonen erhalten bei der Klärung und Bewältigung individueller, familiärer und sozialer Probleme konkrete Unterstützung in Form von Beratungsangeboten. Beratung ist ein präventives Angebot zur Stärkung der Erziehungskompetenz, zur Förderung der Persönlichkeitsentwicklung und Autonomie. Bei weitergehendem Bedarf kann in Anschlusshilfen vermittelt werden.
	Beratung wird zudem für spezifische Bereiche vorgehalten und in diesem Zusammenhang auf bestimmte Zielgrupper ausgerichtet. Hierunter fallen beispielsweise Adoptionsbewerber, Pflegepersonen, Vormünder, Alleinerziehende, Väte (nichtehelicher) Kinder, Herkunftseltern.
<u>Auftragsgrundlage</u>	Es besteht ein Rechtsanspruch auf Beratungsangebote. Beratung ist niederschwellig zu erreichen und wird kostenfre vorgehalten. Beratungsangebote richten sich auch an Fachkräfte, die mit und für Familien, Kinder und Jugendliche tätig sind. SGB VIII, insbesondere §§ 8, 17, 18, 23, 25, 28, 36, 37, 51, 52a, 53
<u>Ziele</u>	Verhinderung von Krisen bzw. Unterstützung bei der Krisenbewältigung Förderung von Partnerschaften und Familien Befähigung von getrennt lebenden/geschiedenen Eltern zur Ausübung der gemeinsamen elterlichen Sorge bzw einvernehmlichen Regelung des Umgangs Vermeidung kostenintensiver erzieherischer Hilfen Ratsuchende sollen ihre eigenen Ressourcen besser wahrnehmen, umsetzen und weiterentwickeln lernen (Wieder)Herstellung der Fähigkeit Ratsuchender zur selbständigen Lösung von Konflikten Sicherstellen niederschwellig erreichbarer und kostenfreier Unterstützung Verbesserung der Fach- und Handlungskompetenzen von Fachkräften Ausbau bedürfnisorientierter, passgenauer Beratungsangebote Enge Vernetzung und Abstimmung aller im Sinne des SGB VIII tätigen beratenden Stellen Erfüllung des Rechtsanspruches auf Beratung (in spezifischen Lebenslagen)
<u>Zielgruppen</u>	Kinder und Jugendliche, junge Volljährige, Erziehungsberechtigte, sonstige Bezugspersonen, Fachkräfte, die mit und für junge Menschen und Familien tätig sind

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien



1.06.03.04

Dezernat III

Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren

Beschreibung

Das Jugendamt wirkt in allen Verfahren vor dem Vormundschafts- und dem Familiengericht mit, die die Personensorge von Kindern und Jugendlichen betreffen. Des weiteren werden alle gerichtlichen Maßnahmen, die im Interesse des Kindeswohls vorgesehen bzw. getroffen werden können, unterstützt.

Im Rahmen der Annahme als Kind (Adoption) hat das Jugendamt auch die Belehrungspflicht bezogen auf einen Teil der Gründe, die zu einer Ersetzung der Einwilligung in die Adoption führen können.

Jugendliche und Heranwachsende bis zum 21. Lebensjahr, die wegen einer Straftat angeklagt werden, werden während des gesamten jugendstrafrechtlichen Verfahrens begleitet. Es ist frühzeitig zu prüfen, ob ein erzieherischer Handlungsbedarf besteht und damit die Inanspruchnahme von Jugendhilfeleistungen in Betracht zu ziehen ist.

Die Jugendgerichtshilfe bringt erzieherische und soziale Aspekte in das Verfahren ein. Benachteiligungen junger Menschen sollen verhindert bzw. abgebaut werden. Angeordnete Weisungen und Auflagen werden ggfl. eingeleitet bzw. begleitet.

Das Jugendamt wird als Träger eigener, sich aus dem SGB VIII ergebender Aufgaben tätig und hat dabei eine eigenständige Position gegenüber dem Gericht. Das Jugendamt übernimmt die soziale, nicht aber juristische Anwaltschaft zugunsten junger Menschen und ihrer Familien.

<u>Auftragsgrundlage</u>

§§ 8a, 18(3), 50 bis 52 SGB VIII; Bürgerliches Gesetzbuch (BGB); §§ 49 und 49a Gesetz über die Angelegenheiten der

Freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG); Jugendgerichtsgesetz (JGG)

Ziele

Schutz, Förderung und Unterstützung von jungen Menschen und Familien

Förderung der Handlungskompetenz von Eltern, Kindern und Jugendlichen

Steigerung einvernehmlicher von Sorge- und Umgangsregelungen

fachliche Beratung und sachverständige Unterstützung des Familien-, Vormundschafts- bzw. Jugendgerichtes

Auf- und Ausbau verlässlicher Kooperationen von Jugendhilfe und Justiz im Interesse gefährdeter und straffällig gewordener junger Menschen

Ausbau und Optimierung präventiver, verfahrensbegleitender und nachgehender Leistungen unter Einbindung geeigneter Netzwerkpartner

Ausbau wirksamer Leistungen der Jugendhilfe als Alternative zu strafrechtlichen Vergeltungsmaßnahmen / Steigerung der Diversion

Zielgruppen

Kinder und Jugendliche, junge Volljährige bis 21 Jahren, Personensorgeberechtigte

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien



1.06.03.05

Dezernat III

Unterhaltsvorschussleistungen, Amtspflegschaft und -vormundschaft

Beschreibung

Sofern Eltern zur Ausübung der elterlichen Sorge nicht in der Lage sind bzw. kein geeigneter Einzelvormund vorhanden ist, wird dem Jugendamt durch Beschluss des Vormundschaftsgerichtes die Ausübung der elterlichen Sorge bzw. Teilbereichen der Sorge übertragen. Das Vormundschaftswesen dient dem Schutz und der Förderung minderjähriger Kinder und Jugendlicher sowie der Wahrnehmung ihrer Rechte. Die gesetzliche Vertretung bzw. von Teilbereichen der gesetzlichen Vertretung wird vom Jugendamt übernommen und geführt. Dabei sind rechtliche und erzieherische Defizite im Verhältnis zwischen Kind und Eltern auszugleichen.

Auf Antrag eines sorgeberechtigten Elternteils wird das Jugendamt für einen bestimmten Wirkungskreis zum Beistand. Die Beistandschaft stellt eine konkrete Hilfe für die Geltendmachung bzw. die Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen dar. Der Beistand vertritt das Kind im Vaterschaftsfeststellungsverfahren. Die elterliche Sorge wird durch eine Beistandschaft nicht eingeschränkt. Der Beistand ist jedoch alleiniger Prozessvertreter für die beantragten Aufgabenbereiche.

Zur wirtschaftlichen Absicherung von Kindern, denen von einer unterhaltspflichtigen Person wegen mangelnder Zahlungsbereitschaft bzw. –fähigkeit kein Unterhalt zukommt, werden Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz gewährt.

<u>Auftragsgrundlage</u>

§§ 52a bis 60, 68, 87c, 87e SGB VIII; 1705 bis 1711 BGB

verantwortlich: Dezernat III Der Schutz und die Förderung minderjähriger Kinder und Jugendlicher und die Wahrnehmung ihrer Rechte sichergestellt. Die rechtliche Vertretung für Kinder und Jugendliche wird fach- und bedarfsgerecht wahrgenommen. Rechtliche und erzieherische Defizite im Verhältnis zwischen Kind und Eltern werden ausgefüllt. Unterstützung der wirtschaftlichen Absicherung von Kindern und Jugendlichen Gerichtliche Verfahren werden durch Beurkundung und Beglaubigung von Willensbekundungen, etwa im Rah Vaterschaftsfeststellung, vermieden. Gewährleistung einer langfristigen und stetigen Beziehung zwischen gesetzlichem Vertreter und Münde anonyme Fallführung) interne Übertragung (von Teilen) des Aufgabenbereiches auf Personen mit besonderen finanzwirtschaftlich steuerrechtlichen Fachkenntnissen und damit Verbesserung der Einkommensüberprüfung Unterhaltsverpflichtete Anwerben, Unterweisen und Begleiten geeigneter Personen, die als Beistand, Pfleger oder Vormund tätig wollen bzw. tätig sind Stärkung der Erziehungsfähigkeit von Eltern, für deren Kinder eine Pflegschaft bzw. Vormundschaft besteht Erweiterung des gesellschaftlichen Bewusstseins bzgl. der Wichtigkeit von Unterhaltsleistungen
Der Schutz und die Förderung minderjähriger Kinder und Jugendlicher und die Wahrnehmung ihrer Rechte sichergestellt. Die rechtliche Vertretung für Kinder und Jugendliche wird fach- und bedarfsgerecht wahrgenommen. Rechtliche und erzieherische Defizite im Verhältnis zwischen Kind und Eltern werden ausgefüllt. Unterstützung der wirtschaftlichen Absicherung von Kindern und Jugendlichen Gerichtliche Verfahren werden durch Beurkundung und Beglaubigung von Willensbekundungen, etwa im Rah Vaterschaftsfeststellung, vermieden. Gewährleistung einer langfristigen und stetigen Beziehung zwischen gesetzlichem Vertreter und Münde anonyme Fallführung) interne Übertragung (von Teilen) des Aufgabenbereiches auf Personen mit besonderen finanzwirtschaftlich steuerrechtlichen Fachkenntnissen und damit Verbesserung der Einkommensüberprüfung Unterhaltsverpflichtete Anwerben, Unterweisen und Begleiten geeigneter Personen, die als Beistand, Pfleger oder Vormund tätig wollen bzw. tätig sind Stärkung der Erziehungsfähigkeit von Eltern, für deren Kinder eine Pflegschaft bzw. Vormundschaft besteht
sichergestellt. Die rechtliche Vertretung für Kinder und Jugendliche wird fach- und bedarfsgerecht wahrgenommen. Rechtliche und erzieherische Defizite im Verhältnis zwischen Kind und Eltern werden ausgefüllt. Unterstützung der wirtschaftlichen Absicherung von Kindern und Jugendlichen Gerichtliche Verfahren werden durch Beurkundung und Beglaubigung von Willensbekundungen, etwa im Rah Vaterschaftsfeststellung, vermieden. Gewährleistung einer langfristigen und stetigen Beziehung zwischen gesetzlichem Vertreter und Münde anonyme Fallführung) interne Übertragung (von Teilen) des Aufgabenbereiches auf Personen mit besonderen finanzwirtschaftlich steuerrechtlichen Fachkenntnissen und damit Verbesserung der Einkommensüberprüfung Unterhaltsverpflichtete Anwerben, Unterweisen und Begleiten geeigneter Personen, die als Beistand, Pfleger oder Vormund tätig wollen bzw. tätig sind Stärkung der Erziehungsfähigkeit von Eltern, für deren Kinder eine Pflegschaft bzw. Vormundschaft besteht
Erweiterung des gesellschaftlichen Bewusstseins bzgl. der Wichtigkeit von Unterhaltsleistungen
Kinder und Jugendliche, in besonderen Fällen auch junge Volljährige; Personensorgeberechtigte und/oder Unterhaltspflichtige in spezifischen Lebenslagen; Alleinerziehende, denen die alleinige elterliche Sorge für den Bezusteht, für den eine Beistandschaft erforderlich ist

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

Dezernat III

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien



Ergebnis Ansatz Ansatz Ansatz Planung Planung Planung Teilergebnisplan 2013 2014 2015 2016 2017 2018 2019 Zuwendungen und allgemeine 2 -128.827 -130.000 -182.000 -182.000 -182.000 -182.000 -182.000 Umlagen 3 Sonstige Transfererträge -4.511.783 -3.070.000 -4.470.000 -4.470.000 -4.470.000 -4.470.000 -4.470.000 Öffentlich-rechtliche 4 -10 -1.000 -1.000 -1.000 -1.000 -1.000 -1.000Leistungsentgelte Kostenerstattungen und 6 -644.713 -813.735 -688.735 -688.735 -688.735 -688.735 -688.735 Kostenumlagen 7 -2.000 -2.000 -2.000 Sonstige ordentliche Erträge -91.819 -1.000 -2.000 -2.00010 Ordentliche Erträge -5.377.152 -4.015.735 -5.343.735 -5.343.735 -5.343.735 -5.343.735 -5.343.735 11 4.375.271 5.054.822 5.604.802 5.586.638 5.642.052 5.697.848 5.754.199 Personalaufwendungen 12 Versorgungsaufwendungen 407.756 420.371 448.252 452.453 456.998 461.598 466.239 Aufwendungen für Sach- und 1.584.874 13 1.257.529 1.556.820 1.556.820 1.556.820 1.556.820 1.574.820 Dienstleistungen 5.175 4.197 8.197 12.872 12.872 12.872 14 Bilanzielle Abschreibungen 15 21.800.063 21.279.700 23.177.000 23.327.000 23.427.000 23.527.000 23.627.000 Transferaufwendungen Sonstige ordentliche 16 403.356 279.626 321.905 326.380 329.669 332.773 336.104 Aufwendungen 28.571.319 31.771.234 17 **Ordentliche Aufwendungen** 28.297.222 31.112.976 31.257.487 31.425.410 31.588.911 Ergebnis der laufenden 18 **= Verwaltungstätigkeit** (= Zeilen 23.194.167 24.281.487 25.769.241 25.913.752 26.081.675 26.245.176 26.427.499 10 und 17) Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 22 23.194.167 24.281.487 25.769.241 25.913.752 26.081.675 26.245.176 26.427.499 18 und 21) Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen 26 23.194.167 24.281.487 25.769.241 25.913.752 26.081.675 26.245.176 26.427.499 Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) Erträge aus internen 27 -80.835 -73.890 -99.846 -100.209 -97.951 -98.476 -99.004 Leistungsbeziehungen

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

Dezernat III

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien



	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
28	- Aufwendungen aus internen - Leistungsbeziehungen	376.524	336.024	451.088	443.148	426.822	429.678	432.590
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	23.489.856	24.543.621	26.120.483	26.256.691	26.410.546	26.576.378	26.761.085

Planerläuterung Teilergebnisplan

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* beinhaltet die (TP 1.06.03.01.01, Kostenart 414300) Zuweisung des LVR zur Psychologischen Beratungsstelle (fachkraftbezogene Pauschale).

Unter der Kontengruppe *Sonstige Transfererträge* werden zu einem großen Teil Kostenbeiträge zu Hilfen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen (Kostenart 421100 u. 422100) vereinnahmt. Darüber hinaus handelt es sich hierbei um Erstattungen der Unterhaltspflichtigen (Kostenart 421200), um die Rückzahlung zuviel gezahlter UVG Leistungen sowie um Erstattungen aus Vorjahren (Kostenart 429800) durch die Beendigung von Hilfefällen.

In der Kontengruppe Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte erfolgt die Verbuchung der Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Adoptionsvermittlungsverfahren. Bei der Kontengruppe Erträge aus Kostenerstattung /-umlage werden überwiegend Kostenerstattungen durch andere öffentliche Träger der Jugendhilfe dargestellt (Kostenart 442300). Hinzu kommen die Erstattungen vom Land (Kostenart 442200) und periodenfremde Kostenerstattungen (Kostenart 449800). Die Kontengruppe Sonstige ordentliche Erträge dient der Vereinnahmung von Geldbußen (Kostenart 452110) nach dem Jugendgerichtsgesetz.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe Aufwendungen für Sach- / Dienstleistungen werden überwiegend Erstattungen gegenüber anderen Trägern öffentlicher Jugendhilfe abgebildet. Die Durchführung therapeutischer Maßnahmen (Psychologische Beratungsstelle) sowie im UVG-Bereich anfallende Gerichts- und Anwaltskosten (Kostenart 528903) werden ebenfalls an dieser Stelle verausgabt. Die Kontengruppe Transferaufwendungen beinhaltet die folgenden Positionen (nach Kostenvolumen sortiert):

Kosten der Heimerziehung, sonstige betreute Wohnformen

(TP 1.06.03.01.02 bis TP 1.06.03.01.05; TP 1.06.03.01.07; TP 1.06.03.01.11; PSP 1.06.03.02; Kostenart 533410, 533430, 533510, 533530)

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien



Dezernat III

Kosten der Vollzeitpflege (TP 1.06.03.01.06, Kostenart 533400)

Vollzug des Unterhaltsvorschussgesetzes (PSP 1.06.03.05, Kostenart 533910)

Zuschuss zu den Personal- und Sachkostenkosten der Erziehungsberatungsstellen (TP 1.06.03.01.01, PSP 1.06.03.03, Kostenart 531900)

Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche (TP 1.06.03.01.10, Kostenarten 533430 u. 533510)

Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung (TP 1.06.03.01.08, Kostenart 533900)

Kosten der Inobhutnahme (PSP 1.06.03.02, Kostenart 533510)

Gemeinsame Unterbringung von Müttern oder Vätern mit Kindern (TP 1.06.03.01.09, Kostenart 533510)

Abführung des Landesanteils an den Erstattungsleistungen der Unterhaltspflichtigen (46,67%) (PSP 1.06.03.05, Kostenart 539320)

Betreuung und Versorgung von Kindern in Notsituationen (PSP 1.06.03.02, Kostenart 533490)

Kosten sozialpädagogischer Lern- und Entwicklungsmaßnahmen (PSP 1.06.03.04, Kostenart 533490)

Geschäftskostenzuschuss für den Verein "nina und nico" (PSP 1.06.03.03, Kostenart 531900)

Unter den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* wird sowohl der Mitgliedsbeitrag (Kostenart 544300) zur Landesarbeitsgemeinschaft als auch die vermischten Ausgaben u. Fortbildungskosten der Psychologischen Beratungsstelle geplant. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

Dezernat III

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien



Verpflicht-Teilfinanzplan Ergebnis Ansatz Ansatz Ansatz ungsermäch-Planung Planung Planung 2017 2018 2013 2014 2015 2016 tigungen 2019 Zuwendungen und allgemeine 2 -128.827 -130.000 -182.000 -182.000 -182.000 -182.000 -182.000 Umlagen 3 Sonstige Transfereinzahlungen -4.171.397 -3.070.000 -4.470.000 -4.470.000 -4.470.000 -4.470.000 -4.470.000 4 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte -1.000 -1.000 -1.000 -1.000 -1.000 -1.000 6 Kostenerstattungen, Kostenumlagen -633.324 -813.000 -688.000 -688.000 -688.000 -688.000 -688.000 7 Sonstige Einzahlungen -2.000 -600 -1.000 -2.000 -2.000 -2.000 -2.000 Einzahlungen aus laufender 9 -4.934.147 -5.343.000 -4.015.000 -5.343.000 -5.343.000 -5.343.000 -5.343.000 Verwaltungstätigkeit 10 Personalauszahlungen 4.217.104 4.343.419 3.958.496 3.782.683 4.161.230 4.258.793 4.300.897 Auszahlungen für Sach- und 12 1.550.330 1.256.600 1.556.600 1.556.600 1.556.600 1.574.600 1.556.600 Dienstleistungen 14 Transferauszahlungen 21.755.322 21.279.700 23.177.000 23.327.000 23.427.000 23.527.000 23.627.000 15 sonstige Auszahlungen 42.412 43.500 44.700 44.900 45.100 45.100 45.100 Auszahlungen aus laufender 16 27.306.561 26.362.483 28.939.530 29.145.604 29.287.493 29.429.597 29.590.119 Verwaltungstätigkeit Saldo aus laufender Verwaltungs-17 22.372.414 22.347.483 23.596.530 23.802.604 23.944.493 24.086.597 24.247.119 tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) Auszahlungen für Erwerb von 26 1.080 1.080 1.080 1.080 beweglichem Anlagevermögen 30 1.080 1.080 1.080 1.080 (investive Auszahlungen) Saldo: der Investitionstätigkeit 31 1.080 1.080 1.080 1.080 (Ein- ./. Auszahlung)

Haushaltsplan 2015/2016 1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe verantwortlich: 1.06.04 Leistungen nach dem BundeselterngeldG OBERBERGISCHER KREIS Kreisdirektor **DER LANDRAT** Beschreibung Bearbeitung von Anträgen auf Elterngeld Beratung in Elternzeit- und Elterngeldangelegenheiten <u>Auftragsgrundlage</u> Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) Ziele Rechtsfehlerfreie Bearbeitung des Elterngeldantrages innerhalb von 21 Kalendertagen nach Eingang Im Oberbergischen Kreis lebende (werdende) Eltern Zielgruppen

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich: Kreisdirektor 1.06.04 Leistungen nach dem BundeselterngeldG



		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-104.289	-121.500	-131.000	-132.000	-138.000	-138.000	-138.000
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-6.951						
10	=	Ordentliche Erträge	-111.240	-121.500	-131.000	-132.000	-138.000	-138.000	-138.000
11	-	Personalaufwendungen	128.385	177.747	198.562	192.646	194.587	196.531	198.494
12	-	Versorgungsaufwendungen	23.420	26.943	43.900	44.641	45.086	45.536	45.991
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	26						
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.456	10.320	4.500	4.500	4.500	4.500	4.500
17	=	Ordentliche Aufwendungen	154.288	215.010	246.962	241.786	244.173	246.567	248.985
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	43.047	93.510	115.962	109.786	106.173	108.567	110.985
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	43.047	93.510	115.962	109.786	106.173	108.567	110.985
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	43.047	93.510	115.962	109.786	106.173	108.567	110.985
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	25.710	30.146	36.536	32.749	32.532	32.939	33.417
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	68.758	123.656	152.498	142.536	138.705	141.506	144.402

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich: Kreisdirektor 1.06.04 Leistungen nach dem BundeselterngeldG



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Leistungen n. d. BundeselterngeldG

Die Kontengruppe Erträge aus Kostenerstattung/-umlage beinhaltet die Personal- und Sachkostenerstattung des Landes (Kostenart 443906 u. 443907) für die vom Oberbergischen Kreis bereitgestellte Leistung.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören die Sachaufwendungen der Produktgruppe Elterngeld sowie anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

1.06.04 Leistungen nach dem BundeselterngeldG



Kreisdirektor

	Teilfinanzplan	Ergeb 201:		Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
6	+ Kostenerstattungen, Ko	ostenumlagen -10	3.756	-121.500	-131.000	-132.000		-138.000	-138.000	-138.000
9	= Einzahlungen aus lau Verwaltungstätigkeit	fender -10	3.756	-121.500	-131.000	-132.000		-138.000	-138.000	-138.000
10	- Personalauszahlungen	10	1.425	127.202	134.098	135.871		137.230	138.602	139.988
12	Auszahlungen für Sach Dienstleistungen	ı- und	26							
15	- sonstige Auszahlunger	1	1.859	10.320	4.500	4.500		4.500	4.500	4.500
16	= Auszahlungen aus lau Verwaltungstätigkeit	ufender 10	3.311	137.522	138.598	140.371		141.730	143.102	144.488
17	= Saldo aus laufender V tätigkeit (= Zeilen 9 un		-445	16.022	7.598	8.371		3.730	5.102	6.488

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:



	•	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-79.072	-71.250	-79.000	-80.000	-81.000	-82.000	-83.000
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-244.879	-240.000	-246.000	-246.000	-246.000	-246.000	-246.000
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte		-4.000	-300	-300	-300	-300	-300
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-144.581	-161.544	-164.144	-166.144	-169.444	-171.644	-174.644
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-42.135	-600	-600	-600	-600	-600	-600
10	=	Ordentliche Erträge	-510.667	-477.394	-490.044	-493.044	-497.344	-500.544	-504.544
11	-	Personalaufwendungen	2.509.427	2.497.811	2.678.725	2.614.020	2.640.294	2.666.755	2.693.479
12	-	Versorgungsaufwendungen	172.745	187.601	201.566	198.431	200.409	202.412	204.432
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	509.700	564.607	623.357	655.057	662.357	673.557	684.857
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	4.254	7.146	6.467	7.770	9.189	9.189	9.189
15	-	Transferaufwendungen	1.414.332	1.489.110	1.529.410	1.573.910	1.609.510	1.645.610	1.682.510
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	142.190	168.815	176.530	178.383	179.854	181.219	182.982
17	=	Ordentliche Aufwendungen	4.752.647	4.915.089	5.216.055	5.227.572	5.301.614	5.378.743	5.457.449
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	4.241.981	4.437.695	4.726.011	4.734.529	4.804.271	4.878.199	4.952.906
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	4.241.981	4.437.695	4.726.011	4.734.529	4.804.271	4.878.199	4.952.906
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	4.241.981	4.437.695	4.726.011	4.734.529	4.804.271	4.878.199	4.952.906
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	392.674	346.312	381.481	634.340	382.619	384.713	386.851
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	4.634.655	4.784.008	5.107.493	5.368.869	5.186.890	5.262.912	5.339.756

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:



		Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-79.072	-71.250	-79.000	-80.000		-81.000	-82.000	-83.000
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-242.826	-240.000	-246.000	-246.000		-246.000	-246.000	-246.000
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-66	-4.000	-300	-300		-300	-300	-300
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-143.949	-161.400	-164.000	-166.000		-169.300	-171.500	-174.500
7	+	Sonstige Einzahlungen	-535	-600	-600	-600		-600	-600	-600
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-466.449	-477.250	-489.900	-492.900		-497.200	-500.400	-504.400
10	-	Personalauszahlungen	2.328.089	1.860.291	1.991.756	1.974.558		1.994.354	2.014.347	2.034.539
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	489.664	563.900	623.230	654.930		662.230	673.430	684.730
14	-	Transferauszahlungen	1.415.809	1.489.110	1.529.410	1.573.910		1.609.510	1.645.610	1.682.510
15	-	sonstige Auszahlungen	16.958	15.500	16.230	16.430		16.630	16.830	17.030
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	4.250.520	3.928.801	4.160.626	4.219.828		4.282.724	4.350.217	4.418.809
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	3.784.071	3.451.551	3.670.726	3.726.928		3.785.524	3.849.817	3.914.409
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		2.700	2.700	2.700		2.700	2.700	2.700
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)		2.700	2.700	2.700		2.700	2.700	2.700
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein/. Auszahlung)		2.700	2.700	2.700		2.700	2.700	2.700

Haushaltsplan 2015/20	16 1.07	**************************************	
verantwortlich:	1.07.01	Gesundheitsförderung	[1] 3°
Dezernat III			OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
Beschreibung	In dieser Produktgruppe sind	folgende Produkte zusammengefasst:	
	1.07.01.01 Koordination, Pla	nung und Berichterstattung im Gesundheitsberei	ch
	1.07.01.02 Ärztliche/zahnärz 1.07.01.02.01 Ambulante Sp	tliche Prävention und Gesundheitsförderung: Scl rachheilfürsorge	hwerpunkt Kinder und Jugendliche
<u>Auftragsgrundlage</u>			
<u>Ziele</u>			
<u>Zielgruppen</u>			

Haushaltsplan 2015/2016 1.07 Gesundheitsdienste verantwortlich: 1.07.01 Gesundheitsförderung OBERBERGISCHER KREIS Dezernat III **DER LANDRAT** 1.07.01.01 Koordination, Planung und Berichterstattung im Gesundheitsbereich Beschreibung Beratung gemeinsam interessierender Fragen der gesundheitlichen Versorgung auf kommunaler Ebene und Koordinierung von Maßnahmen zur Gewährleistung einer abgestimmten und bedarfsgerechten Weiterentwicklung der psychosozialen und gesundheitlichen Versorgung. Bereitstellung von Informationen über die gesundheitliche Situation der Bevölkerung, über Gesundheitsrisiken und Versorgung mit Gesundheitsleistungen Koordination der kommunalen Gesundheitsberichterstattungen, Erstellung von Gesundheitsberichten Einrichtung der themenspezifischen Arbeitsgruppen Festlegung von Schwerpunktthemen Analyse regional wichtiger Einzelfragen der gesundheitlichen Versorgung und Erarbeitung und Umsetzung von Handlungsempfehlungen Geschäftsführung der Gesundheitskonferenz und ihrer Arbeitsgruppen Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Beschluss Kommunale Gesundheitskonferenz Auftragsgrundlage Ziele Abstimmung und Zusammenarbeit aller an der Gesundheitsversorgung Beteiligten zur Schaffung gesunder Lebensverhältnisse Verringerung von Gesundheitsrisiken und Unterstützung bei der Bewältigung von Krankheit und Behinderung Erhöhung der Transparenz der Leistungsangebote Entwicklung bürgernaher, bedarfsgerechter Angebotsstrukturen Schließung von Versorgungslücken und Vermeidung überflüssiger Dienstleistungen

Seite 330 / 507

Zielaruppen

Einrichtungen der psychosozialen und psychiatrischen Versorgung (Angebotsträger), Leistungsträger, andere Behörden.

Haushaltsplan 2015/2016 1.07 Gesundheitsdienste verantwortlich: 1.07.01 Gesundheitsförderung OBERBERGISCHER KREIS Dezernat III **DER LANDRAT** 1.07.01.02 Ärztliche / zahnärztliche Prävention und Gesundheitsförderung: Schwerpunkt Kinder und Jugendliche Beschreibung Beratung der Sorgeberechtigten sowie Erzieher/innen und Lehrer/innen von Kindergarten- und Schulkindern. Untersuchung der Kinder sowie Durchführung von Prophylaxemaßnahmen. Hilfen für Kinder und Jugendliche (z.B. Frühförderung behinderter Kinder) Untersuchung von Kindergartenkindern betriebsmedizinische Aufgaben in Kindergärten und Schulen Einschulungsuntersuchungen einschließlich Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs Schulentlassuntersuchungen Durchführung von Veranstaltungen (z.B. Ernährungsberatung) Bereitstellung von Informationsmaterial Reihenuntersuchungen in Kindergärten und Schulen zur Erkennung von Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten Durchführung von Prophylaxemaßnahmen zur Vorbeugung gegen Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), SGB VIII, SGB IX und SGB XII, Kinderbildungsgesetz Auftragsgrundlage NRW, Schulgesetz NRW, Ausbildungsordnung sonderpädagogische Förderung, § 21 SGB V und Vereinbarung mit den Krankenkassen zur Förderung der Gruppenprophylaxe im Oberbergischen Kreis Förderung einer gesunden Entwicklung von Kindern und Jugendlichen Ziele Erkennung von Defiziten und Einleitung von Fördermaßnahmen Steigerung der Vorsorgeuntersuchungen Flächendeckende betriebsmedizinische Tätigkeit Flächendeckende zahnärztliche Betreuung der Einrichtungen einmal jährlich Kinder und Jugendliche, Sorgeberechtigte, Erzieherinnen und Erzieher, Lehrer und Lehrerinnen, Behörden und Zielgruppen

Einrichtungen

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

1.07.01 Gesundheitsförderung



		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-142.521	-161.544	-164.144	-166.144	-169.444	-171.644	-174.644
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-13.756						
10	=	Ordentliche Erträge	-156.277	-161.544	-164.144	-166.144	-169.444	-171.644	-174.644
11	-	Personalaufwendungen	956.520	965.444	993.904	980.771	990.668	1.000.637	1.010.704
12	-	Versorgungsaufwendungen	56.672	61.300	68.426	69.153	69.842	70.540	71.244
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	72.652	89.905	134.295	135.595	94.695	95.895	97.095
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	4.254	7.146	6.467	7.770	9.189	9.189	9.189
15	-	Transferaufwendungen	779.659	802.700	831.900	861.100	880.800	900.700	921.200
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	50.987	61.585	64.325	64.998	65.531	66.026	66.666
17	=	Ordentliche Aufwendungen	1.920.743	1.988.080	2.099.317	2.119.387	2.110.726	2.142.988	2.176.099
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.764.466	1.826.537	1.935.173	1.953.244	1.941.282	1.971.344	2.001.455
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.764.466	1.826.537	1.935.173	1.953.244	1.941.282	1.971.344	2.001.455
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.764.466	1.826.537	1.935.173	1.953.244	1.941.282	1.971.344	2.001.455
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-195.398	-183.136	-191.745	-357.307	-200.226	-201.103	-202.003
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	339.756	308.869	329.431	585.582	335.513	337.163	338.849
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.908.824	1.952.270	2.072.859	2.181.518	2.076.570	2.107.404	2.138.302

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

Dezernat III

1.07.01 Gesundheitsförderung



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Gesundheitsförderung

Die Kontengruppe Erträge aus Kostenerstattung/-umlage beinhaltet die Kostenerstattung durch Krankenkassen (Kostenart 442500) für Gruppenprophylaxe.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* sind Kosten für die Unterhaltung (Kostenart 523600) und Neuanschaffung von zahnärztlichen Instrumenten, Sachkosten und Prophylaxematerial sowie Zahnarzthonorare für die Gruppenprophylaxe zusammengefasst. Darüber hinaus beinhaltet diese Summe Kosten der Gesundheitsförderung/Prävention (Kostenart 524900) und der Ernährungsberaterin (Kooperation mit Aggerenergie, Kostenart 529900).

Die Kontengruppe *Transferaufwendungen* erfasst den Kostenzuschuss an den Verein Lebenshilfe zur Frühförderung behinderter Kinder und den Zuschuss an den Verein zur Förderung und Betreuung behinderter Kinder (Kostenart 531900). Außerdem werden hier die Kosten der ambulanten Sprachheilfürsorge (Kostenart 533900, TP 1.07.01.02.01) veranschlagt.

Über die Kontengruppe sonstige ordentliche Aufwendungen werden die Kosten für Online-Verträge über die Nutzung medizinischer Datenbanken abgebildet (Kostenart 542900). Zu den Sonstige ordentliche Aufwendungen gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

1.07.01 Gesundheitsförderung



	Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-143.949	-161.400	-164.000	-166.000		-169.300	-171.500	-174.500
9	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-143.949	-161.400	-164.000	-166.000		-169.300	-171.500	-174.500
10	- Personalauszahlungen	896.117	723.069	741.989	742.550		750.026	757.576	765.201
12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	73.922	89.840	134.440	135.740		94.840	96.040	97.240
14	- Transferauszahlungen	779.616	802.700	831.900	861.100		880.800	900.700	921.200
15	- sonstige Auszahlungen	13.165	15.020	15.750	15.950		16.150	16.350	16.550
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.762.820	1.630.629	1.724.079	1.755.340		1.741.816	1.770.666	1.800.191
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.618.871	1.469.229	1.560.079	1.589.340		1.572.516	1.599.166	1.625.691
26	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		2.700	2.700	2.700		2.700	2.700	2.700
30	= Summe: (investive Auszahlungen)		2.700	2.700	2.700		2.700	2.700	2.700
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein/. Auszahlung)		2.700	2.700	2.700		2.700	2.700	2.700

Haushaltsplan 2015/2016 1.07 Gesundheitsdienste verantwortlich: 1.07.02 Gutachten und Stellungnahmen OBERBERGISCHER KREIS Dezernat III **DER LANDRAT** Beschreibung Erstellung von medizinischen Gutachten, psychiatrischen Gutachten, ärztlichen Stellungnahmen, Gesundheitszeugnissen im Auftrag von Behörden, Arbeitgebern. Gutachten nach beamten- oder beihilferechtlichen Vorschriften Gutachten nach dem TVöD Gutachter nach dem SGB XII (Sozialhilfe) Begutachtungen nach Fahrerlaubnisverordnung Begutachtungen von Ausländern und Asylbewerbern Beautachtungen für Gerichte Unbedenklichkeitsbescheinigungen Auftragsgrundlage Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Beamtengesetze und Verordnungen. Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO), Fahrerlaubnisverordnung, Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), Sozialgesetzbuch (SGB), Strafgesetzbuch (StGB) Verordnung über das Leichenwesen, u.a. Erstellung transparenter, objektiver und nachvollziehbarer Entscheidungsgrundlagen mit dem Ziel, eine rechtmäßige Ziele Anwendung der gesetzlichen Vorschriften durch die beteiligten Stellen zu ermöglichen Hohe Fach- und Beratungskompetenz Behörden, Institutionen, Bevölkerung des Kreisgebietes, Beamte und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes Zielaruppen

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

Dezernat III

1.07.02 Gutachten und Stellungnahmen



Ergebnis Ansatz Ansatz Ansatz Planung Planung Planung Teilergebnisplan 2013 2014 2015 2016 2017 2018 2019 Öffentlich-rechtliche 4 -161.873 -180.000 -180.000 -180.000 -180.000 -180.000 -180.000 Leistungsentgelte 5 Privatrechtliche Leistungsentgelte -4.000 -300 -300 -300 -300 -300 Kostenerstattungen und 6 -352 Kostenumlagen -4.585 7 Sonstige ordentliche Erträge Ordentliche Erträge -184.000 -180.300 -180.300 -180.300 -180.300 10 -166.811 -180.300 453.372 467.116 11 Personalaufwendungen 414.731 413.167 459.434 457.914 462.493 20.346 23.358 23.827 Versorgungsaufwendungen 23.592 12 18.605 22.852 23.128 Aufwendungen für Sach- und 7.040 13.465 13.364 13.364 13.364 13.364 13.364 13 Dienstleistungen Sonstige ordentliche 16 24.088 29.114 30.452 30.775 31.030 31.267 31.574 Aufwendungen 476.092 526.103 525.667 535.881 17 **Ordentliche Aufwendungen** 464.464 520.639 530.716 Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 297.653 292.092 345.803 340.339 345.367 350.416 355.581 10 und 17) Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 22 297.653 292.092 340.339 355.581 345.803 345.367 350.416 18 und 21) Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen 26 297.653 292.092 345.803 340.339 345.367 350.416 355.581 Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) Aufwendungen aus internen 28 66.751 66.778 60.549 111.146 67.842 68.204 68.576 Leistungsbeziehungen Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) 413.209 29 364.431 352.641 412.554 451.485 418.620 424.157

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

Dezernat III

1.07.02 Gutachten und Stellungnahmen



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Gutachten und Stellungnahmen

Die Kontengruppe Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte erfasst die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für das Gesundheitsamt des Oberbergischen Kreises.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden Kosten für die Unterhaltung (Kostenart 523600) und Neuanschaffung von ärztlichen Instrumenten sowie Wäsche- und Laborkosten (Kostenart 529100) abgebildet.

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der Internen Leistungsverrechnungen werden anteilige Umlagen (z.B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

1.07.02 Gutachten und Stellungnahmen



Teilfinanzplan		Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-162.936	-180.000	-180.000	-180.000		-180.000	-180.000	-180.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-66	-4.000	-300	-300		-300	-300	-300
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-163.002	-184.000	-180.300	-180.300		-180.300	-180.300	-180.300
10	- Personalauszahlungen	394.738	312.548	347.091	346.093		349.554	353.049	356.579
12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	7.776	13.290	13.290	13.290		13.290	13.290	13.290
15	- sonstige Auszahlungen	329							
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	402.843	325.838	360.381	359.383		362.844	366.339	369.869
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	239.841	141.838	180.081	179.083		182.544	186.039	189.569

Haushaltsplan 2015/2016 1.07 Gesundheitsdienste verantwortlich: 1.07.03 Gesundheitshilfe OBERBERGISCHER KREIS Dezernat III **DER LANDRAT** Beschreibung Koordination der Bereiche Sucht- und Drogenhilfe und Psychiatrie im Rahmen des Gemeindepsychiatrischen Verbundes (GPV) Koordination der Fachstelle Sucht- und Drogenprävention Ärztliche Untersuchungen zur Abklärung der Erkrankungen und der dadurch bedingten Hilfsbedürftigkeit Entscheidungen über Zwangsmaßnahmen nach dem PsychKG Gewährung von Zuschüssen an die freien Träger Durchführung der HIV-Beratung Sicherstellung der Schwangerschaftskonfliktberatung Sicherstellung eines Beratungsangebotes für Schwangere und Mütter in sozialen und gesundheitlichen Problemlagen Hilfe für alte und behinderte Menschen Koordination im Rahmen der Fachberatungsstelle für Wohnungslose Gewährung von Zuschüssen an die Träger der Fachberatungsstelle für Wohnungslose Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei Auftragsgrundlage psychischen Erkrankungen (PsychKG), Beschlüsse des Kreistages (Vereinbarung zum GPV) Verbesserung der psychiatrischen Versorgung in der Bevölkerung Ziele Sicherstellung individueller Beratungs- und Hilfsangebote für psychisch kranke und abhängigkeitskranke Menschen für AIDS-Kranke für Schwangere für Wohnungslose

und gesundheitlichen Problemlagen

Zielgruppen

Besonders gefährdete Personengruppen, Psychisch Kranke, Abhängigkeitskranke, Schwangere und Mütter in sozialen

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

Dezernat III

1.07.03 Gesundheitshilfe



	•	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-66.991	-66.000	-68.000	-69.000	-70.000	-71.000	-72.000
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-758						
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-9.873						
10	=	Ordentliche Erträge	-77.621	-66.000	-68.000	-69.000	-70.000	-71.000	-72.000
11	-	Personalaufwendungen	394.200	381.693	437.824	407.702	411.795	415.910	420.068
12	-	Versorgungsaufwendungen	49.246	51.157	49.110	44.203	44.643	45.090	45.540
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	371.840	416.928	424.567	454.967	503.167	513.167	523.267
15	-	Transferaufwendungen	634.673	686.410	697.510	712.810	728.710	744.910	761.310
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	23.100	26.787	27.951	28.242	28.473	28.687	28.964
17	=	Ordentliche Aufwendungen	1.473.060	1.562.975	1.636.962	1.647.924	1.716.788	1.747.764	1.779.148
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.395.438	1.496.975	1.568.962	1.578.924	1.646.788	1.676.764	1.707.148
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.395.438	1.496.975	1.568.962	1.578.924	1.646.788	1.676.764	1.707.148
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.395.438	1.496.975	1.568.962	1.578.924	1.646.788	1.676.764	1.707.148
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	61.866	54.112	60.494	100.070	60.953	61.280	61.613
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.457.305	1.551.087	1.629.456	1.678.994	1.707.740	1.738.044	1.768.761

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

Dezernat III

1.07.03 Gesundheitshilfe



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Gesundheitshilfe

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* beinhaltet den Landeszuschuss (Kostenart 414200) für die Beratungsstelle Schwangerenkonfliktberatung.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Unter der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* sind die Kosten der Gesundheitsförderung/Prävention (Kostenart 524900) sowie die Erstattungen der Personal- und Sachkosten an den Gemeindepsychiatrischen Verbund und für die Geschäftsführung der Diözese Münster ausgewiesen (Kostenart 525900).

In der Kontengruppe *Transferaufwendungen* sind die Zuschüsse für den Bereich Suchtkrankenarbeit, der Zuschuss zur Weiterführung der sozialpsychiatrischen Kontaktstellen, der Zuschuss an das DRK, der Zuschuss zur Betreuung von Menschen in sozialer Not und der Zuschuss für die Beratungsstellen (Schwangerenkonfliktberatung) zusammengefasst (Kostenart 531900).

Über die Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* werden Mitgliedsbeiträge (Kostenart 544900) abgebildet. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

1.07.03 Gesundheitshilfe



		Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-66.991	-66.000	-68.000	-69.000		-70.000	-71.000	-72.000
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-66.991	-66.000	-68.000	-69.000		-70.000	-71.000	-72.000
10	-	Personalauszahlungen	345.277	279.791	317.983	303.707		306.744	309.811	312.909
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	351.732	416.770	424.500	454.900		503.100	513.100	523.200
14	-	Transferauszahlungen	636.193	686.410	697.510	712.810		728.710	744.910	761.310
15	-	sonstige Auszahlungen	1.608	480	480	480		480	480	480
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.334.810	1.383.451	1.440.473	1.471.897		1.539.034	1.568.301	1.597.899
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.267.819	1.317.451	1.372.473	1.402.897		1.469.034	1.497.301	1.525.899

Haushaltsplan 2015/2 verantwortlich:		1.07 Gesundheitsdienste 1.07.04 Gesundheitsschutz		
Dezernat III			OBERBERGISCHER KRE DER LANDRAT	:IS
<u>Beschreibung</u>	In dieser Produktgruppe sind	folgende Produkte zusammengefasst:	:	
	1.07.04.01 Infektions- und ur 1.07.04.02 Medizinalaufsicht	nweltbezogener Gesundheitsschutz		
<u>Auftragsgrundlage</u>				
<u>Ziele</u>				
<u>Zielgruppen</u>				

Haushaltsplan 2015/2016 1.07 Gesundheitsdienste verantwortlich: 1.07.04 Gesundheitsschutz OBERBERGISCHER KREIS Dezernat III **DER LANDRAT** $1.0\overline{7.04.01}$ Infektions- und umweltbezogener Gesundheitsschutz Beschreibung Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Erkrankungen beim Menschen. Durchführung von Impfungen, Überwachung im Rahmen des Infektionsschutzes, Hygieneüberwachung, Gesundheitliche Bewertung von Umwelteinflüssen aller Art, Beratungen und Stellungnahmen. Impfberatung und Durchführung von Schutzimpfungen Belehrung nach § 43 Infektionsschutzgesetz Tätigkeiten im Zusammenhang mit meldepflichtigen Krankheiten Tuberkuloseüberwachung Stellungnahmen im Rahmen der Orts-, Siedlungs- und Wohnhygiene sowie zu Industrie und Gewerbeanlagen Trink- und Badewasserüberwachung Hygieneüberwachung nach § 17 ÖGDG Infektionsschutzgesetz (IfSG), Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Auftragsgrundlage Krankenhausgestaltungsgesetz (KHGG NRW). Heimgesetz, Krankenhausbauverordnung, Hygieneverordnung, Landeswassergesetz, Trinkwasserverordnung, Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG), u.a. Verhütung und Bekämpfung (übertragbarer) Krankheiten Ziele Aufdeckung von Infektionsketten und deren Unterbrechung Verbesserung der Durchimpfungsraten in der Bevölkerung

Schutz der Bevölkerung vor umweltbedingten Gesundheitsgefahren

Vermeidung von Gesundheitsgefahren durch die Mitwirkungen an Planungen

Zielaruppen

Erkrankte Personen, Kontaktpersonen, Gemeinschaftseinrichtungen, Träger von Krankenhäusern und Heimen,

Behörden, Institutionen, Firmen etc.

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

Dezernat III

1.07.04 Gesundheitsschutz



1.07.04.02 <u>Medizinalaufsicht</u>

Beschreibung Erfassung und Überwachung der Berufe und Einrichtungen des Gesundheitswesens sowie Arzneimittelüberwachung,

Apothekenaufsicht.

Erfassung und Überwachung der Berufe des Gesundheitswesens

Durchführung von Prüfungen in nichtärztlichen Heilberufen und Erteilung der Erlaubnisse

Leichen- und Bestattungswesen

Erlaubnisse über Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse

Erlaubnisse zur Führung der Berufsbezeichnung nichtärztlicher Heilberufe

Erteilung von Konzessionen für Privatkrankenhäuser

Apothekenaufsicht

Arzneimittelüberwachung

Auftragsgrundlage Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Gesetz über das Friedhofs- und Bestattungswesen,

Krankenpflegegesetz und weitere Spezialgesetze der nichtärztlichen Heilberufe, Arzneimittelgesetz, Apothekengesetz,

Betäubungsmittelgesetz, Heilmittelwerbegesetz, Chemikaliengesetz u.a.

Ziele Zu 1.: Erfassung sämtlicher Personen, die in Berufen des Gesundheitswesens tätig sind.

Zu 5.: Verhinderung des Einsatzes nicht ausreichend qualifizierter Personen in nichtärztlichen Heilberufen.

Zu.7. und 8.: Einhaltung der Bestimmungen über den Umgang mit Arzneimitteln.

ZielgruppenPersonen mit Berufen des Gesundheitswesens, Bestattungsinstitute, Privatkrankenhäuser, Apotheken

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

1.07.04 Gesundheitsschutz



OBERBERGISCHER KREIS **DER LANDRAT**

		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-12.081	-5.250	-11.000	-11.000	-11.000	-11.000	-11.000
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-83.005	-60.000	-66.000	-66.000	-66.000	-66.000	-66.000
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-951						
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-13.921	-600	-600	-600	-600	-600	-600
10	=	Ordentliche Erträge	-109.958	-65.850	-77.600	-77.600	-77.600	-77.600	-77.600
11	-	Personalaufwendungen	743.975	737.507	787.563	772.174	779.917	787.716	795.591
12	-	Versorgungsaufwendungen	48.222	54.797	61.179	61.948	62.565	63.191	63.821
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	58.169	44.308	51.131	51.131	51.131	51.131	51.131
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	44.015	51.330	53.801	54.369	54.820	55.238	55.778
17	=	Ordentliche Aufwendungen	894.381	887.942	953.673	939.622	948.433	957.275	966.321
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	784.423	822.092	876.073	862.022	870.833	879.675	888.721
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	784.423	822.092	876.073	862.022	870.833	879.675	888.721
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	784.423	822.092	876.073	862.022	870.833	879.675	888.721
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	119.672	105.918	116.550	194.849	118.537	119.169	119.815
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	904.096	928.010	992.623	1.056.871	989.370	998.844	1.008.536

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

Dezernat III

1.07.04 Gesundheitsschutz



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Gesundheitsschutz

Die Kontengruppe Zuwendungen und allgemeine Umlagen beinhaltet den Landeszuschuss (Kostenart 414200) zu den Impfstoffkosten und den Landeszuschuss zu den Personal- und Sachkosten zu den Prüfungen nichtärztlicher Heilberufe. In der Kontengruppe Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für das Sachgebiet Infektionsschutz und Umwelthygiene sowie im Rahmen der Medizinalaufsicht sowie der Apotheken- und Arzneimittelüberwachung zusammengefasst. Die Sonstigen ordentlichen Erträge weisen Verwarnungsgelder und Zwangsgelder aus (Kostenart 452130 und 452120).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen erfasst alle Impfkosten/Kosten für Impfstoffe (Kostenart 526600) sowie Röntgenkosten bzw. die Kosten für bakteriologische und serologische Untersuchungen und Untersuchungen nach dem Infektionsschutzgesetz sowie die Kosten für das MRE-Netzwerk und die zentrale Heilpraktikerüberprüfung (Kostenart 529100). Zu den Sonstige ordentliche Aufwendungen gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

Dezernat III

1.07.04 Gesundheitsschutz



	Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	Zuwendungen und allgemeine + Umlagen	-12.081	-5.250	-11.000	-11.000		-11.000	-11.000	-11.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-79.890	-60.000	-66.000	-66.000		-66.000	-66.000	-66.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-535	-600	-600	-600		-600	-600	-600
9	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-92.507	-65.850	-77.600	-77.600		-77.600	-77.600	-77.600
10	- Personalauszahlungen	691.957	544.883	584.693	582.208		588.030	593.911	599.850
12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	56.233	44.000	51.000	51.000		51.000	51.000	51.000
15	- sonstige Auszahlungen	1.857							
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	750.047	588.883	635.693	633.208		639.030	644.911	650.850
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	657.541	523.033	558.093	555.608		561.430	567.311	573.250

1.08 Sportförderung

verantwortlich:

Dezernat III



	•	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-930	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-42						
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-551						
10	=	Ordentliche Erträge	-1.523	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900
11	-	Personalaufwendungen	12.630	13.091	2.361	2.370	2.393	2.417	2.442
12	-	Versorgungsaufwendungen	2.448	2.486					
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	58	34	19	19	19	19	19
15	-	Transferaufwendungen	203.566	209.516	282.516	284.516	282.516	284.516	282.516
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.680	5.729	5.978	6.071	6.140	6.205	6.274
17	=	Ordentliche Aufwendungen	223.382	230.856	290.875	292.976	291.068	293.157	291.251
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	221.859	228.956	288.975	291.076	289.168	291.257	289.351
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	221.859	228.956	288.975	291.076	289.168	291.257	289.351
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	221.859	228.956	288.975	291.076	289.168	291.257	289.351
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	118.119	58.137	53.409	53.429	53.410	53.512	53.616
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	339.978	287.093	342.384	344.505	342.578	344.770	342.967

1.08 Sportförderung

verantwortlich:

Dezernat III



	Teilfinanzplan		Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-930	-1.900	-1.900	-1.900		-1.900	-1.900	-1.900
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-930	-1.900	-1.900	-1.900		-1.900	-1.900	-1.900
10	-	Personalauszahlungen	10.099	9.147	1.839	1.848		1.866	1.885	1.904
14	-	Transferauszahlungen	203.566	209.516	282.516	284.516		282.516	284.516	282.516
15	-	sonstige Auszahlungen	21							
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	213.686	218.663	284.355	286.364		284.382	286.401	284.420
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	212.756	216.763	282.455	284.464		282.482	284.501	282.520

Haushaltsplan 2015/2016 1.08 Sportförderung verantwortlich: 1.08.01 Sportförderung OBERBERGISCHER KREIS Dezernat III **DER LANDRAT** Beschreibung Förderung des Sports in Sportvereinen und -verbänden durch finanzielle Unterstützung. Zusammenarbeit mit Vereinen und deren Fachverbänden. Förderung durch Bereitstellung von Sportstätten für den außerschulischen Sport. Förderung des Sports in Vereinen und Verbänden Förderung des Schulsports Außerschulische Vergabe von Turn- und Sporthallen Auftragsgrundlage Kreistagsbeschluss Ziele Förderung des Breitensports jugendpflegerische Betätigung in der Breitensportarbeit in den Vereinen Gestaltung des Vereinslebens für Kinder und Jugendliche mit Sport. Spiel und Geselligkeit. Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Schul- und Vereinssport durch die Übertragung der Aufgaben der Geschäftsführung im "Ausschuss für den Schulsport" Zielgruppen Geschäftsführung "Ausschuss für den Schulsport", Vereine/Verbände, sonstiger organisierter Sport

1.08 Sportförderung

verantwortlich:

1.08.01 Sportförderung

Dezernat III



		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-930	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-42						
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-551						
10	=	Ordentliche Erträge	-1.523	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900
11	-	Personalaufwendungen	12.630	13.091	2.361	2.370	2.393	2.417	2.442
12	-	Versorgungsaufwendungen	2.448	2.486					
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	58	34	19	19	19	19	19
15	-	Transferaufwendungen	203.566	209.516	282.516	284.516	282.516	284.516	282.516
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.680	5.729	5.978	6.071	6.140	6.205	6.274
17	=	Ordentliche Aufwendungen	223.382	230.856	290.875	292.976	291.068	293.157	291.251
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	221.859	228.956	288.975	291.076	289.168	291.257	289.351
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	221.859	228.956	288.975	291.076	289.168	291.257	289.351
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	221.859	228.956	288.975	291.076	289.168	291.257	289.351
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	118.119	58.137	53.409	53.429	53.410	53.512	53.616
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	339.978	287.093	342.384	344.505	342.578	344.770	342.967

1.08 Sportförderung

verantwortlich:

Dezernat III

1.08.01 Sportförderung



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Sportförderung

Über die Kontengruppe *Öffentlich–Rechtliche Leistungsentgelte* werden die Gebühren für die Inanspruchnahme von Sporthallen vereinnahmt (Kostenart 432100).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Transferaufwendungen* dient hauptsächlich der Abwicklung von Maßnahmen zur Förderung der Jugendarbeit in Sportvereinen. Darüber hinaus wird hier der Zuschuss für Behindertensportveranstaltungen bzw. Sportjugendtage sowie die pauschale Kostenerstattung an den Kreissportbund veranschlagt (Kostenart 531900). Zu den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Bei der *Internen Leistungsverrechnung* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.08 Sportförderung

verantwortlich:

1.08.01 Sportförderung

Dezernat III



	Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-930	-1.900	-1.900	-1.900		-1.900	-1.900	-1.900
9	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-930	-1.900	-1.900	-1.900		-1.900	-1.900	-1.900
10	- Personalauszahlungen	10.099	9.147	1.839	1.848		1.866	1.885	1.904
14	- Transferauszahlungen	203.566	209.516	282.516	284.516		282.516	284.516	282.516
15	- sonstige Auszahlungen	21							
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	213.686	218.663	284.355	286.364		284.382	286.401	284.420
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	212.756	216.763	282.455	284.464		282.482	284.501	282.520

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:

Dezernat IV



	•	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-624.330	-655.100	-707.900	-709.400	-687.900	-687.900	-667.900
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-78.781	-41.607	-159.107	-130.107	-85.107	-39.107	-41.107
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-96.176						
10	=	Ordentliche Erträge	-799.287	-696.707	-867.007	-839.507	-773.007	-727.007	-709.007
11	-	Personalaufwendungen	4.404.130	4.422.397	4.793.164	4.740.837	4.788.417	4.834.650	4.883.044
12	-	Versorgungsaufwendungen	325.597	328.718	386.101	389.257	393.138	397.066	401.030
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	350.303	528.985	816.462	756.650	708.147	633.597	639.497
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	24.308	9.284	35.800	40.848	35.550	35.550	35.550
15	-	Transferaufwendungen	32.725	131.000	131.000	131.000	131.000	131.000	131.000
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	363.396	459.364	540.564	488.743	496.445	503.804	511.731
17	=	Ordentliche Aufwendungen	5.500.458	5.879.748	6.703.091	6.547.334	6.552.697	6.535.668	6.601.853
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	4.701.171	5.183.041	5.836.084	5.707.827	5.779.690	5.808.661	5.892.846
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	4.701.171	5.183.041	5.836.084	5.707.827	5.779.690	5.808.661	5.892.846
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	4.701.171	5.183.041	5.836.084	5.707.827	5.779.690	5.808.661	5.892.846
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-10.930	-12.055	-18.479	-14.633	-14.296	-14.343	-14.407
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	349.566	328.051	486.280	385.575	370.307	372.783	375.598
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	5.039.808	5.499.036	6.303.884	6.078.769	6.135.700	6.167.101	6.254.037

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:

Dezernat IV



	Teilfina	anzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
4	+ Öffentlich-red	chtliche Leistungsentgelte	-637.012	-655.100	-707.900	-709.400		-687.900	-687.900	-667.900
6	+ Kostenerstat	tungen, Kostenumlagen	-64.475	-37.500	-155.000	-126.000		-81.000	-35.000	-37.000
7	+ Sonstige Ein	zahlungen	-4.941							
9	= Einzahlunge Verwaltungs	en aus laufender stätigkeit	-706.427	-692.600	-862.900	-835.400		-768.900	-722.900	-704.900
10	- Personalaus	zahlungen	4.081.034	3.303.332	3.571.525	3.591.263		3.627.223	3.663.545	3.700.231
12	- Auszahlunge Dienstleistun	en für Sach- und ngen	293.377	548.950	884.800	826.100		779.200	706.250	713.750
14	- Transferausz	zahlungen	32.725	131.000	131.000	131.000		131.000	131.000	131.000
15	- sonstige Aus	zahlungen	59.523	103.240	154.140	92.140		92.440	92.540	92.540
16	= Auszahlung Verwaltungs	en aus laufender stätigkeit	4.466.658	4.086.522	4.741.465	4.640.503		4.629.863	4.593.335	4.637.521
17		aufender Verwaltungs- Zeilen 9 und 16)	3.760.231	3.393.922	3.878.565	3.805.103		3.860.963	3.870.435	3.932.621
26		en für Erwerb von n Anlagevermögen	17.965	31.000	70.000	25.000		26.000	26.000	27.000
29	- sonstige Inve	estitionsauszahlungen	7.854	4.000	4.000	5.000		5.000	5.000	5.000
30	= Summe: (investive A	uszahlungen)	25.819	35.000	74.000	30.000		31.000	31.000	32.000
31	= Saldo: der li (Ein/. Aus:	nvestitionstätigkeit zahlung)	25.819	35.000	74.000	30.000		31.000	31.000	32.000

Haushaltsplan 2015/		
verantwortlich: Dezernat IV	1.09.01 Räumliche Planung	OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
Beschreibung	In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:	
	1.09.01.01 Kreisentwicklungsplanung, Raum- und Umweltinformation 1.09.01.02 Beutreuung von Verfahren externer Planungsträger	
<u>Auftragsgrundlage</u>		
<u>Ziele</u>		
<u>Zielgruppen</u>		

Haushaltsplan 2015/2016 verantwortlich:

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.01 Räumliche Planung



1.09.01.01

Dezernat IV

Kreisentwicklungsplanung, Raum- und Umweltinformation

<u>Beschreibung</u>

Koordination zur Herstellung eines regionalen Konsenses bei übergeordneten Planungen / Erarbeitung von kreisbezogenen Beiträgen und Antragsteilen

Grundlagenerarbeitung von bedarfs- und strukturorientierten Beiträgen zur Kreisentwicklung insbesondere bei übergeordneten Rahmenplanungen und Basiserhebung sowie zur Gewerbe-, Siedlungs- und Verkehrsentwicklung des Oberbergischen Kreises

Sicherstellung der dörflichen Entwicklung im Oberbergischen Kreis / Durchführung des Kreiswettbewerbes (Unser Dorf hat Zukunft) sowie Beteiligung an Landes- und Bundeswettbewerben

Unterstützung und Anpassungsnotwendigkeiten für den Strukturwandel in Gewerbe, Wirtschaft, Siedlung und Verkehr verbunden mit der Erarbeitung von Beiträgen zur Neustrukturierung und Schwerpunktausrichtung von querschnittsorientierten Handlungsfeldern im Rahmen der Kreisentwicklung (z.B. Anpassung an den demographischen Wandel, Flexibilisierung von Siedlungs- und Gewerbestrukturen, etc.)

Grundlagenerarbeitung von EU- und nationalorientierten Förderanträgen zur Kreisentwicklung, aktive Teilnahme an Wettbewerbsprozessen

kulturlandschaftliche Entwicklungsplanung

Entwicklungsplanungen zur Freiraum- und Erholungsnutzung

Erfassung und Fortführung von fachbezogenen Geodaten aus dem Bau-, Planungs- und Umweltbereich

Planungsunterstützung von Investitionsvorhaben, Genehmigungsabläufen, Planfeststellungserfordernissen und sonstigen zur Beschleunigung von Realisierungsvorhaben notwendigen Schritten

Erstellung von Plänen und kartographischen Auswertungen

Führen der Fachgeodaten aus dem Bau-, Planungs- und Umweltbereich im Rauminformationssystem Oberberg - RIO EU-, Bundes- und Landesvorgaben; EU-, Bundes und Landesförderprogramme; Beschlüsse der politischen Gremien

<u>Auftragsgrundlage</u>

Haushaltsplan 2015/2016 1.09 Räuml, Planung u. Entw., Geoinformation verantwortlich: 1.09.01 Räumliche Planung OBERBERGISCHER KREIS Dezernat IV **DER LANDRAT** Ziele Der Oberbergische Kreis erfüllt interkommunale Aufgaben zur Gewerbe-, Siedlungs- und Verkehrsentwicklung sowie zur Freiraum- und Erholungssicherung gegenüber der Bezirksregierung Köln und dem Land NRW. Den Interessen des Oberbergischen Kreises und seiner 13 angehörigen Kommunen ist dabei in überregionalen Planungsverfahren zur Ausweisung neuer Vorrangstandorte entsprechend Gehör und Akzeptanz zu verschaffen. Dafür sind Basisgrundlagen zu erarbeiten. Zielvorstellungen zu formulieren und interkommunal für die Region des OBK abzustimmen. Veränderungen und Entwicklungsprozesse in allen Bereichen der raumbedeutsamen Daseinsvorsorge sind dabei zu beachten, so dass die Zielformulierung ständig aktualisiert werden muss. Belange der Wirtschaft, aktuelle Entwicklungen im Bereich des Siedlungsbestandes und der Siedlungsplanung sowie Entwicklung im Bereich der Verkehrsbedarfe führen zu Bedarfsänderungen von Infrastruktur und Flächennutzung, so dass regionale Entwicklungsziele einem ständigen Anpassungsprozess unterliegen. Auch die Veränderung der Altersstruktur sowie der Wanderung im Oberbergischen Kreis führen zu einer sich ständig wandelnden Neuorientierung für private und öffentliche Träger in der regionalen Entwicklung des Oberbergischen Kreises. Ziel ist, diese Anpassung kreisförderlich zu gestalten. Planungsrelevante Daten sind mit allen Veränderungen zu erfassen und für Planungs- und Genehmigungsvorhaben mit dem Ziel der Beschleunigung von Bearbeitungsprozessen bereit zu halten. Politik, Behörden, Wirtschaft, Institutionen, Verbände, Vereine, Touristik, Gesellschaft Zielaruppen

Haushaltsplan 2015/2016 verantwortlich:

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.01 Räumliche Planung



Dezernat IV	DER LANDRAT
4 00 04 00	Date was No. 6 Lance Bloom and "Total
1.09.01.02	Betreuung von Verfahren externer Planungsträger
<u>Beschreibung</u>	Federführung bei städtebaulichen, regionalplanerischen und raumordnerischen Stellungnahmen des Oberbergischen Kreises als Träger öffentlicher Belange im Rahmen der Bauleitplanung kreisangehöriger Kommunen und benachbarter Gebietskörperschaften bei Innen- und Außenbereichssatzungen bei der Beteiligung von Planungen des Bundes und des Landes (LEPro, Landes- und Regionalpläne, Raumordnungsverfahren) bei Planfeststellungsverfahren Stellungsnahmen bei fachlichen Einzelplanungen und –nutzungen mit raumbedeutsamen Wirkungen (z.B.
	Flurbereinigung, agrarstrukturelle und forstliche Rahmenplanungen) Koordinierung bzgl. der Ämterbeteiligung innerhalb der Kreisverwaltung bei städtebaulichen, regionalplanerischen und raumordnerischen Planungen Wahrnehmung von externen Terminen im Rahmen oben genannter Planungen Planungsaufsicht zur Einhaltung von Zielen der Raumordnung und Landesplanung Vertretung der Interessen des Oberbergischen Kreises bei landes- und regionalplanerischen Anhörungsverfahren
	landschaftspflegerische Beurteilung von Planungen und Maßnahmen sowie Vollzugskontrolle im Rahmen der gesetzlichen bauleitplanerischen Eingriffs- / Ausgleichsregelung wasser-, boden- und artenschutzrechtliche Beurteilung von Planungen und Maßnahmen u.a. im Rahmen der Bauleitplanung
<u>Auftragsgrundlage</u>	Raumordnungsgesetz, Landesplanungsgesetz, LEPro NRW, Baugesetzbuch, Bundesnaturschutzgesetz, Fernstraßengesetz, Straßen- und Wegegesetz, Eisenbahngesetz, Wasserhaushaltsgesetz, Bundesbodenschutzgesetz, Landschaftsgesetz NRW, EU-Verordnungen und -Richtlinien

Haushaltsplan 2015/20 verantwortlich:	
Dezernat IV	1.09.01 Räumliche Planung OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
<u>Ziele</u>	positive Steuerung der Raumentwicklung im Sinne einer wirtschaftsförderlichen Entwicklung Einhaltung der Zeitvorgaben der Planungsträger Optimierung von Verwaltungsabläufen kommunale Planungen mit den Zielen der Raumordnung und Landsplanung in Übereinstimmung zu bringen Einbringung der Kreisinteressen bei Planungen in Abstimmung mit seinen Aufgaben als Träger öffentlicher Belange
<u>Zielgruppen</u>	Landesplanungsbehörden, Bezirksregierung Köln, Kommunen des Oberbergischen Kreises, benachbarte Gebietskörperschaften, Bezirksregierungen, Straßen NRW
	election percentanten, permitten egienan gen, ethalsen mitti

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:

1.09.01 Räumliche Planung



Dezernat IV

		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-33.647	-3.887	-126.887	-95.887	-49.887	-3.887	-3.887
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-23.077						
10	=	Ordentliche Erträge	-56.724	-3.887	-126.887	-95.887	-49.887	-3.887	-3.887
11	-	Personalaufwendungen	554.208	595.937	679.973	662.580	669.220	674.205	680.937
12	-	Versorgungsaufwendungen	83.744	83.268	113.102	114.278	115.417	116.571	117.734
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	149.637	268.329	541.294	469.294	396.794	317.294	317.294
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	57	1.268	944	1.880	2.977	2.977	2.977
15	-	Transferaufwendungen	32.725	131.000	131.000	131.000	131.000	131.000	131.000
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	30.633	43.667	135.078	45.428	45.743	46.045	46.399
17	=	Ordentliche Aufwendungen	851.003	1.123.469	1.601.391	1.424.458	1.361.150	1.288.092	1.296.341
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	794.279	1.119.583	1.474.504	1.328.572	1.311.264	1.284.205	1.292.454
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	794.279	1.119.583	1.474.504	1.328.572	1.311.264	1.284.205	1.292.454
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	794.279	1.119.583	1.474.504	1.328.572	1.311.264	1.284.205	1.292.454
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-2.339	-3.418	-2.345	-2.930	-3.457	-3.466	-3.479
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	62.998	50.871	64.837	59.907	59.703	60.300	60.909
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	854.938	1.167.036	1.536.996	1.385.549	1.367.510	1.341.039	1.349.885

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09.01 Räumliche Planung



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Räumliche Planung

Die Produktgruppe "1.09.01 Räumliche Planung" beinhaltet die Produkte "1.09.01.01 Kreisentwicklungsplanung, Raum- und Umweltinformationen" und "1.09.01.02 Betreuung von Verfahren externer Planungsträger". Die Produkte werden von den Ämtern 61(Amt für Planung und Straßen) und 68 (Kreis- und Regionalentwicklung) begleitet

Über die Kontengruppe *Kostenerstattungen* werden neben den Zuschüssen für verschiedene Projekte (s.u., Kostenart 444905) auch Erstattungen für den Bundesfreiwilligendienst (BFD) (Kostenart 444903) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen sowie die anteiligen Kosten des BFD.

In der Kontengruppe Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen sind die Aufwendungen für Vorbereitung zur Aufstellung der Regionalplanung (Kostenart 529914), die Umsetzung des Maßnahmeplans Energieregion Oberberg und die Kosten des Wettbewerbs "Unser Dorf hat Zukunft" (Kostenart 529915) veranschlagt.

In der Kontengruppe Sonstige ordentliche Aufwendungen werden die anfallenden Kosten für die Unterstützung von Regionalmessen und Veranstaltungen, der Aufbau und die Unterhaltung des Kompensationsflächenkatasters nach dem Landschaftsgesetz NRW und die Beschaffung von Planungsunterlagen verausgabt (Kostenart 543900). Zu den Sonstige ordentliche Aufwendungen gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Die Produktgruppe "*1.09.01 Räumliche Planung*" beinhaltet weiter die Kosten von Projekten im Rahmen der Regionale 2010 (Projekt Kulturlandschaft Homburger Ländchen, Projekt Wasserquintett, Projekt Rad Region (Infrastruktur), Projekt Mühlen u. Hämmer, Steuerungskosten bzw. Umsetzung/Qualifizierung d Projekte Regionale 2010).

Innerhalb der Internen Leistungsverrechnungen werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:

1.09.01 Räumliche Planung



Dezernat IV

	Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-28.821		-123.000	-92.000		-46.000		
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-28.821		-123.000	-92.000		-46.000		
10	- Personalauszahlungen	459.480	425.237	474.794	478.092		482.873	487.702	492.580
12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	107.323	283.200	603.800	533.300		462.300	384.300	385.800
14	- Transferauszahlungen	32.725	131.000	131.000	131.000		131.000	131.000	131.000
15	- sonstige Auszahlungen	9.258	20.840	111.040	21.040		21.140	21.240	21.240
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	608.786	860.277	1.320.634	1.163.432		1.097.313	1.024.242	1.030.620
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	579.965	860.277	1.197.634	1.071.432		1.051.313	1.024.242	1.030.620

	1.09.02 Vermessung u. Führung v. Geobasisdaten esser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:	OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
Beschreibung In die	eser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:	DER LANDRAT
	eser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:	
1.09.	.02.01 Geodätischer Raumbezug	
1.09.	.02.02 Liegenschafts- und Ingenieurvermessung .02.02.01 Vermessungstätigkeit für Dritte .02.02.02 Verwaltungsinterne Vermessungstätigkeit	
1.09. 1.09.	.02.03 Führung der Liegenschaften Flurstücke und Gebäude .02.03.01 Übernahme beigebrachter Vermessungsschriften .02.03.02 Übernahme eigener Vermessungsschriften .02.03.03 Durchsetzung von Vermessungspflichten	
1.09.	.02.04 Erhebung und Führung der Nutzung, Topografie und Bodenschätzung .02.05 Führung der Personen- und Bestandsdaten .02.06 Erneuerung des Liegenschaftskatasters	
<u>Auftragsgrundlage</u>		
<u>Ziele</u>		
<u>Zielgruppen</u>		

Haushaltsplan 2015/2016 verantwortlich: Dezernat IV 1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation 1.09.02 Vermessung u. Führung v. Geobasisdaten



1.09.02.01	Geodätischer Raumbezug
<u>Beschreibung</u>	Ohne geodätischen Raumbezug (Lagebezugssystem ETRS89) können keine Koordinaten, Flächen, Höhen u.a. zuverlässig ermittelt werden. Der Raumbezug wird durch Vermessung und Berechnung im Innen- und Außendienst gebührenfrei als Grundlagendienst bereitgestellt. Hierbei ist die kontinuierliche Führung und Pflege des Anschlusspunktfeldes die Hauptaufgabe.
<u>Auftragsgrundlage</u>	Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung
<u>Ziele</u>	Die Gewährleistung des geodätischen Raumbezugs ist umfassend durch fachliche Vorgaben geregelt; die verbleibenden Ermessensspielräume werden genutzt. Die Einhaltung der Vorgaben vorausgesetzt sollten quantitative Ziele angestrebt werden.
	Die flächendeckende, hochgenaue Verfügbarkeit des geodätischen Lagebezugs ist Hauptziel. Wirtschaftlich steht eine Kostenreduzierung, gemessen am Hauptverursacher, dem einzelnen Grundstück bzw. Flurstück, im Vordergrund.
<u>Zielgruppen</u>	Freie und gewerbliche Unternehmen sowie öffentliche Stellen, deren örtliche Erhebungen Raumbezug benötigen

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:

1.09.02 Vermessung u. Führung v. Geobasisdaten



Dezernat IV	OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
1.09.02.02	Liegenschafts- und Ingenieurvermessung
<u>Beschreibung</u>	<u>Liegenschaftsvermessungen</u> sind Teilungs-, Grenz- und Gebäudevermessungen, die auf Antrag gebührenpflichtig oder von Amts wegen gebührenfrei erbracht werden.
	Von Amts wegen werden die Einmessungen der vor August 1972 errichteten Gebäude und alle Vermessungen zur Katastererneuerung (Produkt 1.09.02.06) durchgeführt.
	Ingenieurvermessungen werden nur in Einzelfällen für interne Zwecke der Kreisverwaltung durchgeführt.
<u>Auftragsgrundlage</u>	Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Vermessungs- und Wertermittlungsgebührenordnung
<u>Ziele</u>	Die Ausführung von Liegenschaftsvermessungen ist umfassend durch fachliche Vorgaben geregelt; die verbleibenden Ermessensspielräume werden genutzt. Die Einhaltung der Vorgaben vorausgesetzt sollter quantitative Ziele angestrebt werden.
	Mittelfristig stellt die Ausführung von Gebäudeeinmessungen die umfangreichste Aufgabe dar. Es ist eine größtmögliche Zahl anzustreben, um die vorhandenen Einmessungsdefizite der Altbauten baldmöglichst aufzuarbeiten. Wirtschaftlich steht die Kostenreduzierung im Vordergrund. Bei gleichzeitiger Steigerung der Fallzahlen müssen sich die
	Kosten am Einzelvorgang orientieren.
<u>Zielgruppen</u>	Grundstückseigentümer als Antragsteller oder Beteiligte im Verfahren

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09.02 Vermessung u. Führung v. Geobasisdaten



1.09.02.03	Führung der Liegenschaften Flurstücke und Gebäude
Beschreibung	Alle auf bzw. an Grundstücken vorgenommenen Veränderungen wie zum Beispiel die Errichtung eines Gebäudes, die Teilung eines Grundstücks oder der Umbau einer Straße haben Liegenschaftsvermessungen zur Folge. Diese von befugten Stellen durchgeführten Vermessungen müssen der Katasterbehörde eingereicht werden. Die sich anschließende Prüfung und Übernahme dieser Vermessungsergebnisse stellt die zentrale Pflichtaufgabe der Katasterführung dar.
	Gebührenpflichtig erfolgt die Bildung von Flurstücken; gebührenfrei sind die Bearbeitung von Grenz- und Gebäudeeinmessungen sowie die Verschmelzung von Flurstücken.
<u>Auftragsgrundlage</u>	Darüber hinaus überwacht die Katasterbehörde die Gebäudeeinmessungspflicht und setzt diese im Einzelfall durch. Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Vermessungs- und Wertermittlungsgebührenordnung, Kreisgebührensatzung
<u>Ziele</u>	Prüfung und Übernahme der Vermessungsergebnisse sind umfassend durch fachliche Vorgaben geregelt; die verbleibenden Ermessensspielräume werden genutzt. Die Einhaltung der Vorgaben vorausgesetzt sollten quantitative Ziele angestrebt werden.
	Für die Wirtschaftsförderung ist im Besonderen eine zügige Bearbeitung von Flurstücksbildungen vorrangig. Auf der Kostenseite ist der erforderliche Personalaufwand an den erzielbaren Gebühreneinnahmen zu messen. Trotz schwieriger Voraussetzungen (Niedrige Bodenwerte, teilweise problematische Katasterqualität, gebührenfreie Vorgänge u.a.) soll die Kostendeckung langfristiges Ziel sein.
	Für eine umfängliche, belastbare Nutzung des Liegenschaftskatasters ist mittelfristig die qualifizierte Vollständigkeit des Gebäudenachweises zu erreichen.
<u>Zielgruppen</u>	Befugte Vermessungsstellen (Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure, privilegierte Behörden), Grundstückseigentümer als Einmessungsverpflichtete bzw. Auftraggeber und als Antragsteller bei Vereinigungen

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:

Dezernat IV

Zielgruppen

1.09.02 Vermessung u. Führung v. Geobasisdaten



1.09.02.04	Erhebung und Führung der Nutzung, Topografie und Bodenschätzung
<u>Beschreibung</u>	Im Liegenschaftskataster sind in Ergänzung der Flurstücks- und Gebäudedaten flächendeckend und aktuell zu beschreiben: die tatsächlichen Flächennutzungen,
	die charakteristischen Geländeformen, baulichen Anlagen und wesentlichen Landschaftselemente (Topografie) sowie die von der Finanzbehörde durchgeführten Bodenschätzungen als Grundlage zur Besteuerung der landwirtschaftlichen Flächen.
	Nutzung und Topographie werden im Innen- und Außendienst erfasst und ebenso wie die vom Finanzamt durchgeführte Bodenschätzung gebührenfrei als Grundlagendienst bereitgestellt.
<u>Auftragsgrundlage</u>	Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Grundsteuer-, Bewertungs- und Bodenschätzungsgesetz
<u>Ziele</u>	Die Laufendhaltung von Flächennutzung und Topografie ist umfassend durch fachliche Vorgaben geregelt; die verbleibenden Ermessensspielräume werden genutzt. Die Einhaltung der Vorgaben vorausgesetzt sollten quantitative Ziele angestrebt werden.
	Die flächendeckende Aktualität stellt für die Nutzer den maßgeblichen Mehrwert der Geobasisdaten dar. Da bis 2019 neben der Laufendhaltung zusätzlich die Nutzung und Topografie von der Deutschen Grundkarte 1:5.000 in das Amtliche Liegenschaftskataster Informationssystem (ALKIS) überführt und dort als Amtliche Basiskarte neu herausgegeben werden muss, kann der erreichte Aktualitätsstand mittelfristig nur gehalten werden.
	Wirtschaftlich steht die Kostenreduzierung, gemessen am Hauptverursacher, der zu bearbeitenden Fläche, im Vordergrund.

Aufgabenträger aus der Planung und Statistik, Unternehmen der Energieversorgung, Bauwillige, Ordnungsbehörden,

Bewertungssachverständige, Finanz- und Steuerämter u.a. private / öffentliche Nutzer des Liegenschaftskatasters

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09.02 Vermessung u. Führung v. Geobasisdaten



1.09.02.05	Führung der Personen- und Bestandsdaten
<u>Beschreibung</u>	Das Liegenschaftskataster ist das amtliche Verzeichnis der Grundstücke im Sinne der Grundbuchordnung. Die Übereinstimmung zwischen Liegenschaftskataster und Grundbuch ist demnach zwingend zeitnah zu wahren. Die Amtsgerichte als Grundbuchämter teilen der Katasterbehörde die Eigentumsveränderungen überwiegend in digitaler Form mit. Diese müssen geprüft und gebührenfrei in das Liegenschaftskataster als Grundlagendienst übernommen werden.
	Ergänzend werden weitere Personendaten, d.h. Informationen des Katasters zur Person, Anschrift, Verwaltung, Vertretung und Hinweise auf Baulasten geführt.
<u>Auftragsgrundlage</u>	Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Grundbuchordnung §2, Abs.2
<u>Ziele</u>	Die Laufendhaltung der Personen- und Bestandsdaten ist umfassend durch fachliche Vorgaben und programmtechnische Bedingungen geregelt. Deren Einhaltung vorausgesetzt sollten quantitative Ziele angestrebt werden.
	Die flächendeckende Aktualität, d.h. die zeitnahe Übereinstimmung mit dem Grundbuch, stellt für die Nutzer den maßgeblichen Mehrwert der Eigentümerdaten dar. Eine Aktualitätsdifferenz von wenigen Tagen soll erreicht werden. Wirtschaftlich steht die Kostenreduzierung, gemessen am Hauptverursacher 'Eigentümer', dessen Handeln Veränderungen der Personen- und Bestandsdaten zur Folge hat, im Vordergrund.
<u>Zielgruppen</u>	Alle Nutzer des Liegenschaftskatasters, die berechtigt sind, Eigentümerdaten einzusehen (Eigentümer und Berechtigte an Grundstücken, eine Vielzahl an Behörden, Energieversorgern, Banken, Architekten, Planern, Maklern u.v.a.m.)

Haushaltsplan 2015/2016 verantwortlich: Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.02 Vermessung u. Führung v. Geobasisdaten



Bezernativ	DER LANDRAT						
1.09.02.06	Erneuerung des Liegenschaftskatasters						
1.03.02.00	Emederang des Elegensenanskatasters						
<u>Beschreibung</u>	Um den stetig steigenden Anforderungen der Nutzer zu genügen, ist das Liegenschaftskataster (LK) durch verschiedene Maßnahmen ¹⁾ von Amts wegen zu <u>erneuern</u> , die sich in 3 Kategorien aufgliedern:						
	E1: Umstellung der Karten, Pläne, Bücher, Listen, Skizzen, Urkunden und der historischen Unterlagen auf digitale Führung						
	E2: Geometrische Verbesserung der Liegenschaftskarte durch Aufbau eines spannungsfreien Koordinatenkatasters						
	E3: Umfassende Qualifizierung des LK durch Übernahme von Bodenordnungsverfahren (Flurbereinigungen, Umlegungen ¹⁾) und durch eigene Maßnahmen.						
	¹⁾ Nur im Zusammenhang mit der Übernahme von Umlegungen sowie ggf. durch Zahlung von Landeszuschüssen im Rahmen besonderer Erneuerungsmaßnahmen können Erträge anfallen.						
<u>Auftragsgrundlage</u>	Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung						
<u>Ziele</u>	Das langfristige Ziel aller Erneuerungsmaßnahmen muss deren Abschluss unter Beachtung der fachlichen Vorgaben sein. Die Reihenfolge der Kategorien stellt gleichzeitig eine Priorisierung dar. Wirtschaftlich steht die Kostenreduzierung, gemessen an der Zahl der zu erneuernden Katasterfälle, d.h. der Flurstücke, im Vordergrund.						
<u>Zielgruppen</u>	Alle privaten und öffentlichen Nutzer des Liegenschaftskatasters						

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:

1.09.02 Vermessung u. Führung v. Geobasisdaten



Dezernat IV

	•	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-401.385	-410.400	-460.800	-460.800	-430.800	-430.800	-410.800
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-21.509	-15.220	-11.220	-13.220	-12.220	-12.220	-14.220
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-64.062						
10	=	Ordentliche Erträge	-486.955	-425.620	-472.020	-474.020	-443.020	-443.020	-425.020
11	-	Personalaufwendungen	2.527.790	2.495.873	2.636.256	2.613.201	2.639.467	2.665.918	2.692.635
12	-	Versorgungsaufwendungen	188.020	191.895	210.301	211.819	213.931	216.068	218.225
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	148.668	179.720	190.804	204.021	224.399	227.749	233.050
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	24.251	8.016	34.856	38.968	32.573	32.573	32.573
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	222.928	271.147	271.852	303.103	308.158	312.985	318.167
17	=	Ordentliche Aufwendungen	3.111.657	3.146.651	3.344.070	3.371.112	3.418.528	3.455.293	3.494.649
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	2.624.702	2.721.030	2.872.049	2.897.092	2.975.508	3.012.273	3.069.629
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	2.624.702	2.721.030	2.872.049	2.897.092	2.975.508	3.012.273	3.069.629
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	2.624.702	2.721.030	2.872.049	2.897.092	2.975.508	3.012.273	3.069.629
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-60.138	-60.462	-112.940	-81.918	-75.880	-76.133	-76.494
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	248.589	242.995	374.763	281.259	267.701	269.175	270.969
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	2.813.154	2.903.563	3.133.872	3.096.433	3.167.329	3.205.314	3.264.105

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09.02 Vermessung u. Führung v. Geobasisdaten



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Vermessung und Führung von Geobasisdaten

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für die Ausführung von Vermessungen und die Übernahme von Vermessungsschriften gesammelt. Die einzelnen Gebühren können über Produkte/Teilprodukte noch weiter differenziert werden. Bei den *Kostenerstattungen und Kostenumlagen* handelt es sich um Kostenbeteiligungen z.B. durch Kommunen.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen umfasst die Kosten für die Arbeiten zur Erneuerung des Liegenschaftskatasters und die Ausgaben für Bildflüge (Kostenart 529100).

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der Internen Leistungsverrechnungen werden anteilige Umlagen (z.B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09.02 Vermessung u. Führung v. Geobasisdaten



Teilfinanzplan		Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-413.162	-410.400	-460.800	-460.800		-430.800	-430.800	-410.800
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-13.000	-15.000	-11.000	-13.000		-12.000	-12.000	-14.000
7	+	Sonstige Einzahlungen	-2.773							
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-428.935	-425.400	-471.800	-473.800		-442.800	-442.800	-424.800
10	-	Personalauszahlungen	2.497.913	1.992.588	2.103.779	2.119.745		2.140.990	2.162.449	2.184.123
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	154.142	216.550	232.800	243.300		264.400	268.450	274.450
15	-	sonstige Auszahlungen	43.523	62.900	32.900	57.900		58.100	58.100	58.100
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.695.578	2.272.038	2.369.479	2.420.945		2.463.490	2.488.999	2.516.673
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	2.266.643	1.846.638	1.897.679	1.947.145		2.020.690	2.046.199	2.091.873
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	17.965	31.000	70.000	25.000		26.000	26.000	27.000
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen	7.854	4.000	4.000	5.000		5.000	5.000	5.000
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	25.819	35.000	74.000	30.000		31.000	31.000	32.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein/. Auszahlung)	25.819	35.000	74.000	30.000		31.000	31.000	32.000

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09.02 Vermessung u. Führung v. Geobasisdaten



Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführtem Ansatz handelt es sich um geplante Investitionen/Ersatzbeschaffung von Betriebs- und Geschäftsausstattung (kurz BGA) aus dem Bereich Katasterverwaltung. Der Ansatz ist für vermessungstechnische Geräte bzw. IT-Geräte bestimmt, welche nicht angemietet werden. Betriebs- und Geschäftsausstattung ist ein Begriff der kaufmännischen Buchführung. Darunter fallen Gegenstände (über 410 Euro netto), die der langfristigen Betriebsbereitschaft eines Unternehmens dienen. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird im ersten Teil des Inventars als Vermögensposten geführt. In der Bilanz wird sie den Sachanlagen zugeordnet und ist damit ein Teil des Anlagevermögens. BGAs werden über den Zeitraum ihrer Nutzungsdauer abgeschrieben, über Kostenstellen werden die Beschaffungen verursachungsgerecht den Ämtern/Produkten zugeordnet.

Die o. g. Investitionen werden über die *Finanzstelle 5.620001* (BGA, Technische Geräte, Anlagevermögen > 410 Euro netto) abgewickelt.

lm Jahr 2015 ist eine Investition von 50.000 € für den Ersatz eines Messfahrzeugs vorgesehen (PSP-I 5.620003.710).

Haushaltsplan 2015/2016 1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation verantwortlich: 1.09.03 Geoinformationsdienste, Geodatenmanag. OBERBERGISCHER KREIS Dezernat IV **DER LANDRAT** Beschreibung In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst: 1.09.03.01 Bereitstellung von Geodaten und kartografischen Produkten 1.09.03.01.01 Nutzung von Abrufverfahren 1.09.03.01.02 Betrieb von Abrufverfahren 1.09.03.01.03 Zugriff auf Abrufverfahren 1.09.03.02 Abgabe von Geodaten und kartografischen Produkten 1.09.03.02.01 Abgabe von digitalen Geobasisdaten 1.09.03.02.02 Abgabe von analogen Geobasisdaten 1.09.03.02.03 Abgabe von digitalen kommunalen Geodaten 1.09.03.02.04 Abgabe von analogen kommunalen Geodaten 1.09.03.02.05 Interne Ausdrucke und digitale Vervielfältigungen 1.09.03.02.06 Ausdrucke und digitale Vervielfältigungen 1.09.03.02.07 Bescheinigungen 1.09.03.02.08 Unschädlichkeitszeugnisse 1.09.03.02.09 Einnahmen für Dritte (Land) 1.09.03.03 Abgabe von Geobasisdaten des Vermessungszahlenwerks 1.09.03.03.01 Vermessungsunterlagen ohne MwSt 1.09.03.03.02 Vermessungsunterlagen mit MwSt Auftragsgrundlage Ziele Zielgruppen

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09.03 Geoinformationsdienste, Geodatenmanag.



<u>1.09.03.01</u>	Bereitstellung von Geodaten und kartografischen Produkten
<u>Beschreibung</u>	Um den Nutzern aus Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft eine hochwertige Grundlage für anstehende Entscheidungen zu geben, werden die verfügbaren Geodaten aufbereitet und aktuell mittels Web-basierten Geodienstei bereitgestellt. Hierdurch entstehen bei den Nutzern Mehrwerte in Form von Zeitersparnissen und nachhaltiger Belastbarkeit der Informationen, was durch deren Flächendeckung, Aktualität, Zuverlässigkeit, Standardisierung, Transparenz, Verknüpfbarkeit u.a. begründet ist.
	Die Kreisverwaltung setzt hierzu freie und Quellcode-offene Programme im Geodienst Rauminformation Oberberg (RIO ein. Neben frei zugänglichen Diensten sind auch kostenpflichtige Erweiterungen des Geodienstes vereinbar.
<u>Auftragsgrundlage</u>	Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Geodatenzugangsgesetz (GeoZG NRW), Vermessungs- und Wertermittlungsgebührenordnung
<u>Ziele</u>	Die Einhaltung der informationstechnischen Sicherheitsvorgaben und der geltenden Kostenordnungen wird vorausgesetzt.
	Inhalt, Aktualität und Verfügbarkeit des Web-basierten Geodienstes sind ausschlaggebende Parameter für dessen Nutzung. Da die bei den Nutzern entstehenden Mehrwerte quantitativ nicht erfassbar sind, sollte die Steigerung der Datenzugriffe und der Zahl der vertraglich gebundenen Nutzer angestrebt werden.
	Wirtschaftlich steht eine Kosten-Nutzen-Bilanzierung im Vordergrund. Aufgrund der erheblichen Streuung der Nutzer sir

die Kosten an der Einwohnerzahl zu messen.

Zielgruppen Nutzer von Geoinformationen aus Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:

1.09.03 Geoinformationsdienste, Geodatenmanag.



Dezernat IV	OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
1.09.03.02	Abgabe von Geodaten und kartografischen Produkten
<u>Beschreibung</u>	Die Geobasisdaten des amtlichen Vermessungswesens und kommunale Geodaten können digital und analog erworben werden. Es werden zudem Bescheinigungen und Unschädlichkeitszeugnisse ausgestellt sowie Vermessungs- und Vereinigungsanträge entgegengenommen. Sonderdienstleistungen für Scanarbeiten, spezielle Daten- oder Druckausgaben werden angeboten. Regelmäßig sind in diesem Zusammenhang beratende und klärende Gespräche zu führen. Darüber hinaus sind die sonstigen befugten Behörden (zurzeit alle kreisangehörigen Gemeinden) in ihrer
<u>Auftragsgrundlage</u>	Vertriebstätigkeit zu unterstützen. Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Vermessungs- und Wertermittlungsgebührenordnung, Unschädlichkeitsgesetz, Kreisgebührensatzung
<u>Ziele</u> <u>Zielgruppen</u>	Die Einhaltung der geltenden Kostenordnungen und -vorgaben wird vorausgesetzt. Die beratenden Tätigkeiten sind nachhaltig und qualifiziert wahrzunehmen. Für die Wirtschaftsförderung ist im Besonderen eine zügige Bearbeitung der Anträge vorrangig. Auf der Kostenseite ist der erforderliche Personalaufwand an den erzielbaren Gebühreneinnahmen zu messen. Trotz schwieriger Voraussetzungen (Parallelvertrieb durch die kreisangehörigen Gemeinden, nicht gebührendeckende bzw. gebührenfreie Vorgänge usw.) soll eine Kostendeckung langfristiges Ziel sein. Auskunftssuchende und Antragssteller aus Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:

Auftragsgrundlage

Dezernat IV

1.09.03 Geoinformationsdienste, Geodatenmanag.



Beschreibung Zur Vorbereitung und Durchführung aller grundstücksbezogenen Vermessungsarbeiten werden für private und hoheitlich

tätige Vermessungsstellen die notwendigen Unterlagen bereitgestellt und überwiegend gebührenfrei abgegeben. Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen

Durchführungsverordnung, Vermessungs- und Wertermittlungsgebührenordnung

Ziele Die Einhaltung der geltenden Gebührenordnung und die Vollständigkeit der Datenabgaben bzw. der

Vermessungsunterlagen werden vorausgesetzt. Für die Wirtschaftsförderung ist eine zügige Bearbeitung der Anträge

vorrangig. Ab 2015 sollen die Geobasisdaten des Vermessungszahlenwerkes umfassend mit Web-basierten

Geodiensten bereitgestellt werden.

Zielgruppen Freie und gewerbliche Vermessungsbüros sowie sonstige gewerbliche Antragsteller

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:

1.09.03 Geoinformationsdienste, Geodatenmanag.



Dezernat IV

		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-209.822	-207.200	-228.700	-229.200	-234.700	-234.700	-234.700
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-12.956	-20.000	-21.000	-21.000	-23.000	-23.000	-23.000
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-5.951						
10	=	Ordentliche Erträge	-228.729	-227.200	-249.700	-250.200	-257.700	-257.700	-257.700
11	-	Personalaufwendungen	828.014	838.382	949.093	937.391	946.780	956.247	965.809
12	-	Versorgungsaufwendungen	35.385	34.586	41.273	41.587	42.002	42.422	42.845
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	43.781	65.357	72.309	72.057	75.469	76.869	77.269
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	68.478	83.368	82.274	84.659	86.214	87.699	89.294
17	=	Ordentliche Aufwendungen	975.657	1.021.694	1.144.949	1.135.694	1.150.466	1.163.237	1.175.218
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	746.929	794.494	895.249	885.494	892.766	905.537	917.518
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	746.929	794.494	895.249	885.494	892.766	905.537	917.518
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	746.929	794.494	895.249	885.494	892.766	905.537	917.518
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	58.313	55.916	94.515	75.210	70.796	71.200	71.669
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	805.241	850.410	989.764	960.704	963.562	976.737	989.187

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:

1.09.03 Geoinformationsdienste, Geodatenmanag.



Dezernat IV

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Geoinformationsdienste

Unter der Kontengruppe Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für die Nutzung von Abrufverfahren, die Abgabe von Geobasisdaten sowie für kartentechnische Auftragsarbeiten und Bescheinigungen veranschlagt.

Bei der Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte (Kontenart 441) / Kostenerstattungen (Kontenart 442)* werden die Einnahmen aus dem Verkauf von Geobasisdaten sowie die Kostenerstattungen für den Betrieb von Abrufverfahren und für die Abgabe von Geobasisdaten durch das Land angesetzt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* sind die anteilsmäßigen Kosten für die Unterhaltung der Datenverarbeitungseinrichtungen (Wartung, Dienstleistungen für IT), Ausgaben für die zum Weiterverkauf (Kostenart 526600) bestimmten, fertigen Produkte und auch die Erstattungen an das Land (Kostenart 525200) aus dem Verkauf von Landesdaten enthalten.

Unter der Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Leasingaufwendungen (Kostenart 542200) für IT-Bedarf gebucht. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09.03 Geoinformationsdienste, Geodatenmanag.



Verpflicht-Teilfinanzplan Ergebnis Ansatz Ansatz Ansatz ungsermäch-Planung Planung Planung 2013 2014 2015 2016 tigungen 2017 2018 2019 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte 4 -213.403 -207.200 -228.700 -229.200 -234.700 -234.700 -234.700 6 Kostenerstattungen, Kostenumlagen -15.669 -20.000 -21.000 -21.000 -23.000 -23.000 -23.000 7 Sonstige Einzahlungen -1.041 Einzahlungen aus laufender 9 -230.113 -227.200 -249.700 -250.200 -257.700 -257.700 -257.700 Verwaltungstätigkeit 10 Personalauszahlungen 696.420 551.231 634.545 631.795 644.494 650.939 638.113 Auszahlungen für Sach- und 12 31.853 44.200 48.200 49.500 52.500 53.500 53.500 Dienstleistungen sonstige Auszahlungen 15 591 Auszahlungen aus laufender 16 728.864 595.431 682.745 681.295 690.613 697.994 704.439 Verwaltungstätigkeit Saldo aus laufender Verwaltungs-17 498.751 368.231 433.045 431.095 432.913 440.294 446.739 tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)

Haushaltsplan 2015/2016 1.09 Räuml, Planung u. Entw., Geoinformation verantwortlich: 1.09.04 Grundstückswertermittlung OBERBERGISCHER KREIS Dezernat IV **DER LANDRAT** Beschreibung Der Gutachterausschuss für Grundstückswerte ist ein mit Bewertungssachverständigen besetztes, neutrales und von Weisungen unabhängiges Kollegialgremium. Zur Aufgabenerfüllung ist eine Geschäftsstelle bei der Kreisverwaltung vorzuhalten. Pflichtaufgaben sind: [kostenfrei als Grundlagendienst zu erbringen:] Führung der Kaufpreissammlung, Festsetzung und Beauskunftung der Bodenrichtwerte. Ableitung von für die Wertermittlung erforderlichen Daten (z.B. Liegenschaftszinssätze, Marktfaktoren), Erstellung von Marktberichten u.a.m. [gebührenpflichtig auf Antrag zu erbringen:] Gutachten, Wertauskünfte, Stellungnahmen über Grundstückswerte, Auswertungen aus der Kaufpreissammlung. Datenvertrieb [kostenfrei auf Antrag zu erbringen:] Wertermittlungen in Sozial- und Arbeitslosenangelegenheiten Baugesetzbuch §§ 192ff i.V.m. der Gutachterausschussverordnung NRW, Auftragsgrundlage Vermessungs- und Wertermittlungsgebührenordnung, Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetz Die Tätigkeiten des Gutachterausschusses und seiner Geschäftsstelle sind vielfältig. Es handelt sich sowohl um Ziele Grundlagendienste als auch um antragsbezogene Dienstleistungen. Während z.B. die Führung der Kaufpreissammlung auf der einen Seite klaren Vorgaben unterliegt, ist die Grundstücksbewertung andrerseits geprägt durch eine Vielzahl von Ermessensspielräumen. Dieses heterogene Aufgabenspektrum führt dazu, dass ein umfassendes, den gesamten Arbeitsbereich abdeckendes Ziel nicht festzulegen ist. Für die Grundlagendienste sollen zeitnahe und termingerechte Bearbeitung sowie die Nutzerakzeptanz der Produkte im Vordergrund stehen.

<u>Zielgruppen</u>

Parameter, der Zahl der Bodenrichtwerte, orientieren. Eigentümer und sonstige Berechtigte an Grundstücken, Banken, Versicherungen, Steuerberater, Immobilienmakler, Sachverständige, Finanz-, Arbeits-, Sozial-, Bodenordnungs-, Planungs-, Bau- und Liegenschaftsbehörden, Gerichte u.a.

Die Wirtschaftlichkeit des Gutachterausschusses und im Besonderen der antragsbezogenen Dienstleistungen soll sich am Hauptverursacher "Eigentümer", dessen Handeln den Grundstücksmarkt prägt, und an einem gebietstypischen

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:

1.09.04 Grundstückswertermittlung



		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-13.124	-37.500	-18.400	-19.400	-22.400	-22.400	-22.400
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-10.670	-2.500					
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-3.086						
10	=	Ordentliche Erträge	-26.879	-40.000	-18.400	-19.400	-22.400	-22.400	-22.400
11	-	Personalaufwendungen	494.119	492.205	527.842	527.665	532.950	538.281	543.663
12	-	Versorgungsaufwendungen	18.448	18.969	21.425	21.573	21.788	22.006	22.226
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.217	15.579	12.055	11.278	11.485	11.685	11.884
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	41.356	61.181	51.360	55.553	56.330	57.074	57.872
17	=	Ordentliche Aufwendungen	562.141	587.934	612.682	616.070	622.553	629.046	635.645
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	535.262	547.934	594.282	596.670	600.153	606.646	613.245
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	535.262	547.934	594.282	596.670	600.153	606.646	613.245
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	535.262	547.934	594.282	596.670	600.153	606.646	613.245
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	31.213	30.094	48.971	39.415	37.147	37.365	37.616
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	566.475	578.027	643.252	636.085	637.300	644.011	650.861

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09.04 Grundstückswertermittlung



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Grundstückswertermittlung

In der Kontengruppe Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Auskünfte, Auswertungen, Marktberichte, Bodenrichtwerte, Gutachten und Wertermittlungen für kommunale Zwecke veranschlagt. Unter der Kontengruppe Erträge aus Kostenerstattung/-umlage sind Erstattungen vom Land (Kostenart 442200) aus deren Einnahmen aus der Abgabe von Bodenrichtwerten und Marktberichten kalkuliert.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe Sonstige ordentliche Aufwendungen (Kostenart 542800) umfasst die Aufwendungen für die Entschädigung der Mitglieder des Gutachterausschusses. Zu den Sonstigen ordentlichen Aufwendungen gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09.04 Grundstückswertermittlung



Verpflicht-Teilfinanzplan Ergebnis Ansatz Ansatz Ansatz ungsermäch-Planung Planung Planung 2013 2014 2015 2016 tigungen 2017 2018 2019 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte 4 -10.447 -37.500 -18.400 -19.400 -22.400 -22.400 -22.400 6 Kostenerstattungen, Kostenumlagen -6.985 -2.500 7 Sonstige Einzahlungen -1.126 Einzahlungen aus laufender 9 -18.558 -40.000 -18.400 -19.400 -22.400 -22.400 -22.400 Verwaltungstätigkeit Personalauszahlungen 10 427.221 334.276 358.407 361.631 372.589 365.247 368.900 Auszahlungen für Sach- und 12 58 5.000 Dienstleistungen 15 sonstige Auszahlungen 6.151 19.500 10.200 13.200 13.200 13.200 13.200 Auszahlungen aus laufender 16 433.430 358.776 368.607 374.831 378.447 382.100 385.789 Verwaltungstätigkeit Saldo aus laufender Verwaltungs-17 414.872 318.776 350.207 355.431 356.047 359.700 363.389 tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)

1.10 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

KD, Dez. III, Dez. IV



		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.135.323	-785.000	-775.000	-775.000	-775.000	-775.000	-775.000
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-187.693	-13.203	-13.203	-13.203	-13.203	-13.203	-13.203
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-50.951	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000
10	=	Ordentliche Erträge	-1.373.967	-805.203	-795.203	-795.203	-795.203	-795.203	-795.203
11	-	Personalaufwendungen	2.281.974	2.381.963	2.445.841	2.424.707	2.449.085	2.473.634	2.498.427
12	-	Versorgungsaufwendungen	199.215	205.486	193.051	195.904	197.857	199.835	201.829
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	162.199	71.629	6.199	71.199	71.199	71.199	71.199
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	232	2.016	1.629	3.014	4.545	4.545	4.545
15	-	Transferaufwendungen		3.400	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	134.154	153.798	158.786	160.315	161.459	162.545	163.988
17	=	Ordentliche Aufwendungen	2.777.775	2.818.292	2.806.506	2.856.138	2.885.146	2.912.757	2.940.989
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.403.808	2.013.089	2.011.303	2.060.935	2.089.943	2.117.554	2.145.786
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.403.808	2.013.089	2.011.303	2.060.935	2.089.943	2.117.554	2.145.786
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.403.808	2.013.089	2.011.303	2.060.935	2.089.943	2.117.554	2.145.786
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	241.030	220.703	328.579	254.614	243.934	245.402	247.218
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.644.838	2.233.792	2.339.883	2.315.549	2.333.877	2.362.956	2.393.003

1.10 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

KD, Dez. III, Dez. IV



	Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.120.297	-785.000	-775.000	-775.000		-775.000	-775.000	-775.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-8.897	-13.000	-13.000	-13.000		-13.000	-13.000	-13.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-6.887	-7.000	-7.000	-7.000		-7.000	-7.000	-7.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.136.081	-805.000	-795.000	-795.000		-795.000	-795.000	-795.000
10	- Personalauszahlungen	2.083.141	1.767.283	1.814.383	1.827.749		1.846.076	1.864.586	1.883.281
12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	164.617	70.980	5.980	70.980		70.980	70.980	70.980
14	- Transferauszahlungen		3.400	1.000	1.000		1.000	1.000	1.000
15	- sonstige Auszahlungen	35.306	35.980	33.620	33.620		33.620	33.620	33.620
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.283.063	1.877.643	1.854.983	1.933.349		1.951.676	1.970.186	1.988.881
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.146.982	1.072.643	1.059.983	1.138.349		1.156.676	1.175.186	1.193.881

Haushaltsplan 2015	/2016 1.10 Bauen und Wohnen	
verantwortlich:	1.10.01 Maßnahmen der Bauaufsicht	
Dezernat IV		OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
Beschreibung	Diese Produktgruppe fasst folgende Produkte zusammen:	
	1.10.01.01 Untere Bauaufsicht 1.10.01.02 Bauordnungsbehördliche Verfahren	
<u>Auftragsgrundlage</u>	1.10.01.02 Dadordhangsbehordliche Verranien	
<u>Ziele</u>		
<u>Zielgruppen</u>		

1.10 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

Dezernat IV

1.10.01 Maßnahmen der Bauaufsicht



1.10.01.01 Untere Bauaufsicht

Bearbeitung von und Entscheidung über Bauanträge und Anträge auf Vorbescheid auf der Grundlage der BauO

NRW, einschließlich Abweichungen und Befreiungen nach BauGB

Baurechtliche Prüfung von Anträgen nach anderen Rechtsvorschriften, wie z.B. dem Bundesimmissionsschutzgesetz

Bauberatung außerhalb von Verfahren

Bauzustandsbesichtigungen

Wiederkehrende Prüfungen von Sonderbauten

Abnahmen von Fahrgeschäften und Zelten

<u>Auftragsgrundlage</u> Bauordnung des Landes NRW, Baugesetzbuch

Ziele Sicherstellung der Qualitätsmerkmale des Gütesiegels als mittelstandsfreundliche Verwaltung, insbesondere der

Servicezusage einer Baugenehmigung innerhalb von 40 Werktagen nach Antragseingang für gewerbliche Vorhaben

Zeitnahe Entscheidungen aller übrigen Bauanträge

Rechtssichere Entscheidungen: Quote von mind. 90% für den Kreis erfolgreich abgeschlossener

verwaltungsrechtlicher Streitverfahren

Zielgruppen Bauherren und Architekten, Eigentümer und Nutzer baulicher Anlagen

Haushaltsplan 2015/2016 1.10 Bauen und Wohnen verantwortlich: 1.10.01 Maßnahmen der Bauaufsicht OBERBERGISCHER KREIS Dezernat IV **DER LANDRAT** 1.10.01.02 Bauordnungsbehördliche Verfahren Beschreibung Abwicklung von ordnungsbehördlichen Verfahren zur Beseitigung baurechtswidriger Zustände Prüfung und Bearbeitung von Teilungsanträgen und Anträgen auf Abgeschlossenheitsbescheinigung Durchführung von örtlichen Überprüfungen und Baukontrollen im Rahmen von ordnungsbehördlichen Verfahren und Abnahmen im Baugenehmigungsverfahren Vorbereitung und Eintragung /löschung von Baulasten Führung des Baulastenverzeichnisses Erteilung von Baulastauskünften Ablehnungen von Bauanträgen und Bauvorbescheiden Abwicklung von Schriftverkehr mit der oberen und obersten Bauaufsichtsbehörde (Eingaben, Petitionen) Fachliche Begleitung der beim Rechtsamt abzuwicklenden Klageverfahren in baurechtlichen Angelegenheiten Auftragsgrundlage Bauordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (BauO NW), Baugesetzbuch (BauGB); Allgemeine Verwaltungsgebührenordnung NW (AVerwGebO NW) Zeitnahe und rechtssichere Abwicklung der ordnungsbehördlichen Verfahren: Ziele Aufnahme des Verfahrens innerhalb einer Woche nach Eingang der Meldung §8 BauO NRW) Quote von mindestens 90% für den Kreis erfolgreich abgeschlossener Klageverfahren Rechtssichere und zeitnahe Erteilung der beantragten Teilungsgenehmigungen innerhalb eines Monats: Quote von mindestens 90% für den Kreis erfolgreich abgeschlossener Klageverfahren Entscheidung innerhalb eines Monats Zeitnahe Erteilung der Abgeschlossenheitsbescheinigungen, Baulasteintragungen und Baulastauskünften sowie

Bauherren und Grundstückseigentümer und Nutzer baulicher Anlagen im Zuständigkeitsbereich der Bauaufsicht des

Ablehnungen der Bauanträge und Bauvorbescheide

Oberbergischen Kreises

Zielgruppen

1.10 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

Dezernat IV

1.10.01 Maßnahmen der Bauaufsicht



Ergebnis Ansatz Ansatz Ansatz Planung **Planung** Planung Teilergebnisplan 2013 2014 2015 2016 2017 2018 2019 Öffentlich-rechtliche 4 -1.104.864 -755.000 -751.000 -751.000 -751.000 -751.000 -751.000 Leistungsentaelte Kostenerstattungen und 6 -178.240 -6.203 -6.203 -6.203 -6.203 -6.203 -6.203 Kostenumlagen 7 Sonstige ordentliche Erträge -39.571 -7.000 -7.000 -7.000 -7.000 -7.000 -7.000 -1.322.674 -768.203 -764.203 -764.203 -764.203 -764.203 10 Ordentliche Erträge -764.203 11 Personalaufwendungen 1.780.975 1.864.908 1.936.614 1.922.404 1.941.743 1.961.220 1.980.893 12 Versorgungsaufwendungen 149.168 154.561 143.272 145.490 146.941 148.409 149.891 Aufwendungen für Sach- und 13 161.883 71.493 6.142 71.142 71.142 71.142 71.142 Dienstleistungen 1.629 4.545 14 Bilanzielle Abschreibungen 232 2.016 3.014 4.545 4.545 1.000 1.000 15 Transferaufwendungen 3.400 1.000 1.000 1.000 Sonstige ordentliche 16 109.097 125.367 128.782 129.751 130.489 131.177 132.177 Aufwendungen 17 Ordentliche Aufwendungen 2.201.354 2.221.745 2.217.439 2.272.802 2.295.861 2.317.494 2.339.649 Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 878.680 1.453.542 1.453.236 1.508.599 1.531.658 1.553.291 1.575.446 10 und 17) Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 22 878.680 1.453.542 1.453.236 1.508.599 1.531.658 1.553.291 1.575.446 18 und 21) Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen 26 878.680 1.453.542 1.453.236 1.508.599 1.531.658 1.553.291 1.575.446 Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) Erträge aus internen 27 -6.365 -6.182 -10.172 -7.121 -6.807 -6.832 -6.868 Leistungsbeziehungen Aufwendungen aus internen 28 183.532 163.046 254.060 191.515 181.988 183.004 184.235 Leistungsbeziehungen 29 Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) 1.055.847 1.697.124 1.692.993 1.729.464 1.752.813 1.610.405 1.706.838

1.10 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

Dezernat IV

1.10.01 Maßnahmen der Bauaufsicht



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Maßnahmen der Bauaufsicht

In der Kontengruppe Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte sind bauaufsichtliche Genehmigungsgebühren sowie Gebühren für Teilungsgenehmigungen, für die Ablehnung bauaufsichtlicher Verfahren, für die Eintragung von Baulasten, für Abgeschlossenheitsbescheinigungen nach dem Wohnungseigentumsgesetz und für ordnungsrechtliche Maßnahmen zusammengefasst (Kostenart 431100). Die Kontengruppe Erträge aus Kostenerstattung/-umlage beinhaltet die Erstattung der Kosten für die Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Kostenart 442900). Bei den Sonstigen ordentlichen Erträgen handelt es sich um Zwangsgelder (Kostenart 452120).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen erfasst die Kosten der Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Kostenart 524902) sowie anfallende Kosten für Katasterunterlagen bzw. Katastermaterial (Kostenart 529100). Über die Kontengruppe Transferaufwendungen werden Erstattungen von Verwaltungsgebühren und die Rückzahlung von Zwangsgeldern a.V. abgebildet (Kostenart 539300). Zu den Sonstigen ordentlichen Aufwendungen gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Bei der *Internen Leistungsverrechnung* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.10 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

Dezernat IV

1.10.01 Maßnahmen der Bauaufsicht



Verpflicht-Teilfinanzplan Ergebnis Ansatz Ansatz Ansatz ungsermäch-Planung Planung Planung 2013 2014 2015 2016 tigungen 2017 2018 2019 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte 4 -1.094.144 -755.000 -751.000 -751.000 -751.000 -751.000 -751.000 6 Kostenerstattungen, Kostenumlagen -317 -6.000 -6.000 -6.000 -6.000 -6.000 -6.000 7 Sonstige Einzahlungen -6.887 -7.000 -7.000 -7.000 -7.000 -7.000 -7.000 Einzahlungen aus laufender 9 -1.101.348 -768.000 -764.000 -764.000 -764.000 -764.000 -764.000 Verwaltungstätigkeit 10 Personalauszahlungen 1.384.868 1.441.109 1.452.272 1.466.845 1.496.429 1.635.501 1.481.563 Auszahlungen für Sach- und 12 164.617 70.980 5.980 70.980 70.980 70.980 70.980 Dienstleistungen Transferauszahlungen 14 3.400 1.000 1.000 1.000 1.000 1.000 15 sonstige Auszahlungen 35.980 35.279 33.620 33.620 33.620 33.620 33.620 Auszahlungen aus laufender 16 1.835.396 1.495.228 1.481.709 1.557.872 1.572.445 1.587.163 1.602.029 Verwaltungstätigkeit Saldo aus laufender Verwaltungs-17 727.228 734.048 717.709 793.872 808.445 823.163 838.029 tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)

Haushaltsplan 2015/2016 1.10 Bauen und Wohnen verantwortlich: 1.10.02 Denkmalschutz u. Denkmalpflege OBERBERGISCHER KREIS Dezernat IV **DER LANDRAT** Beschreibung Fachaufsicht über die Unteren Denkmalbehörden im Oberbergischen Kreis durch Beratung und Information der Unteren Denkmalbehörden Durchführung von Geschäftsprüfungen Bearbeitung von Eingaben, Beschwerden und Petitionen Erteilung von Grabungserlaubnissen Genehmigung von Denkmalbereichssatzungen DSchG NRW, VwVfG, GO Auftragsgrundlage Ziele Sinnvolle Erhaltung und Nutzung von erhaltenswerter Bausubstanz, Einhaltung der Vorschriften des DSchG NRW, Effiziente, zeitnahe und rechtssichere Beratung und Unterstützung der Unteren Denkmalbehörden Terminangebot für Beratungen von Kommunen innerhalb einer Woche Effiziente Fachaufsicht: Genehmigung von Denkmalbereichssatzungen innerhalb von 4 Wochen mind. eine Geschäftsprüfung pro Untere Denkmalbehörde alle 5 Jahre, d.h. 2-3 pro Jahr Untere Denkmalbehörden im Oberbergischen Kreis, Einsender von Eingaben, Beschwerden und Petitionen, Zielaruppen Denkmaleigentümer, Rheinisches Amt für Denkmalpflege

1.10 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

Dezernat IV

1.10.02 Denkmalschutz u. Denkmalpflege



		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-99						
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-1.284						
10	=	Ordentliche Erträge	-1.383						
11	-	Personalaufwendungen	42.708	42.951	48.389	47.583	48.061	48.542	49.028
12	-	Versorgungsaufwendungen	5.705	5.800	6.458	6.564	6.630	6.696	6.763
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	37	13	6	6	6	6	6
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.262	2.287	2.351	2.370	2.385	2.398	2.418
17	=	Ordentliche Aufwendungen	50.711	51.051	57.204	56.524	57.082	57.643	58.215
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	49.328	51.051	57.204	56.524	57.082	57.643	58.215
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	49.328	51.051	57.204	56.524	57.082	57.643	58.215
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	49.328	51.051	57.204	56.524	57.082	57.643	58.215
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	3.095	3.396	5.117	3.957	3.797	3.818	3.844
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	52.422	54.447	62.321	60.481	60.879	61.461	62.059

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Denkmalschutz und Denkmalpflege

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen*

1.10 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

1.10.02 Denkmalschutz u. Denkmalpflege



Dezernat IV

gehören	ferner	anteilige	Geschäft	saufwer	ndungen	(Büroma	terial,	Porto,	Telefon,	Fortbildun	g, Mi	ete/Leas	ing für	Gesc	häftsaus	sstattung	, Bel	kanntma	chunger	n, AD	V-
Kosten,	Versich	erungsbe	eiträge, us	w.), wel	che auf k	Kostenste	llen b	ewirtsch	naftet we	rden und ül	ber V	errechnu	ıngssc	hema (die Proc	duktgrupp	oe be	elasten.			

Innerhalb der Internen Leistungsverrechnungen werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.10 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

1.10.02 Denkmalschutz u. Denkmalpflege

OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT

	Teilfinanzplan		Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
10	- Personalauszahlungen	36.832	31.755	34.662	34.994		35.344	35.698	36.055
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	36.832	31.755	34.662	34.994		35.344	35.698	36.055
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	36.832	31.755	34.662	34.994		35.344	35.698	36.055

Haushaltsplan 2015/2016 1.10 Bauen und Wohnen verantwortlich: 1.10.03 Wohnungsbauförderung OBERBERGISCHER KREIS Kreisdirektor **DER LANDRAT** Beschreibung Gefördert wird durch zinsgünstige Darlehen der NRW.BANK. Im Bereich der Förderung von selbstgenutztem Wohneigentum Entscheidung über Anträge auf Förderung des Neubaus und des Erwerbs von selbstgenutztem Wohneigentum Reduzierung von Barrieren im Bestand Energetische Sanierung Förderzusagen, Abstimmung mit der NRW.BANK Bau- und Finanzierungsberatung, Ortstermine Bauzustandsbesichtigungen Im Bereich der Förderung von Mietwohnungen Entscheidung über Anträge auf Förderung des Neubaus von Mietwohnungen Reduzierung von Barrieren und energetische Sanierung im Bestand Förderzusagen, Abstimmung mit der NRW.BANK Bau- und Finanzierungsberatung, Ortstermine Bauzustandsbesichtigungen Gesetz zur Förderung und Nutzung von Wohnraum (WFNG NRW), RL BestandsInvest Auftragsgrundlage i.V.m. dem jeweils aktuellen Wohnraumförderungsprogramm WoFP des Landes NRW Nachhaltige Versorgung mit preiswertem Wohnraum, insbesondere für Haushalte mit Kindern und für Menschen mit Ziele Behinderungen Schaffung von selbstgenutztem Wohneigentum Anpassung von Wohnraum an geänderte Wohnbedürfnisse durch energetische Sanierung und barrierefreien Umbau Haushalte, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können und auf Unterstützung angewiesen Zielgruppen

sind. Investoren. Eigentümer/innen von bestehendem Wohnraum

1.10 Bauen und Wohnen

verantwortlich: Kreisdirektor 1.10.03 Wohnungsbauförderung



		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-20.709	-21.000	-15.000	-15.000	-15.000	-15.000	-15.000
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-352						
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-4.580						
10	=	Ordentliche Erträge	-25.641	-21.000	-15.000	-15.000	-15.000	-15.000	-15.000
11	-	Personalaufwendungen	253.514	255.257	220.734	218.066	220.252	222.454	224.678
12	-	Versorgungsaufwendungen	19.856	20.197	15.902	16.009	16.169	16.330	16.493
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	13						
17	=	Ordentliche Aufwendungen	273.382	275.454	236.636	234.075	236.421	238.784	241.171
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	247.741	254.454	221.636	219.075	221.421	223.784	226.171
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	247.741	254.454	221.636	219.075	221.421	223.784	226.171
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	247.741	254.454	221.636	219.075	221.421	223.784	226.171
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	32.836	34.070	38.413	36.045	35.940	36.247	36.653
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	280.577	288.524	260.049	255.120	257.361	260.031	262.824

1.10 Bauen und Wohnen

verantwortlich: Kreisdirektor 1.10.03 Wohnungsbauförderung



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Wohnungsbauförderung

Unter der Kontengruppe Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Entscheidungen im sozialen Wohnungsbau ausgewiesen.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.10 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

1.10.03 Wohnungsbauförderung

OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT

Kreisdirektor

	Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-16.668	-21.000	-15.000	-15.000		-15.000	-15.000	-15.000
9	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-16.668	-21.000	-15.000	-15.000		-15.000	-15.000	-15.000
10	- Personalauszahlungen	231.207	189.825	164.457	164.896		166.545	168.210	169.892
15	- sonstige Auszahlungen	13							
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	231.220	189.825	164.457	164.896		166.545	168.210	169.892
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	214.553	168.825	149.457	149.896		151.545	153.210	154.892

Haushaltsplan 2015/201	6 1.10 Bauen und Wohnen	**************************************
verantwortlich:	1.10.04 Wohnraumsicherung und -versorgung	
Dezernat III		OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
<u>Beschreibung</u>	Erfassung, Kontrolle und Überwachung von Sozialwohnungen Erteilung von Nutzungsgenehmigungen Mietangelegenheiten	
<u>Auftragsgrundlage</u>	Wohnungsbindungsgesetz (WoBindG), Wohnraumförderungsgesetz (WoFG)	
<u>Ziele</u>		
<u>Zielgruppen</u>	Vermieter und Eigentümer, Wohnungsinhaber und Wohnungssuchende	

1.10 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

1.10.04 Wohnraumsicherung und -versorgung



Dezernat III

		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-9.750	-9.000	-9.000	-9.000	-9.000	-9.000	-9.000
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-8.781	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-2.620						
10	=	Ordentliche Erträge	-21.151	-16.000	-16.000	-16.000	-16.000	-16.000	-16.000
11	-	Personalaufwendungen	127.120	139.568	150.670	149.138	150.634	152.139	153.659
12	-	Versorgungsaufwendungen	11.627	11.854	12.847	13.034	13.164	13.295	13.428
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	236	99	39	39	39	39	39
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	19.367	22.098	23.496	24.002	24.368	24.728	25.116
17	=	Ordentliche Aufwendungen	158.351	173.620	187.052	186.212	188.204	190.201	192.242
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	137.199	157.620	171.052	170.212	172.204	174.201	176.242
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	137.199	157.620	171.052	170.212	172.204	174.201	176.242
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	137.199	157.620	171.052	170.212	172.204	174.201	176.242
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	21.613	20.350	32.046	23.156	22.241	22.350	22.493
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	158.812	177.970	203.098	193.368	194.445	196.551	198.735

1.10 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

Dezernat III

1.10.04 Wohnraumsicherung und -versorgung



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Wohnraumsicherung und -versorgung

Bei der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* handelt es sich um Gebühren (Kostenart 431100) für Entscheidungen nach dem WoBindG. Unter der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* werden die Verwaltungskostenbeiträge (Kostenart 442200) der Wohnungsbauförderungsanstalt vereinnahmt. Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* weist Geldleistungen nach § 25 WoBindG aus (Kostenart 452100).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei der Kontengruppe Sonstige ordentliche Aufwendungen handelt es sich um die Weiterleitung der Geldleistung (Kostenart 549900) nach §25 WoBindG an die WFA. Zu den Sonstige ordentliche Aufwendungen gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der Internen Leistungsverrechnungen werden anteilige Umlagen (z.B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.10 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

1.10.04 Wohnraumsicherung und -versorgung



Dezernat III

	Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-9.485	-9.000	-9.000	-9.000		-9.000	-9.000	-9.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-8.580	-7.000	-7.000	-7.000		-7.000	-7.000	-7.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-18.065	-16.000	-16.000	-16.000		-16.000	-16.000	-16.000
10	- Personalauszahlungen	115.190	103.491	111.324	112.104		113.225	114.357	115.500
15	- sonstige Auszahlungen	14							
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	115.204	103.491	111.324	112.104		113.225	114.357	115.500
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	97.139	87.491	95.324	96.104		97.225	98.357	99.500

Haushaltsplan 2015/2016 1.10 Bauen und Wohnen verantwortlich: 1.10.05 Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht OBERBERGISCHER KREIS Dezernat IV **DER LANDRAT** Beschreibung Fachaufsicht über die Unteren Bauaufsichtsbehörden im Oberbergischen Kreis durch Beratung und Information der Unteren Bauaufsichtsbehörden Durchführung von Geschäftsprüfungen Bearbeitung von Eingaben, Beschwerden und Petitionen Beratung von Bürgern in Bauangelegenheiten BauGB, BauO NRW, Baunebenrecht, VwVfG, VwGO Auftragsgrundlage Zi<u>ele</u> Einhaltung bauordnungs- und bauplanungsrechtlicher Vorschriften im Wege der Fachaufsicht: Reaktion auf Eingaben innerhalb einer Woche Geschäftsprüfungen der Unteren Bauaufsichtsbehörden alle 5 Jahre effiziente, zeitnahe und rechtssichere Beratung und Unterstützung der Unteren Bauaufsichtsbehörden Beantwortung von Beratungsanfragen innerhalb einer Woche Angebot zu einem Beratungstermin innerhalb einer Woche Untere Bauaufsichtsbehörden im Oberbergischen Kreis, Einsender von Eingaben, Beschwerden und Petitionen, am Bau Zielgruppen beteiligte, Bezirksregierung, Ministerium für Bauen und Verkehr

1.10 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

Dezernat IV

1.10.05 Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht



Ergebnis Ansatz Ansatz Ansatz Planung Planung Planung Teilergebnisplan 2013 2014 2015 2016 2017 2018 2019 Kostenerstattungen und 6 -222 Kostenumlagen 7 -2.895 Sonstige ordentliche Erträge 10 Ordentliche Erträge -3.118 11 Personalaufwendungen 77.658 79.279 89.434 87.516 88.395 89.278 90.169 12.860 13.074 14.572 14.807 14.954 15.254 12 15.104 Versorgungsaufwendungen Aufwendungen für Sach- und 13 43 24 11 11 11 11 11 Dienstleistungen Sonstige ordentliche 16 4.045 4.158 4.218 4.242 4.277 3.416 4.192 Aufwendungen 17 93.977 96.423 106.526 107.578 109.712 **Ordentliche Aufwendungen** 108.176 108.635 Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 90.859 96.423 108.176 106.526 107.578 108.635 109.712 10 und 17) Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 22 90.859 96.423 108.176 106.526 107.578 108.635 109.712 18 und 21) Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen 26 90.859 96.423 108.176 106.526 107.578 108.635 109.712 Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) Aufwendungen aus internen 6.022 28 6.319 9.115 7.062 6.776 6.814 6.861 Leistungsbeziehungen 29 Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) 97.179 102.445 117.290 113.587 114.354 115.449 116.572

1.10 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

Dezernat IV

1.10.05 Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Bauaufsicht i. R. d. Fachaufsicht

Über die Kontengruppe Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte werden anfallende Widerspruchsgebühren (Kostenart 431100) vereinnahmt. Es handelt sich um auslaufende Verfahren, die in ihrer Entstehung vor Verabschiedung des Bürokratieabbaugesetzes anzusiedeln sind.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der Internen Leistungsverrechnungen werden anteilige Umlagen (z.B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.10 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

Dezernat IV

1.10.05 Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht



	Teilfinanzplan		Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
10	- Personalauszahlungen	64.411	57.344	62.831	63.483		64.117	64.758	65.405
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	64.411	57.344	62.831	63.483		64.117	64.758	65.405
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	64.411	57.344	62.831	63.483		64.117	64.758	65.405

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:



	•	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-4.048.362	-4.009.087	-4.097.212	-4.111.507	-4.142.498	-4.142.498	-4.142.498
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-30	-100	-100	-100	-100	-100	-100
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-20.962	-2.515	-2.515	-2.515	-2.515	-2.515	-2.515
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-5.760						
10	=	Ordentliche Erträge	-4.075.114	-4.011.702	-4.099.827	-4.114.122	-4.145.113	-4.145.113	-4.145.113
11	-	Personalaufwendungen	676.645	693.871	809.630	807.821	815.908	823.761	831.997
12	-	Versorgungsaufwendungen	18.945	19.341	30.255	30.555	30.860	31.168	31.479
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.155.019	2.605.851	2.069.030	2.055.530	2.065.530	2.069.030	2.085.530
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	3.858.278	3.886.701	3.953.184	4.015.325	4.003.107	4.003.107	4.003.107
15	-	Transferaufwendungen	4.601.012	5.801.640	4.998.852	6.028.852	6.053.852	6.083.852	6.083.852
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	59.919	71.684	78.156	78.659	80.151	80.617	82.240
17	=	Ordentliche Aufwendungen	11.369.819	13.079.088	11.939.107	13.016.741	13.049.408	13.091.535	13.118.205
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	7.294.705	9.067.386	7.839.280	8.902.619	8.904.296	8.946.423	8.973.093
20	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen		1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
21	=	Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)		1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	7.294.705	9.068.386	7.840.280	8.903.619	8.905.296	8.947.423	8.974.093
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	7.294.705	9.068.386	7.840.280	8.903.619	8.905.296	8.947.423	8.974.093

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:



	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
28	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	48.316	42.811	100.531	78.246	74.873	56.569	56.988
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	7.343.021	9.111.197	7.940.811	8.981.865	8.980.169	9.003.992	9.031.080

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:



		Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-3.064.707	-3.066.639	-3.083.852	-3.083.852		-3.083.852	-3.083.852	-3.083.852
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-30	-100	-100	-100		-100	-100	-100
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-20.501	-2.500	-2.500	-2.500		-2.500	-2.500	-2.500
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-3.085.238	-3.069.239	-3.086.452	-3.086.452		-3.086.452	-3.086.452	-3.086.452
10	-	Personalauszahlungen	654.004	533.473	616.009	619.765		625.964	632.223	638.545
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.206.109	2.605.687	2.069.000	2.055.500		2.065.500	2.069.000	2.085.500
13	-	Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen		1.000	1.000	1.000		1.000	1.000	1.000
14	-	Transferauszahlungen	5.446.765	5.801.640	4.998.852	6.028.852		6.053.852	6.083.852	6.083.852
15	-	sonstige Auszahlungen	25.801	28.400	33.400	33.400		34.500	34.600	35.700
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	8.332.680	8.970.200	7.718.261	8.738.517		8.780.816	8.820.675	8.844.597
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	5.247.441	5.900.961	4.631.809	5.652.065		5.694.364	5.734.223	5.758.145
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-260.057	-995.000	-275.000	-630.000		-1.635.000	-2.720.000	-1.895.000
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-5.632	-2.500	-2.500	-2.500		-2.500	-2.500	-2.500
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	-265.689	-997.500	-277.500	-632.500		-1.637.500	-2.722.500	-1.897.500
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	41.769	110.000	140.000	141.000		112.000	76.000	125.000
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	755.125	1.952.000	1.430.000	2.420.000		3.490.000	4.495.000	3.550.000
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen			511.292					
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	796.895	2.062.000	2.081.292	2.561.000		3.602.000	4.571.000	3.675.000

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:



Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein/. Auszahlung)	531.206	1.064.500	1.803.792	1.928.500		1.964.500	1.848.500	1.777.50
(Ein/. Auszahlung)						112011000	110 101000	

Haushaltsplan 2015/2016 verantwortlich:		Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPN Öffentliche Verkehrsflächen	IV 👸	
Dezernat IV				OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
Beschreibung li	n dieser Produktgruppe sind	folgende Produkte zusammengefasst:		
1	I.12.01.01 Neu-, Um- und Au I.12.01.02 Erhaltung und Bei	usbau von Kreisstraßen trieb der Kreisstraßen		
<u>Auftragsgrundlage</u>				
<u>Ziele</u>				
<u>Zielgruppen</u>				

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



1.12.01.01 Neu-, Um- und Ausbau von Kreisstraßen

Beschreibung Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Baumaßnahmen, die der Erstellung und Umgestaltung von

Kreisstraßen innerhalb des 208,8 km langen Gesamtnetzes (Stand 01.01.2014) einschließlich der begleitenden Geh- und

Radwege und der Ingenieurbauwerke dienen. Dazu gehören

Planung und Bürgerbeteiligung / Planfeststellung

Grunderwerb und Vermessung

Zuschussbearbeitung

Durchführungsvereinbarungen mit Beteiligten

Ausschreibung und Vergabe

Bauleitung Abrechnung

Erfüllung landschaftsrechtlicher Ausgleichsverpflichtungen

Auftragsgrundlage Straßen- und Wegegesetz NRW (StrWG NRW), Fernstraßengesetz und dazu erlassene Richtlinien, Beschlüsse des

Kreistages, Förderrichtlinien Stadtverkehr (vormals Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz), Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI), Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB), Straßenverkehrsgesetz / -

ordnung

Ziele Stetige und nachhaltige Verbesserung der Verkehrssicherheit und der Leistungsfähigkeit der Kreisstraßen unter Nutzung

möglicher Landesförderungen durch Baumaßnahmen, mittels derer auch bei zunehmender Verkehrsstärke die durchschnittliche Unfallhäufigkeit im Gesamtnetz in der mittelfristigen Betrachtung stetig abnimmt

die prozentuale Überschreitung der zulässigen Höchstgeschwindigkeiten stetig abnimmt

die Gesamtlänge der Geh- und Radwege / begehbaren Bankette bis 2015 um mind. 5 km erhöht wird

bis 2020 mind. 85 % der Kreisstraßenlänge eine Fahrbahnbreite von mind. 4,75 m haben, durch die ein

gefahrloser Begegnungsverkehr ermöglicht wird (2008: 74 %)

schädigende Einflüsse auf Anliegergrundstücke durch Wassereintrag oder dergl. so kurzfristig beseitigt werden,

dass keine Haftungsansprüche entstehen

Zielgruppen motorisierte und nicht motorisierte Verkehrsteilnehmer, Straßenanlieger, ÖPNV-Nutzer, Kommunen, Bauunternehmen

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



1.12.01.02 Erhaltung und Betrieb der Kreisstraßen

Beschreibung Tätigkeiten zur Wahrnehmung der Verkehrssicherungspflicht, zur Substanzerhaltung oder -wiederherstellung, zur

Bestandsverwaltung und zur Regelung der Nutzungsbedürfnisse Dritter auf und an den insgesamt 208,8 km langen

Kreisstraßen (Stand 01.01.2014) durch

Straßenunterhaltung einschl. Winterdienst (wird vertraglich vom Landesbetrieb Straßen NRW und den Städten

Gummersbach und Hückeswagen eigenverantwortlich wahrgenommen: dem OBK obliegen Kontrollfunktionen)

Ausschreibung, Vergabe, Bauleitung und Abrechnung von Instandsetzungsarbeiten

Widmungen, Einziehungen, Umstufungen, Ortsdurchfahrtenfestsetzungen nach Vorgabe des StrWG NRW sowie

sonstige straßen-, wasser- und abfallrechtliche Regelungen

Grundstücks- und Straßenbestandserfassung, -bewertung und -bereinigung

straßenfachliche Begleitung von Bauleitplanungen, baulichen Anlagen an Kreisstraßen, besonderen

Veranstaltungen und Großraum-/Schwertransporten

Genehmigung und Überwachung von Versorgeraufbrüchen

Auftragsgrundlage Straßen- und Wegegesetz NRW (StrWG NRW), Straßenverkehrsordnung, Beschlüsse des Kreistages, Vergabe- und

Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB), Telekommunikationsgesetz, Rahmen- und Gestattungsverträge mit

Versorgern

Ziele Erhaltung der Substang und damit dem Vermögens- und Gebrauchswert des Gesamtnetzes durch Unterhaltungs-,

Instandsetzungs- und Überwachungsleistungen in einem Zustand, der mindestens der Durchschnittsnote des Vorjahres

entspricht

Zielgruppen Verkehrsteilnehmer, Straßenanlieger, Kommunen, Versorgungsträger, Bau- und Transportunternehmen

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-983.655	-942.448	-1.013.360	-1.027.655	-1.058.646	-1.058.646	-1.058.646
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-30	-100	-100	-100	-100	-100	-100
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-2.540	-2.515	-2.515	-2.515	-2.515	-2.515	-2.515
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-1.688						
10	=	Ordentliche Erträge	-987.913	-945.063	-1.015.975	-1.030.270	-1.061.261	-1.061.261	-1.061.261
11	-	Personalaufwendungen	503.449	521.598	588.084	589.265	595.162	601.115	607.126
12	-	Versorgungsaufwendungen	3.687	3.760	8.178	8.233	8.315	8.398	8.482
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.101.929	2.125.623	1.939.013	1.955.513	1.990.513	2.024.013	2.040.513
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	3.858.278	3.886.701	3.953.184	4.015.325	4.003.107	4.003.107	4.003.107
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	54.821	65.516	71.734	72.174	73.611	74.022	75.582
17	=	Ordentliche Aufwendungen	6.522.165	6.603.198	6.560.194	6.640.510	6.670.708	6.710.655	6.734.810
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	5.534.251	5.658.135	5.544.219	5.610.241	5.609.447	5.649.394	5.673.549
20	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen		1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
21	=	Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)		1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	5.534.251	5.659.135	5.545.219	5.611.241	5.610.447	5.650.394	5.674.549
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	5.534.251	5.659.135	5.545.219	5.611.241	5.610.447	5.650.394	5.674.549
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	36.106	32.854	86.669	65.342	62.008	43.571	43.855

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



Dezernat IV

	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	5.570.357	5.691.989	5.631.889	5.676.583	5.672.455	5.693.966	5.718.404

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Öffentliche Verkehrsflächen

In der Kontengruppe *Zuwendungen und allg. Umlagen* sind die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuschüssen des Landes abgebildet. Diese Position ist die "Gegenposition" zu den Abschreibungen.

Die Kontengruppe Privatrechtliche Leistungsentgelte beinhaltet die Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung (Kostenart 441200).

Über die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* werden die Erstattungen von Gemeinden (Kostenart 442300) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei der Kontengruppe Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen werden die Kosten der nachfolgend aufgeführten Maßnahmen verbucht:

Instandsetzungsmaßnahmen zur Straßenerhaltung (Kostenart 523240)

Kosten der Grundstücksbewirtschaftung (Kostenart 524908)

Kosten für Ausrüstungsgegenstände zur Bestandsverwaltung (Kostenart 529100)

Darüber hinaus werden an dieser Stelle die Entschädigungen an den Landesbetrieb Straßen NRW sowie an Kommunen für die Unterhaltung der Kreisstraßen (Kostenart 523200) und gesetzlich zu leistende Beteiligungen an Fernstraßenprojekten veranschlagt (Kostenart 525100).

In der Zeile Bilanzielle Abschreibungen sind die Aufwendungen für Abschreibungen (AfA für Brücken u. Tunnel, Straßen, Wege, Plätze, etc.) abgebildet.

Bei der Kontengruppe Sonstige ordentliche Aufwendungen handelt es sich um die Kosten von Bodenuntersuchungen und Prüfungen im Straßenbestand (Kostenart 542919) sowie die an Wasserverbände zu zahlenden Gewässerunterhaltungsbeiträge (Kostenart 544900). Darüber hinaus werden hier Kosten für die Anpachtung von Grundstücken (Kostenart 542100) und für Bekanntmachungen bei Straßenrechtsverfahren u. Ausschreibungen (Kostenart 543600) veranschlagt. Zu den Sonstigen ordentlichen Aufwendungen gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



Dezernat IV

Produktgruppe belasten. Die Kontengruppe *Zinsen und ähnliche Aufwendungen* erfasst Zinsaufwendungen, die für überzahlte Landeszuweisungen anfallen (Kostenart 551200).

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z.B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet. Weitere Belastungen erfährt die Produktgruppe "Öffentliche Verkehrsflächen" durch die Verrechnung der Abschreibungen für Straßen sowie für Bauwerke an Straßen, vermindert um die entsprechenden Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen o.ä. kostenmindernden Erlösen. Hierbei finden sowohl Altanlagen als auch Neuinvestitionen Berücksichtigung.

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



	Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-30	-100	-100	-100		-100	-100	-100
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-2.392	-2.500	-2.500	-2.500		-2.500	-2.500	-2.500
9	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.422	-2.600	-2.600	-2.600		-2.600	-2.600	-2.600
10	- Personalauszahlungen	497.805	405.094	454.137	456.846		461.415	466.029	470.689
12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.132.218	2.125.500	1.939.000	1.955.500		1.990.500	2.024.000	2.040.500
13	Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen		1.000	1.000	1.000		1.000	1.000	1.000
15	- sonstige Auszahlungen	25.771	28.400	33.400	33.400		34.500	34.600	35.700
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.655.794	2.559.994	2.427.537	2.446.746		2.487.415	2.525.629	2.547.889
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	2.653.373	2.557.394	2.424.937	2.444.146		2.484.815	2.523.029	2.545.289
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-260.057	-995.000	-275.000	-630.000		-1.635.000	-2.720.000	-1.895.000
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-5.632	-2.500	-2.500	-2.500		-2.500	-2.500	-2.500
23	= Summe: (investive Einzahlungen)	-265.689	-997.500	-277.500	-632.500		-1.637.500	-2.722.500	-1.897.500
24	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	41.769	110.000	140.000	141.000		112.000	76.000	125.000
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	755.125	1.952.000	1.430.000	2.420.000		3.490.000	4.495.000	3.550.000
30	= Summe: (investive Auszahlungen)	796.895	2.062.000	1.570.000	2.561.000		3.602.000	4.571.000	3.675.000
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein/. Auszahlung)	531.206	1.064.500	1.292.500	1.928.500		1.964.500	1.848.500	1.777.500

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



	festge	titionsmaßnahmen oberhalb der setzten Wertgrenze	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen /- auszahlungen
		sstraßenprojekte										
8	- Ausza	ıhlungen für Baumaßnahmen	58.665								434.155	434.155
13	= Sumn	ne Auszahlungen	58.665								434.155	434.155
14		: (Einzahlungen ./. ahlungen)	58.665								434.155	434.155

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Die bisher hier gebündelt geplanten Investitionen werden im Interesse der bilanziellen Abgrenzung künftig den einzelnen Projekten zugeordnet.

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze 5660003 Eigenfinanz. Straßenbaumaßnahmen Einzahlungen aus		Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / - auszahlungen
1	-	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-2.000							-10.558	-10.558
6	=	Summe Einzahlungen		-2.000							-10.558	-10.558
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	5.063	25.000							91.210	91.210
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	112.554	140.000							1.250.152	1.250.152
13	=	Summe Auszahlungen	117.617	165.000							1.341.363	1.341.363
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	117.617	163.000							1.330.805	1.330.805

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Die bisher hier gebündelt geplanten Investitionen werden im Interesse der bilanziellen Abgrenzung künftig einzeln veranschlagt.

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



5	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze 5660004 Straßenbegleit. Radwege		Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen /- auszahlungen
1	-	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-12.500								-457.300	-457.300
6	=	Summe Einzahlungen	-12.500								-457.300	-457.300
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	4.934								56.245	56.245
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	5.149								794.236	794.236
13	=	Summe Auszahlungen	10.084								850.481	850.481
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-2.416								393.181	393.181

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Die bisher hier gebündelt geplanten Investitionen werden im Interesse der bilanziellen Abgrenzung künftig einzeln veranschlagt.

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze 5660005 Umbau Bushaltestell	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen /- auszahlungen
`	Kreisstrassen	ieii									
1	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen						-180.000	-40.000	-60.000		-280.000
6	= Summe Einzahlungen						-180.000	-40.000	-60.000		-280.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb vo Grundstücken / Gebäuden	n			10.000		5.000	5.000			20.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahme	en			10.000		250.000	120.000			380.000
13	= Summe Auszahlungen				20.000		255.000	125.000			400.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)				20.000		75.000	85.000	-60.000		120.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Nach dem aktuellen Personenbeförderungsgesetz ist es Zielsetzung, alle vorhandenen Bushaltestellen bis 2022 barrierefrei zu gestalten. An den Kreisstraßen gibt es etwa 160 Haltestellen, die diese Anforderung überwiegend noch nicht erfüllen.

Die o. g. Investitionen werden über die Finanzstelle 5.660005 abgewickelt

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



											-t-
	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze 5660006 Kläreinr./Rückhalt. für Straßenabwasser	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen /- auszahlungen
7	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden			20.000	20.000		20.000	20.000	20.000		100.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			300.000	500.000		500.000	500.000	500.000		2.300.000
13	= Summe Auszahlungen			320.000	520.000		520.000	520.000	520.000		2.400.000
14	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			320.000	520.000		520.000	520.000	520.000		2.400.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Verpflichtender Verbesserungsbedarf aus der Überprüfung aller direkten und indirekten Gewässereinleitungen nach Wasserrahmenrichtlinie. Im Kreisstraßennetz sind etwa 80 bis 100 von gut 300 Wasserableitungen mit geschätzt 5 Mio. € Sanierungsaufwand in den nächsten zehn Jahren betroffen.

Die o. g. Investitionen werden über die Finanzstelle 5.660006 abgewickelt

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



5	festges 660101 U	itionsmaßnahmen berhalb der etzten Wertgrenze mbau Knoten K1/K3 in ückeswagen	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / - auszahlungen
1		lungen aus ionszuwendungen						-200.000	-50.000			-250.000
6	= Summ	e Einzahlungen						-200.000	-50.000			-250.000
7		nlungen für den Erwerb von stücken / Gebäuden				10.000						10.000
8	- Auszah	nlungen für Baumaßnahmen			10.000	30.000		400.000				440.000
13	= Summ	e Auszahlungen			10.000	40.000		400.000				450.000
14		(Einzahlungen ./. hlungen)			10.000	40.000		200.000	-50.000			200.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Schlechter Fahrbahnzustand und veraltete Ampelanlage erfordern eine Sanierung, die nach Möglichkeit durch energetisch sinnvolle Umgestaltung in einen Kreisverkehr ab 2017 umgesetzt werden soll. Planung wird 2015 aufgenommen.

Die o. g. Investitionen werden über die Finanzstelle 5.660101 abgewickelt

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



Dezernat IV

56	fe	nvestitionsmaßnahmen oberhalb der estgesetzten Wertgrenze 501 Umbau K5 Bevertalsperre	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen /- auszahlungen
1	-	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen							-290.000	-80.000		-370.000
6	=	Summe Einzahlungen							-290.000	-80.000		-370.000
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden		7.000				5.000	18.000		7.000	30.000
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	4.046	16.000		20.000		10.000	600.000		20.046	650.046
13	=	Summe Auszahlungen	4.046	23.000		20.000		15.000	618.000		27.046	680.046
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	4.046	23.000		20.000		15.000	328.000	-80.000	27.046	310.046

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bedarfsgerechte Straßenumgestaltung auf 900 m Länge mit Rücksicht auf Fußgänger und ausreichenden Parkraum im Naherholungsschwerpunkt Bevertalsperre. Wegen Fördermittelknappheit ist die Planung erst ab 2016 und der Bau ab 2018 vorgesehen.

Die o. g. Investitionen werden über die Finanzstelle 5.660501 abgewickelt.

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze 5661301 Erneuerung K13	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen /- auszahlungen
	Neyetalsperre										
1	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-290.000	-30.000			-80.000			-290.000	-400.000
6	= Summe Einzahlungen		-290.000	-30.000			-80.000			-290.000	-400.000
7	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden		4.000	10.000	6.000					4.000	20.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen		480.000	180.000						480.000	660.000
13	= Summe Auszahlungen		484.000	190.000	6.000					484.000	680.000
14	Saldo: (Einzahlungen ./. = Auszahlungen)		194.000	160.000	6.000		-80.000			194.000	280.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Sanierung und Verbreiterung eines zu schmalen und stark schadhaften Straßenabschnitts auf 2,1 km Länge. Zuschussbewilligung ist für 2015 in Aussicht gestellt.

Die o. g. Investitionen werden über die Finanzstelle 5.661301 abgewickelt.

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



50	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze 661601 Erneuerung Wiehlbrücke K16 Brüchermühle	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen /- auszahlungen
1	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen							-175.000	-45.000		-220.000
6	= Summe Einzahlungen							-175.000	-45.000		-220.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen				20.000		10.000	370.000			400.000
13	= Summe Auszahlungen				20.000		10.000	370.000			400.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)				20.000		10.000	195.000	-45.000		180.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Umfassende Erneuerung / Ersatzneubau einer tonnagebeschränkten Bachbrücke wegen altersbedingter Schadenentwicklung ab 2018. Untersuchung des erforderlichen Sanierungsumfangs und Planung ab 2016.

Die o. g. Investitionen werden über die Finanzstelle 5.661301 abgewickelt.

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



Dezernat IV

5	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze 5661702 Umbau K17 Nümbrecht- Oberbreidenbach		Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / - auszahlungen
1	-	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-150.000	-10.000	-40.000					-150.000	-200.000
6	=	Summe Einzahlungen		-150.000	-10.000	-40.000					-150.000	-200.000
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	10.978	300.000	60.000						310.978	370.978
13	=	Summe Auszahlungen	10.978	300.000	60.000						310.978	370.978
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	10.978	150.000	50.000	-40.000					160.978	170.978

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bereits 2014 veranschlagte Fahrbahnerneuerung auf 630 m mit einzelnen geschwindigkeitsdämpfenden Einengungen. Zuwendungsbewilligung wegen knapper Fördermittel erst 2015 oder evtl. 2016.

Die o. g. Investitionen werden über die Finanzstelle 5.661702 abgewickelt.

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



Dezernat IV

5	f	Investitionsmaßnahmen oberhalb der estgesetzten Wertgrenze 703 Erneuerung K17 Gaderoth Oberbreidenbach	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / - auszahlungen
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden						5.000				5.000
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen						275.000				275.000
13	=	Summe Auszahlungen						280.000				280.000
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)						280.000				280.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Für 2017 vorgesehene eigenfinanzierte Fahrbahnerneuerung und -verstärkung über 1.400 m wegen altersbedingter Deckenschäden und Randzerstörungen durch hohen LKW-Anteil.

Die o. g. Investitionen werden über die Finanzstelle 5.661703 abgewickelt.

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



Dezernat IV

	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen /- auszahlungen
	5661802 Erneuerung K18 Nagelsgaul-Kempershöhe										
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			280.000							280.000
13	= Summe Auszahlungen			280.000							280.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			280.000							280.000
			•	•	•				•	•	

	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen /- auszahlungen
	5661901 Erneuerung K19										
	Leppedeponie-Bickenbach										
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen				270.000						270.000
13	= Summe Auszahlungen				270.000						270.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. = Auszahlungen)				270.000						270.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Für 2016 beabsichtigte Deckenerneuerung mit Einbau einer zusätzlichen Tragschicht über drei Spuren auf 1.100 m Länge auf Grund sehr hohen LKW-Verkehrs.

Die o. g. Investitionen werden über die Finanzstelle 5.661901 abgewickelt.

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen /- auszahlungen
	56	662302 Knoten K23/Bahnstr.										
1	-	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	23.143	-68.000							-282.957	-282.957
6	=	Summe Einzahlungen	23.143	-68.000							-282.957	-282.957
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	20.899	5.000							25.899	25.899
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	60.650								351.301	351.301
13	=	Summe Auszahlungen	81.549	5.000							377.200	377.200
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	104.692	-63.000							94.243	94.243

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze 5662801 Verlängerung K28		Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / - auszahlungen
1	-	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen						-300.000	-1.500.000	-1.400.000		-3.200.000
6	=	Summe Einzahlungen						-300.000	-1.500.000	-1.400.000		-3.200.000
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden			50.000	50.000		50.000		100.000		250.000
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen		80.000	50.000	50.000		400.000	2.000.000	2.600.000	80.000	5.180.000
13	=	Summe Auszahlungen		80.000	100.000	100.000		450.000	2.000.000	2.700.000	80.000	5.430.000
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		80.000	100.000	100.000		150.000	500.000	1.300.000	80.000	2.230.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Straßenneubau in Fortführung der K 28 nach Südwesten bis zur B 478 als Stadtkernumgehung von Waldbröl. Realisierbar frühestens ab Ende 2017 mit voraussichtlich dreijähriger Bauzeit nach vorhergehender Linienabstimmung und Planfeststellung.

Die o. g. Investitionen werden über die Finanzstelle 5.662801 abgewickelt.

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



Dezernat	IV

50	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze 5662901 Umbau K29/Unterommer		Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / - auszahlungen
1	-	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-230.000		-110.000		-90.000			-230.000	-430.000
6	=	Summe Einzahlungen		-230.000		-110.000		-90.000			-230.000	-430.000
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden		14.000		20.000		2.000			14.000	36.000
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen		500.000		590.000					500.000	1.090.000
13	=	Summe Auszahlungen		514.000		610.000		2.000			514.000	1.126.000
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		284.000		500.000		-88.000			284.000	696.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bezuschusster Umbau und Erneuerung der stark schadhaften Straße mit Fußgängersicherung in den benachbarten Ortslagen Unterommer und Unterkotten sowie Verbreiterung im zwischenliegenden Streckenteil über insgesamt 800 m. Landesförderung ist erst ab 2016 zu erwarten.

Die o. g. Investitionen werden über die Finanzstelle 5.662901 abgewickelt.

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen /- auszahlungen
	5662902 Erneuerung K29 Kreisgrenze-Reudenbach										
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen						200.000				200.000
13	= Summe Auszahlungen						200.000				200.000
14	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)						200.000				200.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

2017 vorgesehene Fahrbahnerneuerung mit Kurvenaufweitungen auf 1.200 m.

Die o. g. Investitionen werden über die Finanzstelle 5.662902 abgewickelt.

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze 5663001 Umbau K 30 Kreuzberg		Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen /- auszahlungen
1	-	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen				-15.000		-325.000	-85.000			-425.000
6	=	Summe Einzahlungen				-15.000		-325.000	-85.000			-425.000
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden		4.000		5.000		10.000	6.000		4.000	25.000
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen		20.000		20.000		660.000			20.000	700.000
13	=	Summe Auszahlungen		24.000		25.000		670.000	6.000		24.000	725.000
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		24.000		10.000		345.000	-79.000		24.000	300.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Sanierung und Verbreiterung eines schmalen und stark schadhaften Streckenteils über 2,6 km Länge. Das Projekt ist zur Bezuschussung angemeldet, die aber nicht vor 2017 zu erwarten ist. Planung aus Restmitteln 2014 und Ansatz 2015.

Die o. g. Investitionen werden über die Finanzstelle 5.663001 abgewickelt.

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



56	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze 5663801 Erneuerung K38 Loxsteeg- Fahn		Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen /- auszahlungen
1	-	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen				-290.000		-90.000				-380.000
6	=	Summe Einzahlungen				-290.000		-90.000				-380.000
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden		3.000	5.000	15.000					3.000	23.000
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen		18.000	30.000	570.000					18.000	618.000
13	=	Summe Auszahlungen		21.000	35.000	585.000					21.000	641.000
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		21.000	35.000	295.000		-90.000			21.000	261.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

1,8 km lange bezuschusste Fahrbahnerneuerung mit Verbreiterung des zu schmalen und mangelhaften Straßenabschnitts im Gemeindegebiet Lindlar. Landesförderung ist voraussichtlich ab 2016 erzielbar. 2015 ist die Entwurfsplanung aufzustellen.

Die o. g. Investitionen werden über die Finanzstelle 5.663801 abgewickelt.

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



56	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze 5663901 Erneuerung K39 Dohrgaul- Hollmünde		Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen /- auszahlungen
1	-	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen								-200.000		-200.000
6	=	Summe Einzahlungen								-200.000		-200.000
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden							10.000			10.000
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen				15.000		10.000	15.000	450.000		490.000
13	=	Summe Auszahlungen				15.000		10.000	25.000	450.000		500.000
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)				15.000		10.000	25.000	250.000		300.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Ab 2019 beabsichtigte Erneuerung eines Bachdurchlasses und der teils zu schmalen Fahrbahn auf 1.300 m Länge. Aufnahme der Planung und Zuschussanmeldung sind für 2016 vorgesehen.

Die o. g. Investitionen werden über die Finanzstelle 5.663901 abgewickelt.

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze 5664201 Ausbau K42 Wasserfuhr		Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / - auszahlungen
J	004											
1	-	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-270.700	-75.000							-372.300	-372.300
6	=	Summe Einzahlungen	-270.700	-75.000							-372.300	-372.300
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden		5.000							12.667	12.667
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	478.748								495.786	495.786
13	=	Summe Auszahlungen	478.748	5.000							508.453	508.453
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	208.048	-70.000							136.153	136.153

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Das Projekt ist baulich abgeschlossen. Eingang der letzten Zuwendungseinnahmen wird erst 2015 sein.

Die o. g. Investitionen werden über die Finanzstelle 5.664201 abgewickelt.

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze 5664501 Ausbau K45/L306		Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen /- auszahlungen
1	-	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen									-1.183.400	-1.183.400
6	=	Summe Einzahlungen									-1.183.400	-1.183.400
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	3.638								224.341	224.341
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	2.474								1.928.745	1.928.745
13	=	Summe Auszahlungen	6.112								2.153.085	2.153.085
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	6.112								969.685	969.685

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze			Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen /- auszahlungen
	5664701 Erneuerung K47 Belllingroth-Ründeroth											
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden			5.000							5.000
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen			215.000							215.000
13	=	Summe Auszahlungen			220.000							220.000
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			220.000							220.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Investive eigenfinanzierte Sanierung in zwei Teilstrecken. Schadenbehebung und Verbreiterung eines kurvigen Steilstücks nördlich von Bellingroth auf 700 m sowie grundlegende Erneuerung des maroden Straßenkörpers auf 250 m in Ründeroth.

Die o. g. Investitionen werden über die Finanzstelle 5.664701 abgewickelt.

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze 5664801 Erneuerung K48 Mühlhausen		Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / - auszahlungen	
1	-	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen							-240.000	-60.000		-300.000
6	=	Summe Einzahlungen							-240.000	-60.000		-300.000
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden		3.000				5.000	2.000		3.000	10.000
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen		18.000				15.000	460.000		18.000	493.000
13	=	Summe Auszahlungen		21.000				20.000	462.000		21.000	503.000
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		21.000				20.000	222.000	-60.000	21.000	203.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Behebung der verbreiteten Fahrbahn- und Bankettschäden auf 1,5 km Länge durch Verstärkung des Aufbaus und Randbefestigung. Wegen vorgehender anderer Projekte ist die Zuschussbewilligung nicht vor 2018 zu erwarten.

Die o. g. Investitionen werden über die Finanzstelle 5.664801 abgewickelt.

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze			Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen /- auszahlungen
5664802 Stützmauersanierung K48												
Wülfringhausen												
1	-	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen			-20.000	-40.000						-60.000
6	=	Summe Einzahlungen			-20.000	-40.000						-60.000
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden			10.000							10.000
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen			190.000							190.000
13	=	Summe Auszahlungen			200.000							200.000
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./.			180.000	-40.000						140.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Dringliche Stabilisierung einer durch Erddruck schief stehenden 40 m langen, 2,20 m hohen und 35 Jahre alten Stützmauer in gemeinsamer Baulast des OBK und der Stadt Wiehl. Sanierungslösung wird bis Anfang 2015 durch ein Fachbüro erarbeitet und anschließend umgesetzt.

Die o. g. Investitionen werden über die Finanzstelle 5.664802 abgewickelt.

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



Dezernat	I۷
----------	----

	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze 5664803 Umbau Knoten K48 Hauptstr. Wiehl		Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / - auszahlungen
1	-	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen							-250.000	-50.000		-300.000
6	=	Summe Einzahlungen							-250.000	-50.000		-300.000
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden						10.000	15.000	5.000		30.000
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen				10.000		30.000	430.000			470.000
13	=	Summe Auszahlungen				10.000		40.000	445.000	5.000		500.000
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)				10.000		40.000	195.000	-45.000		200.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Die 700 m lange Umgestaltung des Straßenraumes mit Fahrbahnerneuerung und Mehrzweckstreifen zur Fußgängersicherung ist seit Mitte 2014 im Bau und soll im Herbst 2015 beendet werden.

Die o. g. Investitionen werden über die Finanzstelle 5.664803 abgewickelt.

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze 5665203 Umbau K52 Weiershagen		Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen /- auszahlungen	
1	-	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-180.000	-215.000	-135.000					-180.000	-530.000
6	=	Summe Einzahlungen		-180.000	-215.000	-135.000					-180.000	-530.000
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	7.235	20.000	40.000						27.235	67.235
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	7.050	370.000	115.000						377.050	492.050
13	=	Summe Auszahlungen	14.285	390.000	155.000						404.285	559.285
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	14.285	210.000	-60.000	-135.000					224.285	29.285

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Umgestaltung der 900 m langen Ortsdurchfahrt mit erneuerter Fahrbahn und begehbarem Seitenstreifen. Das Projekt ist zur Bezuschussung angemeldet, die nach aktueller Einschätzung aber frühestens ab 2017 erwartet wird. Die Planungstätigkeit wurde bereits aufgenommen.

Die o. g. Investitionen werden über die Finanzstelle 5.665203 abgewickelt.

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze 5665301 Umbau K53 Wildberg		Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / - auszahlungen
1	-	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen						-370.000	-90.000			-460.000
6	=	Summe Einzahlungen						-370.000	-90.000			-460.000
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden		20.000							20.000	20.000
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	14.812	10.000		40.000		730.000			24.812	794.812
13	=	Summe Auszahlungen	14.812	30.000		40.000		730.000			44.812	814.812
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	14.812	30.000		40.000		360.000	-90.000		44.812	354.812

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Umgestaltung der 900 m langen Ortsdurchfahrt mit erneuerter Fahrbahn und begehbarem Seitenstreifen. Das Projekt ist zur Bezuschussung angemeldet, die nach aktueller Einschätzung aber frühestens ab 2017 erwartet wird. Die Planungstätigkeit wurde bereits aufgenommen.

Die o. g. Investitionen werden über die Finanzstelle 5.665301 abgewickelt.

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze 5665302 Erneuerung K53 Hardt- Komp		Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / - auszahlungen
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden				5.000						5.000
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen				275.000						275.000
13	=	Summe Auszahlungen				280.000						280.000
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)				280.000						280.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Eigenfinanzierte Verbreiterung und Verstärkung der altersbedingt stark schadhaften Fahrbahn auf 1.200 m in 2016.

Die o. g. Investitionen werden über die Finanzstelle 5.665302 abgewickelt.

Haushaltsplan 2015/2016 1.12 Verkehrsflächen und -anlagen. ÖPNV verantwortlich: 1.12.02 ÖPNV OBERBERGISCHER KREIS Dezernat IV **DER LANDRAT** Beschreibung Planung, Ausgestaltung und Organisation des ÖPNV im Oberbergischen Kreis: Aufstellung und Fortschreibung des Nahverkehrsplanes für den Oberbergischen Kreis. Der Plan beinhaltet Ziele und Rahmenvorgaben für das betriebliche Leistungsangebot und seine Finanzierung sowie die Investitionsplanung. Benachbarte ÖPNV-Aufgabenträger haben sich bei der Aufstellung ihrer Nahverkehrspläne abzustimmen Nahverkehrsförderung: Investitionsförderung (Busse / sonst. ÖPNV-Investitionen) und Vorhaltekostenförderung (Betriebskostenzuschüsse) Auferlegung oder Vereinbarung gemeinwirtschaftlicher Verkehrsleistungen: Der Oberbergische Kreis ist zuständige Behörde für die Auferlegung oder Vereinbarung gemeinwirtschaftlicher Verkehrsleistungen über öffentliche Personenverkehrsdienste Zweckverband Nahverkehr Rheinland und Zweckverband VRS: Mitwirkung und Mitfinanzierung Auftragsgrundlage ÖPNV-Gesetz NRW, Personenbeförderungsgesetz, EU-Verordnungen und -Richtlinien Sicherstellung eines leistungsfähigen, kundenorientierten und wirtschaftlich tragbaren ÖPNV-Angebotes im Ziele Oberbergischen Kreis Fahrgäste von Bus und Bahn, im ÖPNV tätige Verkehrsunternehmen im Oberbergischen Kreis Zielgruppen

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

1.12.02 ÖPNV

Dezernat IV



		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-3.064.707	-3.066.639	-3.083.852	-3.083.852	-3.083.852	-3.083.852	-3.083.852
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-18.422						
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-4.072						
10	=	Ordentliche Erträge	-3.087.201	-3.066.639	-3.083.852	-3.083.852	-3.083.852	-3.083.852	-3.083.852
11	-	Personalaufwendungen	173.196	172.273	221.546	218.556	220.746	222.646	224.871
12	-	Versorgungsaufwendungen	15.258	15.580	22.077	22.322	22.545	22.770	22.997
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	53.090	480.228	130.017	100.017	75.017	45.017	45.017
15	-	Transferaufwendungen	4.601.012	5.801.640	4.998.852	6.028.852	6.053.852	6.083.852	6.083.852
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.099	6.168	6.421	6.484	6.541	6.595	6.659
17	=	Ordentliche Aufwendungen	4.847.655	6.475.890	5.378.913	6.376.231	6.378.700	6.380.880	6.383.395
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.760.454	3.409.251	2.295.061	3.292.379	3.294.848	3.297.028	3.299.543
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.760.454	3.409.251	2.295.061	3.292.379	3.294.848	3.297.028	3.299.543
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.760.454	3.409.251	2.295.061	3.292.379	3.294.848	3.297.028	3.299.543
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	12.210	9.957	13.862	12.903	12.866	12.998	13.133
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.772.664	3.419.207	2.308.923	3.305.282	3.307.714	3.310.026	3.312.676

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12.02 ÖPNV



Planerläuterung zum Teilergebnisplan ÖPNV

Über die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* werden die Zuweisungen des Landes (Kostenart 414200) vereinnahmt. Hierzu gehört die sogenannte Aufgabenträgerpauschale nach den Maßgaben des ÖPNVG NRW sowie die Ausbildungsverkehrspauschale des Landes, welche in voller Höhe weitergeleitet wird.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* beinhaltet die Kosten des Nahverkehrsplans (Kostenart 529916). Dazu gehören die Planung zur Umsetzung und Fortschreibung des Nahverkehrsplanes sowie die Umsetzung des Nahverkehrsplanes.

In die Kontengruppe *Transferaufwendungen* werden Aufwendungen für Zuschüsse an verbundene Unternehmen (Kostenart 531600) gebucht, hierzu zählen der Zuschuss an die Oberbergische Verkehrsgesellschaft (OVAG) für die Erbringung gemeinwirtschaftlicher Leistungen und die Weiterleitung der Ausbildungsverkehrspauschale.

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12.02 ÖPNV



Verpflicht-**Teilfinanzplan** Ergebnis Ansatz Ansatz Ansatz ungsermäch-Planung Planung Planung 2013 2014 2015 2016 tigungen 2017 2018 2019 Zuwendungen und allgemeine 2 -3.064.707 -3.066.639 -3.083.852 -3.083.852 -3.083.852 -3.083.852 -3.083.852 Umlagen Kostenerstattungen, Kostenumlagen 6 -18.109 Einzahlungen aus laufender 9 -3.082.816 -3.066.639 -3.083.852 -3.083.852 -3.083.852 -3.083.852 -3.083.852 Verwaltungstätigkeit 10 Personalauszahlungen 156.200 128.379 161.872 162.919 164.549 166.194 167.856 Auszahlungen für Sach- und 12 73.891 480.187 100.000 45.000 45.000 130.000 75.000 Dienstleistungen 14 Transferauszahlungen 5.446.765 6.028.852 6.083.852 6.083.852 5.801.640 4.998.852 6.053.852 sonstige Auszahlungen 15 30 Auszahlungen aus laufender 16 5.676.885 6.410.206 5.290.724 6.291.771 6.293.401 6.295.046 6.296.708 Verwaltungstätigkeit Saldo aus laufender Verwaltungs-17 2.594.069 3.343.567 2.206.872 3.207.919 3.209.549 3.211.194 3.212.856 tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) Auszahlungen für den Erwerb von 27 511.292 Finanzanlagen Summe: 30 511.292 (investive Auszahlungen) Saldo: der Investitionstätigkeit 31 511.292 (Ein- ./. Auszahlung)

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12.02 ÖPNV



Investitionsmaßnahmen bisher Gesamtoberhalb der Verpflichtungsbereitgestellt einzahlungen ermächti-Planung festgesetzten Wertgrenze **Ergebnis** Ansatz Ansatz Ansatz Planung **Planung** (einschl. Sp.2) auszahlungen 2013 2014 2015 2016 gungen 2017 2018 2019 5610020 Kauf Anteile RVK (Regionalverkehr Köln) Auszahlungen für den Erwerb von 10 511.292 511.292 Finanzanlagen 13 Summe Auszahlungen 511.292 = 511.292 Saldo: (Einzahlungen ./. 511.292 511.292 Auszahlungen)

1.13 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich:

Dez. I, Dez. II, Dez. IV



	•	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-38.919	-75.400	-73.000	-73.000	-73.000	-73.000	-73.000
3	+	Sonstige Transfererträge		-250	-250	-250	-250	-250	-250
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-20.304	-13.750	-13.750	-13.750	-13.750	-13.750	-13.750
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-740.201	-543.000	-568.000	-593.000	-593.000	-593.000	-593.000
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-2.418	-2.700	-2.700	-2.700	-2.700	-2.700	-2.700
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-22.529	-23.000	-23.000	-23.000	-23.000	-23.000	-23.000
10	=	Ordentliche Erträge	-824.371	-658.100	-680.700	-705.700	-705.700	-705.700	-705.700
11	-	Personalaufwendungen	686.550	715.301	810.458	796.124	804.105	810.937	819.036
12	-	Versorgungsaufwendungen	104.603	107.271	104.598	105.688	106.742	107.809	108.885
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	300.745	414.370	487.677	489.674	491.722	533.821	495.972
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	8.313	1.494	9.027	9.727	10.474	10.474	10.474
15	-	Transferaufwendungen	2.500	12.500	22.500	22.500	22.500	22.500	22.500
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	149.604	180.702	213.779	214.203	214.612	215.007	215.443
17	=	Ordentliche Aufwendungen	1.252.315	1.431.637	1.648.040	1.637.917	1.650.156	1.700.548	1.672.310
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	427.944	773.537	967.340	932.217	944.456	994.848	966.610
20	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	29.629						
21	=	Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	29.629						
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	457.573	773.537	967.340	932.217	944.456	994.848	966.610

1.13 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich:

Dez. I, Dez. II, Dez. IV



	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	457.573	773.537	967.340	932.217	944.456	994.848	966.610
28	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	61.422	50.616	67.377	58.119	57.384	60.317	60.846
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	518.995	824.153	1.034.717	990.336	1.001.839	1.055.166	1.027.457

1.13 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich:

Dez. I, Dez. II, Dez. IV



		Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-39.925	-75.400	-73.000	-73.000		-73.000	-73.000	-73.000
3	+	Sonstige Transfereinzahlungen		-250	-250	-250		-250	-250	-250
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-20.974	-13.750	-13.750	-13.750		-13.750	-13.750	-13.750
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-741.629	-543.000	-568.000	-593.000		-593.000	-593.000	-593.000
6	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-801	-2.700	-2.700	-2.700		-2.700	-2.700	-2.700
7	+	Sonstige Einzahlungen	-12.391	-23.000	-23.000	-23.000		-23.000	-23.000	-23.000
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-815.720	-658.100	-680.700	-705.700		-705.700	-705.700	-705.700
10	-	Personalauszahlungen	584.119	509.840	580.921	585.525		591.381	597.294	603.266
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	523.605	414.110	487.550	489.547		491.595	533.694	495.845
14	-	Transferauszahlungen	2.500	12.500	22.500	22.500		22.500	22.500	22.500
15	-	sonstige Auszahlungen	117.965	143.853	175.195	175.215		175.235	175.255	175.275
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.228.190	1.080.303	1.266.166	1.272.787		1.280.711	1.328.743	1.296.886
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	412.470	422.203	585.466	567.087		575.011	623.043	591.186
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-10.003							
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	-10.003							
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	20.266	80.000	80.000	80.000		80.000	80.000	80.000
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	795	5.000	5.000	5.000		5.000	5.000	5.000
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	21.061	85.000	85.000	85.000		85.000	85.000	85.000

1.13 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich:



Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein/. Auszahlung)	11.058	85.000	85.000	85.000		85.000	85.000	85.00
(Em // AdoLamang)								

Haushaltsplan 2015 verantwortlich:	/2016 1.13 Natur- und Landschaftspflege 1.13.01 Natur und Landschaft	
Dez. II, Dez. IV	1.10.01 Natur and Earldschaft	OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
<u>Beschreibung</u>	In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:	
	1.13.01.01 Landschaftsschutz, Landschaftspflege	
	1.13.01.02 Landschaftsplanung, Landschaftsentwicklung 1.13.01.02.01 Landschaftspflegemaßnahmen 1.13.01.02.02 Landschaftsplanung	
<u>Auftragsgrundlage</u>	1.13.01.02.02 Landschartsplanding	
<u>Ziele</u>		
<u>Zielgruppen</u>		

1.13 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich: Dez. II, Dez. IV 1.13.01 Natur und Landschaft



1.13.01.01 Landschaftsschutz, Landschaftspflege

Beschreibung Ordnungsrechtliche Verfahren nach Landschaftsrecht

Erteilung von Befreiungen und Ausnahmegenehmigungen nach dem Landschaftsgesetz, Landschaftsplänen und

ordnungsbehördlichen Verordnungen

Stellungnahmen und ggf. Genehmigungen zu Reitregelungen, Wanderwegen, Veranstaltungen, Leitungstrassen,

forstlichen Wegbau, wasserrechtlichen und baulichen Verfahren u.a. Maßnahmen,

Ausgabe von Reitkennzeichen

Betreuung des Landschaftsbeirates und der Landschaftswacht

Betreuung, Pflege, Erhaltung und Verkehrssicherung von Naturdenkmalen (Bäumen), - Aufbau und Pflege eines

Naturdenkmalkatasters

Ausgleichs- u. Ersatzmaßnahmen (u.a. Festsetzung von Ersatzgeldzahlungen gem. Landschaftsgesetz)

Förderung der Oberbergischen Naturschutzvereine

Landschaftspflegerische Maßnahmen, - Vergabe von Gestaltungs- und Pflegearbeiten

Auftragsgrundlage Bundesnaturschutzgesetz, Landschaftsgesetz, Landschaftspläne, ordnungsbehördliche Verordnungen

Ziele

Zielgruppen Ordnungspflichtige, andere Ämter der Kreisverwaltung, Landschaftsbeirat, Landschaftswacht, Oberbergische

Naturschutzvereine, Grundstückseigentümer, Städte u. Gemeinden

1.13 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich: Dez. II, Dez. IV 1.13.01 Natur und Landschaft



1.13.01.02 Landschaftsplanung, Landschaftsentwicklung

Beschreibung Durchführung von Aufstellungs- und Änderungsverfahren bei Landschaftsplänen

Durchführung von Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen in Zusammenarbeit mit der Biologischen Station

Oberberg e.V. (BSO)

Abwicklung des Vertragsnaturschutzes

Durchführung von Unterschutzstellungsverfahren und Mitwirkung bei Unterschutzstellung außerhalb der

Landschaftsplanung

Prüfung und ggf. Ausübung des gesetzlichen Vorkaufsrechtes

Stellungnahmen zu Verfahren anderer Träger der Landschaftsplanung

Abgrenzung und Betreuung gesetzlich geschützter Biotope

Führung von Bestandsverzeichnissen (Kompensation, Schutzflächen und -objekte)

Mitarbeit bei der Erstellung und Überwachung von Flächenpools / Ökokonten

Verwaltung und Verwendung der im Rahmen von Eingriffen in Natur und Landschaft eingenommener Ersatzgelder

Koordinierungstätigkeiten bei der Organisation und Betreuung des BSO und der Bergischen Agentur für

Kulturlandschaft gGmbH (BAK)

Koordination und Betreuung von jährlich zwei FÖJ-Stellen (Freiwilliges ökologisches Jahr)

Vollzug des Artenschutzes

<u>Auftragsgrundlage</u> Bundesnaturschutzgesetz, Landschaftsgesetz NRW, Durchführungsverordnung zum Landschaftsgesetz NRW, Gesetz

über die Umweltverträglichkeitsprüfung, Bundesartenschutzverordnung, Gesetz zur Förderung eines freiwilligen

ökologischen Jahres, diverse EU-Verordnungen und –Richtlinien, Beschlüsse der politischen Gremien

Ziele Strategische Ziele: Schutz, Pflege und Entwicklung der Kulturlandschaft für die naturbezogenen Erholung sowie zur Erhaltung und Förderung gefährdeter Lebensräume, Tiere und Pflanzen unter größtmöglichem Interessensausgleich zwischen priva und öffentlichen Belangen Operative Ziele: Erarbeitung und Umsetzung einer flächendeckenden Landschaftsplanung bei gleichzeitig kontinuierlicher Reduzierung der Sachkosten durch Nutzung neuer automatischer Verfahren Optimierung des Vertragsnaturschutzes durch maximale Ausschöpfung der Finanzzuweisungen der EU und des Landes zur Honorierung und Förderung einer naturverträglichen Landwirtschaft Vorläufiger Abschluss der kreisweiten Abgrenzung gesetzlich geschützter Biotope Zielgruppen Zielgruppen	Haushaltsplan 2015 verantwortlich:	1.13 Natur- und Landschaftspflege 1.13.01 Natur und Landschaft	T
Schutz, Pflege und Entwicklung der Kulturlandschaft für die naturbezogenen Erholung sowie zur Erhaltung und Förderung gefährdeter Lebensräume, Tiere und Pflanzen unter größtmöglichem Interessensausgleich zwischen priva und öffentlichen Belangen Operative Ziele: Erarbeitung und Umsetzung einer flächendeckenden Landschaftsplanung bei gleichzeitig kontinuierlicher Reduzierung der Sachkosten durch Nutzung neuer automatischer Verfahren Optimierung des Vertragsnaturschutzes durch maximale Ausschöpfung der Finanzzuweisungen der EU und des Landes zur Honorierung und Förderung einer naturverträglichen Landwirtschaft Vorläufiger Abschluss der kreisweiten Abgrenzung gesetzlich geschützter Biotope Zielgruppen Zielgruppen	Dez. II, Dez. IV		OBERBERGISCHER KREI DER LANDRAT
Reduzierung der Sachkosten durch Nutzung neuer automatischer Verfahren Optimierung des Vertragsnaturschutzes durch maximale Ausschöpfung der Finanzzuweisungen der EU und des Landes zur Honorierung und Förderung einer naturverträglichen Landwirtschaft Vorläufiger Abschluss der kreisweiten Abgrenzung gesetzlich geschützter Biotope Zielgruppen Bürgerinnen und Bürger, Kommunen, Fachbehörden, Biologische Station Oberberg, Planungsträger, Land- und	<u>Ziele</u>	Schutz, Pflege und Entwicklung der Kulturlandschaft für die naturbezogenen Erholung sov Förderung gefährdeter Lebensräume, Tiere und Pflanzen unter größtmöglichem Interesse und öffentlichen Belangen	
Zielgruppen Bürgerinnen und Bürger, Kommunen, Fachbehörden, Biologische Station Oberberg, Planungsträger, Land- und		Reduzierung der Sachkosten durch Nutzung neuer automatischer Verfahren Optimierung des Vertragsnaturschutzes durch maximale Ausschöpfung der Finanzzuv Landes zur Honorierung und Förderung einer naturverträglichen Landwirtschaft	
Forstwirte, Naturschutzverbände, sonstige Träger öffentlicher Belange	<u>Zielgruppen</u>		ungsträger, Land- und

1.13 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich: Dez. II, Dez. IV 1.13.01 Natur und Landschaft



	•	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-38.919	-75.400	-73.000	-73.000	-73.000	-73.000	-73.000
3	+	Sonstige Transfererträge		-250	-250	-250	-250	-250	-250
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-20.304	-13.750	-13.750	-13.750	-13.750	-13.750	-13.750
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-2.388	-2.700	-2.700	-2.700	-2.700	-2.700	-2.700
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-20.788	-23.000	-23.000	-23.000	-23.000	-23.000	-23.000
10	=	Ordentliche Erträge	-82.399	-115.100	-112.700	-112.700	-112.700	-112.700	-112.700
11	-	Personalaufwendungen	540.401	572.403	653.241	637.810	644.207	649.441	655.924
12	-	Versorgungsaufwendungen	102.878	105.513	102.640	103.717	104.751	105.798	106.854
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	119.717	223.866	303.659	305.656	307.704	309.803	311.954
15	-	Transferaufwendungen	2.500	12.500	22.500	22.500	22.500	22.500	22.500
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	126.538	155.072	188.819	189.095	189.328	189.551	189.801
17	=	Ordentliche Aufwendungen	892.034	1.069.353	1.270.858	1.258.778	1.268.491	1.277.093	1.287.033
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	809.635	954.253	1.158.158	1.146.078	1.155.791	1.164.393	1.174.333
20	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	29.629						
21	=	Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	29.629						
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	839.264	954.253	1.158.158	1.146.078	1.155.791	1.164.393	1.174.333
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	839.264	954.253	1.158.158	1.146.078	1.155.791	1.164.393	1.174.333

1.13 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich: Dez. II, Dez. IV 1.13.01 Natur und Landschaft



	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
28	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	50.970	41.263	55.515	47.827	47.281	49.676	50.135
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	890.234	995.517	1.213.674	1.193.905	1.203.072	1.214.069	1.224.468

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Natur und Landschaftsschutz

Die Produktgruppe "1.13.01 Natur und Landschaft" beinhaltet das Produkt "1.13.01.01 Landschaftsschutz (-> Amt 67), Landschaftspflege (-> Amt 61)" und das Produkt "1.13.01.02 Landschaftsplanung, Landschaftsentwicklung" (Amt 61).

Bei der Kontengruppe Zuwendungen und allgemeine Umlagen handelt es sich um Zuweisungen vom Land (Kostenart 414200) für landschaftspflegerische Maßnahmen innerhalb und außerhalb von Landschaftsplänen sowie Landeszuschüsse zu den Kosten von Landschaftsplänen (Amt 61). In der Kontengruppe Sonstige Transfererträge werden die Rückzahlungen (Kostenart 429200) von nichtverbrauchten Mitteln (Rückzahlungen von Zuweisungen) vereinnahmt (Amt 61). In der Kontengruppe Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte werden Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für die Kennzeichnung von Reitpferden verbucht (Amt 67). Unter die Kontengruppe Erträge aus Kostenerstattung fallen alle Erstattungen von übrigen Bereichen (Kostenart 442900) sowie andere sonstige Kostenerstattungen (Kostenart 443900). Kostenerstattungen sind im Rahmen der Kennzeichnungspflicht von Reitpferden und bei Ersatzvornamen vorgesehen (Amt 67). Als sonstige ordentlichen Erträge werden ordnungsrechtlichen Erträge (Kostenart 452100) wie Zwangs- u. Verwarnungsgelder (Amt 67) sowie Ersatzgeldzahlungen (Kostenart 452410) nach dem Landschaftsgesetz NRW (Amt 61, Amt 67) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In die Kontengruppe Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen werden Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen und andere Sach- und Dienstleistungen (Kostenart 529900) gebucht, beispielsweise die Kosten im Rahmen der Kennzeichnungspflicht von Reitpferden, Kosten für den Aufbau und die Pflege des Naturdenkmalkatasters sowie die Sachkosten für den Landschaftsbeirat und die Landschaftswacht (Amt 67). Weitere Aufwendungen entstehen für die Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Kostenart 524902) und sonstige Maßnahmen des Natur- und Landschaftsschutzes sowie Verkehrssicherheitsmaßnahmen (Kostenart 524906) an Naturdenkmälern (Amt 67). Des weiteren werden in der Kontengruppe Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen Kosten für die Umsetzung der FFH – u. Vogelschutzrichtlinien verausgabt, die Kosten des Kreiskulturlandschaftsprogramms (Kostenart 529917),

1.13 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich: Dez. II, Dez. IV 1.13.01 Natur und Landschaft



die Kostenbeteiligung an der EDV-Koordinierungsstelle der BSO, Kosten für die Beschaffung von Planungsunterlagen, Kosten für Landschaftspflegemaßnahmen (Kostenart 529918), die Verwendung von Ersatzgeldzahlungen (Kostenart 529919) sowie Sachkosten im Rahmen des Artenschutzes (Kostenart 529920, Amt 61).

In der Kontengruppe *Transferaufwendungen* fallen die Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche (Kostenart 531900), z. B. Oberbergischen Naturschutzvereine, (Amt 67). Zur Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören: Kosten für Dienst- u. Schutzkleidung (Kostenart 541600), die Erstellung von Gutachten, die Pflege des Bestandsverzeichnisses nach dem Landschaftsgesetz, der Eigenanteil zur Unterhaltung der Biologische Station (Kostenart 542912), Werkverträge (Kostenart 542913) im Rahmen der Umsetzung Vertragsnaturschutz, Aufklärungsmaßnahmen/Drucksachen (Kostenart 543200, Amt 61/67) sowie Kosten der Landschaftsplanung (Kostenart 543908, Amt 61). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.13 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich: Dez. II, Dez. IV 1.13.01 Natur und Landschaft



	Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	Zuwendungen und allgemeine † Umlagen	-39.925	-75.400	-73.000	-73.000		-73.000	-73.000	-73.000
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen		-250	-250	-250		-250	-250	-250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-20.974	-13.750	-13.750	-13.750		-13.750	-13.750	-13.750
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-801	-2.700	-2.700	-2.700		-2.700	-2.700	-2.700
7	+ Sonstige Einzahlungen	-11.347	-23.000	-23.000	-23.000		-23.000	-23.000	-23.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-73.047	-115.100	-112.700	-112.700		-112.700	-112.700	-112.700
10	- Personalauszahlungen	439.753	399.378	459.406	462.710		467.338	472.011	476.730
12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	337.871	223.650	303.550	305.547		307.595	309.694	311.845
14	- Transferauszahlungen	2.500	12.500	22.500	22.500		22.500	22.500	22.500
15	- sonstige Auszahlungen	102.911	127.640	160.200	160.200		160.200	160.200	160.200
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	883.036	763.168	945.656	950.957		957.633	964.405	971.275
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	809.989	648.068	832.956	838.257		844.933	851.705	858.575
24	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden		55.000	55.000	55.000		55.000	55.000	55.000
30	= Summe: (investive Auszahlungen)		55.000	55.000	55.000		55.000	55.000	55.000
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein/. Auszahlung)		55.000	55.000	55.000		55.000	55.000	55.000

1.13 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich: Dez. II, Dez. IV

1.13.01 Natur und Landschaft



Planerläuterung Teilfinanzplan

Erläuterung zu Zeile 24: Bei dem Ansatz handelt es sich um eine Reihe von Investition aus dem Bereich des Umweltschutz (Natur und Landschaft). Bei der Summe der investiven Einzahlungen sind Landeszuschüsse zum Grunderwerb zur Durchführung von Maßnahmen innerhalb und außerhalb von Landschaftsplänen (1200.3610 u. 1200.3611) sowie Ersatzgeldzahlungen nach dem Landschaftsgesetz (1200.3620) veranschlagt. In der Zeile investive Auszahlungen sind Grunderwerbskosten zur Durchführung von Maßnahmen innerhalb und außerhalb von Landschaftsplänen (1200.9320 u. 1200.9321) sowie Kosten zur Durchführung von Ersatzmaßnahmen für Dritte (Grunderwerb) veranschlagt. Die Abwicklung der Investitionen wird von Amt 61 begleitet.

Die o. g. Zuschüsse bzw. Investition werden über folgende Finanzstellen (PSP-I) abgewickelt:

5.610000.605 LZ Maßnahmen innerh./außerh. LP 5.610000.700 Grunderw. Maßn. innerh./außerh. LP

5.610010.605 Ersatzgeldzahlungen (Einn.) 5.610010.700 Durchf. Ersatzmaßn. (Grunderw.)

Haushaltsplan 2015/2016 1.13 Natur- und Landschaftspflege verantwortlich: 1.13.02 Wald. Forst- und Landwirtschaft OBERBERGISCHER KREIS Dezernat I **DER LANDRAT** Optimierung der Forstwirtschaft im ökologischen und ökonomischen Sinn Beschreibung Erhaltung von gesunden und stabilen Wäldern Verkauf von Rohholz aus Laub- und Nadelholz in allen anfallenden Sortimenten (d.h. Papierholz, Industrieholz, Palettenholz, Zaunholz etc.). **Auftragsgrundlage** Landesforstgesetz, Bundeswaldgesetz, Landschaftsgesetz Ziele Erhöhung des Laubholzanteils auf 50 % der Betriebsfläche (auf Laubholz geeigneten Standflächen) Positives Betriebsergebnis zur Unterstützung des Kreishaushaltes Bürger im Naherholungsgebiet Oberbergischer Kreis Zielgruppen

1.13 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich:

1.13.02 Wald, Forst- und Landwirtschaft



		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-740.201	-543.000	-568.000	-593.000	-593.000	-593.000	-593.000
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-30						
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-1.741						
10	=	Ordentliche Erträge	-741.972	-543.000	-568.000	-593.000	-593.000	-593.000	-593.000
11	-	Personalaufwendungen	146.149	142.898	157.218	158.314	159.898	161.496	163.112
12	-	Versorgungsaufwendungen	1.725	1.759	1.958	1.971	1.991	2.011	2.031
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	181.028	190.504	184.018	184.018	184.018	224.018	184.018
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	8.313	1.494	9.027	9.727	10.474	10.474	10.474
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	23.066	25.630	24.960	25.108	25.284	25.456	25.642
17	=	Ordentliche Aufwendungen	360.281	362.284	377.181	379.139	381.665	423.456	385.278
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-381.691	-180.716	-190.819	-213.861	-211.335	-169.544	-207.722
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-381.691	-180.716	-190.819	-213.861	-211.335	-169.544	-207.722
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-381.691	-180.716	-190.819	-213.861	-211.335	-169.544	-207.722
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	10.452	9.352	11.862	10.292	10.103	10.641	10.711
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-371.239	-171.364	-178.957	-203.569	-201.232	-158.903	-197.011

1.13 Natur- und Landschaftspflege

1.13.02 Wald, Forst- und Landwirtschaft

verantwortlich:

Dezernat I



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Wald, Forst- und Landwirtschaft

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* beinhaltet die Landeszuweisung (Kostenart 414200) zu waldbaulichen Maßnahmen. In der Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* sind die Einnahmen aus Holzverkäufen und Kleinholzverkauf, aus dem Verkauf von Öko-Punkten sowie Erlöse aus dem Verkauf von Grundvermögen (Kostenart 441100) zusammengefasst. Darüber hinaus sind in dieser Summe Einnahmen aus Pachten und Nutzungsentschädigungen (Kostenart 441200) enthalten.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen erfasst die Kosten der Unterhaltung und Instandsetzung der Waldarbeiterhütte (Kostenart 523100), der Unterhaltung der Holzabfuhrwege (Kostenart 523200), der Unterhaltung/Neuanschaffung von Geräten und Schutzkleidung (Kostenart 523600) sowie die Kosten für Unternehmereinsatz (Kostenart 523100). Des weiteren werden an dieser Stelle Kosten für Neuanpflanzungen (Kostenart 523700), Kosten für die Erstellung des Wirtschaftsplans und Kosten für Katasterunterlagen bzw. Kartenmaterial (Kostenart 529100) veranschlagt. Über die Kontengruppe Transferaufwendungen wird der Zuschuss für Maßnahmen im Privatwald (Kostenart 531900) abgebildet.

In der Kontengruppe sonstige ordentliche Aufwendungen werden die allgemeinen Geschäftsausgaben und die vermischten Ausgaben, aber auch die Umlage Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft (Unfallversicherung, Kostenart 544120) und Abgaben erfasst. Darüber hinaus wird an dieser Stelle der Mitgliedsbeitrag zur Forstbetriebsgemeinschaft Gummersbach (Kostenart 544300) und die anfallende Grundsteuer für Forstgrundstücke (Kostenart 547100) veranschlagt. Zu den Sonstige ordentliche Aufwendungen gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.13 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich:

Dezernat I

1.13.02 Wald, Forst- und Landwirtschaft



Verpflicht-**Teilfinanzplan** Ergebnis Ansatz Ansatz Ansatz ungsermäch-Planung Planung Planung Ž013 2015 2016 tigungen 2017 2018 2014 2019 5 Privatrechtliche Leistungsentgelte -741.629 -543.000 -568.000 -593.000 -593.000 -593.000 -593.000 7 Sonstige Einzahlungen -1.044 Einzahlungen aus laufender 9 -742.673 -543.000 -568.000 -593.000 -593.000 -593.000 -593.000 Verwaltungstätigkeit 10 Personalauszahlungen 144.366 110.462 121.515 122.815 124.043 125.283 126.536 Auszahlungen für Sach- und 12 185.735 190.460 184.000 184.000 184.000 224.000 184.000 Dienstleistungen sonstige Auszahlungen 15.075 15 15.054 16.213 14.995 15.015 15.035 15.055 Auszahlungen aus laufender 16 345.154 317.135 320.510 321.830 323.078 364.338 325.611 Verwaltungstätigkeit Saldo aus laufender Verwaltungs-17 -397.519 -225.865 -247.490 -271.170 -269.922 -228.662 -267.389 tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) Einzahlungen aus der Veräußerung 19 -10.003 von Sachanlagen 23 Summe: (investive Einzahlungen) -10.003 Auszahlungen für den Erwerb von 24 20.266 25.000 25.000 25.000 25.000 25.000 25.000 Grundstücken und Gebäuden Auszahlungen für Erwerb von 26 795 5.000 5.000 5.000 5.000 5.000 5.000 beweglichem Anlagevermögen Summe: 30 21.061 30.000 30.000 30.000 30.000 30.000 30.000 (investive Auszahlungen) Saldo: der Investitionstätigkeit 31 11.058 30.000 30.000 30.000 30.000 30.000 30.000 (Ein- ./. Auszahlung)

1.14 Umweltschutz

verantwortlich:



		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	4.394	-80.000	-80.000	-80.000	-80.000	-80.000	-80.000
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-225.233	-165.500	-165.500	-165.500	-165.500	-165.500	-165.500
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-227.105	-332.876	-331.876	-331.876	-331.876	-331.876	-331.876
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-76.712	-21.250	-21.250	-21.250	-21.250	-21.250	-21.250
10	=	Ordentliche Erträge	-524.656	-599.626	-598.626	-598.626	-598.626	-598.626	-598.626
11	-	Personalaufwendungen	1.805.583	2.207.878	2.074.961	2.028.935	2.049.360	2.067.101	2.087.820
12	-	Versorgungsaufwendungen	265.314	267.060	302.896	304.236	307.286	310.373	313.488
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	21.550	126.993	117.680	117.680	117.680	117.680	117.680
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	1.213	1.960	2.535	3.846	5.381	5.381	5.381
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	299.817	387.543	388.526	389.343	389.953	390.532	391.110
17	=	Ordentliche Aufwendungen	2.393.477	2.991.434	2.886.598	2.844.041	2.869.660	2.891.067	2.915.479
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.868.821	2.391.808	2.287.972	2.245.415	2.271.034	2.292.442	2.316.853
20	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	4.455						
21	=	Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	4.455						
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.873.276	2.391.808	2.287.972	2.245.415	2.271.034	2.292.442	2.316.853
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.873.276	2.391.808	2.287.972	2.245.415	2.271.034	2.292.442	2.316.853

1.14 Umweltschutz

verantwortlich:



	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-12.216	-12.179	-15.892	-10.940	-10.496	-12.515	-12.587
28	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	176.723	175.946	214.242	163.178	155.454	175.160	176.393
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	2.037.783	2.555.575	2.486.322	2.397.653	2.415.992	2.455.087	2.480.659

1.14 Umweltschutz

verantwortlich:



	Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	Zuwendungen und allgemeine + Umlagen	4.394	-80.000	-80.000	-80.000		-80.000	-80.000	-80.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-231.644	-165.500	-165.500	-165.500		-165.500	-165.500	-165.500
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-217.724	-328.980	-327.980	-327.980		-327.980	-327.980	-327.980
7	+ Sonstige Einzahlungen	-600	-21.250	-21.250	-21.250		-21.250	-21.250	-21.250
9	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-445.574	-595.730	-594.730	-594.730		-594.730	-594.730	-594.730
10	- Personalauszahlungen	1.531.712	1.628.419	1.471.168	1.481.281		1.496.145	1.511.158	1.526.320
12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	20.307	126.660	117.660	117.660		117.660	117.660	117.660
13	Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	4.455							
15	- sonstige Auszahlungen	241.225	314.570	313.858	313.858		313.858	313.858	313.858
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.797.699	2.069.649	1.902.686	1.912.799		1.927.663	1.942.676	1.957.838
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.352.125	1.473.919	1.307.956	1.318.069		1.332.933	1.347.946	1.363.108

Haushaltsplan 2015/ verantwortlich:	2016 1.14 Umweltschutz 1.14.01 Umweltschutzmaßnahmen	
Dezernat II		OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
<u>Beschreibung</u>	In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:	
	1.14.01.01 Bodenschutz und Altlasten 1.14.01.02 Abfall 1.14.01.03 Immissionsschutz 1.14.01.04 Gewässerschutz, Gewässerbewirtschaftung, Abgrabungen	
<u>Auftragsgrundlage</u>		
<u>Ziele</u>		
<u>Zielgruppen</u>		

1.14 Umweltschutz

verantwortlich:

Dezernat II

1.14.01 Umweltschutzmaßnahmen



1.14.01.01 Bodenschutz und Altlasten

Beschreibung Erfassung und Erstbewertung von Altlastenverdachtsflächen, Maßnahmen zur Gefahrenermittlung (Amtsermittlung),

Ordnungsrechtliche Verfahren zur Gefahrenermittlung, Ahndung, Durchführung / Anordnung von Sanierungs- und

Sicherungsmaßnahmen

Baubetreuung und -überwachung (Bauleitung)

Ausschreibung und Vergabeverfahren, Förderverfahren

Kontrollen und Überwachung, Deponienachsorge

Stellungnahmen zu Plan- u. Genehmigungsverfahren, TÖB

Durchführung von Maßnahmen des vorsorgenden Bodenschutzes. Verfahren von Ausweisung von

Bodenschutzgebieten

Erfassen und Pflege von boden- u. abfallrelevanten Umweltdaten

Auftragsgrundlage Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG), Landesbodenschutzgesetz NW (LBodSchG), Bundesbodenschutz- u.

Altlastenverordnung (BbodSchV)

Ziele

Zielgruppen Bürger, Industrie- u. Gewerbebetriebe, Kommunen, Planungsträger, Investoren

Haushaltsplan 2015/2016 verantwortlich: Dezernat II 1.14 Umweltschutz 1.14.01 Umweltschutzmaßnahmen Abfall



<u>1.14.01.02</u>	<u>Abfall</u>
Beschreibung Auftragsgrundlage	Ordnungsbehördliche und OWI-Verfahren zur Beseitigung und Ahndung illegaler Abfallablagerungen Abfallrechtliche Maßnahmen bei Schadensereignissen Überwachung der Entsorgung gefährlicher (Sonder-) Abfälle aus Kleingewerbe und Industrie (Betriebsbesuche, Betriebserfassung) sowie Überwachungsmaßnahmen nach diversen Verordnungen Mitwirkung / Stellungnahmen / Ortsbesichtigungen in Verfahren Dritter (Abbruchverfahren, BlmSchG-Anlagen, Baugenehmigungen, Strafverfahren, Altlastensanierungen) Genehmigung und Überwachung von Erddeponien Abfallüberwachungssystem (ASYS): Datenerfassung und -pflege im Landesprogramm Kreislaufwirtschafts- u. Abfallgesetz , Landesabfallgesetz NW und diverse untergesetzliche Regelwerke
<u>Ziele</u>	
<u>Zielgruppen</u>	Gewerbliche und private Abfallerzeuger, -besitzer im Kreisgebiet, andere Behörden

Haushaltsplan 2015/2016 1.14 Umweltschutz verantwortlich: 1.14.01 Umweltschutzmaßnahmen OBERBERGISCHER KREIS Dezernat II **DER LANDRAT** 1.14.01.03 **Immissionsschutz** Beschreibung Genehmigung der Errichtung und des Betriebs von Anlagen (Betriebsstätten, Maschinen, Geräte, Lagerflächen etc.) mit potenziell schädlichen Umwelteinwirkungen Kontrolle und Überwachung des ordnungsgemäßen Betriebs von gewerblichen Anlagen, einschließlich Anpassung der Anlagen an den Stand der Technik Anlassbezogene Überwachung der Anlagen bei Anhaltspunkten für von der Anlage ausgehende schädliche Umwelteinwirkungen Beratung bei Errichtung und Betrieb von Anlagen, die keiner Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz bedürfen Mitwirkung / fachtechnische Stellungnahmen /Ortsbesichtigungen in Verfahren Dritter (Baugenehmigungen. bauplanungsrechtliche Verfahren, Zulassungen nach der Betriebssicherheitsverordnung) Ausnahmegenehmigungen für Tätigkeiten während der Nachtzeit sowie an Sonn- und Feiertagen Durchführung ordnungsrechtlicher Verfahren Klärung grundsätzlicher Fragen im Immissionsschutzrecht Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG), Verordnungen zur Durchführung des BImSchG (z.Zt. 38 VOs), Gesetz über Auftragsgrundlage die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG), Landesimmissionsschutzgesetz (LImschG), Technische Richtlinien (TA-Luft, TA-Lärm, Geruchsimmissions-Richtlinie), Baunutzungsverordnung (BauNVO)

Ziele

Zielgruppen Betreiber von Anlagen aus Industrie und Gewerbe, Kommunen und kommunale Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger

Haushaltsplan 2015/2016 1.14 Umweltschutz verantwortlich: 1.14.01 Umweltschutzmaßnahmen OBERBERGISCHER KREIS Dezernat II **DER LANDRAT** 1.14.01.04 Gewässerschutz, Gewässerbewirtschaftung, Abgrabungen Beschreibung Wasserrechtliche Zulassungen (Genehmigung, Bewilligung, Erlaubnis, Befreiung, Eignungsfeststellung) von Abwasserbehandlungsanlagen, Gewässer-benutzungen in Grundwasser u. oberirdische Gewässer, Indirekteinleitungen, von Anlagen zum Umgang mit wgf. Stoffen u. im Rahmen des Ausbaus und Unterhaltung von Gewässern sowie der Wassergewinnung einschließlich Wasserschutzgebieten Abgrabungsrechtliche Zulassungen von Abgrabungen und deren Rekultivierungen Ordnungsrechtliche Verfahren zur gewässerverträglichen Gestaltung und Unterhaltung der vg. Anlagen und Benutzungen sowie zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Abgrabungen Kontrolle und Überwachung der vg. Anlagen und Benutzungen Mitwirkung / fachtechnische Stellungnahmen / Ortsbesichtigungen in Verfahren Dritter (BImSchG-Anlagen. Baugenehmigungen, Strafverfahren, Altlastensanierungen, Aballrechtlichen Verfahren usw.) Durchführung von WISTO / RAL – Verfahren Maßnahmen des vorbeugenden Gewässerschutzes Maßnahmen zur Gefahrenerkundung und -abwehr bei Gewässerverunreinigungen u. -gefährdungen, einschließlich einer Rufbereitschaft für Schadensfälle Durchführung von wasserrechtlichen Zwangsrechtsverfahren Klärung grundsätzlicher Fragen im Wasserrecht und Abgrabungsrecht AkoPro / UIS (Umweltinformationssystem): Aufbau. Pflege und Fortschreibung. Informationspflicht gegenüber übergeordneter Behörden, Statistik, Beratung Auftragsgrundlage Wasserhaushaltsgesetz, Landeswassergesetz NW Abgrabungsgesetz, sowie dazugehörige Erlasse, Verordnungen und Richtlinien Ziele Serviceversprechen für garantierte Bearbeitungszeiten für Genehmigungs- u. Erlaubnisanträge mit Ausnahme formgebundener Verfahren: Die Untere Wasserbehörde entscheidet in 80 % der Fälle innerhalb von 40 Arbeitstagen nach Vorlage vollständiger und prüffähiger Antragsunterlagen über die Erteilung der beantragten Genehmigungen / Erlaubnisse

Straßenbaulastträger Träger öffentlicher Belange

Zielaruppen

Bürgerinnen und Bürger, Industrie und Gewerbe, Land- und Forstwirtschaft, Kommunen und kommunale Unternehmen,

Wasserverbände und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts, Wasserversorgungsunternehmen,

1.14 Umweltschutz

verantwortlich:

1.14.01 Umweltschutzmaßnahmen

OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT

	•	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	4.394	-80.000	-80.000	-80.000	-80.000	-80.000	-80.000
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-225.233	-165.500	-165.500	-165.500	-165.500	-165.500	-165.500
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-227.105	-332.876	-331.876	-331.876	-331.876	-331.876	-331.876
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-76.712	-21.250	-21.250	-21.250	-21.250	-21.250	-21.250
10	=	Ordentliche Erträge	-524.656	-599.626	-598.626	-598.626	-598.626	-598.626	-598.626
11	-	Personalaufwendungen	1.805.583	2.207.878	2.074.961	2.028.935	2.049.360	2.067.101	2.087.820
12	-	Versorgungsaufwendungen	265.314	267.060	302.896	304.236	307.286	310.373	313.488
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	21.550	126.993	117.680	117.680	117.680	117.680	117.680
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	1.213	1.960	2.535	3.846	5.381	5.381	5.381
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	299.817	387.543	388.526	389.343	389.953	390.532	391.110
17	=	Ordentliche Aufwendungen	2.393.477	2.991.434	2.886.598	2.844.041	2.869.660	2.891.067	2.915.479
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	1.868.821	2.391.808	2.287.972	2.245.415	2.271.034	2.292.442	2.316.853
20	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	4.455						
21	=	Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	4.455						
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	1.873.276	2.391.808	2.287.972	2.245.415	2.271.034	2.292.442	2.316.853
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.873.276	2.391.808	2.287.972	2.245.415	2.271.034	2.292.442	2.316.853

1.14 Umweltschutz

verantwortlich:

1.14.01 Umweltschutzmaßnahmen



Dezernat II

	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-12.216	-12.179	-15.892	-10.940	-10.496	-12.515	-12.587
28	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	176.723	175.946	214.242	163.178	155.454	175.160	176.393
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	2.037.783	2.555.575	2.486.322	2.397.653	2.415.992	2.455.087	2.480.659

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Umweltschutzmaßnahmen

Unter der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* werden Landeszuschüsse (Kostenart 414200) für Maßnahmen im Bereich der Altlasten bzw. für den Bereich des Bodenschutzes (Produkt Bodenschutz und Altlasten) vereinnahmt. Für Maßnahmen der Gefährdungsabschätzung und Sanierung von Altlasten sowie für Maßnahmen des Bodenschutzes können Landeszuschüsse in Höhe bis zu 80 % der tatsächlichen Gesamtausgaben beantragt werden.

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Auskünfte aus dem Altflächenkataster (Produkt Bodenschutz und Altlasten), Verwaltungsgebühren für Wasserrechtssachen (Produkt Gewässerschutz, -bewirt., Abgrabungen) und weitere allgemeine Verwaltungsgebühren (Produkt Abfall und Produkt Immissionsschutz) veranschlagt.

Bei der Kontengruppe Erträge aus Kostenerstattung/-umlage werden die Erstattungen des Zweckverbandes BAV (Mitgliedsbeitrag AAV, Kostenart 442400) und andere sonstige Kostenerstattungen (Produkt Bodenschutz und Altlasten) angesetzt. Hierzu gehört auch die Kostenerstattung i. R. d. Gefahrenabwehr. Unter andere sonstige Kostenerstattungen fällt die Erstattung von Kosten zur Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Produkt Abfall). Die Erstattungen vom Land teilen sich in Personalkosten- und Sachkostenerstattung (Kostenart 443906 u. 443907) auf. Erstattungen aller übrigen Bereiche (Kostenart 442900) umfassen die Erstattung von Kosten für Vollstreckungs-/ und Zwangsmaßnahmen (Produkt Immissionsschutz).

Bei den *sonstigen ordentlichen Erträgen* werden alle Erträge, die nicht einer anderen Kontengruppe zuzuordnen sind, verbucht: beispielsweise die Zwangsgelder (Kostenart 452120) zur Durchführung ordnungsbehördlicher Anordnungen (Produkt Bodenschutz und Altlasten), die Zwangsgeldeinnahmen bei den Produkten Gewässerschutz, -bewirtschaftung, Abgrabungen und Abfall.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

1.14 Umweltschutz

verantwortlich:

1.14.01 Umweltschutzmaßnahmen



Dezernat II

In die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* werden die Aufwendungen für den Unterhalt der Betriebs- und Geschäftsausstattung und die anderen sonstigen Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen gebucht. Hierzu gehört die Beschaffung von Katastermaterial, die Beschaffung von Geräten oder Materialien oder die Kosten der Digitalisierung des Altlasten-Verdachtsflächen-Katasters (Produkt Bodenschutz und Altlasten).

Über der Kontengruppe Sonstige ordentliche Aufwendungen werden die Aufwendungen für Maßnahmen des Bodenschutzes und der Gefährdungsabschätzung (Kostenart 543903) sowie die Sanierung von Altlasten (Produkt Bodenschutz und Altlasten, Kostenart 543904)) und der Mitgliedsbeitrag AAV (gesetzliche Verpflichtung n. d. AAV-Gesetz, Kostenart 544300) verausgabt. Zu den Sonstigen ordentlichen Aufwendungen gehören auch die Kosten für Wasser und Abwasserproben (Kostenart 542914), andere sonstige Geschäftsaufwendungen für Grundlagenermittlung sowie Dienst- und Schutzkleidung und die Beiträge zu Wirtschaftsverbänden, Berufsvertretungen und Vereinen (Produkt Gewässerschutz, -bewirt., Abgrabungen). Unter Prüfung, Beratung, Rechtsschutz sind die Kosten für Untersuchungen u. Gutachten im Abfallbereich gefasst (Produkt Abfall). Sachverständigen- und Gutachterkosten (Produkt Immissionsschutz) werden auch als sonstiger ordentlicher Aufwand verstanden. Zu den Sonstige ordentliche Aufwendungen gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.14 Umweltschutz

verantwortlich:

Dezernat II

1.14.01 Umweltschutzmaßnahmen



Verpflicht-**Teilfinanzplan** Ergebnis Ansatz Ansatz Ansatz ungsermäch-Planung Planung Planung 2013 2014 2015 tigungen 2017 2018 2019 2016 Zuwendungen und allgemeine 2 4.394 -80.000 -80.000 -80.000 -80.000 -80.000 -80.000 Umlagen Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte 4 -231.644 -165.500 -165.500 -165.500 -165.500 -165.500 -165.500 Kostenerstattungen, Kostenumlagen 6 -217.724 -328.980 -327.980 -327.980 -327.980 -327.980 -327.980 7 Sonstige Einzahlungen -600 -21.250 -21.250 -21.250 -21.250 -21.250 -21.250 Einzahlungen aus laufender 9 -445.574 -595.730 -594.730 -594.730 -594.730 -594.730 -594.730 Verwaltungstätigkeit 10 Personalauszahlungen 1.531.712 1.628.419 1.471.168 1.481.281 1.496.145 1.511.158 1.526.320 Auszahlungen für Sach- und 12 20.307 126.660 117.660 117.660 117.660 117.660 117.660 Dienstleistungen Zinsen und sonstige 13 4.455 Finanzauszahlungen 15 sonstige Auszahlungen 241.225 314.570 313.858 313.858 313.858 313.858 313.858 Auszahlungen aus laufender 16 1.797.699 2.069.649 1.902.686 1.912.799 1.927.663 1.942.676 1.957.838 Verwaltungstätigkeit Saldo aus laufender Verwaltungs-17 1.352.125 1.473.919 1.307.956 1.318.069 1.332.933 1.347.946 1.363.108 tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)

1.15 Wirtschaft und Tourismus

verantwortlich:

Kreisdirektor



		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-3.450	-4.900	-4.900	-4.900	-4.900	-4.900	-4.900
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-144.506	-147.410	-87.910	-87.910	-87.910	-87.910	-87.910
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-13.401						
10	=	Ordentliche Erträge	-161.358	-152.310	-92.810	-92.810	-92.810	-92.810	-92.810
11	-	Personalaufwendungen	746.651	766.594	745.161	738.398	745.808	753.263	760.792
12	-	Versorgungsaufwendungen	43.373	49.147	77.600	78.389	79.170	79.961	80.759
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	29.726	54.237	197.597	199.097	200.597	202.097	203.597
14	-	Bilanzielle Abschreibungen		675	529	1.053	1.667	1.667	1.667
15	-	Transferaufwendungen	146.175	267.958	243.408	243.858	244.258	245.500	247.500
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	194.793	193.061	253.340	265.036	267.470	266.883	269.557
17	=	Ordentliche Aufwendungen	1.160.719	1.331.672	1.517.635	1.525.830	1.538.970	1.549.372	1.563.872
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	999.361	1.179.362	1.424.825	1.433.020	1.446.160	1.456.562	1.471.062
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	999.361	1.179.362	1.424.825	1.433.020	1.446.160	1.456.562	1.471.062
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	999.361	1.179.362	1.424.825	1.433.020	1.446.160	1.456.562	1.471.062
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-24.673	-27.624	-31.564	-29.519	-29.635	-29.883	-30.228
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	78.999	63.811	82.020	73.315	72.700	73.421	74.166
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.053.688	1.215.550	1.475.281	1.476.816	1.489.225	1.500.100	1.515.000

1.15 Wirtschaft und Tourismus

verantwortlich:

Kreisdirektor



	Teilfinanzplan		Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	Zuwendungen und allgemeine + Umlagen	-3.450	-4.900	-4.900	-4.900		-4.900	-4.900	-4.900
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-83.213	-147.300	-32.800	-32.800		-32.800	-32.800	-32.800
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-86.664	-152.200	-37.700	-37.700		-37.700	-37.700	-37.700
10	- Personalauszahlungen	581.745	472.489	486.743	493.146		498.077	503.058	508.088
12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	932	15.500	110.500	110.500		110.500	110.500	110.500
14	- Transferauszahlungen	134.863	267.958	243.408	243.858		244.258	245.500	247.500
15	- sonstige Auszahlungen	146.106	139.780	196.590	207.370		209.130	207.893	209.658
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	863.646	895.727	1.037.241	1.054.874		1.061.965	1.066.951	1.075.746
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	776.982	743.527	999.541	1.017.174		1.024.265	1.029.251	1.038.046

Haushaltsplan 2015/2016 1.15 Wirtschaft und Tourismus verantwortlich: 1.15.01 Wirtschaftsförderung OBERBERGISCHER KREIS Kreisdirektor **DER LANDRAT** Beschreibung Eine erfolgreiche mittelständische Wirtschaft kennzeichnet den Oberbergischen Kreis gleichermaßen wie dessen reizvolle Hügellandschaft und Waldreichtum. Der Oberbergische Kreis und dessen Wirtschaftsförderung unterstützen die in seinem Zuständigkeitsbereich ansässigen Betriebe durch eine mittelstandsorientierte Ausrichtung und zielgruppengerechte Angebote. In Kooperation mit den Städten und Gemeinden und wirtschaftspolitisch bedeutsamen Akteuren, wie der IHK Köln, der Fachhochschule Köln, Campus Gummersbach, u.a. wird der Wirtschaftsstandort Oberberg auf diese Weise weiterentwickelt und nach Innen und Außen beworben. Darüber hinaus unterstützt der Oberbergische Kreis ansiedlungsbereite Unternehmen und Gründerinnen und Gründer durch Information. Beratung und die Vermittlung von Förderprogrammen. Auftragsgrundlage Vorgaben des Kreistags und des Landrates, Gesetze, Förderrichtlinien, Ausschreibungen in Wettbewerbsverfahren, Gütekriterien der RAL-Gütegemeinschaft "Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung" und anderer Stellen: Startercentervereinbarung Ziele Ausbau/Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und Rahmenbedingungen sowie der Arbeitsmarktsituation im OBK durch kurzfristig und langfristig angelegte Maßnahmen und Projekte, z.B. in den Bereichen "Mittelstandsorientierte Verwaltung", "Cluster-Entwicklung", "Frau und Beruf" etc. Unterstützung von Unternehmen im OBK durch Beratung, Durchführung von Informationsveranstaltungen und Messen. Vermittlung von Förderprogrammen sowie durch aktive Cluster- und Netzwerkarbeit Kompetente und zeitnahe Informationen zu gründungsspezifischen Fragen Informationen zu Gewerbeimmobilen im OBK durch individuelle Beratung und Präsentation Bewerbung des Wirtschaftsstandortes Oberberg auf Messen und in den Medien Zielaruppen Kleine, mittlere und große Unternehmen im Oberbergischen Kreis, Gründerinnen und Gründer, Beschäftigte und Arbeitssuchende .Fachämter der Kreisverwaltung. Verbände und Institutionen

1.15 Wirtschaft und Tourismus

verantwortlich: Kreisdirektor 1.15.01 Wirtschaftsförderung



	•	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-3.450	-4.900	-4.900	-4.900	-4.900	-4.900	-4.900
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-113.711	-116.710	-57.210	-57.210	-57.210	-57.210	-57.210
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-11.855						
10	=	Ordentliche Erträge	-129.016	-121.610	-62.110	-62.110	-62.110	-62.110	-62.110
11	-	Personalaufwendungen	521.004	554.045	528.033	521.023	526.257	531.516	536.827
12	-	Versorgungsaufwendungen	42.756	47.295	72.025	72.776	73.501	74.235	74.976
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	29.366	54.237	150.097	150.097	150.097	150.097	150.097
14	-	Bilanzielle Abschreibungen		675	529	1.053	1.667	1.667	1.667
15	-	Transferaufwendungen	27.500	27.500	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	171.338	169.861	212.920	215.836	218.010	217.160	219.569
17	=	Ordentliche Aufwendungen	791.964	853.613	966.104	963.284	972.032	977.176	985.636
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	662.948	732.003	903.994	901.174	909.922	915.066	923.526
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	662.948	732.003	903.994	901.174	909.922	915.066	923.526
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	662.948	732.003	903.994	901.174	909.922	915.066	923.526
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-44.633	-51.106	-55.706	-54.194	-54.714	-55.177	-55.820
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	67.011	55.197	70.519	62.654	62.217	62.828	63.462
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	685.326	736.093	918.807	909.633	917.425	922.717	931.168

1.15 Wirtschaft und Tourismus

verantwortlich: Kreisdirektor 1.15.01 Wirtschaftsförderung



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Wirtschaftsförderung

Unter der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* sind die Finanzierungsbeiträge der Oberbergischen Sparkassen zum "Gütezeichen Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung" (Erträge bis 2011) (Kostenart 414700) ausgewiesen. Die Position *Erträge aus Kostenerstattungen* umfasst die Erstattungen vom Land (Kostenart 442200) für den Bildungsscheck.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* ist die Kostenerstattung an die Regionalagentur (Kostenart 528904) sowie verschiedene Projektkosten veranschlagt: Rad Region (Marketing), CheK.NRW (bis 2012, siehe Teilprodukte). Nachrichtlich: Die Kosten für Kreismarketing (Kostenart 529934) sind im Produkt 1.01.02.01 veranschlagt.

Die Kontengruppe *Transferaufwendungen* beinhaltet Zuwendungen/Zuschüsse (Kostenart 531900) an folgende Bereiche: Aufbau regionale EFRE Struktur, Beteiligung an Kosten GO MIT.

Die Sonstigen ordentlichen Aufwendungen umfassen die Beiträge zum Verein "Region Köln/Bonn e.V." sowie den Mitgliedsbeitrag "Gütegemeinschaft" (Kostenart 544300), die Defizitübernahme "GTC Gummersbach" (Kostenart 545300), die Kosten für das "Gütezeichen Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung (RAL-Gütezeichen)" (bis 2013; Kostenart 543901, bis 2012) sowie weitere sonstige Geschäftsaufwendungen (Inanspruchnahme von Informationsdiensten, Beschaffung von Material, Herausgabe von Schriften und sonstige Kosten der Wirtschaftsförderung). Zu den Sonstige ordentliche Aufwendungen gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der Internen Leistungsverrechnungen werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet. Die Aufwendungen für das "Bündnis für Familie" (Kostenart 543902) sind im Produktbereich 1.01.02 abgebildet.

Auszahlungen aus laufender

tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)

Saldo aus laufender Verwaltungs-

Verwaltungstätigkeit

1.15 Wirtschaft und Tourismus

verantwortlich: Kreisdirektor

16

17

1.15.01 Wirtschaftsförderung

480.727

359.227

521.183

465.197

OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT

613.158

606.158

617.977

610.977

611.371

604.371

Verpflicht-Teilfinanzplan Ergebnis Ansatz Ansatz Ansatz ungsermäch-Planung Planung Planung 2013 2014 2015 2016 tigungen 2017 2018 2019 Zuwendungen und allgemeine 2 -3.450 -4.900 -4.900 -4.900 -4.900 -4.900 -4.900 Umlagen Kostenerstattungen, Kostenumlagen 6 -52.536 -116.600 -2.100 -2.100 -2.100 -2.100 -2.100 Einzahlungen aus laufender 9 -55.987 -121.500 -7.000 -7.000 -7.000 -7.000 -7.000 Verwaltungstätigkeit 10 Personalauszahlungen 360.100 311.147 320.265 325.447 328.701 331.988 335.307 Auszahlungen für Sach- und 12 932 15.500 110.500 110.500 110.500 110.500 110.500 Dienstleistungen 14 Transferauszahlungen 27.500 27.500 2.500 2.500 2.500 2.500 2.500 sonstige Auszahlungen 15 132.651 126.580 166.170 168.170 169.670 168.170 169.670

599.435

592.435

606.617

599.617

Haushaltsplan 2015/2016 1.15 Wirtschaft und Tourismus verantwortlich: 1.15.02 Tourismus OBERBERGISCHER KREIS Kreisdirektor **DER LANDRAT** Beschreibung Mit Blick auf seine landschaftliche Schönheit, die geprägt ist durch eine sanfte Hügellandschaft, Waldreichtum und zahlreiche Talsperren, sowie mit Blick auf ein großes Marktpotential im direkten Umland stellt der Oberbergische Kreis ein attraktives Tourismusziel, insbesondere für den Tages- und Wochenendtourismus, dar. Der heimischen Bevölkerung bieten Natur und Landschaft ein hohes Maß an Lebensqualität. Mit der Beteiligung an der Naturarena Bergisches Land GmbH und durch die Mitgliedschaft im Naturpark Bergisches Land und im Touristik-Verband Oberbergisches Land fördert der Oberbergische Kreis den Tourismus in den Bereichen "Infrastruktur" und "Marketing". Eine - mit Blick auf die Gesellschafterstrukturen begrenzte - Einflussnahmemöglichkeit besteht für den OBK insbesondere im Hinblick auf die regelmäßig stattfindenden Gremiensitzungen. Auftragsgrundlage Beschlüsse des Kreistages (freiwillige Aufgabe); ggf. Förderbestimmungen Verbesserung der touristischen Infrastruktur sowie Steigerung des Bekanntheits-grades und des positiven Images Ziele des Oberbergischen Kreises als Tourismusregion. Steigerung der Gäste- und Besucherzahlen Öffentlichkeitsarbeit durch Herausgabe von Informationsmaterial und Teilnahme an Messen sowie an ausgewählten touristischen Veranstaltungen Steigerung der Lebensqualität der einheimischen Bevölkerung Wirtschaft, Einwohner, Touristen, Kulturschaffende Zielaruppen

1.15 Wirtschaft und Tourismus

verantwortlich:

1.15.02 Tourismus



Kreisdirektor

		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-30.796	-30.700	-30.700	-30.700	-30.700	-30.700	-30.700
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-1.546						
10	=	Ordentliche Erträge	-32.342	-30.700	-30.700	-30.700	-30.700	-30.700	-30.700
11	-	Personalaufwendungen	225.647	212.549	217.128	217.375	219.551	221.747	223.965
12	-	Versorgungsaufwendungen	617	1.852	5.575	5.613	5.669	5.725	5.783
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	360		47.500	49.000	50.500	52.000	53.500
15	-	Transferaufwendungen	118.675	240.458	240.908	241.358	241.758	243.000	245.000
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	23.456	23.200	40.420	49.200	49.460	49.723	49.988
17	=	Ordentliche Aufwendungen	368.755	478.059	551.531	562.546	566.938	572.196	578.236
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	336.414	447.359	520.831	531.846	536.238	541.496	547.536
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	336.414	447.359	520.831	531.846	536.238	541.496	547.536
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	336.414	447.359	520.831	531.846	536.238	541.496	547.536
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	31.949	32.097	35.643	35.336	35.562	35.887	36.296
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	368.362	479.456	556.474	567.183	571.800	577.382	583.832

1.15 Wirtschaft und Tourismus

verantwortlich: Kreisdirektor

1.15.02 Tourismus



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Tourismus

Unter *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* ist die Personalkostenerstattung des Zweckverbandes Naturpark Bergisches Land (Kostenart 442400) veranschlagt. Dem Oberbergischen Kreis obliegt die Geschäftsführung für diesen Zweckverband.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen beinhalten die Kosten zum Projekt "Bergisches Wanderland" (Kostenart 529100).

Die Transferaufwendungen enthalten den Betriebskostenzuschuss (Kostenart 531600) zur Gesellschaft "Naturarena Bergisches Land GmbH". Der Kreistag hat in seiner Sitzung vom 10.03.2005 beschlossen, dass sich der Oberbergische Kreis an dieser Gesellschaft beteiligt. Zu den Sonstige ordentliche Aufwendungen gehören ferner der Beitrag zum ZV Naturpark sowie anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

1.15 Wirtschaft und Tourismus

verantwortlich: Kreisdirektor 1.15.02 Tourismus



	Teilfinanzplan		Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-30.677	-30.700	-30.700	-30.700		-30.700	-30.700	-30.700
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-30.677	-30.700	-30.700	-30.700		-30.700	-30.700	-30.700
10	- Personalauszahlungen	221.644	161.342	166.478	167.699		169.376	171.070	172.781
14	- Transferauszahlungen	107.363	240.458	240.908	241.358		241.758	243.000	245.000
15	- sonstige Auszahlungen	13.456	13.200	30.420	39.200		39.460	39.723	39.988
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	342.463	415.000	437.806	448.257		450.594	453.793	457.769
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	311.786	384.300	407.106	417.557		419.894	423.093	427.069

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft

verantwortlich:

Dezernat I



	•	Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
1		Steuern und ähnliche Abgaben	409						
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-213.160.587	-218.620.520	-223.412.949	-227.737.429	-236.064.379	-239.819.112	-243.414.486
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-443.243						
7	+	Sonstige ordentliche Erträge	-1.114.922	-496.531	-6.475	-6.475	-6.475	-6.475	-6.475
10	=	Ordentliche Erträge	-214.718.342	-219.117.051	-223.419.424	-227.743.904	-236.070.854	-239.825.587	-243.420.961
11	-	Personalaufwendungen	6.068.222						
12	-	Versorgungsaufwendungen	43.958						
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.481.330	700.000	1.250.000	1.250.000	1.250.000	1.250.000	1.250.000
15	-	Transferaufwendungen	56.438.977	59.486.019	58.951.886	61.254.033	63.392.005	65.370.707	67.337.510
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	855.383	675.449	589.510	476.770	391.790	357.420	354.740
17	=	Ordentliche Aufwendungen	64.887.870	60.861.468	60.791.396	62.980.803	65.033.795	66.978.127	68.942.250
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-149.830.472	-158.255.583	-162.628.028	-164.763.101	-171.037.059	-172.847.460	-174.478.711
19	+	Finanzerträge	-242.211	-420.000	-786.000	-617.000	-459.000	-459.000	-414.000
20	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	2.653.185	2.973.241	3.049.255	3.181.168	3.233.191	3.212.500	3.212.500
21	=	Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	2.410.974	2.553.241	2.263.255	2.564.168	2.774.191	2.753.500	2.798.500
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-147.419.498	-155.702.342	-160.364.773	-162.198.933	-168.262.868	-170.093.960	-171.680.211
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-147.419.498	-155.702.342	-160.364.773	-162.198.933	-168.262.868	-170.093.960	-171.680.211
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-147.419.498	-155.702.342	-160.364.773	-162.198.933	-168.262.868	-170.093.960	-171.680.211

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft

verantwortlich:

Dezernat I



	Teilfir	nanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
1	Steuern un	nd ähnliche Abgaben	-1.623							
2	+ Zuwendun Umlagen	gen und allgemeine	-212.596.197	-218.578.613	-222.979.586	-227.385.988		-235.765.301	-239.553.994	-243.149.368
7	+ Sonstige E	inzahlungen	-712.085	-6.555	-6.475	-6.475		-6.475	-6.475	-6.475
8	+ Zinsen und + Finanzeinz		-637.630	-420.000	-786.000	-617.000		-459.000	-459.000	-414.000
9		gen aus laufender gstätigkeit	-213.947.535	-219.005.168	-223.772.061	-228.009.463		-236.230.776	-240.019.469	-243.569.843
10	- Personalaı	uszahlungen	-101.337							
12	- Auszahlun Dienstleist	gen für Sach- und ungen	2.002.402	700.000	1.250.000	1.250.000		1.250.000	1.250.000	1.250.000
13	Zinsen und Finanzaus	<u> </u>	2.673.777	2.973.241	3.049.255	3.181.168		3.233.191	3.212.500	3.212.500
14	- Transferau	ıszahlungen	56.438.977	59.486.019	58.951.886	61.254.033		63.392.005	65.370.707	67.337.510
15	- sonstige A	uszahlungen	53.475							
16		ngen aus laufender gstätigkeit	61.067.294	63.159.260	63.251.141	65.685.201		67.875.196	69.833.207	71.800.010
17		laufender Verwaltungs- = Zeilen 9 und 16)	-152.880.241	-155.845.908	-160.520.920	-162.324.262		-168.355.580	-170.186.262	-171.769.833
18		gen aus Zuwendungen für smaßnahmen	-783.689	-941.003	-970.596	-1.014.273		-1.059.915	-1.091.713	-1.124.464
20	+ Einzahlung + von Finanz	gen aus der Veräußerung zanlagen	-4.750.000							
23	= Summe: (i	investive Einzahlungen)	-5.533.689	-941.003	-970.596	-1.014.273		-1.059.915	-1.091.713	-1.124.464
27	- Auszahlun - Finanzanla	gen für den Erwerb von agen	10.000.000	5.809.951	5.967.668	4.969.214		5.018.906	5.069.095	5.119.786
30	= Summe: (investive	Auszahlungen)	10.000.000	5.809.951	5.967.668	4.969.214		5.018.906	5.069.095	5.119.786

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft

verantwortlich:



Dezernat I OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT											
Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019			
Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein/. Auszahlung)	4.466.311	4.868.948	4.997.072	3.954.941		3.958.991	3.977.382	3.995.322			
(Ein/. Auszaniung)											

Haushaltsplan 2015/201	6 1.16	Allgemeine Finanzwirtsch	naft	
verantwortlich:	1.16.01	Steuern, Zuweisungen und all	g. Umlagen	OPERAL POLICE INDER
Dezernat I				OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
	dar, die dem Kreishaushalt p	oroduktunabhängig zufließen od	s Produkt im engeren Sinne dar, sond der die der Haushalt produktunabhäng und nicht die eigentliche Aufgabenwa	gig zu leisten hat.
	Jagdsteuer Schlüsselzuweisungen Kreisumlage	Kreisvolkshochschule, Berufss aftsverband	chulen, Jugendamt	
		ndeordnung (GO), Gemeindeha	aushaltsverordnung (GemHVO), Komr	nunalabgabengesetz
		nthalten des Kreisumlagehebes	satzes	
<u>Zielgruppen</u>				

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft

verantwortlich:

Dezernat I

1.16.01 Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen



		Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
1		Steuern und ähnliche Abgaben	409						
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-212.589.162	-218.578.613	-222.979.586	-227.385.988	-235.765.301	-239.553.994	-243.149.368
10	=	Ordentliche Erträge	-212.588.753	-218.578.613	-222.979.586	-227.385.988	-235.765.301	-239.553.994	-243.149.368
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		1.481.330	700.000	1.250.000	1.250.000	1.250.000 1.250.000		1.250.000
15	-	Transferaufwendungen	56.438.977	59.486.019	58.951.886	61.254.033	63.392.005	65.370.707	67.337.510
17	=	Ordentliche Aufwendungen	57.920.307	60.186.019	60.201.886	62.504.033	64.642.005	66.620.707	68.587.510
18	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17)	-154.668.446	-158.392.594	-162.777.700	-164.881.955	-171.123.296	-172.933.287	-174.561.858
19	+	Finanzerträge	105.662		-356.000	-247.000	-159.000	-159.000	-114.000
21	=	Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	105.662		-356.000	-247.000	-159.000	-159.000	-114.000
22	=	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	-154.562.783	-158.392.594	-163.133.700	-165.128.955	-171.282.296	-173.092.287	-174.675.858
26	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-154.562.783	-158.392.594	-163.133.700	-165.128.955	-171.282.296	-173.092.287	-174.675.858
29	=	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-154.562.783	-158.392.594	-163.133.700	-165.128.955	-171.282.296	-173.092.287	-174.675.858

Planerläuterung Teilergebnisplan

Die Kontengruppe Steuern und ähnliche Abgaben beinhaltet die Erträge aus der Jagdsteuer (Kostenart 403400). Diese Einnahme entfällt ab dem Jahr 2013.

Bei den *Zuwendungen und allgemeinen Umlagen* handelt es sich zum überwiegenden Teil um die Kreisumlage (Kostenart 417210). Darüber hinaus werden in dieser Kontengruppe die Schlüsselzuweisungen vom Land (Kostenart 411100) sowie die Umlagen aus den Mehrbelastungen Jugendamt (Kostenart 417220),

Haushaltsplan 2015/2016 1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft verantwortlich: 1.16.01 Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen OBERBERGISCHER KREIS Dezernat I **DER LANDRAT** Berufsschulwesen (Kostenart 417240) und Kreisvolkshochschule (Kostenart 417250) verbucht. In der Kontengruppe Transferaufwendungen wird der Aufwand für die Landschaftsumlage (Kostenart 537240) erfasst. Nähere Erläuterungen können dem Vorbericht entnommen werden.

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft

verantwortlich:

Dezernat I

1.16.01 Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen



	Teilfinanzplan		Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-1.623							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-212.596.197	-218.578.613	-222.979.586	-227.385.988		-235.765.301	-239.553.994	-243.149.368
8	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen			-356.000	-247.000		-159.000	-159.000	-114.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-212.597.820	-218.578.613	-223.335.586	-227.632.988		-235.924.301	-239.712.994	-243.263.368
12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.999.671	700.000	1.250.000	1.250.000		1.250.000	1.250.000	1.250.000
14	- Transferauszahlungen	56.438.977	59.486.019	58.951.886	61.254.033		63.392.005	65.370.707	67.337.510
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	58.438.648	60.186.019	60.201.886	62.504.033		64.642.005	66.620.707	68.587.510
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-154.159.172	-158.392.594	-163.133.700	-165.128.955		-171.282.296	-173.092.287	-174.675.858

Haushaltsplan 2015/20	1.16	Allgemeine Finanzwirtschaft	:::::::::::::::::::::::::::::::::::::
verantwortlich:	1.16.02	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	LT 💇
Dezernat I			OBERBERGISCHER KREIS DER LANDRAT
<u>Beschreibung</u>	dar, die dem Kreishaushalt pr Aus Transparenzgründen wei Im Ergebnisplan: Zinserträge Zinsaufwendungen Im Finanzplan:	haft" stellt kein eigenständiges Produkt im enger roduktunabhängig zufließen oder die der Hausha rden hier nur die Finanzmittel und nicht die eiger gen aus der Tilgung von vergebenen und aufger	alt produktunabhängig zu leisten hat. ntliche Aufgabenwahrnehmung dargestellt:
<u>Auftragsgrundlage</u>		deordnung (GO), Gemeindehaushaltsverordnung	
<u>Ziele</u>	Einhaltung des Tilgungsvolun	nens laut Haushaltsplan	
<u>Zielgruppen</u>			

Leistungsbeziehungen - (=

Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)

7.143.285

Zeilen 22 und 25)

29

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft

verantwortlich:

Dezernat I

1.16.02 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft



Ansatz Ergebnis Ansatz Ansatz Planung Planung Planung Teilergebnisplan 2013 2014 2015 2016 2017 2018 2019 Zuwendungen und allgemeine 2 -571.425 -41.907 -433.363 -351.441 -299.078 -265.118 -265.118 Umlagen Kostenerstattungen und 6 -443.243 Kostenumlagen 7 Sonstige ordentliche Erträge -1.114.922 -496.531 -6.475 -6.475 -6.475 -6.475 -6.475 -538.438 -305.553 -271.593 -271.593 10 Ordentliche Erträge -2.129.589 -439.838 -357.916 11 Personalaufwendungen 6.068.222 12 Versorgungsaufwendungen 43.958 Sonstige ordentliche 16 589.510 354.740 855.383 675.449 476.770 391.790 357.420 Aufwendungen 17 **Ordentliche Aufwendungen** 6.967.563 675.449 589.510 476.770 391.790 357.420 354.740 Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 4.837.974 137.011 149.672 118.854 86.237 85.827 83.147 10 und 17) -347.874 -420.000 -430.000 -370.000 -300.000 -300.000 -300.000 19 Finanzerträge Zinsen und sonstige 20 2.653.185 2.973.241 3.049.255 3.181.168 3.233.191 3.212.500 3.212.500 Finanzaufwendungen Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 21 2.305.311 2.553.241 2.619.255 2.811.168 2.933.191 2.912.500 2.912.500 20) Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 22 7.143.285 2.690.252 2.768.927 2.930.022 3.019.428 2.998.327 2.995.647 18 und 21) Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen 26 7.143.285 2.690.252 2.768.927 2.998.327 2.995.647 2.930.022 3.019.428

2.768.927

2.930.022

3.019.428

2.998.327

2.995.647

2.690.252

ŀ	laus	hal	tsp	an	201	5/20	1	6
---	------	-----	-----	----	-----	------	---	---

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft

verantwortlich:

Dezernat I

1.16.02 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft



Planerläuterung Teilergebnisplan

Bei den Finanzerträgen werden die Erträge aus Zinsen von Kreditinstituten (Kostenart 461800) vereinnahmt.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen sind einerseits an das Land zu leistende Zinsen (Kostenart 551200) aus Kreditverbindlichkeiten, andererseits an Kreditinstitute zu leistende Zinsen für langfristige Verbindlichkeiten (Kostenart 551500) und für Kassenkredite (Kostenart 551810).

Die anfallenden Auszahlungen für die Tilgung von Krediten sowie zu erwartende Einzahlungen aus Kreditaufnahmen werden ausschließlich im Gesamtfinanzplan in den Zeilen 33 und 34 abgebildet.

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft

verantwortlich:

Dezernat I

1.16.02 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft



		Teilfinanzplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019
7	+	Sonstige Einzahlungen	-712.085	-6.555	-6.475	-6.475		-6.475	-6.475	-6.475
8	+	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-637.630	-420.000	-430.000	-370.000		-300.000	-300.000	-300.000
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.349.715	-426.555	-436.475	-376.475		-306.475	-306.475	-306.475
10	-	Personalauszahlungen	-101.337							
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.730							
13	-	Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	2.673.777	2.973.241	3.049.255	3.181.168		3.233.191	3.212.500	3.212.500
15	-	sonstige Auszahlungen	53.475							
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.628.645	2.973.241	3.049.255	3.181.168		3.233.191	3.212.500	3.212.500
17	=	Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.278.930	2.546.686	2.612.780	2.804.693		2.926.716	2.906.025	2.906.025
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-783.689	-941.003	-970.596	-1.014.273		-1.059.915	-1.091.713	-1.124.464
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	-4.750.000							
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	-5.533.689	-941.003	-970.596	-1.014.273		-1.059.915	-1.091.713	-1.124.464
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	10.000.000	5.809.951	5.967.668	4.969.214		5.018.906	5.069.095	5.119.786
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	10.000.000	5.809.951	5.967.668	4.969.214		5.018.906	5.069.095	5.119.786
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein/. Auszahlung)	4.466.311	4.868.948	4.997.072	3.954.941		3.958.991	3.977.382	3.995.322

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft

verantwortlich:

Dezernat I

1.16.02 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft



	Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / - auszahlungen
	5200000 Investitionspauschale										
1	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-783.689	-941.003	-970.596	-1.014.273		-1.059.915	-1.091.713	-1.124.464	-1.724.692	-6.985.653
6	 Summe Einzahlungen 	-783.689	-941.003	-970.596	-1.014.273		-1.059.915	-1.091.713	-1.124.464	-1.724.692	-6.985.653
14	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-783.689	-941.003	-970.596	-1.014.273		-1.059.915	-1.091.713	-1.124.464	-1.724.692	-6.985.653

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführtem Ansatz handelt es sich um die sog. **Investitionspauschale** nach dem **GFG**. Die erhaltene Zuwendung wird zunächst zentral vereinnahmt. Im Rahmen des Jahresabschlusses wird die erhaltene Zuwendung einem quasi bezuschussten Vermögensgegenstand zugeordnet. Die Zuwendung erscheint später in der Bilanz als **Sonderposten** auf der Passivseite zwischen dem Eigenkapital und den Rückstellungen. Die Auflösung des Sonderpostens erfolgt entsprechend der Abnutzung des bezuschussten Vermögensgegenstandes.

Die o. g. Investition/Einnahme wird über die Finanzstelle 5.200000 (SK 681200) abgewickelt.

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft

verantwortlich:

1.16.02 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft



Dezernat I

		Investitionsmaßnahmen oberhalb der estgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / - auszahlungen
52	000	020 Sondervermögen AGEWIS										
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen		450.000							450.000	450.000
13	=	Summe Auszahlungen		450.000							450.000	450.000
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		450.000							450.000	450.000

		Investitionsmaßnahmen oberhalb der estgesetzten Wertgrenze 5206398 Kapitalstock Pensionsrückstellung	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen /- auszahlungen
3	-	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	-4.750.000								-7.352.800	-7.352.800
6	=	Summe Einzahlungen	-4.750.000								-7.352.800	-7.352.800
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	10.000.000	5.359.951	5.967.668	4.969.214		5.018.906	5.069.095	5.119.786	36.106.508	62.251.177
13	=	Summe Auszahlungen	10.000.000	5.359.951	5.967.668	4.969.214		5.018.906	5.069.095	5.119.786	36.106.508	62.251.177
14	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	5.250.000	5.359.951	5.967.668	4.969.214		5.018.906	5.069.095	5.119.786	28.753.708	54.898.377

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft

verantwortlich:

Dezernat I

1.16.02 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft



Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine Investitionsmaßnahme, hier: Erwerb von Finanzanlagen zum Aufbau einer Pensionsrücklage. Der Investitionsbetrag entspricht der Höhe der zu bildenden Pensionsrückstellung. Die Investition wird über die Finanzstelle Kapitalstock Pensionsrückstellungen (5.206398) abgewickelt.

Stellenplan 2015

Stellenplan 2015 - Teil A: Beamte

Wahlbeamte und Laufbahn- gruppen	Besoldungs- gruppe	Zahl der Stellen 2015	Zahl der Stellen Nachtrag 2014	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2014	Vermerke, Erläuterunger
Wahlbeamte	B 7	1	1	1	
	B 4	1	1	1	
Höherer	B 2	4	2	2	
Dienst	A 16	1	3	3	1
	A 15	13	12	12	
	A 14	17	15	15	
	A 13	6	9	9	
Gehobener	A 13	17,5	13,5	13,5	
Dienst	A 12	45,5	51,5	51,5	
	A 11	83,75	84,75	80,75	
	A 10	41,5	42,25	40,25	
	A 9	22	16,5	15,5	
Mittlerer	A 9	38	41	40,5	
Dienst	A 8	32,5	34	32	1
	A 7	2,5	1	0	7
	A 6	3	3	3	
Gesamt:		329,25	330,5	320	

Stellenplan 2015 - Teil B: Tariflich Beschäftigte

Entgeltgruppe / S	Sondertarif	Zahl der Stellen 2015	Zahl der Stellen Nachtrag 2014	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2014	Vermerke, Erläuterungen
Entgeltgruppe	15 TVöD	6,5	6,5	6,5	
	14 TVöD	8,5	9	8	
	13 TVöD	9,5	10	9	
	12 TVöD	18,5	16,5	16,5	
	11 TVöD	53,5	52	46,5	
	10 TVöD	32	31	31	
	9 TVöD	126,75	129,75	119,5	
	8 TVöD	84	78	73,5	
	7 TVöD	1	1	1	
	6 TVöD	124	133	126,5	
	5 TVöD	158,75	144,75	136,25	
	4 TVöD	2,5	2,5	2,5	
	3 TVöD	23	31,75	22,75	
	2 TVöD	7	8	5	
	1 TVöD	0	0	0	
	Sondertarif	69,25	69,75	63,25	
Gesamt:		724,75	723,5	667,75	

Produkt- gruppe	Bezeichnung	Wahlb	eamte		Höl	nerer Die	enst			Geho	bener D	ienst			Mittlere	r Dienst		
		В7	B 4	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7	A 6	Gesamt
01.01	Politische Gremien											0,5						0,5
01.02	Verwaltungsführung	1	1	4		1		1		1					1			10
01.03	Gleichstellung von Frau und Mann								0,5									0,5
01.04	Beschäftigtenvertretung										1							1
01.05	Rechnungsprüfung						1		2	1	1	1,5						6,5
01.06	Zentrale Dienste				0,5				0,5	0,5			0,5	1		1		4
01.07	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit																	
01.08	Personalmanagement						1			2	3		3	2,5	1,5			13
01.09	Finanzmanagement u. Rechnungswesen					0,5		1		3	1	2	3	2	6,5	1		20
01.10	Organisationsangelegenh. u. technikunterstützte Informationsverarbeitung				0,5				0,5	4	1	2						8
01.11	Recht					1	3,5											4,5
01.12	Grundstücks- und Gebäudemanagement					0,5			1			1,5		1			1	5
01.13	Technisches Immobilienmanagement					0,5	1											1,5
01.14	Kommunalaufsicht					0,5				1	2,5							4
01.15	Kreispolizeibehörde					1			1	1		2		1,5	0,5	0,5	1	8,5
02.01	Ordnungsbedürftige Tätigkeiten					0,5				1	2				1			4,5
02.02	Verbraucherschutz					0,5		1			1,25							2,75
02.03	Tiergesundheit					0,5		1			1							2,5
02.04	Verkehrsangelegenheiten						0,5	_	1	0,5	1		0,5	3	4,5			11
02.05	Fahr- und Beförderungserlaubnisse					Seite 511	von 569								1,5			1,5

Produkt- gruppe	Bezeichnung	Wahlb	eamte		Höl	nerer Die	enst			Geho	bener D	ienst			Mittlere	r Dienst		
		В7	B 4	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7	A 6	Gesamt
02.06	Kfz-Angelegenheiten						0,5						1		0,5			2
02.07	Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen					0,5			1		3,75	1	4		3,5			13,75
02.09	Wahlen											0,5						0,5
02.10	Bevölkerungsschutz								1	1	3			8,5	2			15,5
02.11	Rettungsdienst										1		1	8,5	2,5			13
03.01	Förderschulen						0,5					0,5						1
03.02	Berufskollegs						0,5			1		0,5			0,5			2,5
03.04	Sonstige schulische Aufgaben									2	2,5	0,5		1,5				6,5
04.01	Kommunale Veranstaltungen / Kulturförderung									0,5								0,5
04.02	Volkshochschule						3				1	1		0,5				5,5
04.03	Museum									0,5								0,5
05.01	Unterstützung von Senioren								0,5	0,5	3,5							4,5
	Hilfen z. Gesundheit, bei Behinderung, bei Pflegebedürftigkeit u. in anderen Lebenslagen					1			0,5	2	7,75	4,75	2,5	2,5	2			23
05.03	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen						0,5			2	2,5	2	1,5	1	1			10,5
05.04	Betreuungsleistungen									1	4							5
06.01	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege								0,5	1	2	1		0,5				5
06.02	Jugendarbeit und Familienförderung					0,5				0,5	1							2
06.03	Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien					0,5	1,5		0,5	1,5	8	12,75	2	1	3			30,75
06.04	Leistungen nach dem Bundeselterngeldgesetz											0,5	1		1		1	3,5
07.01	Gesundheitsförderung					0,5 Seite 512	3 von 569			1								4,5

Produkt- gruppe	Bezeichnung	Wahlb	eamte		Höl	nerer Die	enst			Geho	bener D	ienst			Mittlere	r Dienst		
		В7	B 4	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7	A 6	Gesamt
07.02	Gutachten und Stellungnahmen						0,5											0,5
07.03	Gesundheitshilfe					0,5				1	2							3,5
07.04	Gesundheitsschutz										1	1		1				3
09.01	Räumliche Planung					1			3,5	1	1,5							7
09.02	Vermessung, Erhebung und Führung von Geobasisdaten					0,5		1	1	4	4	2						12,5
09.03	Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement								1		1							2
09.04	Grundstückswertermittlung					0,5					1							1,5
10.01	Maßnahmen der Bauaufsicht									1,5	6		1					8,5
10.03	Wohnungsbauförderung										1							1
10.04	Wohnraumsicherung und -versorgung													1				1
10.05	Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht									0,5	0,5							1
12.02	ÖPNV											1						1
13.01	Natur und Landschaft										4	2						6
14.01	Bodenschutz, Altlasten, Abfall, Immissionen und Wasser					1		1	1	5	6,5	1	1	1				17,5
15.01	Wirtschaftsförderung								0,5	3	0,5							4

Produkt- gruppe	Bezeichnung						E	intgelto	gruppe	n - TVö	D						Sonder- tarif	
		15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1		Gesamt
01.01	Politische Gremien										0,5							0,5
01.02	Verwaltungsführung							2	5			0,5					2	9,5
01.04	Beschäftigtenvertretung					0,5	1	0,5	1									3
01.05	Rechnungsprüfung				1							1						2
01.06	Zentrale Dienste					1		0,5	2,75	1	8	3	1					17,25
01.07	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit					2												2
01.08	Personalmanagement					1		0,5				1,5						3
01.09	Finanzmanagement u. Rechnungswesen							1	6,5		0,5							8
01.10	Organisationsangelegenh. u. technikunterstützte Informationsverarbeitung				3,5	1	0,5	3	1,25		0,5							9,75
01.11	Recht											1						1
01.12	Grundstücks- und Gebäudemanagement								2		10				7			19
01.13	Technisches Immobilienmanagement					5	1				0,5							6,5
01.15	Kreispolizeibehörde					1			0,5		1,5							3
02.01	Ordnungsbedürftige Tätigkeiten										0,5	0,5						1
02.02	Verbraucherschutz							4	1		0,5							5,5
02.03	Tiergesundheit		3			1		1	2									7
02.04	Verkehrsangelegenheiten							1,25	3,5		4,5	3						12,25
02.05	Fahr- und Beförderungserlaubnisse					1		1	3,5		1							6,5
02.06	Kfz-Angelegenheiten					1			13		4	2						20
02.07	Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen					Seite 51	4 von 56	2	1		0,5	1,75						5,25

Produkt- gruppe	Bezeichnung						E	intgelto	gruppe	n - TVö	D						Sonder- tarif	
		15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1		Gesamt
02.10	Bevölkerungsschutz						1	3			2	1,5						7,5
02.11	Rettungsdienst	1			2				12,5		35,5	127,5		21			12	211,5
03.01	Förderschulen								1		6,5		1,5	1,5			4	14,5
03.02	Berufskollegs								2		9	2						13
03.04	Sonstige schulische Aufgaben		1	1	1	2,5			0,5		3	1,5						10,5
04.01	Kommunale Veranstaltungen / Kulturförderung	0,5						1				0,5						2
04.02	Volkshochschule		1	2,5					1,5		1,5							6,5
04.03	Museum	0,5				1,5	1					1,5						4,5
04.04	Heimatbildstelle							0,5										0,5
05.01	Unterstützung von Senioren					0,5												0,5
05.02	Hilfen z. Gesundheit, bei Behinderung, bei Pflegebedürftigkeit u. in anderen Lebenslagen					0,5	0,75	2	2,5		1			0,5				7,25
05.03	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen / ARGE	1	0,5		3	2	12	75	1,5									95
05.04	Betreuungsleistungen					1					0,5							1,5
06.01	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege								0,5									0,5
06.02	Jugendarbeit und Familienförderung					0,5					0,5						1,5	2,5
06.03	Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien			3,5	1	1	1	2			4,5	2,5					49,75	65,25
06.04	Leistungen nach dem Bundeselterngeldgesetz																	
07.01	Gesundheitsförderung	0,5	2						2,5		5	1						11
07.02	Gutachten und Stellungnahmen	1,5	1					0,5			3	0,5						6,5
07.03	Gesundheitshilfe	0,5				Saita 5	1,25	a	0,5		1							3,25

Produkt- gruppe	Bezeichnung						E	intgeltg	gruppe	n - TVö	D						Sonder- tarif	
		15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1		Gesamt
07.04	Gesundheitsschutz			0,5		1		4	4		0,5							10
09.01	Räumliche Planung				1,5	1					1							3,5
09.02	Vermessung, Erhebung und Führung von Geobasisdaten				1,5	4	3	10,5	6		5,5	1,5						32
09.03	Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement				1	1	5,5	0,5	2		1							11
09.04	Grundstückswertermittlung				1	2	1				2							6
10.01	Maßnahmen der Bauaufsicht	1				10		6	2		1,5	2						22,5
10.03	Wohnungsbauförderung					1	1					0,5						2,5
10.04	Wohnraumsicherung und -versorgung								1			1						2
12.01	Öffentliche Verkehrsflächen				1	3	1	2	1		0,5							8,5
12.02	ÖPNV				0,5													0,5
13.01	Natur und Landschaft					1					2							3
13.02	Wald, Forst- und Landwirtschaft					1					0,5							1,5
14.01	Bodenschutz, Altlasten, Abfall, Immissionen und Wasser			1	0,5	3,5	1	3			4							13
15.01	Wirtschaftsförderung			1								1						2
15.02	Tourismus					1												1

2015 - Stellenübersicht - Teil B: Dienstkräfte in Ausbildung

Nachwuchskräfte und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte

Bezeichnung	Art der Vergütung	Zahl 2015	Zahl 2014	Zahl am 01.10.2014	Vermerke, Erläuterungen
Kreisinspektoranwärter/in	Anwärterbezüge	18	17	17	
Kreissekretäranwärter/in	Anwärterbezüge	4	2	2	
Kreisumweltoberinspektoranwärter/in	Anwärterbezüge	1	1	1	
Kauffrau/mann für Bürokommunikation/-management	Ausbildungsvergütung	5	10	7	
Informatikkaufmann/frau	Ausbildungsvergütung	0	1	0	
Fachinformatiker/in (Fachrichtung Systemintegration)	Ausbildungsvergütung	1	0	0	
Vermessungstechniker/in	Ausbildungsvergütung	3	2	4	
Forstwirt	Ausbildungsvergütung	1	1	1	
Volontär/in	Ausbildungsvergütung	2	2	2	
Praktikanten	Pauschale	3	3	3	
Gesamt:		38	39	37	

Stellenplan 2016

Stellenplan 2016 - Teil A: Beamte

Wahlbeamte und Laufbahn- gruppen	Besoldungs- gruppe	Zahl der Stellen 2016	Zahl der Stellen 2015	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2014	Vermerke, Erläuterungen
Wahlbeamte	B 7	1	1	1	
	B 4	1	1	1	
Höherer	B 2	4	4	2	
Dienst	A 16	1	1	3	
	A 15	13	13	12	
	A 14	17	17	15	
	A 13	6	6	9	
Gehobener	A 13	17,5	17,5	13,5	
Dienst	A 12	45,5	45,5	51,5	
	A 11	83,75	83,75	80,75	
	A 10	41,5	41,5	40,25	
	A 9	22	22	15,5	
Mittlerer	A 9	38	38	40,5	7
Dienst	A 8	32,5	32,5	32	
	A 7	2,5	2,5	0	7
	A 6	3	3	3	
Gesamt:		329,25	329,25	320	

Stellenplan 2016 - Teil B: Tariflich Beschäftigte

Entgeltgruppe / S	Sondertarif	Zahl der Stellen 2016	Zahl der Stellen 2015	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2014	Vermerke, Erläuterungen
Entgeltgruppe	15 TVöD	6,5	6,5	6,5	
	14 TVöD	8,5	8,5	8	
	13 TVöD	9,5	9,5	9	
	12 TVöD	18,5	18,5	16,5	
	11 TVöD	53,5	53,5	46,5	
	10 TVöD	32	32	31	
	9 TVöD	126,75	126,75	119,5	
	8 TVöD	84	84	73,5	
	7 TVöD	1	1	1	
	6 TVöD	124	124	126,5	
	5 TVöD	158,75	158,75	136,25	
	4 TVöD	2,5	2,5	2,5	
	3 TVöD	23	23	22,75	
	2 TVöD	7	7	5	
	1 TVöD	0	0	0	
	Sondertarif	69,25	69,25	63,25	
Gesamt:		724,75	724,75	667,75	

Produkt- gruppe	Bezeichnung	Wahlb	eamte	Höherer Dienst						Geho	bener D	ienst						
		В7	B 4	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7	A 6	Gesamt
01.01	Politische Gremien											0,5						0,5
01.02	Verwaltungsführung	1	1	4		1		1		1					1			10
01.03	Gleichstellung von Frau und Mann								0,5									0,5
01.04	Beschäftigtenvertretung										1							1
01.05	Rechnungsprüfung						1		2	1	1	1,5						6,5
01.06	Zentrale Dienste				0,5				0,5	0,5			0,5	1		1		4
01.07	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit																	
01.08	Personalmanagement						1			2	3		3	2,5	1,5			13
01.09	Finanzmanagement u. Rechnungswesen					0,5		1		3	1	2	3	2	6,5	1		20
01.10	Organisationsangelegenh. u. technikunterstützte Informationsverarbeitung				0,5				0,5	4	1	2						8
01.11	Recht					1	3,5											4,5
01.12	Grundstücks- und Gebäudemanagement					0,5			1			1,5		1			1	5
01.13	Technisches Immobilienmanagement					0,5	1											1,5
01.14	Kommunalaufsicht					0,5				1	2,5							4
01.15	Kreispolizeibehörde					1			1	1		2		1,5	0,5	0,5	1	8,5
02.01	Ordnungsbedürftige Tätigkeiten					0,5				1	2				1			4,5
02.02	Verbraucherschutz					0,5		1			1,25							2,75
02.03	Tiergesundheit					0,5		1			1							2,5
02.04	Verkehrsangelegenheiten						0,5		1	0,5	1		0,5	3	4,5			11
02.05	Fahr- und Beförderungserlaubnisse					Seite 521	von 569								1,5			1,5

Produkt- gruppe	Bezeichnung	Wahlb	eamte	Höherer Dienst						Geho	bener D	ienst						
		В7	B 4	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7	A6	Gesamt
02.06	Kfz-Angelegenheiten						0,5						1		0,5			2
02.07	Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen					0,5			1		3,75	1	4		3,5			13,75
02.09	Wahlen											0,5						0,5
02.10	Bevölkerungsschutz								1	1	3			8,5	2			15,5
02.11	Rettungsdienst										1		1	8,5	2,5			13
03.01	Förderschulen						0,5					0,5						1
03.02	Berufskollegs						0,5			1		0,5			0,5			2,5
03.04	Sonstige schulische Aufgaben									2	2,5	0,5		1,5				6,5
04.01	Kommunale Veranstaltungen / Kulturförderung									0,5								0,5
04.02	Volkshochschule						3				1	1		0,5				5,5
04.03	Museum									0,5								0,5
05.01	Unterstützung von Senioren								0,5	0,5	3,5							4,5
05.02	Hilfen z. Gesundheit, bei Behinderung, bei Pflegebedürftigkeit u. in anderen Lebenslagen					1			0,5	2	7,75	4,75	2,5	2,5	2			23
05.03	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen						0,5			2	2,5	2	1,5	1	1			10,5
05.04	Betreuungsleistungen									1	4							5
06.01	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege								0,5	1	2	1		0,5				5
06.02	Jugendarbeit und Familienförderung					0,5				0,5	1							2
06.03	Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien					0,5	1,5		0,5	1,5	8	12,75	2	1	3			30,75
06.04	Leistungen nach dem Bundeselterngeldgesetz											0,5	1		1		1	3,5
07.01	Gesundheitsförderung	_	_			0,5 Seite 522	3 von 569	_	_	1			_			_	_	4,5

Produkt- gruppe	Bezeichnung	Wahlb	eamte		Höl	nerer Die	enst			Geho	bener D							
		В7	B 4	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7	A 6	Gesamt
07.02	Gutachten und Stellungnahmen						0,5											0,5
07.03	Gesundheitshilfe					0,5				1	2							3,5
07.04	Gesundheitsschutz										1	1		1				3
09.01	Räumliche Planung					1			3,5	1	1,5							7
09.02	Vermessung, Erhebung und Führung von Geobasisdaten					0,5		1	1	4	4	2						12,5
09.03	Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement								1		1							2
09.04	Grundstückswertermittlung					0,5					1							1,5
10.01	Maßnahmen der Bauaufsicht									1,5	6		1					8,5
10.03	Wohnungsbauförderung										1							1
10.04	Wohnraumsicherung und -versorgung													1				1
10.05	Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht									0,5	0,5							1
12.02	ÖPNV											1						1
13.01	Natur und Landschaft										4	2						6
14.01	Bodenschutz, Altlasten, Abfall, Immissionen und Wasser					1		1	1	5	6,5	1	1	1				17,5
15.01	Wirtschaftsförderung								0,5	3	0,5							4

Produkt- gruppe	Bezeichnung	Entgeltgruppen - TVöD													Sonder- tarif			
		15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1		Gesamt
01.01	Politische Gremien										0,5							0,5
01.02	Verwaltungsführung							2	5			0,5					2	9,5
01.04	Beschäftigtenvertretung					0,5	1	0,5	1									3
01.05	Rechnungsprüfung				1							1						2
01.06	Zentrale Dienste					1		0,5	2,75	1	8	3	1					17,25
01.07	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit					2												2
01.08	Personalmanagement					1		0,5				1,5						3
01.09	Finanzmanagement u. Rechnungswesen							1	6,5		0,5							8
01.10	Organisationsangelegenh. u. technikunterstützte Informationsverarbeitung				3,5	1	0,5	3	1,25		0,5							9,75
01.11	Recht											1						1
01.12	Grundstücks- und Gebäudemanagement								2		10				7			19
01.13	Technisches Immobilienmanagement					5	1				0,5							6,5
01.15	Kreispolizeibehörde					1			0,5		1,5							3
02.01	Ordnungsbedürftige Tätigkeiten										0,5	0,5						1
02.02	Verbraucherschutz							4	1		0,5							5,5
02.03	Tiergesundheit		3			1		1	2									7
02.04	Verkehrsangelegenheiten							1,25	3,5		4,5	3						12,25
02.05	Fahr- und Beförderungserlaubnisse					1		1	3,5		1							6,5
02.06	Kfz-Angelegenheiten					1			13		4	2						20
02.07	Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen					Seite 52	4 von 56	2	1		0,5	1,75						5,25

Produkt- gruppe	Bezeichnung	Entgeltgruppen - TVöD														Sonder- tarif		
		15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1		Gesamt
02.10	Bevölkerungsschutz						1	3			2	1,5						7,5
02.11	Rettungsdienst	1			2				12,5		35,5	127,5		21			12	211,5
03.01	Förderschulen								1		6,5		1,5	1,5			4	14,5
03.02	Berufskollegs								2		9	2						13
03.04	Sonstige schulische Aufgaben		1	1	1	2,5			0,5		3	1,5						10,5
04.01	Kommunale Veranstaltungen / Kulturförderung	0,5						1				0,5						2
04.02	Volkshochschule		1	2,5					1,5		1,5							6,5
04.03	Museum	0,5				1,5	1					1,5						4,5
04.04	Heimatbildstelle							0,5										0,5
05.01	Unterstützung von Senioren					0,5												0,5
05.02	Hilfen z. Gesundheit, bei Behinderung, bei Pflegebedürftigkeit u. in anderen Lebenslagen					0,5	0,75	2	2,5		1			0,5				7,25
05.03	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen / ARGE	1	0,5		3	2	12	75	1,5									95
05.04	Betreuungsleistungen					1					0,5							1,5
06.01	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege								0,5									0,5
06.02	Jugendarbeit und Familienförderung					0,5					0,5						1,5	2,5
06.03	Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien			3,5	1	1	1	2			4,5	2,5					49,75	65,25
06.04	Leistungen nach dem Bundeselterngeldgesetz																	
07.01	Gesundheitsförderung	0,5	2						2,5		5	1						11
07.02	Gutachten und Stellungnahmen	1,5	1					0,5			3	0,5						6,5
07.03	Gesundheitshilfe	0,5				Saita 5'	1,25 5 von 56	a	0,5		1							3,25

Produkt- gruppe	Bezeichnung	Entgeltgruppen - TVöD															Sonder- tarif	
		15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1		Gesamt
07.04	Gesundheitsschutz			0,5		1		4	4		0,5							10
09.01	Räumliche Planung				1,5	1					1							3,5
09.02	Vermessung, Erhebung und Führung von Geobasisdaten				1,5	4	3	10,5	6		5,5	1,5						32
09.03	Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement				1	1	5,5	0,5	2		1							11
09.04	Grundstückswertermittlung				1	2	1				2							6
10.01	Maßnahmen der Bauaufsicht	1				10		6	2		1,5	2						22,5
10.03	Wohnungsbauförderung					1	1					0,5						2,5
10.04	Wohnraumsicherung und -versorgung								1			1						2
12.01	Öffentliche Verkehrsflächen				1	3	1	2	1		0,5							8,5
12.02	ÖPNV				0,5													0,5
13.01	Natur und Landschaft					1					2							3
13.02	Wald, Forst- und Landwirtschaft					1					0,5							1,5
14.01	Bodenschutz, Altlasten, Abfall, Immissionen und Wasser			1	0,5	3,5	1	3			4							13
15.01	Wirtschaftsförderung			1								1						2
15.02	Tourismus					1												1

Übersichten
(Bürgschaften, Sonderabgaben, Verpflichtungsermächtigungen, Kreditverbindlichkeiten)
Seite 528 von 569

Übersicht über die Bürgschaften

Bürgschaft gewährt für	Betrag	Bank	Art	
Elterninitiative "Kleine Freunde"e.v. Hemmerholzer Weg 18, 51597 Morsbach	51.129 €	KSK Köln	Ausfallbürgschaft	
Neubau des Kindergartens Engelskirchen-Schnellenbach	Der OBK übernimmt als zuständiger örtlicher Träger der öffentl. Jugendhilfe für die Mietzahlungen aus dem Mietvertrag zw. der Bauunternehmung und der Johanniter Unfallhilfe e.V. die Bürgschaft. (siehe KT-Beschluss v. 18.03.2004)			
Neubau des Kindergartens Engelskirchen-Osberghausen	Der OBK übernimmt als zuständiger örtlicher Träger der öffentl. Jugendhilfe für die Mietzahlungen aus dem Mietvertrag zw. der Bauunternehmung und der Johanniter gGmbH die Bürgschaft. (siehe KT-Beschluss v. 22.09.2005)			
Übernahme von Ausfallbürgschaften Kreiskrankenhaus Waldbröl	seinem Gesellschafte 95,7 % (= 3.349.50 kasse Köln zur Verfüg zeitlich begrenzt für c 25.09.2008). Die Übernahme einer kasse Köln zur Verfüg	ranteil gem. § 18 0 €) eine Ausfallb gung gestellten Da die Dauer bis zum weiteren Ausfallb gung gestellten Da fs des Bettenhaus	des Klinkums Oberberg entsprechend des Gesellschaftsvertrages in Höhe v. ürgschaft für den von der Kreisspar- arlehensrahmen. Die Bürgschaft gilt 30.06.2025 (siehe KT-Beschluss v. bürgschaft für den von der Kreisspar- arlehensrahmen zur Sicherung des Ge- ses in Höhe von 17.274.600 € hat der	
Gemeinnützige Gesellschaft "Das Bergische gGmbH" Eichenhofstr. 31, 51789 Lindlar	band Naturpark Berg	isches Land überr aximal 1.744.404	erbergische Kreis und der Zweckver- nehmen eine modifizierte Ausfallbürg- l € für die durch das Land NRW ge- urch die Zeit).	

Übersicht über den Stand von Sonderabgaben

Sonderabgaben sind einmalige oder laufende öffentlich-rechtliche Geldleistungen, die im Gegensatz zu Steuern nicht der allgemeinen Mittelbeschaffung sondern der Finanzierung eines bestimmten Sachzwecks dienen. Im Gegensatz zu Gebühren und Beiträgen stellen sie keine Entgelte für eine empfangene oder bevorzugt angebotene Leistung des öffentlich-rechtlichen Gemeinwesens dar. Zu den Sonderabgaben zählen auch Leistungen, bei denen an Stelle der Finanzierungsfunktion die Antriebsund Ausgleichsfunktion im Vordergrund steht.

Bei den nach § 5 des Landschaftsgesetzes NW erhobenen Ersatzgeldern handelt es sich um Sonderabgaben, die zweckgebunden für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu verwenden sind. Ersatzgelder werden erhoben, wenn bei einem Eingriff in Natur und Landschaft der erforderliche Ausgleich vom Verursacher nicht durch Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen durchgeführt werden kann.

Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17.07.2003 (BverfG 2 BvL 1/99) sind die Länder verpflichtet, dem Haushalt als Anlage eine Übersicht über den Bestand und die Entwicklung von Sonderabgaben beizufügen. Analog zu dieser Regelung ist nachfolgend der Bestand und die Entwicklung der Ersatzgelder nach Landschaftsgesetz aufgeführt.

Übersicht über den Stand und die Entwicklung der Ersatzgelder gemäß § 5 Landschaftsgesetz:

Produktgruppe 1.13.01 Natur und Landschaft	Anfangsbestand 2013	Einnahmen 2013	Ausgaben 2013	Endbestand 2013 (=Anfangsbestand 2014)
Pflegemaßnahmen und Investitionen	98.688,29€	11.236,97 €	58.700,00 €	51.225,26€

Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

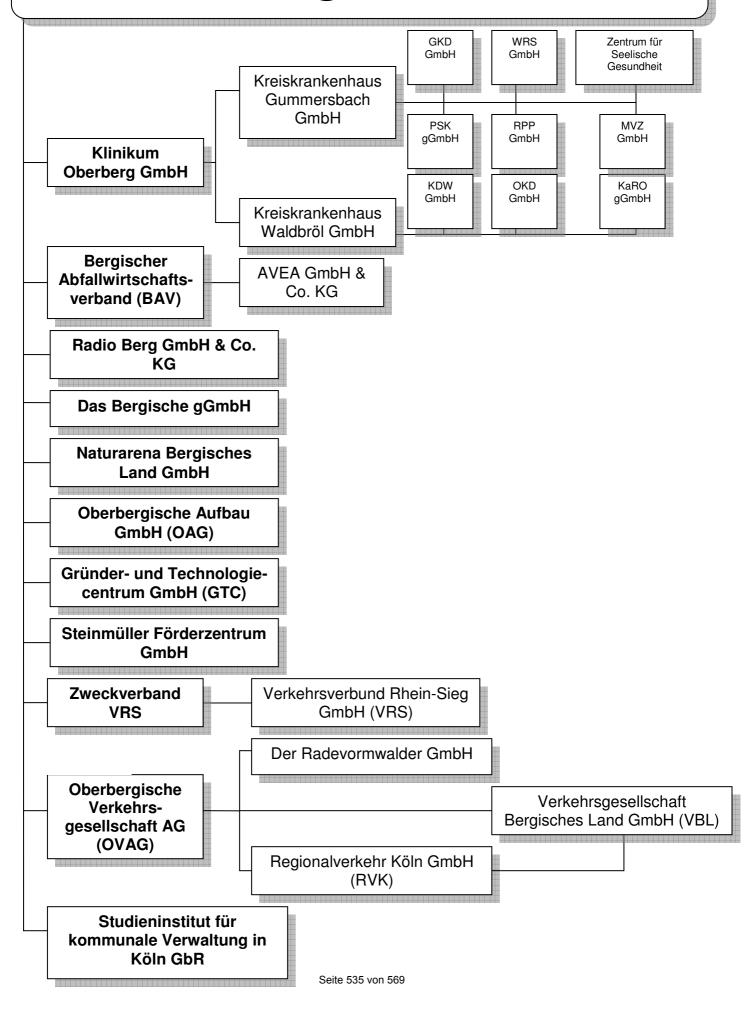
		Voraus	sichtlich fäll	ige Auszahlu	ıng in
Finanzpositionen	Summe	2016	2017	2018	2019
5208570 Arrondierung Kreisforsten	100.000,00	25.000,00	25.000,00	25.000,00	25.000,00
5230020 Zentralisierung von Verwaltungseinheiten	50.000,00	50.000			
5230030 Kernsanierung Altbau II-IV	3.550.000,00	2.250.000	1.300.000		
5230040 Kernsanierung Am Wiedenhof 5	1.200.000,00	200.000	1.000.000		
5230050 Kernsanierung Am Wiedenhof 1-3	4.500.000,00		650.000	2.250.000	1.600.000
5231300 Baumaßnahmen Notfallzentrum	120.000,00	120.000			
5232410 Erweiterung/Sanierung BK-Dieringhausen	2.700.000,00	300.000	1.800.000	600.000	
5323070 Rettungswache Nümbrecht	250.000,00	250.000			
5323080 Rettungswache Wiehl	450.000,00	450.000			
5323090 Bauwerk RW Lindlar	1.000.000,00	1.000.000			
5323100 Bauwerk RW Engelskirchen	1.000.000,00		1.000.000		
5610000 Grunderw. Maßn. innerh./außerh. LP	120.000,00	30.000	30.000	30.000	30.000
5610010 Durchführung v. Ersatzmaßnahmen	100.000,00	25.000	25.000	25.000	25.000
5660005 Umbau Bushaltestellen Kreisstrassen	400.000,00	20.000	255.000	125.000	
5660006 Kläreinr./Rückhalt. für Straßenabwasser	2.080.000,00	520.000	520.000	520.000	520.000
5660101 Umbau Knoten K1/K3 in Hückeswagen	440.000,00	40.000	400.000		
5660501 Umbau K5 Bevertalsperre	653.000,00	20.000	15.000	618.000	
5661301 Erneuerung K13 Neyetalsperre	6.000,00	6.000			
5661601 Erneuerung Wiehlbrücke K16 Brüchermühle	400.000,00	20.000	10.000	370.000	
5661703 Erneuerung K17 Gaderoth Oberbreidenbach	280.000,00		280.000		
5661901 Erneuerung K19 Leppedeponie-Bickenbach	270.000,00	270.000			
5662801 Verlängerung K28	5.250.000,00	100.000	450.000	2.000.000	2.700.000
5662901 Umbau K29/Unterommer	612.000,00	610.000	2.000		
5662902 Erneuerung K29 Kreisgrenze-Reudenbach	200.000,00		200.000		
5663001 Umbau K 30 Kreuzberg	701.000,00	25.000	670.000	6.000	
5663801 Erneuerung K38 Loxsteeg-Fahn	585.000,00	585.000			
5663901 Erneuerung K39 Dohrgaul-Hollmünde	500.000,00	15.000	10.000	25.000	450.000
5664701 Erneuerung K47 Belllingroth-Ründeroth					
5664801 Erneuerung K48 Mühlhausen	482.000,00		20.000	462.000	
5664803 Umbau Knoten K48 Hauptstr. Wiehl	500.000,00	10.000	40.000	445.000	5.000
5665203 Umbau K52 Weiershagen					
5665301 Umbau K53 Wildberg	770.000,00	40.000	730.000		
5665302 Erneuerung K53 Hardt-Komp	280.000,00	280.000			
Summe		7.261.000	9.432.000	7.501.000	5.355.000
Nachrichtlich:					
In der Finanzplanung vorgesehene Kreditaufnahmen					
für Investitionen		11.350.264	13.841.788	9.581.856	9.684.096
Summe der Verpflichtungsermächtigungen	22,288,000				
im Zeitraum 2017 bis 2019:	22,200,000				

Übersicht über den Stand der Kreditverbindlichkeiten

Art der Verbindlichkeit	Stand am Ende des Haushaltsjahres 2010	Stand am Ende des Haushaltsjahres 2011	des	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 2014
	31.12.2010 Tsd. Euro	31.12.2011 Tsd. Euro	01.01.2013 Tsd. Euro	01.01.2014 Tsd. Euro
1. Anleihen				
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen				
2.1 von verbundenen Unternehmen				
2.2 von Beteiligungen				
2.3 von Sondervermögen				
2.4 vom öffentlichen Bereich				
2.4.1 vom Bund				
2.4.2 vom Land	1.628 T€	1.626 T€	1.530 T€	1.435 T€
2.4.3 von Gemeinden (GV)				
2.4.4 von Zweckverbänden				
2.4.5 vom sonstigen öffentlichen Bereich				
2.4.6 von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen				
2.5 vom privaten Kreditmarkt				
2.5.1 von Banken und Kreditinstituten	52.031 T€	53.934 T€	50.685 T€	52.289 T€
2.5.2 von übrigen Kreditgebern				
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung				
3.1 vom öffentlichen Bereich				
3.2 vom privaten Kreditmarkt	29.650 T€	29.180 T€	29.260 T€	35.210 T€
Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen				
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen				
6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen				
7. Sonstige Verbindlichkeiten				
8. Summe aller Verbindlichkeiten	83.309 T€	84.740 T€	81.475 T€	88.934 T€
Nachrichtlich anzugeben: Haftungsverhältnis aus der Bestellung von Sicherheiten:	Siehe Anlage			
z.B. Bürgschaften u.a.				

Beteiligungen

Oberbergischer Kreis



Übersichten gemäß § 1 Abs. 2 Ziffer 8 GemHVO

Informationen zu **Beteiligungen** an Unternehmen in privater Rechtsform können dem Beteiligungsbericht entnommen werden, welcher jährlich fortgeschrieben wird.

Der Beteiligungsbericht ist im Internet unter

http://www.obk.de/cms200/kreis/kreistag_ausschuesse/berichte/index.shtml abrufbar.

Erfolgspläne/Wirtschaftspläne gemäß § 2 Abs. 2 Ziffer 8 GemHVO















AGewiS

Wirtschaftsplan

(als Anlage zum Haushaltsplan des Oberbergischen Kreises gemäß § 1 Abs. 2 Nr. 8 GemHVO)

Rechtliche Rahmenbedingungen:

Gem. § 14 EigVO haben Eigenbetriebe spätestens einen Monat vor Beginn eines jeden Wirtschaftsjahres einen Wirtschaftsplan aufzustellen. Dieser ist nach § 1 Abs. 2 Nr. 8 GemHVO dem Haushaltsplan als Anlage beizufügen und während der Dauer des Beratungsverfahrens zur Einsichtnahme verfügbar zu halten.

Die Aufstellung des Wirtschaftsplanes erfolgt durch die Betriebsleitung. Der Entwurf wird anschließend im Betriebsauschuss beraten und sodann vom Kreistag beschlossen.

Dies vorausgeschickt ist vorgesehen, den Entwurf des Wirtschaftsplan in der Sitzung des Betriebsausschusses am 18.11.2014 ausführlich zu beraten und die Veränderungen im Einzelnen zu erläutern. Eine Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan ist für die Kreistagssitzung am 11.12.2014 vorgesehen.

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr:

Die Betriebsleitung schlägt vor, den über den Kreishaushalt zu finanzierenden Zuschussbedarf für das Jahr 2015 nicht – wie in der mittelfristigen Finanzplanung der AGEWIS ursprünglich vorgesehen – zu erhöhen, sondern auf dem Stand des Jahres 2014 – und damit bei 435.385 \in - zu belassen. Für das Jahr 2016 soll eine moderate Anpassung des Zuschusses in Höhe von 1,7 % erfolgen. Eine entsprechende Steigerung ist im Entwurf des Kreishaushaltes vorgesehen.

Veränderungen im Bereich der Personalaufwendungen sowie der Erträge ergeben sich aufgrund einer nach wie vor bestehenden hohen Nachfrage nach Ausbildungsplätzen. Das für die Einrichtung eines zusätzlichen Ausbildungskurses erforderliche Personal bzw. die hierfür erforderlichen Aufwendungen werden durch höhere Landeszuweisungen voraussichtlich vollumfänglich gedeckt. Sollte die AGewiS einen zusätzlichen Ausbildungskurs nicht einrichten, so müssten Bewerberinnen und Bewerber sowie ausbildungswillige Betriebe abgewiesen werden.

Die für die zusätzliche Vorhaltung eines zusätzlichen 11. Ausbildungskurses erforderlichen personellen Ressourcen sollen über Veränderungen im Stellenplan und den Abschluss <u>befristeter</u> Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden.

Der erstmalig beigefügte Finanzplan als Teil des Wirtschaftsplans enthält die Ermächtigung für Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen in Höhe von 15.000 €. Der Zuschuss des Oberbergischen Kreises bleibt hiervon jedoch unberührt.

Über die weiteren Einzelheiten soll in der Sitzung des Betriebsausschusses am 18.11.2015 beraten werden.

gez.	
Grootens – Betriebsleiter	

<u>Anlagen</u>

- a) Ergebnisplan
- b) Finanzplan
- c) Stellenübersicht

Stand: Entwurf 21.10.2014

Ergebnisplander eigenbetriebsähnlichen Einrichtung
"Akademie Gesundheitswirtschaft und Senioren" (AGewiS)
für das Geschäftsjahr 2015

Erträge	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
3 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.078.965	-1.267.168	-1.276.223	-1.285.367	-1.294.603
davon: Zuweisung aus dem Kreishaushalt	-435.385	-435.385	-442.895	-458.138	-458.138
5 Privatrechtliche Leistungsentgelte	-188.000	-194.273	-194.273	-194.273	-194.273
8 Erträge aus Kostenerstattung/-umlage	-59.000	-82.216	-82.216	-82.216	-82.216
10 Sonstige ordentliche Erträge	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000
11 Ordentliche Erträge	-1.327.965	-1.545.657	-1.554.712	-1.563.856	-1.573.092
Aufwendungen	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
21 Personalaufwendungen	1.022.739	1.193.498	1.202.288	1.211.165	1.220.131
23 Versorgungsaufwendungen	24.161	26.500	26.765	27.032	27.302
35 Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen	203.840	193.500	193.500	193.500	193.500
38 Bilanzielle Abschreibungen	4.519	42.100	42.100	42.100	42.100
57 Sonstige ordentliche Aufwendungen	72.706	90.059	90.059	90.059	90.059
58 Ordentliche Aufwendungen	1.327.965	1.545.657	1.554.712	1.563.856	1.573.092
59 Ergebnis der Ifd. Verwaltungstätigkeit	0	0	0	0	0
61 Ordentliches Jahresergebnis	0	0	0	0	0

Finanzplan

		Ansatz 2014	Ansatz 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.078.965	-1.228.768	-1.237.823	-1.246.967	-1.256.203
5	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-188.000	-194.273	-194.273	-194.273	-194.273
6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-59.000	-82.216	-82.216	-82.216	-82.216
7	Sonstige Einzahlungen	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000
	Einzahlungen aus laufender					
9	Verwaltungstätigkeit	-1.327.965	-1.507.257	-1.516.312	-1.525.456	-1.534.692
10	Personalauszahlungen	1.022.739	1.193.498	1.202.288	1.211.165	1.220.131
11	Versorgungsauszahlungen	24.161	26.500	26.765	27.032	27.302
12	Auzahlungen für Sach-/Dienstleistungen	203.840	193.500	193.500	193.500	193.500
15	sonstige Auszahlungen	72.706	90.059	90.059	90.059	90.059
	Auszahlungen aus laufender					
16	Verwaltungstätigkeit	1.323.446	1.503.557	1.512.612	1.521.756	1.530.992
	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit					
17	(9 u. 16)	-4519	-3700	-3700	-3700	-3700
23	Einzahlungen aus Investitionsstätigkeit	0	0	0	0	0
	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem					
26	Anlagevermögen	0	15.000	15.000	15.000	15.000
30	Auszahlungen aus Investitionsstätigkeit	0	15.000	15.000	15.000	15.000
31	Saldo aus Investitionstätigkeit (23 u. 30)	0	15.000	15.000	15.000	15.000
	Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (17					
32	u. 31)	-4.519	11.300	11.300	11.300	11.300

	Stellenübersicht AGewiS 2015								
	Tariflich Beschäftigte								
Entgelt-gruppe / Sondertarif	Zahl der Stellen 2015	Zahl der - beim OBK - tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2014	Vermerke, Erläuterungen						
15 TVöD									
14 TVöD									
13 TVöD	1	1							
12 TVöD									
11 TVöD	8,25	7,25							
10 TVöD									
9 TVöD									
8 TVöD	2	1,5							
7 TVöD									
6 TVöD									
5 TVöD									
4 TVöD									
3 TVöD									
2 TVöD	1		Ehemaliger Außenarbeitsplatz/ AGewiS zahlte bisher lediglich Aufwandsentschädigung, künftig werden 80 % der Lohnkosten über den LVR refinanziert.						
3 TVöD									
Sondertarif									
	12,25	9,75							

Nachrichtlich: Die für die AGewiS tätigen BeamtInnen sind aufgrund gesetzlicher Vorschriften im Stellenplan des Kreises zu führen und werden dort auch kostenmäßig veranschlagt. Jedoch erstattet die AGewiS dem Kreis den insoweit entstehenden Aufwand, so dass die Kosten über den Wirtschaftsplan der AgewiS und einen im Kreishaushalt ausgewiesenen Zuschuss letztlich dem Eigenbetrieb zugerechnet werden.

Die Planungsunterlagen für das Geschäftsjahr 2015 der Gesellschaften *Klinikum Oberberg* und *OVAG* liegen noch nicht vor.

Zuwendungen an die Kreistagsfraktionen gemäß § 40 Abs. 3 KrO

Zuwendungen an Fraktionen - Teil A: Geldleistungen

		Hausha	ltsansatz	Ergebnis der	Ergebnis der	
Nr.	Fraktion			Jahresrechnung	Jahresrechnung	Erläuterungen
	Trancion	2016	2015	2014	2013	Enduter ungen
		EUR	EUR	EUR	EUR	
1	2	3	4	5	6	7
1	CDU - Kreistagsfraktion	37.290	37.290	37.290	38.183,10*	Nach § 40 KrO i.V.m. § 12 der Hauptsatzung für den Oberbergischen Kreis gewährt der Kreis den Fraktionen folgende Zuwendungen
2	SPD - Kreistagsfraktion	27.120	27.120	26.649,15	25.990	zu den sächlichen und personellen Aufwen- dungen für die Geschäftsführung: 1. Grundbetrag je Fraktion 9.040 € jährl.
3	Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	14.690	14.690	14.690	14.690	2. Betrag je Fraktionsmitglied 1.130 € jährl.
4	FDP/FWO/DU – Kreistags- fraktion	13.560	13.560	7.910	./.	Nach der Kreistagswahl vom 25.05.2014 haben sich Änderungen in der Fraktionsstruktur ergeben. Die Fraktionszuwendungen der Wahlperiode 2009-2014 können dem Haushaltsplan 2013/2014 entnommen werden.
5	Kreistagsfraktion DIE LINKE	12.430	12.430	11.918,36**	11.300	Für 2015 und 2016 ergibt sich jeweils ein Gesamt-Zuwendungsbetrag von 129.565 €.
6	UWG – Kreistagsfraktion	11.300	11.300	6.591,69	./.	Geldwerte Leistungen werden nicht gewährt.
7	AfD – Kreistagsfraktion	11.300	11.300	6.591,69	./.	Ein Kreistagsmitglied des Oberbergischen Kreises ist keiner Fraktion angeschlossen. Fraktionslose Kreistagsmitglieder erhalten
8	Einzelkreistagsmitglied	1.875	1.875	1.942,71**	1.955,65*	nach o.g. Regelung eine Zuwendung in Höhe von 1.875 € je Jahr.
						*Fraktionsaustritt eines KTM Mitte Oktober, dadurch kurzzeitig ein weiteres Einzelkreis- tagsmitglied. **Mitte Juni Anschluss eines Einzelkreistags- mitglieds an Kreistagsfraktion DIE LINKE.

Zuwendungen an Fraktionen - Teil B: Geldwerte Leistungen

Fraktionen: CDU-Kreistagsfraktion, SPD-Kreistagsfraktion, Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP/FWO/DU-Kreistagsfraktion, Kreistagsfraktion DIE LINKE, UWG-Kreistagsfraktion und AfD-Kreistagsfraktion

			Geldwert		
Zwe	eckbestimmung	2015	2016	mehr (+) weniger (-)	Erläuterungen
		EUR	EUR	EUR	
	1	2	3	4	5
1.	Gestellung von Personal der kommunalen	0	0		
	Körperschaft für die Fraktionsarbeit				
1.1	für die Sicherung des Informationsaustauschs,				
	organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste				
	(Geschäftsstellenbetrieb)				
1.2	für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)				
1.3	für Fahrer von Dienstfahrzeugen				
2.	Bereitstellung von Fahrzeugen	0	0		
3.	Bereitstellung von Räumen	0	0		
3.1	für die Fraktionsgeschäftsstelle				
3.2	dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von				
	Fraktionssitzungen				
4.	Bereitstellung einer Büroausstattung	0	0		
4.1	Büromöbel und -maschinen				
4.2	sonstiges Büromaterial				
5.	Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für	0	0		
5.1	bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)				
5.2	Fachliteratur und -zeitschriften				
5.3	Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen				
5.4	Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage				
6.	Sonstiges	0	0		

Finanzstellen (PSP-I)

Investitionselemente / Finanzstellen

Auch im doppischen Haushaltsrecht kann auf eine Planung der Einzahlungen und Auszahlungen, insbesondere für Investitionen, nicht verzichtet werden. Der Oberbergische Kreis erlässt für jedes Haushaltsjahr eine Haushaltssatzung. Diese nennt neben Summen der Aufwendungen und Erträge auch die Summen der Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionen. Die Ein- und Auszahlungen, bei denen auch künftig zwischen "laufenden" Ausgaben und Investitionsausgaben unterschieden wird sowie der erforderliche Kreditbedarf, werden im Finanzplan und in der Finanzrechnung ausgewiesen. Zudem werden die Investitionsmaßnahmen im Einzelnen separat im Haushaltsplan neben dem Ergebnis- und Finanzplan ausgewiesen, dabei wird nochmals zwischen Investitionsmaßnahmen oberhalb bzw. unterhalb der Wertgrenze unterschieden, vgl. § 7 der Haushaltssatzung. Baumaßnahmen im Bereich Hoch- oder Tiefbau sowie einzelne Investitionen (oberhalb der Wertgrenze) werden einzeln ausgewiesen. Typische Ersatzbeschaffungen (Mobiliar, ADV-Ausstattung, etc.) werden dagegen häufig zusammengefasst. Die Planansätze (Einzahlungen/Auszahlungen) für Laborgeräte, Investitionsmaßnahmen werden auf sog. PSP-Investitionselementen (alternative Bezeichnung: Finanzstellen) geführt, die Investitionselemente besitzen damit eine strukturierende Funktion und bilden gewissermaßen das Investitionsprogramm für das aktuelle Haushaltsjahr. Für die Zuordnung von Einzahlungen und Auszahlungen zur Investitionstätigkeit kommt es darauf an, ob die Zahlungsströme vermögenswirksam sind. Wird dagegen kein neues Sachvermögen geschaffen, sind die erbrachten Leistungen vielmehr als "Erhaltungsaufwand bzw. als Unterhaltungsaufwand" zu qualifizieren. Die Auszahlungen dafür dürfen dann nicht mit Krediten für Investitionen finanziert werden, sondern stellen Aufwendungen dar, die im Ergebnisplan zu veranschlagen sind (vgl. auch Ausführungen im Vorbericht zum Thema Kreisstraßen). Auf den folgenden Seiten werden die Planungselemente nachrichtlich aufgelistet Der Ressourcenverbrauch, der durch die Abnutzung von beweglichen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens entsteht, wird über die planmäßigen Abschreibungen erfasst (vgl. § 35 GemHVO NRW). Diese planmäßigen Abschreibungen (= Aufwand, keine Auszahlung) sind unter den entsprechenden Haushaltsposition im Ergebnisplan zu veranschlagen. Die Abschreibungssimulation für den Haushaltsplan berücksichtigt aber nicht nur die geplanten Anlagen, sondern auch die Auswirkungen der Alt-Anlagen aus der Eröffnungsbilanz (Gebäude, Straßen, etc.) bzw. der Investitionen der vergangenen Jahre.

Investitionselemente Erläuterung

Finanzstelle	PSP-Element	Bezeichnung	Amt
5.101002	5.101002.710	Einrichtung Telearbeitsplätze	10
5.101020	5.101020.710	Verwaltungsvermögen (über 410 EUR)	10
5.101030	5.101030.710	Erwerb KFZ Fuhrpark	10
5.103020	5.103020.710	BuG Hard-/Software (über 410 EUR)	10
5.200000	5.200000.605	Investitionspauschale	20
5.200020	5.200020.730	Eigenkapitalausstattung AGEWIS	20
5.200030	5.200030.730	Ausleihung Geldbetrag an Beteiligungen	20
5.206398	5.206398.730	Kapitalstock Pensionsrückstellung	20
5.206398	5.206398.620	Vermögensveräußerung / Rückzahl.v.Zuwend	20
5.208550	5.208550.710	Ersatzbeschaffung, Geräte (Forsten)	20
5.208570	5.208570.700	Erwerb Grundstücke/Forsten	20
5.230002	5.230002.700	Notstromaggregat Kreishaus	23
5.230003	5.230003.700	Optimierung Wärmeverteilung	23
5.230010	5.230010.700	Parkplatz Lochwiese	23
5.230020	5.230020.700	Zentralisierung von Verwaltungseinheiten	23
5.230030	5.230030.700	Kernsanierung Altbau II-IV	23
5.230030	5.230030.700	Kernsanierung Altbau (Zuschuss)	23
5.230040	5.230030.700	Kernsanierung Am Wiedenhof 5	23
5.230040	5.230040.605	Kernsanierung Am Wiedenhof 5 Zuschuss	23
5.230050	5.230050.700	Kernsanierung Am Wiedenhof 1-3	23
5.230050	5.230050.700		23
5.230060	5.230060.700	Kernsanierung Am Wiedenhof 1-3 Zuschuss	23
		Kernsanierung Moltkestr. 34	23
5.230070	5.230070.700	Baumaßnahme Gerdestraße Waldbröl	
5.230080	5.230080.700	Hohenzollernbad	23
5.230080	5.230080.605	Hohenzollernbad Förderung	23
5.230350	5.230350.710	Ersatzbeschaffung, Geräte (ZIM)	23
5.231300	5.231300.700	Baumaßnahmen Brandschutzzentrum	23
5.231300	5.231300.710	Ausstattung BGA Brandschutzzentrum	23
5.232410	5.232410.700	Fassadensanierung BK-Dieringhausen	23
5.232414	5.232414.700	Erweiterung BK-Wipperfürth	23
5.232420	5.232420.700	Heizungsanlage BK Hepel	23
5.233211	5.233211.700	Erweiterung Schloss Homburg	23
5.233211	5.233211.605	Erweit.Schl.Hom. (Zuschuss)	23
5.233213	5.233213.700	Schloss Homburg Fluchttreppe	23
5.238550	5.238550.620	Vermögensveräuß. lw.Nutzfl., Grundstücke	23
5.300020	5.300020.710	Erwerb KFZ Geschwindigkeitsüberwachung	30
5.300040	5.300040.710	Erwerb Software Bildbearbeitung	30
5.323001	5.323001.605	LZ zur Förderung des Feuerschutzes	38
5.323001	5.323001.710	Ersatzbeschaffung, Geräte (BSZ)	38
5.323004	5.323004.710	Ausstattung Kreisleitstelle	38
5.323006	5.323006.710	Ausstattung Großschadensereign.	38
5.323006	5.323006.605	LZ Hilfe bei Großschadensereign.	38
5.323008	5.323008.710	Ausstattung der Rettungswachen	38
5.323008	5.323008.620	Veräußerungserlöse	38
5.323020	5.323020.710	Digitalfunk BOS	38
5.323022	5.323022.710	Gerätewagen Messtechnik	38
5.323030	5.323030.700	Baumaßnahmen Rettungswachen	38 u. 23
5.323035	5.323035.710	Beschaffung Kfz f.d. RD	38
5.323040	5.323040.710	Medizinische Geräte RD	38
5.323050	5.323050.700	Investition RW Wipperfürth	38 u. 23
5.323060	5.323060.700	Investition RW Reichshof-Sinspert	38 u. 23
5.323070	5.323070.700	Investition RW Nümbrecht	38 u. 23
5.323080	5.323080.700	Investition RW Wiehl	38 u. 23
5.323090	5.323090.700	Investition RW Lindlar	38 u. 23
5.323100	5.323100.700	Investition RW Engelskirchen	38 u. 23
2.222100	7.723100.700	THINESULUH KW LINGEISKII CHEH	

Finanzstelle	PSP-Element	Bezeichnung	Amt
5.323110	5.323110.700	Investition RW Waldbröl	38 u. 23
5.360001	5.360001.710	Verkehrssicherung, Geräte etc.	36
5.380010	5.380010.710	Digitalfunk KFZ Rettungsdienst	38
5.380020	5.380020.710	IT-Ausstattung Rettungsdienst	38
5.380030	5.380030.710	IT-Technik Fahrzeuge	38
5.390001	5.390001.710	BGA / Mediz.Geräte/Laborgeräte (Amt 39)	39
5.390003	5.390003.710	Erwerb Tierseuchenanlagen	39
5.400010	5.400010.710	BuG - BK Dieringhausen (über 410 EUR)	40
5.400011	5.400011.710	Erstausstattung Schülerlabor	40
5.400011	5.400011.605	Landeszuschuss Schülerlabor	40
5.400030	5.400030.710	BuG - BK Gummersbach (über 410 EUR)	40
5.400050	5.400050.710	BuG - BK Wipperfuerth (über 410 EUR)	40
5.400110	5.400110.710	BuG - Helen-Keller-Schule (Wiehl)	40
5.400110	5.400130.710	BuG - Anne-Frank-Schule (W'fürth)	40
5.400150	5.400150.710	BuG - FS Sprache (Oberwiehl)	40
5.400130	5.400170.710	BuG - Schule f. Kranke (Windhagen)	40
5.400170	5.400170.710	BuG - FS Emot. Entwick. (Vollmerh.)	40
	5.400190.710		
5.402931		BGA - Schulpsychologischer Dienst	40
5.410000 F 410010	5.410000.710	Museumsgut u. Exponate	41
5.410010	5.410010.710	BuG - Inventar über 410 € (Museum)	41
5.410030	5.410030.710	BuG - Kulturgeschichtl. Dauerausst.	41
5.410050	5.410050.710	Erwerb KFZ Schloss Homburg	41
5.430001	5.430001.710	BGA, Lehr-/Lernmittel, KVHS	43
5.430011	5.430011.710	BGA, Lehr-/Lernmittel (Altenpfl.seminar)	43
5.510030	5.510030.700	Investitonsförderung KiTa	51
5.510030	5.510030.605	Investitonsförderung (LZ)	51
5.515701	5.515701.710	BGA / Therap./Psych.Testverfahren (PBS)	51
5.530000	5.530000.710	Geräte f. schul-/ärztl. Bereich	53
5.610000	5.610000.700	Grunderw. Maßn. innerh./außerh. LP	61
5.610010	5.610010.700	Durchf. Ersatzmaßn. (Grunderw.)	61
5.620001	5.620001.710	BGA / Techn.Geräte (Katasteramt)	62
5.620003	5.620003.710	Kfz vermessungstechnischer AD	62
5.660001	5.660001.620	Grundstücksveräußerungen	61/2
5.660002	5.660002.700	Planung der Kreisstraßenprojekte	61/2
5.660003	5.660003.700	Eigenfinanz. Straßenbaumaßnahmen (Ausg.)	61/2
5.660003	5.660003.605	Eigenfi.Straßenbaum. (Einn./Erstattung)	61/2
5.660004	5.660004.700	Straßenbegleit. Radwege (Baumaßnahme)	61/2
5.660004	5.660004.605	Straßenbegleit. Radwege (Zuschuss)	61/2
5.660005	5.660005.700	Umbau Bushaltestellen Kreisstrassen	61/2
5.660005	5.660005.605	Umbau Bushaltestellen (Zuwendung)	61/2
5.660006	5.660006.700	Kläreinr./Rückhalt. für Straßenabwasser	61/2
5.660101	5.660101.700	Umbau Knoten K1/K3 in Hückeswagen	61/2
5.660101	5.660101.605	Umbau Knoten K1/K3 (Zuwendung)	61/2
5.660501	5.660501.700	Umbau K5 Bevertalsperre	61/2
5.660501	5.660501.605	Umbau K5 Bevertalsperre (Zuwendung)	61/2
5.661301	5.661301.700	Erneuerung K13 Neyetalsperre	61/2
5.661301	5.661301.605	Zuwendung	61/2
5.661601	5.661601.700	Erneuerung Wiehlbrücke K16 Brüchermühle	61/2
5.661601	5.661601.605	Erneuerung Wiehlbrücke K16 (Zuwendung)	61/2
5.661702	5.661702.700	Umbau K17 Nümbrecht-Oberbreidenbach	61/2
5.661702	5.661702.605	Umbau K17 Nümbrecht-Oberbr. (Zuwendung)	61/2
5.661703	5.661703.700	Erneuerung K17 Gaderoth Oberbreidenbach	61/2
5.661802	5.661802.700	Erneuerung K18 Nagelsgaul-Kempershöhe	61/2
5.661802 5.661901	5.661802.700 5.661901.700	Erneuerung K18 Nagelsgaul-Kempershöhe Erneuerung K19 Leppedeponie-Bickenbach	61/2

Finanzstelle	PSP-Element	Bezeichnung	Amt
5.662302	5.662302.605	Knoten K23/Bahnstr. (Zuschuss)	61/2
5.662801	5.662801.605	Verlängerung K28 (Zuschuss)	61/2
5.662801	5.662801.700	Verlängerung K28 (Baumaßnahme)	61/2
5.662901	5.662901.700	Umbau K29/Unterommer (Baumaßnahme)	61/2
5.662901	5.662901.605	Umbau K29/Unterommer (Zuschuss)	61/2
5.662902	5.662902.700	Erneuerung K29 Kreisgrenze-Reudenbach	61/2
5.663001	5.663001.700	Erneuerung K30 Kreuzberg-Vossebrechen	61/2
5.663001	5.663001.605	Erneuerung K30 Kreuzberg-Vossebrechen	61/2
5.663801	5.663801.700	Erneuerung K38 Loxsteeg-Fahn	61/2
5.663801	5.663801.605	Erneuerung K38 Loxsteeg-Fahn (Zuwendung)	61/2
5.663901	5.663901.700	Erneuerung K39 Dohrgaul-Hollmünde	61/2
5.663901	5.663901.605	Erneuerung K39 Dohrgaul (Zuwendung)	61/2
5.664201	5.664201.700	Ausbau K42 Wasserfuhr	61/2
5.664201	5.664201.605	Ausbau K42 Wasserfuhr (Zuschuss)	61/2
5.664501	5.664501.700	Ausbau K45/L306 (Ausbau)	61/2
5.664701	5.664701.700	Erneuerung K47 Belllingroth-Ründeroth	61/2
5.664801	5.664801.700	Erneuerung K48 Mühlhausen	61/2
5.664801	5.664801.605	Erneuerung K48 Mühlhausen (Zuwendung)	61/2
5.664802	5.664802.700	Stützmauersanierung K48 Wülfringhausen	61/2
5.664802	5.664802.605	Stützmauersanierung K48 (Erstattungen)	61/2
5.664803	5.664803.700	Umbau Knoten K48 Hauptstr. Wiehl	61/2
5.664803	5.664803.605	Umbau Knoten K48 Wiehl (Zuwendung)	61/2
5.664803	5.664803.610	Umbau Knoten K48 Wiehl (Erstattung)	61/2
5.665203	5.665203.700	Umbau K52 Weiershagen	61/2
5.665203	5.665203.605	Zuwendung	61/2
5.665301	5.665301.700	Umbau K53 Wildberg	61/2
5.665301	5.665301.605	Umbau K53 Wildberg (Zuwendung)	61/2
5.665302	5.665302.700	Erneuerung K53 Hardt-Komp	61/2

Kosten und Leistungsrechnung

Kosten- und Leistungsrechnung

Die *Kosten- und Leistungsrechnung* (KLR) ist ein Bestandteil des neuen Haushaltsrechts. Sie dient in erster Linie der internen Steuerung. Die *Ergebnis- und Finanzrechnung* im Haushaltsplandruck ist dagegen eine allgemeine Darstellung der Kosten, weil durch sie die sachzielbezogenen Kosten der Fachämter, aber auch die Aufwendungen der Querschnittsämter oder Gemeinkosten, zu Kostenartengruppen (z. B. *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Transferaufwendungen, sonstige ordentliche Kosten*) zusammengefasst werden. Der Detaillierungsgrad die Planungskosten geht durch die Vorgaben des Gesetzgebers zur Darstellung der Haushaltsdaten unterteilt nach vorgegebenen Ertrags- und Aufwandsarten verloren. Die intern orientierte Kosten- und Leistungsrechnung dagegen liefert Informationen zu speziellen Kostenarten (welche Art von Kosten), zu den Kostenstellen (wo entstehen die Kosten) und zu den Kostenträgern (für welche Produkte entstehen Kosten). Beispiel: Die Gebäudekosten des Kreishauses (Sanierung, Energie, Versicherung, Abschreibungen, usw.) werden zentral über eine Kostenstelle abgewickelt. Diese Querschnittskosten oder Gemeinkosten werden im Rahmen der KLR bzw. im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung auf die Produkte nach bestimmten Schlüsseln verrechnet. Im Haushaltsplandruck erscheinen die Positionen der KLR damit nicht, sie dient, wie oben bereits erwähnt, primär der internen Steuerung.

Jede Gemeinde in NRW soll entsprechend § 18 GemHVO NRW eine Kosten- und Leistungsrechnung zur Unterstützung der Verwaltungssteuerung und für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit nach den örtlichen Bedürfnissen führen. Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister regelt die Grundsätze über Art und Umfang der Kosten- und Leistungsrechnung und legt sie dem Rat zur Kenntnis vor.

Die Kostenrechnung dient damit der Planung, Steuerung und Kontrolle des wirtschaftlichen Geschehens, gleichzeitig sollen alle Planungskosten bzw. später Ist-Kosten *verursachungsgerecht* auf die einzelnen Produktbereiche verteilt werden. Die Regelung gibt den Gemeinden die Befugnis, die Kosten- und Leistungsrechnung nach ihren Bedürfnissen zu führen. Die Gemeinde entscheidet danach eigenverantwortlich über den Umfang und die weitere Ausgestaltung der

Kosten- und Leistungsrechnung und hat insoweit einen großen Entscheidungsspielraum. Die konkrete Ausgestaltung ist nach den örtlichen Erfordernissen auszurichten. Die örtlichen Bestimmungen zur Kosten- und Leistungsrechnung werden im Folgenden vorgestellt.

Als Kostenstelle bezeichnet man in der Literatur häufig eine organisatorische Einheit, die den Ort der Kostenentstehung darstellt. Orte der Kostenentstehung sind beispielsweise Organisationseinheiten (Ämterkostenstellen), Immobilien (Gebäudekostenstellen) oder technische Einrichtungen/Geräte bzw. Fahrzeuge (Objektkostenstellen). Hilfskostenstellen hingegen sind reine Kostensammler. Meist handelt es sich dabei um Gemeinkosten (z.B. Haftpflichtversicherung), die in ihrer Entstehung keinem Produkt eindeutig zugeordnet werden können.

Die Differenzierung der Kosten- und Leistungsrechnung erfolgte unter Berücksichtigung der örtlichen Erfordernisse bzw. die Kostenstellenbildung orientiert sich an den vorhandenen Strukturen. So wurden zunächst drei Kostenstellengruppen für die spätere Gliederung der Kostenstellen eingerichtet:

- Hilfskostenstellen, z. B. für Kosten der Beihilfe, Kosten für Fortbildungen, etc.
- Objektkostenstellen für Gebäude, Fahrzeuge, AfA-Kostenstellen
- Fachkostenstellen, z. B. für Organisationseinheiten

Die Hilfskostenstellen werden in der Regel im Rahmen einer *Verteilung* verrechnet, im Haushaltsplandruck werden diese üblicherweise in den Zeilen 11 bis 16 ausgewiesen. Gemeinkosten (z. B. Gebäudekosten) werden dagegen üblicherweise im Rahmen einer *Umlage* verrechnet, diese Kosten werden in den Zeilen 27 bis 28 im Haushaltsplandruck ausgewiesen.

Um das Thema zu veranschaulichen, werden beispielhaft einige Kostenstellen genannt. Hilfskostenstellen bestehen immer aus einer 4-stelligen Ziffernfolge, z. B. Kostenstelle 1016 für die Abwicklung der Dienstreisen. Auch alle Arten von Versicherungen (Haftpflicht-, Elektronikversicherung oder die Unfallversicherung für Kreistagsmitglieder, usw.) werden über Hilfskostenstellen abgewickelt. Weitere typische Beispiele für Hilfskostenstellen sind Kosten der Beihilfe, Beiträge zur Sozialversicherung oder zur Versorgungskasse, Kosten der Aktenvernichtung, Kosten für Datenleitungen

oder Kosten für zeitlich befristete Projekte (z. B. Zensus 2011). Objektkostenstellen wurden insbesondere für die Abwicklung der Gebäudekosten oder die Kosten des Fuhrparks (Kfz-Kostenstellen) eingerichtet, diese bestehen immer aus einer 5-stelligen Ziffernfolge, z. B. Kostenstelle 12020 für die Abwicklung des Gebäudes Berufskolleg Gummersbach. Auf dieser Gebäudekostenstellen werden unterschiedliche Planungskonten (= Kostenarten) berücksichtigt: z. B. Strom, Fernwärme, Wasser, Sanierungsmaßnahmen, Abfallentsorgung, Gebäudereinigung, Gebäudeversicherung oder die Grundsteuer. Die Fachkostenstellen werden in der Regel für die Abrechnung von Büromaterial, Zeitungen und Fachliteratur oder sonstigen Sach- und Dienstleistungen genutzt. Die Organisationskostenstellen bestehen aus einer 6-stelligen Ziffernfolge, z. B. Kostenstelle 100310 für die Kosten der Polizeibehörde.

Neben der Einrichtung der Kostenstellenstruktur besteht die Hauptaufgabe darin, ein *geeignetes Verrechnungsverfahren* bzw. geeignete Verrechnungsschlüssel auszuwählen. Die Definition von "geeigneten" Bezugsgrößen oder Verrechnungsschlüsseln ist unter Berücksichtigung örtlicher Strukturen und Erfordernisse in das Ermessen der Gemeinde gestellt.

Die Kosten des Gebäudes Kreishaus werden beispielsweise anhand einer statistischen Kennziffer Belegungsfläche Kreishaus (Einheit: m²) auf die verschiedenen Organisationskostenstellen verrechnet. In einem zweiten Verrechnungsschritt werden diese Kosten weiter auf die Produkte verteilt. Andere Gebäudekosten können in Summe zu 100 Prozent unmittelbar verrechnet werden. So werden die Gebäudekosten des Berufskollegs Gummersbach direkt auf das Produkt Berufskolleg Gummersbach im Produktbereich Berufsschulen verrechnet. Für Kosten der Beihilfe werden als Bezugsbasis dagegen die Plankosten der Beamtenbesoldung berücksichtigt, d. h. die Beihilfe wird per Dreisatz im Verhältnis der geplanten Beamtenbesoldung verrechnet. Für die spätere Abrechnung der Ist-Kosten müssen selbstverständlich die Ist-Kosten der Beamtenbesoldung als Bezugsbasis berücksichtigt werden. Andere Kosten wie die der Fortbildung werden dagegen nach festen Prozentsätzen nach Erfahrungswerten verteilt. Im Rahmen der Haushaltsplanung können nur Erfahrungswerte berücksichtigt werden, im Rahmen des Jahresabschlusses könnten dagegen die Kosten anhand der tatsächlichen Inanspruchnahme auf die Fachkostenstellen verteilt werden.

Bei der Suche nach einer verursachungsgerechten Bezugsgröße oder Verteilungsschlüssel stößt man früher oder später auf folgendes Problem: Gerechte Verteilungsschlüssel können zu ungerechten Ergebnissen führen und umgekehrt. Organisationseinheiten (bzw. Produktbereiche) die in einem sanierungsbedürftigen Gebäude untergebracht sind, bekommen im Verhältnis relativ mehr Gebäudekosten für Energie und Sanierung zugeordnet als andere Organisationseinheiten. Da die Organisationseinheiten sich in der Regel ihren Arbeitsort nicht aussuchen können, kann diese Art der Verrechnung als ungerecht bewertet werden. Dagegen ist es aber rational begründet, die Gebäudekosten möglichst sachgerecht den einzelnen Fachämtern zuzuordnen. Ein anderes Beispiel ist die Beihilfe. Folgende Frage soll diskutiert werden: Sollen Beihilfekosten personenbezogen verrechnet werden oder pauschal im Wege einer Kopfpauschale? Bei einer personenbezogenen Verrechnung werden die Organisationseinheiten benachteiligt, deren Altersdurchschnitt über dem Gesamtdurchschnitt liegt (es wird hier angenommen, dass es eine Korrelation zwischen Alter der Beschäftigen und Kosten der Beihilfe gibt). Die Kosten der Beihilfe wären dann aber hochgradig genau zugeordnet. Das könnte aber mit Blick auf das Produkt dazu verleiten, möglichst junge Kollegen bei internen Stellenbesetzungen zu bevorzugen, da diese weniger Beihilfekosten "produzieren" und damit ein Produkt im Vergleich weniger belasten. Dagegen werden bei einer pauschalen Verteilung von Kosten der Beihilfe besonders Abteilungen mit einem jugendlichen Altersdurchschnitt benachteiligt, obwohl dieser Personenkreis unter Umständen gar keine Beihilfekosten verursacht. Die Frage, was ist verursachungsgerecht, lässt sich somit nicht immer eindeutig beantworten.

Neben diesen Grundregeln sowie der Unterscheidung in Ist-Kosten- und Plankosten-Rechnung wurden bei der Ausgestaltung insbesondere folgende Grundsätze berücksichtigt:

- Objektivität,
- Rationalität
- Klarheit,
- formelle Ordnungsmäßigkeit sowie
- Wirtschaftlichkeit.

Der Oberbergische Kreis hat rd. 850 Kostenstellen (Stand: September 2014) eingerichtet. Über die kostenartengenaue Planung ergibt sich ein hoher Detaillierungsgrad. Die im SAP-System im Hintergrund ausgeführte Kostenrechnung könnte man zusätzlich auch in Papierform vorlegen, allerdings ist der Detaillierungsgrad durch die iterative Verrechnung im SAP-System so umfangreich, dass es für einen Ausdruck aller Kostenrechnungsschritte mit allen Kleinstbeträgen für einen Haushaltsplanungszeitraum von vier Jahren ca. 10.000 Blatt Papier bedürfte, um das vollständige Verrechnungsmodell mit allen Senderregeln und den Definitionen der Segmente zu dokumentierten.

Da jede Verwaltung ihr Verrechnungsmodell eigenverantwortlich mit dem gegebenem Entscheidungsspielraum aufstellt, ist eine **Vergleichbarkeit** von Produkten von verschiedenen Verwaltungen prinzipiell <u>nicht</u> möglich. So kann Kommune A die Kosten der Beihilfe zentral im Produkt Personalbetreuung verbucht haben, Kommune B verteilt dagegen die Kosten nach einer Kopfpauschale auf alle Produkte und Kommune C wiederum hinterlegt eine individuelle Bezugsgröße. Die Frage nach einem sachgerechten Verteilungsprozess bzw. einem gerechtem Verteilungsergebnis liegt im Auge des Betrachters und kann rational ganz unterschiedlich begründetet werden. Insofern wird es zum Thema KLR immer Widersprüche und andere Meinungen geben. Anders ausgedrückt könnte man auch sagen, dass es *die eine optimale* **Verrechnungsstrategie** <u>nicht</u> gibt. In einer derartigen Situation wird man vielmehr feststellen, dass nebeneinander gleichwertige Verrechnungsmodelle existieren.

Allerdings verursachen der Entscheidungsprozess und die Ausgestaltung der Kosten- und Leistungsrechnung sowie die anschließende Pflege des Verrechnungsmodells selber **Kosten**. Je aufwendiger ein Verrechnungsmodell ausgestaltet wird, umso höher sind die Kosten der Informationsbeschaffung sowie der laufenden Pflege und Anpassung. Vor diesem Hintergrund muss die Frage gestellt werden, welchen Nutzen der Bürger oder die Politik davon haben, wenn die Kosten für Fortbildung und Dienstreisen mit zwei Nachkommastellen genau auf die Produktbereiche verrechnet werden (müssen). In einer solchen Kostensituation kann der Nutzen eines Modells mit unvollständigen Informationen und einfachen Verrechnungsschlüsseln genau so überzeugend und rational sein wie eine "teure" Lösung mit vollständigen Informationen.

Produktübersicht

		Produktgruppen-	Produkt-
PSP-Element	Bezeichnung	verantwortlich	verantwortlich
1.01	Innere Verwaltung	Veraneworthen	Verditeworthen
1.01.01	Politische Gremien	KD	
1.01.01.01	Kreistag, Ausschüsse, Frakt., sonst. Sitzun.		Amt 10
1.01.02	Verwaltungsführung	KD	
1.01.02.01	Entwicklung v. Konzepten u. Rahmenregel.		Amt 10
1.01.03	Gleichstellung von Frau und Mann	KD	
1.01.03.01	Gleichstellung von Frau und Mann		Amt 19
1.01.04	Beschäftigtenvertretung	PR	
1.01.04.01	Personalrat		PR
1.01.05	Rechnungsprüfung	Dez. II	
1.01.05.01	Rechnungsprüfung und Beratung		Amt 14
1.01.05.02	Prüfungen für Dritte		Amt 14
1.01.06	Zentrale Dienste	KD, Dez. II	
1.01.06.01	Druckerei		Amt 10
1.01.06.02	Poststelle		Amt 10
1.01.06.03	Bürgerservice		Amt 10
1.01.06.04	Fuhrpark		Amt 10
1.01.06.05	Sonstige zentrale Dienste		Amt 10
1.01.06.06	Zentrale Bußgeldstelle		Amt 30
1.01.06.06.01	Bußgelder Abfallwirtschaft		Amt 30
1.01.06.06.02	Bußgelder Bauordnung		Amt 30
1.01.06.06.03	Bußgelder Gewässerschutz		Amt 30
1.01.06.06.04	Bußgelder Ordnungsamt		Amt 30
1.01.06.06.05	Bußgelder Sonstige Ordnungswidrigkeiten		Amt 30
1.01.06.06.06	Bußgelder Veterinäraufsicht		Amt 30
1.01.06.06.07	Bußgelder Verkehrsrechtl. Genehmigungen		Amt 30
1.01.06.07	Submission, Datenschutz, AGG, sonst.		Amt 14
1.01.07	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	KD	
1.01.07.01	Medien		Amt 10
1.01.08	Personalmanagement	KD	
1.01.08.01	Personalsteuerung und -entwicklung		Amt 10
1.01.08.02	Personalausbildung und -qualifizierung		Amt 10
1.01.08.03	Personalbetreuung		Amt 10
1.01.08.04	Arbeitssicherheit / Gesundheitsschutz		Amt 10
1.01.09	Finanzmanagement und Rechnungswesen	Dez. I	
1.01.09.01	Haushaltssteuerung		Amt 20
1.01.09.01.01	Beteiligungen (allg.)		Amt 20
1.01.09.01.02	KSK - Kreissparkasse Köln (Gewinnbet.)		Amt 20
1.01.09.01.03	Radio Berg GmbH & Co.KG		Amt 20
1.01.09.01.04	Rhein. Studieninstitut Köln		Amt 20
1.01.09.01.05	BAV - Berg. Abfallwirtschaftsverband		Amt 20
1.01.09.02	Kasse und Vollstreckung		Amt 20
1.01.09.02.01	Zahlungsabwicklung		Amt 20
1.01.09.02.02	Vollstreckung		Amt 20
1.01.10	Organisationsangelegenheiten und TuI	KD, Dez. III, Dez. IV	
1.01.10.01	Informationstechnische Infrastruktur		Amt 10
1.01.10.01.01	Amt 10		Amt 10
1.01.10.01.02	Amt 40		Amt 40
1.01.10.01.03	Amt 62		Amt 62
1.01.10.02	Organisationsangelegenheiten		Amt 10
		Dez. II	
1.01.11	Recht	Dez. 11	

1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement 1.01.12.01 Grundstücks- und Gebäudemanagement 1.01.13 Technisches Immobilienmanagement 1.01.13.01 Unterhaltungen und Baumaßnahmen 1.01.14 Kommunalaufsicht 1.01.14.01 Kommunalaufsicht 1.01.15 Kreispolizeibehörde 1.01.15.01 Kreispolizeibehörde	Produkt- verantwortlich Amt 23 Amt 23 Amt 20 Amt 31 Amt 31
1.01.12Grundstücks- und GebäudemanagementDez. IV1.01.12.01Grundstücks- und Gebäudemanagement//1.01.13Technisches ImmobilienmanagementDez. IV1.01.13.01Unterhaltungen und Baumaßnahmen//1.01.14KommunalaufsichtDez. I1.01.14.01Kommunalaufsicht//1.01.15KreispolizeibehördeKD1.01.15.01Kreispolizeibehörde//	Amt 23 Amt 23 Amt 20 Amt 31
1.01.12.01 Grundstücks- und Gebäudemanagement 1.01.13 Technisches Immobilienmanagement 1.01.13.01 Unterhaltungen und Baumaßnahmen 1.01.14 Kommunalaufsicht 1.01.14.01 Kommunalaufsicht 1.01.15 Kreispolizeibehörde KD Kreispolizeibehörde	Amt 23 Amt 20 Amt 31
1.01.13Technisches ImmobilienmanagementDez. IV1.01.13.01Unterhaltungen und Baumaßnahmen//1.01.14KommunalaufsichtDez. I1.01.14.01Kommunalaufsicht//1.01.15KreispolizeibehördeKD1.01.15.01Kreispolizeibehörde	Amt 23 Amt 20 Amt 31
1.01.13.01Unterhaltungen und Baumaßnahmen//1.01.14KommunalaufsichtDez. I1.01.14.01Kommunalaufsicht//1.01.15KreispolizeibehördeKD1.01.15.01Kreispolizeibehörde//	Amt 20 Amt 31
1.01.14KommunalaufsichtDez. I1.01.14.01Kommunalaufsicht//1.01.15KreispolizeibehördeKD1.01.15.01Kreispolizeibehörde//	Amt 20 Amt 31
1.01.14.01Kommunalaufsicht//1.01.15KreispolizeibehördeKD1.01.15.01Kreispolizeibehörde	Amt 31
1.01.15KreispolizeibehördeKD1.01.15.01Kreispolizeibehörde	Amt 31
1.01.15.01 Kreispolizeibehörde	
	Amt 31
TIOTITOTIOT I OUZCINCIE ENAUDINOSE	
1.01.15.01.02 Polizeil. Begleitung v.Schwertransporten	Amt 31
	Amt 31
1.01.15.01.04 Sonstige Verwaltungsgebühren	Amt 31
1.02 Sicherheit und Ordnung	
1.02.01 Ordnungsbedürftige Tätigkeiten Dez. I	
1.02.01.01 Allgemeine Gefahrenabwehr	Amt 32
5	Amt 32
	Amt 32
ÿ	Amt 32
1.02.02 Verbraucherschutz Dez. II	
	Amt 39
	Amt 39
	Amt 39
1.02.03 Tiergesundheit Dez. II	
, and the second	Amt 39
1.02.04 Verkehrsangelegenheiten Dez. II	
<u> </u>	Amt 36
	Amt 30
	Amt 30
	Amt 30
	Amt 36
	Amt 36
	Amt 36
	Amt 26
	Amt 36
	Amt 36
	Amt 36
1.02.07 Personenbez. Aufenthalts-/Statusfragen Dez. I	AIIIL 30
	Amt 32
1.02.08 Statistik Dez. IV	711110 32
	Amt 61
1.02.09 Wahlen KD	
	Amt 10
1.02.10 Bevölkerungsschutz Dez. I	
	Amt 38
ž ž	Amt 38
1 02 10 02 01 Sachausstattung Finsatzkräfte	Amt 38
SOIO 887 VON 880	Amt 38

		Produktgruppen-	Produkt-
PSP-Element	Bezeichnung	verantwortlich	verantwortlich
1.02.11	Rettungsdienst	Dez. I	VCFGFFFFFFFFFFFFFFFFFFFFFFFFFFFFFFFFFFF
1.02.11.01	Rettungsdienst		Amt 38
1.02.11.01.01	Kosten des Luftrettungsdienstes		Amt 38
1.03	Schulträgeraufgaben		
1.03.01	Förderschulen	Dez. III	
1.03.01.01	Helen-Keller-Schule		Amt 40
1.03.01.01.01	Schulpauschale (anteilig)		Amt 20
1.03.01.02	Anne-Frank-Schule		Amt 40
1.03.01.02.01	Schulpauschale (anteilig)		Amt 20
1.03.01.03	Förderschule Sprache (Wiehl)		Amt 40
1.03.01.03.01	Schulpauschale (anteilig)		Amt 20
1.03.01.04	Schule für Kranke (Anna-Freud-Schule)		Amt 40
1.03.01.04.01	Schulpauschale (anteilig)		Amt 20
1.03.01.05	Förderschule emotionale u. soziale Entw.		Amt 40
1.03.01.05.01	Schulpauschale (anteilig)		Amt 20
1.03.02	Berufskollegs	Dez. III	74116 23
1.03.02.01	Berufskolleg Gummersbach und Waldbröl		Amt 40
1.03.02.01.01	Schulpauschale (anteilig)		Amt 20
1.03.02.02	Berufskolleg Gummersbach-Dieringhausen		Amt 40
1.03.02.02.01	Schulpauschale (anteilig)		Amt 20
1.03.02.03	Berufskolleg Wipperfürth		Amt 40
1.03.02.03	Derdiskolleg Wipperfurti		AIIIC 40
1.03.02.03.01	Schulpauschale (anteilig)		Amt 20
1.03.03	Schülerbeförderung	Dez. III	
1.03.03.01	Schülerbeförderung Förderschulen		Amt 40
1.03.03.02	Schülerbeförderung Berufskollegs		Amt 40
1.03.04	Sonstige schulische Aufgaben	Dez. III	
1.03.04.01	Schulpsychologie		Amt 40
1.03.04.02	Medienzentrum		Amt 40
1.03.04.03	Schulaufsicht		Amt 40
1.03.04.04	Bildungsnetzwerk Oberberg		Amt 40
1.03.04.05	Übergangsmanagement Schule - Beruf	KD	Amt 68
1.04	Kultur und Wissenschaft		
1.04.01	Komm. Veranstaltungen/ Kulturförderung	Dez. I	
1.04.01.01	Veranstal./Kulturförd./Sonst.Kultureinr.		Amt 41
1.04.01.01.01	Sonderausstellungen		Amt 41
1.04.01.01.02	Kreis- und Stadtbücherei		Amt 41
1.04.01.01.03	Kunstsammlung Oberberg		Amt 41
1.04.01.01.04	Musikpflege		Amt 20
1.04.02	Weiterbildung und Studium	Dez. I, Dez. III	
1.04.02.01	Volkshochschule		Amt 40
1.04.02.01.01	Abendgymnasium		Amt 40
1.04.02.02	Akademie für Gesundheitswesen (AGewiS)		Amt 20
1.04.02.99	Volkshochschule (KST)		Amt 40
1.04.03	Museum	Dez. I	
1.04.03.01	Museum Schloss Homburg		Amt 41
1.04.03.01.01	Schloss Homburg		Amt 41
1.04.03.01.02	Haus Dahl		Amt 41
1.04.04	Heimatbildstelle	Dez. III	
1.04.04.01	Heimatbildstelle		Amt 40

		Droduktarunnan	Produkt-
PSP-Element	Bezeichnung	Produktgruppen- verantwortlich	verantwortlich
1.05	Soziale Leistungen	verantworther	verantworthen
1.05.01	Unterstützung von Senioren	Dez. III	
1.05.01.01	Seniorenarbeit		Amt 50
1.05.01.02	Heimaufsicht		Amt 50
1.05.02	Hilfen z.Gesundh.,b.Beh.,Pflegebed. u.s.	Dez. III	
1.05.02.01	Hilfen Gesundh.,Behind. u. anderen Lagen		Amt 50
1.05.02.01.01	Eingliederungsh. f. behinderte Menschen		Amt 50
1.05.02.01.02	Hilfen zur Gesundheit		Amt 50
1.05.02.01.03	Hilfe in anderen Lebenslagen		Amt 50
1.05.02.02	Hilfe zur Pflege		Amt 50
1.05.02.02.01	Hilfe z. Pfl. ambulant u. vollstationär		Amt 50
1.05.02.02.02	Hilfe zur Pflege teilstationär		Amt 50
1.05.02.03	Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüsse		Amt 50
1.05.02.04	Förd. von Trägern der Wohlfahrtspflege		Amt 50
1.05.02.05	Leistungen für Schwerbehinderte		Amt 50
1.05.02.06	Ausgleichsabgabe n. SchwerbehindertenG		Amt 50
1.05.03	Hilfen b.Einkommensdefiz./Unterst.leist.	Dez. III	
1.05.03.01	Grundsich. f. Arbeitssuchende (SGB II)		Amt 50
1.05.03.01.01	Schulsozialarbeit Bildung und Teilhabe		Amt 50
1.05.03.02	H.z.Lebensunt.,Grunds.i.A.;EM (SGB XII)		Amt 50
1.05.03.02.01	Hilfe zum Lebensunterhalt		Amt 50
1.05.03.02.02	Grundsicherung i. Alter, bei Erwerbsmind.		Amt 50
1.05.03.03	Leistungen nach BAföG		Amt 50
1.05.03.04	Lastenausgleich		Amt 50
1.05.03.99	Kst. 1.05.03 Budgetvernüpfung (KST)		Amt 23
1.05.03.05	Leistungen nach Bundeskindergeldgesetz		Amt 50
1.05.04	Betreuungsleistungen	Dez. III	
1.05.04.01	Rechtl. Vertr. Volljähriger - Betreuung		Amt 51
1.06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe		
1.06.01	Kinder in Tageseinricht./Tagespflege	Dez. III	
1.06.01.01	Tageseinrichtungen f. Kinder/Tagespflege		Amt 51
1.06.01.01.01	LZ Sprachförderung, Familienzentren		Amt 51
1.06.01.01.02	LZ Ausbau U3		Amt 51
1.06.01.99	Kst. 1.06.01 Budgetverknüpfung (KST)		Amt 51
1.06.02	Jugendarbeit und Familienförderung	Dez. III	
1.06.02.01	Förd. v. Angeboten Kinder-und Jugendarb.		Amt 51
1.06.02.01.01	LZ Förd. offene Kinder- u. Jugendarbeit		Amt 51
1.06.02.02	Jugendsozialarbeit		Amt 51
1.06.02.03	Allg. Förd. d. Erziehung in der Familie		Amt 51
1.06.02.04	Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz		Amt 51
1.06.03	Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien	Dez. III	
1.06.03.01	Hilfen zur Erziehung und sonst. Hilfen		Amt 51
1.06.03.01.01	Institutionelle Erziehungsberatung		Amt 51
1.06.03.01.02	Soziale Gruppenarbeit		Amt 51
1.06.03.01.03	Erziehungsbeistandschaft		Amt 51
1.06.03.01.04	Sozialpädagogische Familienhilfe		Amt 51
1.06.03.01.05	Erziehung in einer Tagesgruppe		Amt 51
1.06.03.01.06	Vollzeitpflege		Amt 51
1.06.03.01.07	Unterbringung in Heimen		Amt 51
1.06.03.01.08	Int. sozialpädagogische Einzelbetreuung		Amt 51
1.06.03.01.09	Gemeins. Wohnformen Mütter/Väter/Kinder		Amt 51
1.06.03.01.10	Eingliederungshilfe f. seel. beh. Kinder		Amt 51
1.06.03.01.11	Flexible erzieherische Hilfe		Amt 51
1.06.03.02	Maßn. z. Schutz v. Kindern usa വേദ്യ ആരോ വി 569		Amt 51

		Produktgruppen-	Produkt-
PSP-Element	Bezeichnung	verantwortlich	verantwortlich
1.06.03.03	Beratungsangebote	verantworthen	Amt 51
1.06.03.04	Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren		Amt 51
1.06.03.05	Unterhaltsvorschussleist., Pflegschaft		Amt 51
1.06.04	Leistungen nach dem BundeselterngeldG	KD	Anne 31
1.06.04.01	Elterngeld	ND .	Amt 10
1.07	Gesundheitsdienste		Autre 10
1.07.01	Gesundheitsförderung	Dez. III	
1.07.01.01	Koordination, Planung, Berichterstattung		Amt 53
1.07.01.02	Ärztl. Prävention, Gesundheitsförderung		Amt 53
1.07.01.02.01	Ambulante Sprachheilfürsorge		Amt 50
1.07.02	Gutachten und Stellungnahmen	Dez. III	
1.07.02.01	Ärztliche Gutachten		Amt 53
1.07.03	Gesundheitshilfe	Dez. III	
1.07.03.01	Psych.Hilfen,H. bei Krankheiten,sonst.H.		Amt 53
1.07.03.01.01	Sucht		Amt 53
1.07.03.01.02	Psychiatrie		Amt 53
1.07.04	Gesundheitsschutz	Dez. III	
1.07.04.01	Infektions-/umweltbez. Gesundheitsschutz		Amt 53
1.07.04.02	Medizinalaufsicht		Amt 53
1.08	Sportförderung		
1.08.01	Sportförderung	Dez. III	
1.08.01.01	Sportförderung		Amt 51
1.09	Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation		
1.09.01	Räumliche Planung	Dez. IV	
1.09.01.01	Kreisentw.planung, Raum- u. Umweltinfo.		Amt 61
1.09.01.02	Betreuung v. Verf. ext. Planungsträger		Amt 61
1.09.02	Vermessung u. Führung v. Geobasisdaten	Dez. IV	
1.09.02.01	Geodätischer Raumbezug		Amt 62
1.09.02.02	Liegenschafts- und Ingenieurvermessung		Amt 62
1.09.02.02.01	Vermessungstätigkeit für Dritte		Amt 62
1.09.02.02.02	Verwaltungsinterne Vermessungstätigkeit		Amt 62
1.09.02.03	Führ. d. Liegenschaft.,Flurstck.,Gebäude		Amt 62
1.09.02.03.01	Übern.beigebrachter Vermessungsschriften		Amt 62
1.09.02.03.02	Übernahme eigener Vermessungsschriften		Amt 62
1.09.02.03.03	Durchsetzung v. Vermessungpflichten		Amt 62
1.09.02.04	Erh./Führ. d. Nutzung,Topogr.,Bodensch.		Amt 62
1.09.02.05	Führung der Personen- und Bestandsdaten		Amt 62
1.09.02.06	Erneuerung des Liegenschaftskatasters		Amt 62
1.09.03	Geoinformationsdienste, Geodatenmanag.	Dez. IV	
1.09.03.01	Bereitst.v.Geodaten/kartograf. Produkten		Amt 62
1.09.03.01.01	Nutzung von Abrufverfahren		Amt 62
1.09.03.01.01 1.09.03.01.02	Nutzung von Abrufverfahren Betrieb von Abrufverfahren		Amt 62 Amt 62
1.09.03.01.01 1.09.03.01.02 1.09.03.02	Nutzung von Abrufverfahren Betrieb von Abrufverfahren Abgabe v. Geodaten,kartograf. Produkten		Amt 62 Amt 62 Amt 62
1.09.03.01.01 1.09.03.01.02 1.09.03.02 1.09.03.02.01	Nutzung von Abrufverfahren Betrieb von Abrufverfahren Abgabe v. Geodaten,kartograf. Produkten Abgabe von Geobasisdaten digital (Geb.)		Amt 62 Amt 62 Amt 62 Amt 62
1.09.03.01.01 1.09.03.01.02 1.09.03.02 1.09.03.02.01 1.09.03.02.02	Nutzung von Abrufverfahren Betrieb von Abrufverfahren Abgabe v. Geodaten,kartograf. Produkten Abgabe von Geobasisdaten digital (Geb.) Abgabe von Geobasisdaten analog (Geb.)		Amt 62 Amt 62 Amt 62 Amt 62 Amt 62
1.09.03.01.01 1.09.03.01.02 1.09.03.02 1.09.03.02.01 1.09.03.02.02 1.09.03.02.03	Nutzung von Abrufverfahren Betrieb von Abrufverfahren Abgabe v. Geodaten,kartograf. Produkten Abgabe von Geobasisdaten digital (Geb.) Abgabe von Geobasisdaten analog (Geb.) Abgabe v.Geobasisdaten digital (Entgelt)		Amt 62 Amt 62 Amt 62 Amt 62 Amt 62 Amt 62
1.09.03.01.01 1.09.03.01.02 1.09.03.02 1.09.03.02.01 1.09.03.02.02 1.09.03.02.03 1.09.03.02.04	Nutzung von Abrufverfahren Betrieb von Abrufverfahren Abgabe v. Geodaten,kartograf. Produkten Abgabe von Geobasisdaten digital (Geb.) Abgabe von Geobasisdaten analog (Geb.) Abgabe v.Geobasisdaten digital (Entgelt) Abgabe v. Geobasisdaten analog (Entgelt)		Amt 62 Amt 62 Amt 62 Amt 62 Amt 62 Amt 62 Amt 62
1.09.03.01.01 1.09.03.01.02 1.09.03.02 1.09.03.02.01 1.09.03.02.02 1.09.03.02.03 1.09.03.02.04 1.09.03.02.05	Nutzung von Abrufverfahren Betrieb von Abrufverfahren Abgabe v. Geodaten,kartograf. Produkten Abgabe von Geobasisdaten digital (Geb.) Abgabe von Geobasisdaten analog (Geb.) Abgabe v.Geobasisdaten digital (Entgelt) Abgabe v. Geobasisdaten analog (Entgelt) Kartentechn. Auftragsarbeiten intern		Amt 62 Amt 62 Amt 62 Amt 62 Amt 62 Amt 62 Amt 62 Amt 62
1.09.03.01.01 1.09.03.01.02 1.09.03.02 1.09.03.02.01 1.09.03.02.02 1.09.03.02.03 1.09.03.02.04 1.09.03.02.05 1.09.03.02.06	Nutzung von Abrufverfahren Betrieb von Abrufverfahren Abgabe v. Geodaten,kartograf. Produkten Abgabe von Geobasisdaten digital (Geb.) Abgabe von Geobasisdaten analog (Geb.) Abgabe v.Geobasisdaten digital (Entgelt) Abgabe v. Geobasisdaten analog (Entgelt) Kartentechn. Auftragsarbeiten intern Kartentechn. Auftragsarbeiten für Dritte		Amt 62
1.09.03.01.01 1.09.03.01.02 1.09.03.02 1.09.03.02.01 1.09.03.02.02 1.09.03.02.03 1.09.03.02.04 1.09.03.02.05 1.09.03.02.06 1.09.03.02.07	Nutzung von Abrufverfahren Betrieb von Abrufverfahren Abgabe v. Geodaten,kartograf. Produkten Abgabe von Geobasisdaten digital (Geb.) Abgabe von Geobasisdaten analog (Geb.) Abgabe v.Geobasisdaten digital (Entgelt) Abgabe v. Geobasisdaten analog (Entgelt) Kartentechn. Auftragsarbeiten intern Kartentechn. Auftragsarbeiten für Dritte Bescheinigungen		Amt 62
1.09.03.01.01 1.09.03.01.02 1.09.03.02 1.09.03.02.01 1.09.03.02.02 1.09.03.02.03 1.09.03.02.04 1.09.03.02.05 1.09.03.02.06 1.09.03.02.07 1.09.03.02.08	Nutzung von Abrufverfahren Betrieb von Abrufverfahren Abgabe v. Geodaten,kartograf. Produkten Abgabe von Geobasisdaten digital (Geb.) Abgabe von Geobasisdaten analog (Geb.) Abgabe v.Geobasisdaten digital (Entgelt) Abgabe v. Geobasisdaten analog (Entgelt) Kartentechn. Auftragsarbeiten intern Kartentechn. Auftragsarbeiten für Dritte Bescheinigungen Unschädlichkeitszeugnisse		Amt 62
1.09.03.01.01 1.09.03.01.02 1.09.03.02 1.09.03.02.01 1.09.03.02.02 1.09.03.02.03 1.09.03.02.04 1.09.03.02.05 1.09.03.02.06 1.09.03.02.07 1.09.03.02.08 1.09.03.02.09	Nutzung von Abrufverfahren Betrieb von Abrufverfahren Abgabe v. Geodaten,kartograf. Produkten Abgabe von Geobasisdaten digital (Geb.) Abgabe von Geobasisdaten analog (Geb.) Abgabe v.Geobasisdaten digital (Entgelt) Abgabe v. Geobasisdaten analog (Entgelt) Kartentechn. Auftragsarbeiten intern Kartentechn. Auftragsarbeiten für Dritte Bescheinigungen Unschädlichkeitszeugnisse Einnahmen für Dritte (Entgelte für Land)		Amt 62
1.09.03.01.01 1.09.03.01.02 1.09.03.02 1.09.03.02.01 1.09.03.02.02 1.09.03.02.03 1.09.03.02.04 1.09.03.02.05 1.09.03.02.06 1.09.03.02.07 1.09.03.02.08	Nutzung von Abrufverfahren Betrieb von Abrufverfahren Abgabe v. Geodaten,kartograf. Produkten Abgabe von Geobasisdaten digital (Geb.) Abgabe von Geobasisdaten analog (Geb.) Abgabe v.Geobasisdaten digital (Entgelt) Abgabe v. Geobasisdaten analog (Entgelt) Kartentechn. Auftragsarbeiten intern Kartentechn. Auftragsarbeiten für Dritte Bescheinigungen Unschädlichkeitszeugnisse		Amt 62

		Produktgruppen-	Produkt-
PSP-Element	Bezeichnung	verantwortlich	verantwortlich
1.09.03.03.02	Vermessungsunterlagen intern, + MwSt.	Verantworthen	Amt 62
1.09.04	Grundstückswertermittlung	Dez. IV	AIIIC 02
1.09.04.01	Gutachterausschuss für Grundstückswerte	DOZI 14	Amt 62
1.09.04.01.01	Gutachten		Amt 62
1.09.04.01.02	Auskünfte, Auswertungen		Amt 62
1.09.04.01.03	Wertermittlungen für kommunale Zwecke		Amt 62
1.09.04.01.04	Marktberichte		Amt 62
1.09.04.01.05	Bodenrichtwerte		Amt 62
1.10	Bauen und Wohnen		7 11116 02
1.10.01	Maßnahmen der Bauaufsicht	Dez. IV	
1.10.01.01	Untere Bauaufsicht		Amt 65
1.10.01.02	Bauordnungsbehördliche Verfahren		Amt 65
1.10.02	Denkmalschutz u. Denkmalpflege	Dez. IV	
1.10.02.01	Denkmalschutz/-pflege (Fachaufsicht)		Amt 65
1.10.03	Wohnungsbauförderung	Dez. IV	
1.10.03.01	Wohnungsbauförderung		Amt 65
1.10.04	Wohnraumsicherung und -versorgung	Dez. III	
1.10.04.01	Bestandsverwaltung gefördeten Wohnraums		Amt 50
1.10.05	Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht	Dez. IV	
1.10.05.01	Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht		Amt 65
1.11	Ver- und Entsorgung		
1.12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV		
1.12.01	Öffentliche Verkehrsflächen	Dez. IV	1
1.12.01.01	Neu-, Um- und Ausbau von Kreisstraßen		Amt 66
1.12.01.02	Erhaltung und Betrieb der Kreisstraßen		Amt 66
1.12.02	ÖPNV	Dez. IV	
1.12.02.01	ÖPNV		Amt 61
1.12.02.01.01	Förderung Verkehrsuntern.		Amt 61
1.12.02.01.02	OVAG Verkehrsunternehmen		Amt 61
1.12.02.01.03	VRS Zweckverband/GmbH		Amt 61
1.12.02.01.04	Ausbildungsverkehrspauschale		Amt 61
1.13	Natur- und Landschaftspflege		
1.13.01	Natur und Landschaft	Dez. II, Dez. IV	
1.13.01.01	Landschaftsschutz, Landschaftspflege		Amt 67
1.13.01.02	Landschaftsplanung, -entwicklung		Amt 61
1.13.01.02.01	Landschaftspflegemaßnahmen		Amt 61
1.13.01.02.02	Landschaftsplanung		Amt 61
1.13.02	Wald, Forst- und Landwirtschaft	Dez. I	
1.13.02.01	Wald und Forstwirtschaft		Amt 20
1.14	Umweltschutz		
1.14.01	Umweltschutzmaßnahmen	Dez. II	
1.14.01.01	Bodenschutz und Altlasten		Amt 67
1.14.01.02	Abfall		Amt 67
1.14.01.03	Immissionsschutz		Amt 67
1.14.01.04	Gewässerschutz, -bewirt., Abgrabungen		Amt 67
1.14.01.04.01	Ersatzgelder n. § 113 LWG		Amt 67
1.15	Wirtschaft und Tourismus		
1.15.01	Wirtschaftsförderung	KD	
1.15.01.01	Bestandspflege uentw.,Ansiedl.,Gründg.		Amt 68
1.15.01.01.01	RAL-Gütezeichen		Amt 68
1.15.01.01.02	REGIONALE 2010		Amt 68
1.15.01.01.03	Umsetzung/Qualif. Projekte Region. 2010		Amt 68
1.15.01.01.04	Maßn. z. Berufsorientierung u. Vorber.		Amt 68
1.15.01.01.05	Aufbau regionale EFRE Struktsette 568 von 569		Amt 68

PSP-Element	Bezeichnung	Produktgruppen- verantwortlich	Produkt- verantwortlich
1.15.01.01.06	Beteiligung Kosten GO Mit		Amt 68
1.15.01.01.07	Verein Köln/Bonn e.V.		Amt 68
1.15.01.01.08	GTC Gummersbach		Amt 68
1.15.01.01.09	Breitband Konzept Oberberg		Amt 61
1.15.02	Tourismus	KD	
1.15.02.01	Tourismus		Amt 68
1.15.02.01.01	Zweckverband Naturpark		Amt 68
1.15.02.01.02	Naturarena Berg. Land GmbH		Amt 68
1.15.02.01.03	Projekte		Amt 68
1.16	Allgemeine Finanzwirtschaft		
1.16.01	Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen	Dez. I	
1.16.01.01	Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen		Amt 20
1.16.02	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	Dez. I	
1.16.02.01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft		Amt 20